





*Francis A. Drexel*  
**LIBRARY**

Gift of  
Dr. Hans Kohn

SAINT JOSEPH'S UNIVERSITY

[illegible]



Digitized by the Internet Archive  
in 2024



1919—1920 im Wetter- und Wasserwinkel



# 1919 / 1920 im Wetter- und Watterwinkel



Aufzeichnungen und  
Erinnerungen  
des Staatsministers a. D.

**Carl Severing**

ehemaligen Reichs- und Staatskommissars  
im Befehlsbereiche des  
VII. Armeekorps



DD  
247  
.S47  
A4

DD247.S47A4 ST. JOSEPH'S UNIVERSITY STX  
1919/1920 [i. e. Neunzehnhundertneunzehn]  
  
3 9353 00103 5417

Buchhandlung Volkswacht / Bielefeld 1927

065772

Alle Rechte vorbehalten  
Druck der Buchdruckerei Volkswacht in Bielefeld

## Vorwort

Mitte August des vergangenen Jahres besprach ich in Dortmund mit Ernst Mehlich, meinem Vertreter und Nachfolger im Amt des Reichs- und Staatskommissars für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, erneut den Plan, unsere Erinnerungen und Aufzeichnungen über die Geschehnisse der Jahre 1919 und 1920 zusammenzufassen und der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Schon im Jahre 1921 war ich aufgefordert worden, meine Erlebnisse und Beobachtungen im Rapp-Putsch der Öffentlichkeit mitzuteilen. Damals konnte ich dieser Anregung nicht nachkommen. Rücksichten mancherlei Art geboten Zurückhaltung, und zudem konnte ich nicht anerkennen, zu den Dingen schon die notwendige Distanz zur klaren Erkenntnis ihrer Umrisse gewonnen zu haben. Später ließ mir das Amt des preußischen Innenministers so wenige Mußestunden, daß es unmöglich war, umfangreichere schriftstellerische Arbeiten nebenher zu bewältigen. So kam es, daß ich Mehlich ermunterte, die Geschichte jenes Jahres zu schreiben, das unstreitig zu den trübsten des Industriebezirks gehört. Aber auch Mehlichs Zeit und Kraft wurden von den Pflichten des rheinisch-westfälischen Schlichters fast restlos in Anspruch genommen. Darum kamen wir überein, gemeinsam unsere Erinnerungen zusammenzutragen. Die Dortmunder Besprechung gab diesem Vorhaben einen kräftigen Ansporn. Ungesäumt wollten wir nunmehr an die Arbeit gehen, um die Bilder jener Zeit vor dem Los des Vergessens zu bewahren. Der Ausbruch zu einer Dienstreise Mehlichs beendete die Erörterungen. Sie waren unsere letzten: Die Dienstreise Mehlichs wurde seine Todesfahrt. . . .

\* \* \*



Die Themen der Memoiren-Literatur der letzten Jahre waren vornehmlich, ja fast ausschließlich der Krieg, der Zusammenbruch und seine Ursachen. Es ist gewiß notwendig und nützlich, die Zeugnisse jener Männer zu protokollieren, die durch ihre Stellung und ihren Beruf das gewaltige Weltbeben und seine Ursachen am schärfsten zu beobachten imstande waren. Für den Geschichtsschreiber der letzten zwanzig Jahre werden diese Zeugnisse unentbehrlich sein. Nicht ganz unwichtig für die Geschichte dieser Jahre aber werden auch die Daten sein, die den Weg des neuen Staates kennzeichnen, einen Weg, der durch Schutt- und Scherbenberge nur mühsam ins Freie führte. Für diesen Teil der künftigen Geschichtsschreibung spielt das rheinisch-westfälische Industriegebiet eine gewichtige Rolle. Dieses Revier mit seinen vielen hundert Zechenanlagen, seinen Hochöfen und Walzwerken, seiner riesenhaften Gas- und Elektrizitätserzeugung wird nicht mit Unrecht das Herz des industriellen Deutschlands genannt. Hier sind die gewaltigen Stätten der Urproduktion auf einem verhältnismäßig kleinen Raum zusammengedrängt. Und ebenso gedrängt wohnten hier Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten mit ihren Familien in grauen, unfreundlichen Häusern. Erst die gemeindliche und gemeinnützige Bautätigkeit der letzten Jahre hat die ärgste Not beseitigt. Grau und unfreundlich war auch oft die Stimmung der Arbeiterschaft. Der schwere und gefährvolle Beruf des Bergmanns und des Hochofenarbeiters sog immer schon gierig an dem Lebensmark seiner Hörigen, dämpfte ihren Lebensmut, machte sie frühzeitig zu Greisen. Wenn dann noch die Teuerung, der Hunger, in den Familien Einzug hielt, dann grollte es wie ferner Donner aus den Tiefen der Schächte, in den Hallen der Walzwerke, vor den Gluten der Hochöfen. So war auch schon vor dem Kriege das Revier der Wetterwinkel der deutschen Industrie.

Der Krieg hatte die Zustände bis zum Unerträglichen verschlechtert. Der Bedarf der Kriegsindustrie an Kohlen trieb zu erhöhter Förderung, der aber der Mangel an kräftigen-

den Nahrungsmitteln entgegenstand. Die Beschäftigung von Frauen und Kriegsgefangenen vermochte den Ausfall nicht zu ersetzen. So trieb man denn Raubbau an den Zechen, an der Arbeitskraft, aber auch an der Stimmung der Arbeiter. Wer gegen die unzulängliche Belieferung mit Lebensmitteln und gegen die Treiberei aufzumucken wagte, dem wurde mit dem Schützengraben gedroht. Es häufte sich Zündstoff auf Zündstoff.

Es war darum kein Wunder, daß nach dem Zusammenbruch die Demagogie und Verheißung gerade im Industrie-revier einen günstigen Nährboden fand. Zu lange hatten die Berg- und Hüttenarbeiter bei härtester Arbeit die härtesten Entbehrungen ertragen, zu tief sich unter den Druck der Kriegsgefeße und die Willkür roher Vorgesetzter beugen müssen. Wer ihnen jetzt von Vergeltung sprach, von der Ent-eignung der Werksbesitzer und der Sozialisierung des Berg-baus, dem folgten sie williger, als den Kameraden, die zur Vernunft, zu ruhiger Überlegung rieten. Oft waren die Wir-kungen einer Versamlungsrede die wütesten Ausschrei-tungen. Es waren die Sklaven, die sich von ihren Ketten zu befreien versuchten und die nun das Revier erzittern ließen! Mord, Raub, Plünderungen und Mißhandlungen waren an der Tagesordnung. Der Groll der Massen richtete sich aber nicht nur gegen Bergwerksdirektoren und Zechenbeamte, auch Bürgermeister und Polizeiverwalter, Gewerkschaftsführer und Zeitungsverleger wurden vielfach die Zielscheiben der rohesten Angriffe.

Dagegen waren die Machtmittel des Staates sehr frag-würdiger Art. Wo die Polizei nicht offen mit den ausbegehren-den Massen sympathisierte oder sich „neutral“ erklärte und verhielt, wurde sie entwaffnet und unschädlich gemacht. Und das Militär? Gewiß hatten sich die Freikorps der Regierung zur Verfügung gestellt, gewiß versuchten sie — „wie sie es auffaßten“ — die Sache der Regierung. Es soll auch nicht ge-leugnet werden, daß eine nicht geringe Anzahl von Offi-

zieren ihren Dienst mit aller Hingabe und Tapferkeit versah. Aber das Eigenleben der Freikorps verführte und führte doch schließlich zu einer Selbständigkeit des Handelns, die oftmals jede Unterordnung, jede Disziplin und vor allem jedes politische Empfinden und Verstehen vermissen ließ.

Zwischen diesen beiden Lagern schlug ich meine Zelte auf. Die Entsendung eines mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Vertreters der Regierung sechs Wochen früher beschlossen und durchgeführt, wäre der Zweckbestimmung seiner Mission, Störungen der Produktion und der öffentlichen Ordnung zu verhindern, besser gerecht geworden. Nun standen sich die Massen und die Truppe schon wie zwei feindliche Heerlager gegenüber. Mißgriffe und Ausschreitungen der einen hatten die Erbitterung der anderen bis zur Siedehitze steigern lassen. Wo Arbeiter und Soldaten zusammenstießen, floß Blut. . . .

So begann das Jahr und so endete es. Über die Einzelheiten sollen die nachfolgenden Aufzeichnungen Auskunft geben. Ich schreibe mit ihrer Veröffentlichung keine Geschichte des trüben Jahres. Stand ich auch mit im Mittelpunkt der wichtigsten Ereignisse, so bleibt das, was ich sah, dennoch nur ein Ausschnitt aus dem großen Gemälde des damaligen Geschehens, dem Gemälde, das trotz der vorherrschenden düsteren Farben im Hintergrunde schon ein leises Frührot des Aufstiegs erkennen ließ.

\*

Zwei Wochen nach Beendigung des ersten Generalstreiks ersuchte mich die Redaktion eines großen Blattes im Industriebezirk um eine Stellungnahme zu der Frage, wie wir den schnellen Wiederaufbau unseres Landes sichern könnten. Es war gewagt, unter neuen Trümmerhaufen vom Wiederaufbau zu sprechen. Aber ohne den festen Glauben an den Sieg der Vernunft und der Menschlichkeit wäre meiner Mitarbeiter und meine Mission nicht auszuführen gewesen, und darum fand ich den Mut, zu antworten:



„Wir kommen nur dann zu einer schnellen Befundung unseres Wirtschaftslebens und damit zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Güter, wenn es uns gelingt, alle Kräfte zu nutzen, die uns auch nach dem Entente-Raub noch zur Verfügung stehen. Das ist zunächst die Kraft unserer Mutter Erde in Feld und Wald und in ihren Bodenschätzen. Kein Fußbreit Bodens darf in der Zukunft unbenutzt bleiben. Wasser und Luft müssen uns in noch höherem Maße dienstbar werden. Aber auch die Kraft des menschlichen Geistes und des menschlichen Fleißes darf nicht brach liegen. Das Recht auf Arbeit ist nicht denkbar ohne Pflicht zur Arbeit. Und die Arbeit, die gesellschaftliche und kulturelle Werte erzeugt, wird den Glauben an Deutschlands Zukunft in uns erwecken und über jeden Kleinmut den Sieg davon tragen. Das Deutschland der gepanzerten Faust hat uns zum Zusammenbruch geführt, — das Deutschland der Arbeit wird uns den Wiederaufbau bringen.“

Und heute darf ich hinzufügen, daß ein Vergleich des Deutschlandes von heute mit dem des Jahres 1919 den Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes als begründet bestätigt.

Die Trümmer sind aus dem Weg geräumt, in der Ferne winkt freies Land!

Bielefeld, im März 1927.

Carl Severing.

## Die ersten Kämpfe

Am 14. November 1918 kam zwischen dem rheinisch-vestfälischen Zechenverband und den vier Bergarbeiter-Organisationen des Ruhrreviers eine Vereinbarung zustande, nach der von Montag, den 18. November, an für alle Untertagearbeiter die Acht-Stunden-Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt eingeführt werden sollte. Für die Übertagearbeiter sollte die Arbeitszeitverkürzung vom 1. Jan. 1919 beginnen. Änderungen in den Lohnverhältnissen sollten aus Anlaß der Schichtkürzung nicht erfolgen. Für Über- und Nebenschichten, die im Hinblick auf die große Kohlennot von allen Seiten als notwendig anerkannt wurden, wurden 25 Prozent Zuschlag an Werktagen, an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen dagegen 50 Prozent Zuschlag festgesetzt. Die Bergarbeiterverbände bezeichneten diese Vereinbarung nicht mit Unrecht als einen großen sozialpolitischen Fortschritt.

Die erzielten Zugeständnisse wären unter normalen Verhältnissen kaum errungen worden. Jetzt sollten sie dazu dienen, den dauernden Betrieb der Kohlengruben zu sichern. In einer Bekanntmachung, die der Deutsche Bergarbeiter-Verband an seine Mitglieder erließ, wurde hervorgehoben, daß Kohlen gleichbedeutend seien mit hochwichtigen Lebensmitteln; wenn sie nicht beschafft werden könnten, würde ein fürchterlicher Zusammenbruch der ganzen Wirtschaft und unbeschreibliches Elend der Bevölkerung unausbleiblich sein. Um dieses Elend zu verhüten, arbeiteten jetzt alle wirtschaftlichen Organisationen im Bergbau ständig Hand in Hand. Es müßte darum auch dringend gefordert werden, den Organisationen die außerordentlich wichtige Arbeit der Produktionsregelung zu überlassen: Die Betriebe dürften durch keinerlei willkürliche Eingriffe gestört werden.



Diese Mahnungen waren leider viel zu sehr begründet. Auch im Ruhrrevier waren schon Sendboten der Spartakistengruppen erschienen, die die Revolution „weitertreiben“ wollten, im Bergbau durch eine — wie sie sagten — „Sozialisierung“ der Kohlenwirtschaft. Schon in den ersten Tagen nach der Staatsumwälzung machte sich ihre Agitation bemerkbar, die sich zunächst gegen die Führer der Bergarbeiterverbände richtete. Auch das technische Grubenpersonal wurde in die Propaganda einbezogen, so daß sich der Bund der technisch-industriellen Beamten, ähnlich wie der Bergarbeiter-Verband, zu einem Appell an seine Mitglieder genötigt sah, den Bergbau als einen der wichtigsten Faktoren im Staate vor Störungen zu bewahren. Im Zusammenarbeiten mit Arbeitern und Vorgesetzten auf kameradschaftlicher Grundlage und nach den Intentionen der Regierung sei dieses Ziel am sichersten zu erreichen.

Die Mahnungen hatten eine Weile Erfolg. Der Streit um die Frage, ob eine verfassunggebende Nationalversammlung einberufen werden oder ob eine Räterepublik das Geschick Deutschlands zunächst bestimmen sollte, beschäftigte auch die Bergarbeiter in einem so hohen Maße, daß die Erörterung der spezifischen Bergarbeiterforderungen in den Hintergrund geriet. Und als der erste Rätekongreß sich mit großer Mehrheit für die Einberufung der Nationalversammlung entschieden hatte und die Wahlen ausgeschrieben waren, stand die Wahlagitation auch im Ruhrrevier allem andern voran. Kaum aber war die Nationalversammlung zusammengetreten und die Regierung Ebert-Scheidemann gebildet, da setzte die Agitation auf Sozialisierung des Bergbaues aufs Neue ein. Sie fand bei dem Fieberzustand, in dem sich das Deutsche Volk im Frühjahr 1919 noch befand, in den Bergarbeitermassen Anklang. Die Lebensmittelversorgung der großen Städte des Industriereviers war äußerst mangelhaft. Sie reichte besonders nicht bei den Schwerstarbeitern, die noch dazu verpflichtet werden sollten,

über- und Nebenschichten zu leisten. Dazu kam die Erinnerung an Schikanen mancherlei Art, die die Belegschaftsmitglieder auf vielen Zechen durch ihre Vorgesetzten während der Kriegszeit erfahren hatten. Die Drohungen mit dem Schützengraben und die Einziehung zum Heeresdienst gerade derjenigen Kameraden, die die Interessen der Belegschaft bei den Werksverwaltungen am entschiedensten vertreten hatten, wurden wieder lebendig und bereiteten den seelischen Zustand vor, der der spartakistischen Agitation so überaus günstig war. Auch jetzt richtete sich der Kampf nicht in erster Linie gegen die Werksleitungen oder die Behördenvertreter, sondern mit besonderer Schärfe gegen die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen, deren Einfluß zunächst gebrochen werden mußte, ehe man die Massen zum allgemeinen Angriff ansetzen konnte. Eine Versammlung jagte die andere. Die anonymen Veranstalter kannte oft kein Mensch. Immer aber fanden sich einige aufgeregte Arbeiter, die mit der Losung in die Versammlungen kamen, die „Gewerkschaftsbözen“ nicht reden zu lassen. Die Schachtanlagen wurden oft von einer kleinen Anzahl verwagener Leute stillgelegt. In den meisten Fällen waren es betriebsfremde Arbeiter, die mit Gewalt auf die Zechenplätze drangen und die Belegschaften derart einschüchterten, daß niemand gegen die erzwungene Stilllegung zu protestieren wagte.

Bald war das Ziel erreicht: Die Führer des Bergarbeiterverbandes und des Gewerksvereins der Christlichen Bergarbeiter, die ein Menschenalter für ihre Kameraden im Bergbau erfolgreich gewirkt hatten, die oft als Gemaßregelte von Ort zu Ort gezogen waren, galten jetzt als die Verräter der Arbeiterklasse, als „Leisetreter“ und „Bremsen“, denen der revolutionäre Schwung fehle, um die Arbeitermassen vorwärts zu führen. Die radikale Phrase triumphierte. Die Bergarbeiterschaft war — wenigstens in einigen Bezirken — fast völlig in der Hand von Leuten, von denen kein Mensch wußte, woher sie kamen und was sie für die Arbeiterschaft bisher geleistet hatten. Aber in kühnen Versprechungen

waren sie groß, wenn sie den Massen vorgaukelten, durch den Schlag des Generalstreiks gegen die Regierung Ebert-Scheidemann und den Kapitalismus die soziale Frage für die Bergarbeiter zur Lösung bringen zu können. Es war daher kein Wunder, daß sich auf allen Schachtanlagen einige Arbeiter fanden, die bereit waren, unter ihrer Belegschaft im Sinne der spartakistischen Ideen zu wirken.

Bald ging die Saat der demagogischen Verhezung auf. In der Stadt und im Landkreis Dortmund kam es schon im Januar und Anfang Februar zu schweren Ausschreitungen. Auch in Bochum, Gelsenkirchen, Gladbeck, Horst-Emscher, Essen, Mülheim, Buer, Hamborn, Sterkrade, Düsseldorf und Duisburg wurden die Werksleitungen und Stadtverwaltungen von bewaffneten Banden bedrängt. Anfang Februar wurden Hervest-Dorsten und Bottrop der Schauplatz der wütesten Ausschreitungen, denen gegenüber keine Regierung länger untätig zusehen konnte. Die Entsendung starker militärischer Kräfte war die unausbleibliche Antwort der Behörden.

Zum 16. Februar hatte die Leitung der kommunistischen Partei in Essen die Vertreter der sogenannten „revolutionären Arbeiter Westfalens und Rheinlands“ zu einer Konferenz in M ü h l h e i m a. Ruhr geladen. In dieser Konferenz, die sich nicht offen als eine spartakistische Veranstaltung zu bezeichnen wagte, sondern den Schein zu erwecken versuchte, als ob die Vertreter aller Arbeiterparteien hinter ihr ständen, wurde beschlossen:

1. Die Abschaffung des Militarismus und der Regierung Ebert-Scheidemann.
2. Keine Kohlenausfuhr für die Regierung.
3. Ausrufung der Nord-Westdeutschen Republik.
4. Die Steuern sind dem Staate zu verweigern.
5. Bewaffnung der gedienten Arbeiterschaft.
6. Kohlen müssen der Entente geliefert werden.

7. Notstandsarbeiten müssen ausgeführt werden.
8. Die bürgerlichen Zeitungen dürfen in der revolutionären Zeit nicht erscheinen, sondern nur revolutionäre.
9. Die elektrischen Betriebe müssen ihre Tätigkeit aufrechterhalten.

Am Montag, den 17. Februar, sollte der Generalstreik in Kraft treten. Aber es zeigte sich, daß die besonnenen Elemente im Ruhrbezirk noch in der Mehrheit waren. Selbst in dem Konferenzort M ü h l h e i m , dessen Arbeiterschaft damals als besonders radikal galt, protestierten überfüllte Versammlungen der Mehrheitssozialisten und der Gewerkschaften entschieden gegen die Ausführung der unsinnigen Konferenzpläne. Auf einer Essener Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte, der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, die zwei Tage später stattfand, gaben die Mehrheitssozialisten und Gewerkschaftler, die die überwiegende Mehrheit der Versammlung darstellten, eine Erklärung ab, die die hinterlistige Einberufung der Mühlheimer Konferenz unter Ausschaltung des größten Teils der berechtigten Vertreter der Arbeiterschaft auf das schärfste verurteilte und den Teilnehmern an der M ü h l h e i m e r Konferenz das Recht absprach, im Namen der Arbeiterschaft zu reden. Die Erklärung wandte sich weiter gegen die gemeingefährlichen Beschlüsse der Konferenz und forderte die Arbeiter- und Soldatenräte auf, die bewaffneten Banden, die auf eigene Faust zur Durchführung der M ü h l h e i m e r Beschlüsse Belegschaften von der Arbeit abhielten, mit allen Mitteln unschädlich zu machen.

Trotz dieser deutlichen Willenskundgebung der großen Mehrheit der Konferenzteilnehmer versuchten die kommunistischen Drahtzieher die Konferenz zu einer Demonstration für den Generalstreik umzubiegen. Weil ihnen das mit den Mitteln der Überredung und der Überzeugung nicht gelang, wurden bewaffnete Leute, darunter junge Burschen im Alter von 18 Jahren, kommandiert, die mit schußfertigen



Gewehren und Revolvern die Gegner des Generalstreiks hindern sollten, das Lokal zu verlassen. An dem trotzdem gelungenen Auszug beteiligten sich 314 Delegierte. Die zurückbleibende Minderheit beschloß darauf die Unterstützung des in M ü h l h e i m beschlossenen Generalstreiks.

Und nun setzte der Terror mit voller Wucht ein. In M ü h l h e i m wurden am 17. Februar fast alle Betriebe stillgelegt. Auch die Zeitungen durften nicht erscheinen. Im ganzen Revier, im Westen von H a m b o r n und im Osten von H a m m begrenzt, waren insgesamt gegen 90 Schachtanlagen am Streik beteiligt. Überall drangen mit Handgranaten und Revolvern bewaffnete Spartakisten auf die Zechenplätze und erzwangen die Arbeitsruhe. Auf der Zeche E n g e l s b u r g bei Bochum hatte die Belegschaft mit allen gegen 12 Stimmen die Beteiligung am Generalstreik abgelehnt. Sie wurde aber mit Gewalt aus der Grube geholt, nachdem einige Spartakisten Handgranaten, durch die zwei Bergleute getötet und drei schwer verletzt wurden, in die Menge geworfen hatten. Auf einer anderen Zeche wurde von bewaffneten Matrosen erklärt, daß die Förderseile durchschnitten werden würden, wenn nicht bis zu einer bestimmten Frist die Belegschaft ihre Beteiligung am Generalstreik erklärt habe.

Zu schweren blutigen Auseinandersetzungen kam es in H e r v e s t - D o r s t e n zwischen dem westfälischen Freiwilligen-Korps Lichtschlag und den Spartakisten. Schon am 15. Februar waren die Regierungstruppen nach D o r s t e n gekommen und hatten den Bahnhof und die beiden Lippe-Brücken besetzt. Daraus entwickelte sich ein heftiges Feuergefecht, bei dem sogar Artillerie verwandt wurde. Das Freikorps verlor zwei Tote, darunter einen Offizier, die Spartakisten etwa 20. Zu den Dorstener Opfern gehörte auch der Vorsitzende des Verbandes kaufmännischer Gruben-Beamter, Bureauvorsteher K u h l m a n n von der Zeche



„Fürst Leopold“, der aus einem Hinterhalt feige erschossen war. Der Verband richtete aus diesem Anlaß an die Reichsregierung und die Nationalversammlung ein Telegramm, in dem es hieß, „daß die Grubenbeamten der Willkürherrschaft bewaffneter Elemente nicht nur am Leben, sondern auch am Eigentum auf Gnade und Ungnade ausgeliefert seien. Wenn nicht unverzüglich Maßnahmen zum Schutze der Beamten getroffen würden, sei es unausbleiblich, daß die gesamte Kohlenförderung zum Stillstand kommen würde.“

Von der Staatsanwaltschaft, die diesen Mordfall und einen Landfriedensbruch zu untersuchen hatte, wurde erklärt, daß die Beamten ihre Tätigkeit einstellen müßten, da kein Mensch seines Lebens mehr sicher sei. Der Amtmann hatte die Bureaus des Amtes schließen müssen, da das Amtshaus gestürmt und die Beamten getötet werden sollten.

Am 19. Februar wurde das Amtshaus in Bottrop von einigen tausend Spartakisten mit schweren Artilleriegeschossen demoliert und dann erstürmt. Etwa 70 der entwaffneten Verteidiger des Amtshauses wurden mit Eisenstangen und Knüppeln niedergeschlagen. In einem Flugblatt, das die vier Bergarbeiterverbände herausgaben, wurden die Dinge dann auch beim richtigen Namen genannt und die Spartakisten bezichtigt, in B o t t r o p wie Raubmörder gehaust zu haben. Man habe dort die Gefangenen abgeschlachtet, wie dies noch nicht einmal von Senegalesen in der Kriegszeit geschehen sei. Die Morde in H e r v e s t - D o r s t e n und die Schandtaten in B o t t r o p zeigten, wohin die Bergarbeiterschaft von den Spartakisten geführt werden solle: durch M o r d u n d B r a n d i n N o t u n d E l e n d! Die Bergarbeiter wurden in diesem Flugblatt weiter aufgefordert, den Räubern und Mördern keine Gefolgschaft zu leisten, sondern ihre Berufsinteressen entschieden zu vertreten. Der Bergarbeiter wolle nicht den Tod durch spartakistische Minenwerfer, sondern ein besseres Leben, erobert durch entschlossene Mitarbeit an der Organisation.

Diese entschiedene Sprache, der sich nun auch die örtlichen Leitungen der Gewerkschaften bedienten, die sich an vielen Plätzen auf die Hilfe der am 9. November 1918 gebildeten Sicherheitswehren stützen konnten, verfehlte ihre Wirkung nicht. Der Generalfstreif brach nach drei Tagen bereits zusammen. Im Bochumer und Dortmunder Bezirk wurde am 20. Februar die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Die Bochumer und Dortmunder Sicherheitswehr war fest in der Hand des Arbeiter- und Soldatenrats und trat entschieden dem Terror entgegen, der von den Spartakisten auch auf den Zechen dieser Bezirke versucht wurde. In Lünen dagegen hatte sich die sogenannte Sicherheitswehr auf die Seite der Aufständigen gestellt und auf mehreren Gruben unter Anwendung von Waffengewalt die Anfahrt der Bergleute gehindert. Die Dortmunder Sicherheitswehr zog die Maschinengewehre und die übrigen Waffen der Lünener Wehr ein und führte auf Anordnung des Dortmunder Arbeiter- und Soldatenrates die Auflösung dieser Wehr durch.

War der Streik auch nur von kurzer Dauer, so waren seine Folgen doch von keineswegs geringer Tragweite. Die gewalttätige Stilllegung der maschinellen Anlagen und der Kesselhäuser auf vielen Zechen erforderte umfangreiche Reparaturen, die mehrere Tage in Anspruch nahmen und um diese Zeit die Wiederaufnahme der Arbeit verzögerten. Die Gasversorgung mehrerer Orte des Ruhrbezirks und des bergischen Landes war längere Zeit ernstlich gefährdet. Während in den Städten und Gemeinden stellenweise die größte Gasnot herrschte, mußten viele Zechen infolge der Stilllegung der Betriebe ungeheure Mengen Gas in die Luft entweichen lassen. In Dorsten, Bottrop und Mülheim wurde in mehreren Häusern geplündert, einige Gebäude durch die Kämpfe vollständig zerstört.

Ebenso bedauerlich wie diese Verluste an Gut und Blut war die Einbuße an Staatsautorität, die in mehreren Orten

durch das vollständige Versagen der staatlichen Machtmittel in die Erscheinung trat. In O b e r h a u s e n überrumpelten bewaffnete Spartakisten die Polizeiwache und setzten mit vorgehaltenen Revolvern und Handgranaten die Entwaffnung der Polizeibeamten durch. In K u h r o r t wurde die Polizeiwache ebenfalls überrumpelt und entwaffnet.

Das war die Situation gegen Ende Februar. War auch das erste Vorpostengefecht abgeschlagen, so bestand bei den Kundigen kein Zweifel darüber, daß die Spartakisten versuchen würden, sich der Arbeiter- und Soldatenräte des Industriebezirks zu bemächtigen, um zu einem geeigneten Zeitpunkt neue Unruhe in das Wirtschaftsleben zu tragen und unter dem Schlagwort „Sozialisierung des Bergbaues“ die Arbeiterschaft in den Generalfstreik zu treiben. Die von B e r l i n ausgegebene Parole zum Sturz der R e g i e r u n g E b e r t - S c h e i d e m a n n mußte ferner zur Verhegung der Arbeitermassen beitragen. Da Waffen aller Art in großer Menge vorhanden waren, und da wiederholt schon versucht worden war, auch Dynamit zur Durchsetzung der spartakistischen Forderungen zu verwenden, mußte mit Recht befürchtet werden, daß ein Vorschlagen der Spartakisten nach Beendigung ihrer Rüstungen zu ernststen blutigen Auseinandersetzungen führen würde, zu Auseinandersetzungen, die letzten Endes die Zukunft des ganzen Industriebezirks in Frage stellen konnten. Es ist deswegen verständlich, daß sich im Hinblick auf diese Sachlage, unabhängig voneinander und doch zeitlich zusammenfallend, die Stadtverwaltungen von H a g e n und E s s e n durch Eingaben an die Regierung wandten mit der Bitte, alles zu tun, um der bedrohten Bevölkerung und der Wirtschaft des Industriebezirks staatlichen Schutz angedeihen zu lassen. In beiden Eingaben wurde jedoch betont, daß ein bewaffnetes Eingreifen der Regierung die stärksten Bedenken erwecke. Würde ein solches Eingreifen zur Tatsache, so sei eine starke Gegenwehr mit Sicherheit zu erwarten. Ein Eingreifen militärischer Stellen in die schwierigen Verhält-

nisse des Industriegebiets sei darum völlig undenkbar, ohne die größten Gefahren für das industrielle und wirtschaftliche Leben heraufzubeschwören.

Auch in den eindruckvollsten Rundgebungen der Bergarbeiterverbände wurde diese Frage im gleichen Sinne behandelt. Die Bergarbeiter wußten, so hieß es in einer Erklärung, daß die Entsendung von Militär nicht das beste Mittel sei, die Kohlenförderung zu steigern. Sie wußten ferner, daß viele Offiziere und Soldaten der freiwilligen Korps keine Kämpfer für die Revolution seien, daß viele Soldaten sich nur gemeldet hätten, weil sie arbeitslos waren. Aber — so hieß es weiter — wenn die Bergarbeiter kein Militär in den Städten und Dörfern des Industriebezirks haben wollten, dann müßten sie stark genug sein, selbst Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Könnten sie das nicht, könnten sie Mord und Plünderung wie in Hervest-Dorsten, Bottrop und Gelsenkirchen nicht verhindern, würden sie nicht der Banden Herr, die mit der Flinte in der Faust die Kameraden an der Arbeit hinderten, so sei es Pflicht der Regierung, Ordnung zu schaffen und zwar mit Mitteln, die sie für zweckmäßig und erforderlich halte. In den Eingaben der Stadtverwaltungen von Hagen und Essen fanden diese Gedankengänge ihren Ausdruck durch eine Empfehlung an die Regierung, durch verständiges Verhandeln und Zusammenfassen der auf Erhaltung der Ordnung gerichteten Kräfte mit den ordentlichen Verwaltungsstellen die Ordnung aufrechtzuerhalten und eine Katastrophe zu verhindern. Als den einzigen Weg, um dieses Ziel zu erreichen, wurde von beiden Stellen die Entsendung eines Kommissars in den Industriebezirk bezeichnet. Das Oberpräsidium in Koblenz war durch die Besetzung seiner Provinz ganz ausgeschaltet. Der Oberpräsident in Münster stand den Dingen im Industriebezirk zu fern, um alle einschlägigen Verhältnisse zutreffend beurteilen zu können.



Die Berliner Zentralbehörden, denen die Eingaben unterbreitet wurden, forderten zunächst den Regierungspräsidenten in Düsseldorf und den Oberpräsidenten der Rheinprovinz zur Stellungnahme auf. Der Bericht der provinziellen Behörden lief jedoch erst in Berlin ein, als der Wunsch nach Entsendung eines besonderen Regierungsvertreters mit weitgehenden Vollmachten bereits erfüllt war. Der Düsseldorfer Regierungspräsident und der Koblenzer Oberpräsident stimmten insoweit zu, daß zur Beilegung des Generalfstreiks eine mit wirksamen Vollmachten ausgestattete Persönlichkeit von der Regierung entsandt würde, die die Beilegung des eingetretenen Generalfstreiks zur Aufgabe hätte.

## Der Generalfstreik

Inzwischen war nämlich die Spitze der spartakistischen Organisationen, die sogenannte Neuner-Kommission des Ruhrgebiets, nicht müßig gewesen. Sie hatte einige Delegierte nach Weimar geschickt, die von der Regierung in bezug auf die Rechtstellung der Arbeiterräte und der Betriebsräte einige Zugeständnisse erhalten hatten, die aber abgewiesen waren, als sie allen Ernstes von der Regierung die Hergabe von Geldmitteln und die Einräumung von Befugnissen verlangten, die Sozialisierung im Bergbau durchzuführen. In Versammlungen, in einem Teil der Presse und in Flugblättern wurden die Vorschläge der Regierung von der Neuner-Kommission für unannehmbar erklärt. Die Regierungstruppen, die man der abscheulichsten Grausamkeiten bezichtigte, wurden als die größten Hindernisse des Werks der Sozialisierung bezeichnet und ihre Zurückziehung als eine der Hauptforderungen der kommenden Aktion der Arbeiterschaft erklärt. Diese Aktion war nichts Geringeres, als die Vorbereitung eines neuen Generalfstreiks, der dann auch in einer von der Neuner-



Kommission einberufenen Delegiertenkonferenz am 31. März beschlossen wurde. Die Konferenz, die dieses Mal ganz unter dem Einfluß der Meuner-Kommission stand, beschloß, so lange im Streik zu verharren, bis folgende Forderungen bewilligt worden seien:

1. Sofortige Einführung der Sechsstundenschicht mit Ein- und Ausfahrt für Untertags-Arbeiter unter Beibehaltung des bisher für längere Schichtdauer gezahlten Lohnes.
2. 25 Prozent Lohnerhöhung.
3. Regelung der Knappschaftsfragen.
4. Anerkennung des Räteystems.
5. Sofortige Durchführung der Hamburger Punkte (betreffend Kommandogewalt).
6. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.
7. Sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr.
8. Sofortige Auflösung aller Freiwilligenkorps.
9. Sofortige Anknüpfung aller politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der russischen Sowjet-Regierung.
10. Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und im Reich.
11. Bezahlung der Streikschichten.

Diese Forderungen wurden weder der Regierung noch dem Bergbaulichen Verein oder einer anderen Arbeitgeberorganisation, sondern nur der Öffentlichkeit mitgeteilt. Sie waren vorwiegend politischer Natur. Wenn die Einführung der Sechsstundenschicht an die Spitze gestellt wurde, so war das nur ein Köder für diejenigen Bergarbeiter, die es trotz der systematischen Verhegung nicht über sich gewonnen hätten, sich für die politischen Forderungen der Spartakisten ins Schlepptau nehmen zu lassen. Aber auch die Forderung auf Einführung der Sechsstundenschicht diente lediglich politischen Zwecken. Wäre sie

zugestanden worden, so wäre eine Verminderung der im Februar 1919 auf 240 000 Tonnen täglich bezifferten Förderung um etwa 30 Prozent unausbleiblich gewesen. Es hätte nicht einmal der Bedarf des eigenen Wirtschaftslebens gedeckt werden können, und darüber hinaus hätte Deutschland darauf verzichten müssen, Kohlen zum Versand ins Ausland (als Zahlungsmittel für Lebensmittelsendungen) zu fördern. Die Verminderung der Kohlenproduktion war also gleichbedeutend mit Stilllegung weiterer Fabriken, mit Verminderung von Arbeitsgelegenheit, mit Herabminderung der Lebensmitteleinfuhr, kurzum mit Arbeitslosigkeit und Hunger. Die Regierung konnte darum unmöglich dieser Forderung stattgeben. Ihre Ablehnung aber benutzten die Drahtzieher der Bewegung, um die Regierung der Arbeiterfeindlichkeit zu zeihen und sie als die willige Schutztruppe der Kohlenbarone zu bezeichnen. Es zeigte sich nun ungefähr dasselbe Bild, das die Zechenanlagen im Februar boten:

Überall erschienen kleinere Trupps auf den Zechenplätzen, um die Belegschaften unter Drohungen und Anwendung von Gewalt zum Anschluß an die Streikbewegung zu gewinnen. Nur zögernd und widerwillig gab die Mehrzahl der Bergarbeiter nach. In Flugblättern wurde bekannt gegeben, daß die Arbeiterschaft des ganzen Reichs auf das Ruhrgebiet schaue und den Bergarbeitern volle Solidarität zusichere. Auch durch diese unwahren Nachrichten ließen sich zahlreiche Bergarbeiter beeinflussen, sich der Bewegung anzuschließen, so daß das Zentralstreikkomitee am 6. April verkünden konnte, daß sich 221 Schachtanlagen mit 400 000 Bergarbeitern im Auslande befänden. Wenn auch diese Ziffern reichlich hoch gegriffen waren — der Zechenverband bezifferte die Zahl der Streikenden am 6. April auf 267 301 — so ließ der Ausstand doch recht bald seine verheerenden Wirkungen erkennen. Zahlreiche Hütten- und Walzwerke mußten ihre Betriebe einstellen, die Gas- und Elektrizitätsversorgung geriet ins Stocken, der Eisenbahnverkehr wurde erheblich eingeschränkt und die Lebensmittelfuhr aus dem Auslande nahezu voll-

ständig unterbunden. Auch die Gewalttätigkeiten begannen wieder. Zumeist waren es die Mitglieder und besonders die Funktionäre des alten Bergarbeiterverbandes, die unter den Terrorakten zu leiden hatten. Aber auch Polizeibeamte und Regierungstruppen wurden wieder angegriffen. So wurde u. a. in K a m e n auf eine Abteilung eine Handgranate geworfen, wobei ein Offizier und zwei Mann verwundet wurden. In U n n a wurden Befehlsempfänger aus einem Hinterhalt beschossen. Der Generalleutnant von B e r g m a n n gab daraufhin bekannt, daß in Zukunft in Ortschaften, in denen Verbrechen verübt würden, Truppen zur Durchsuchung nach Waffen einrücken und der verschärfte Belagerungszustand über diese Ort verhängt würde.

Andererseits trug die ungeschickte und unzumutbare Handhabung des Belagerungszustandes durch einige örtliche Militärbefehlshaber nur dazu bei, die Spannung immer weiter zu verschärfen. Das gilt insbesondere von einem Vorfall, der sich am 5. April 1919 in Mülheim (Ruhr) ereignete. Hier hatte die sogenannte Freie Vereinigung (eine syndikalistische Organisation) eine Versammlung ihrer Vertrauensmänner einberufen, die dem örtlichen Militärbefehlshaber, Major Schulz, mit der Tagesordnung „Allgemeine Werkstättenangelegenheiten“ angemeldet worden war. Aus der Versammlung wurde dem Major Schulz von einem R u n d s c h a f t e r mitgeteilt, daß die Tagesordnung nicht innegehalten würde, und da der Major — wie er später berichtete — „in Erfahrung gebracht hatte, daß diese Art Versammlungen den Plan zur Entwaffnung der bewaffneten Macht verfolgten“, schickte er eine Kompanie Soldaten in das Lokal, um die Versammlung aufzulösen und die Teilnehmer festzunehmen. Es kam dann zu einer Schießerei. Die Truppen schossen in die Wirtschaft hinein und warfen Handgranaten. Zwei Versammlungsteilnehmer wurden getötet; von der Truppe fielen ebenfalls zwei Mann. Eine von mir später eingesetzte Untersuchungskommission, bestehend aus den Mitgliedern der

verfassunggebenden preußischen Landesversammlung F r e y -  
m u t h , S c h l u c h t m a n n , K ü r u p und B r u s t , erklärte  
in ihrem Bericht, daß wahrscheinlich in der Spannung und  
Erregung ein Soldat geschossen und auch ein Soldat eine  
Handgranate geworfen, die den Tod von zwei und die Ver-  
wundung von weiteren drei Kameraden herbeigeführt habe,  
während die Soldaten angenommen hätten, daß sie von  
Zivilpersonen beschossen worden wären. Das Kriegsgericht  
in Wesel, das schon fünf Tage nach dem Vorfall zusamen-  
trat, verurteilte 54 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von sechs  
Monaten bis zu zwei Jahren!! 53 Angeklagte nur wegen  
Teilnahme an einer nicht genehmigten Versammlung!! Die  
Untersuchungskommission, die in ihrem Bericht noch hervor-  
hob, daß die Soldaten in mehreren Fällen die Verhafteten  
beschimpft und mißhandelt hätten, hielt sich auf Grund ihrer  
Feststellungen für verpflichtet, dem Justizminister die Be-  
gnadigung der Verurteilten zu empfehlen.

Dieser Vorfall, insbesondere die außerordentlich hohen  
Strafen des Kriegsgerichts, trugen weiter zur schnellen Aus-  
dehnung des Streiks bei.

\*

In mehreren Bielefelder Versammlungen hatte der kom-  
munistische Parteigänger W e b e r den Generalstreik der  
Bergarbeiter als den A u f s t a c k z u r z w e i t e n R e v o -  
l u t i o n bezeichnet und prophezeit, daß in wenigen Tagen  
die Arbeiterschaft des ganzen Reichs vom Strudel dieses  
Riesenausstandes mitgerissen und auf den sieges sicheren Weg  
der neuen Revolution geführt würde. Gewiß waren diese  
lächerlichen Behauptungen leere A g i t a t i o n s p h r a s e n.  
Immerhin ließ sich die Befürchtung nicht von der Hand  
weisen, daß eine lange Dauer des Bergarbeiterausstandes  
und sein Übergreifen auf andere Industriezweige die ver-  
hängnisvollsten Folgen für die gesamte deutsche Arbeiter-  
schaft haben konnte. Diese Erwägungen waren auch für die  
Berliner Zentralstellen bestimmend, als sie sich nunmehr  
entschlossen, den Anregungen aus dem Industriebezirk auf



Entsendung eines mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Kommissars Folge zu geben. Ich erhielt am 7. April 1919 folgendes Telegramm:

„Soeben hat die preußische Regierung Sie zum Kommissar für die mit der Arbeitseinstellung in Verbindung stehenden Verwaltungsmaßnahmen in den Gebieten der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen, für die der Belagerungszustand erklärt ist oder in Frage steht, mit dem Amtssitz in Essen bestellt.

Genauere Instruktion wird vorbehalten und gegebenenfalls nachfolgen.

Bitte an Minister des Innern Vorschlag wegen Bestellung eines Verwaltungsbeamten zur Bearbeitung Ihrer juristischen oder verwaltungstechnischen Arbeiten zu machen. Dabei ist Augenmerk zu richten auf Oberbürgermeister von Essen oder Hagen oder eine sonstige geeignete Person der dortigen oder hiesigen Verwaltungen.

Innenminister.“

Die Bestellung durch das Reich hatte folgenden Wortlaut:

„Ich ermächtige Sie hiermit, im Befehlsbereiche des Generalkommandos des VII. A.-K. auf Grund des Belagerungszustandes im Zusammenarbeiten mit dem kommandierenden General alle militärischen und politischen Maßnahmen zu treffen, die Sie für notwendig halten.

Reichswehrminister.“

Die Berufung stellte mich vor eine schwere Aufgabe. Die Nachrichten aus dem Industriebezirk ließen erkennen, daß Ausständige und Regierungstruppen an verschiedenen Orten sich bereits „festgebissen“ hatten und daß bei dieser Sachlage mit Verhandlungen zunächst wenig auszurichten war. Andererseits durfte und wollte ich mich dem Rufe der Regierung nicht versagen. Nach einer kurzen Rücksprache mit dem Vorsitzenden der Bielefelder Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei, C. Schreß, fuhr ich nach Dortmund.

Hier wirkte Ernst M e h l i c h als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats und als Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung. Seine Kenntnis von Land und Leuten, insbesondere der Bergarbeiter, und endlich seine journalistischen Fähigkeiten veranlaßten mich, seine Mitwirkung in der zu gründenden Amtsstelle zu erbitten. M e h l i c h sagte zu unter der Voraussetzung, daß die Bergarbeiterverbände und der örtliche Arbeiter- und Soldatenrat keine Einwendungen erheben würden. Nun galt es die Auffassung der Bergarbeiter zu erkunden und dann zu — h a n d e l n. Schon wurden mir Nachrichten unterbreitet, aus denen hervorging, daß auf vielen Zechen von den Belegschaften die Leistung der Notstandsarbeiten verweigert würde. Die Gefahr des Ersaufens der Schachtanlagen war dadurch in unmittelbare Nähe gerückt. Mit Fritz H u s e m a n n vom Bergarbeiterverband, Wilhelm S c h l u c h t m a n n, Ernst M e h l i c h und einem Beauftragten des Wehrkreiskommandos wurde in D u i s b u r g die erste Besprechung abgehalten. Von allen Anwesenden wurde anerkannt, daß im Hinblick auf die Gesamtlage selbstverständlich keine Rede davon sein könne, aus allen Orten die Truppen zurückzunehmen. Dadurch würden nicht allein die Einwohner der vom Spartakistenterror bedrohten Ortschaften schutzlos geworden sein, sondern auch die Staatsautorität hätte einen empfindlichen Stoß erlitten. Denn in der Öffentlichkeit hätte der Eindruck entstehen müssen, als ob die Zurückziehung der Truppenabteilungen auf der ganzen Linie eine Kapitulation vor den Spartakisten gewesen sei. Auf der anderen Seite bestand für mich nach den Schilderungen H u s e m a n n s und S c h l u c h t m a n n s kein Zweifel darüber, daß bei der Besetzung der einzelnen Orte des Ruhrgebiets nicht überall auf die Stimmung der regierungstreuen Arbeiterkreise Rücksicht genommen war. Auf Grund von Denunziationen — meistens f a l s c h e n Anschuldigungen — wurden nicht selten gerade die V e r t r a u e n s m ä n n e r d e r G e w e r k s c h a f t e n u n d d e r R e g i e r u n g s p a r t e i e n f e s t g e n o m m e n oder auf

andere Art belästigt, und die Bestimmungen des Belagerungszustandes auch sonst in einer Weise durchgeführt, die nicht beruhigte, sondern die schwerste Erregung in die Kreise der loyalen Arbeiterschaft trug. Ich versprach deshalb meinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Regimentsstruppen aus den Orten zurückgezogen würden, die nach der Einstellung ihrer Bewohnerschaft die Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bieten könnten. Auch im Vereins- und Versammlungswesen, das auf Grund der Bestimmungen über den Belagerungszustand erhebliche Einschränkungen erfahren hatte, sollten Erleichterungen eintreten. Die Handhabung dieser Bestimmungen durch die örtlichen Militärbefehlshaber hatte den Verkehr der Bergarbeiterverbände mit ihren Mitgliedern nahezu unmöglich gemacht. Wollte man die Bergarbeiterverbände aber weiter als Stützpunkte der Regierung in Anspruch nehmen, dann mußte alles geschehen, um einer Erschwerung ihrer Organisationsarbeit entgegenzutreten.

Von dem Vertreter des Generalkommandos wurden Bedenken gegen dieses Programm nicht geäußert. Ich habe mich darum noch am gleichen Tage mit folgendem Aufruf an die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebiets gewandt:

#### „A m e r a d e n !

Von der Reichsregierung bin ich zum Kommissar im Bereiche des Generalkommandos des 7. Armeekorps ernannt worden. Ich bin zur Anordnung aller militärischen und politischen Maßnahmen ermächtigt, die geeignet erscheinen, die Ruhe und Sicherheit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aufrecht zu erhalten. Diese Maßnahme erblicke ich nicht in erster Linie in gewaltsamer Unterdrückung, sondern in dem Versuch auf Verständigung mit den streikenden Arbeitern und in der Abstellung vorhandener Härten und Mißstände.

In der Erfüllung der mir übertragenen Aufgabe möchte ich als Arbeitervertreter zu den Arbeitern reden und als Arbeiter für die Arbeiter handeln. Von diesem Grundsatz ausgehend, wird es meine erste Sorge sein, eine Besserung in der Lebensmittelbelieferung der Bergarbeiter herbeizuführen. Der größte Feind der Gütererzeugung und der öffentlichen Ruhe ist der Hunger! Ihn zu bekämpfen, ist die vornehmste Aufgabe aller. Ich werde mir keinen Augenblick einbilden, sie lösen zu können, wenn ich nicht von Euch darin wirksam unterstützt werde. Ohne Kohle und die durch die Kohle geschaffenen Industriewerte werden wir auf die Dauer keine Lebens-

mittel erhalten. Einem allmählichen Abbau der Arbeitszeit im Bergbau werden die zuständigen Stellen näher treten müssen. Heute aber gilt es, zu verhindern, daß durch einen Zusammenbruch des rheinisch-westfälischen Bergbaues dem deutschen Wirtschaftsleben das Rückgrat zerschmettert wird. Ich appelliere dabei an Eure Einsicht, an Eure Liebe zur deutschen Arbeiterschaft, zum deutschen Volke. Gewalt soll nur da in Anwendung gebracht werden, wo unverantwortliche Elemente dazu herausfordern. Ich habe deshalb angeordnet, daß die im Bochumer Kreise lagernden Regierungstruppen, die ohne jeden zwingenden Anlaß herangezogen worden sind, zurückgezogen werden.

Dort, wo der Belagerungszustand verhängt ist, sollen folgende Erleichterungen eintreten:

1. Die Polizeistunde bleibt wie bisher bestehen.
2. Der Aufenthalt auf den Straßen ist auch nach 10 Uhr abends gestattet.
3. Die nach den Ziffern 5 und 7 der Bekanntmachung des Kommandierenden Generals erforderlichen Genehmigungen des örtlichen militärischen Befehlshabers werden auf die zuständigen Zivilbehörden übertragen, die im Einverständnis mit mir zu arbeiten haben.
4. Die Bestimmung unter Ziffer 6 der genannten Bekanntmachung, die Schließung politischer Vereine betreffend, wird aufgehoben.

In der Erledigung meiner Mission möchte ich nicht nur Beauftragter der Regierung sein, sondern auch der Vertrauensmann der Arbeiter werden. Ich erkläre mich darum gern bereit, überall einzugreifen, wo zur Abstellung von Mißständen und zur Aufklärung von Mißverständnissen eine Vermittlungsstelle gewünscht wird. So möchte ich den Beweis erbringen, daß es weder der Regierung noch mir darum zu tun ist, eine wirtschaftliche Bewegung mit Waffengewalt niederzuhalten, daß es jetzt vielmehr darauf ankommt, alle einsichtigen und ihrer Verantwortung sich bewußten Arbeiter auf einen gemeinsamen Boden zu führen, auf den Boden der Vernunft und der wirtschaftlichen Selbsterhaltung.

Dortmund, den 8. April 1919.

gez. Severing, Dortmund-Stadthaus.“

Die Wirkung dieses Aufrufs war eine sehr verschiedene. Die örtlichen Militärbefehlshaber erblickten in der Ankündigung von der Zurückziehung der Truppen formell eine Überschreitung meiner Befugnisse und tatsächlich eine Herabminderung des staatlichen Schutzes für die bedrohten Gebiete. Sie erhoben darum lebhaften Einspruch gegen jede Erleichterung gegenüber dem bisherigen Zustand. Abordnungen der Bergarbeiter dagegen vermißten in dem Aufruf eine klare Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Forderungen der Reuner-Kommission. Ohne eine Berücksichtigung wenigstens eines Teils dieser Forderungen würde es — so sagte



man mir — kaum gelingen, die Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. In den ersten Tagen nach der Übernahme meines Amtes hatte ich mich mit der Überbrückung dieser gegensätzlichen Auffassung zu beschäftigen.

Zwischendurch mußte ich mich entscheiden, welchen Ort ich zum Amtssitz des Kommissariats bestimmen wollte. Von der Preussischen Regierung war mir Essen vorgeschlagen und als juristischer Berater der Oberbürgermeister von Essen oder Hamm. Ich konnte mich für Essen nicht entscheiden, weil verkehrstechnisch Dortmund die besseren Verbindungen bot und weil mir in Dortmund mit den örtlichen Verhältnissen vertraute Freunde zur Mitwirkung zur Verfügung standen. So entschloß ich mich, Dortmund zum Amtssitz zu bestimmen und das Bureau des Kommissariats im „Nordsternhaus“ aufzuschlagen. Der Arbeiter- und Soldatenrat und die Stadtverwaltung Dortmund stellten das Hilfspersonal und den größten Teil der Bureau-einrichtung zur Verfügung. In zwei Tagen war der Betrieb im Gange.

Wegen der Bestellung eines Verwaltungsbeamten zur Bearbeitung der juristischen oder verwaltungstechnischen Aufgaben hatte ich mich an das Ministerium des Innern mit der Bitte gewandt, den Oberbürgermeister Cuno von Hagen mit dieser Aufgabe zu betrauen. Mit dem verdienten Hagener Oberbürgermeister hatte ich mehrere Jahre in der Petitionskommission des Reichstages zusammengegessen, so daß wir persönlich im gewissen Sinne „eingespielt“ waren. Es stellte sich indessen sehr bald heraus, daß alle verantwortlichen Beamten der größeren Städte auf ihren Posten unentbehrlich waren. Insbesondere die Oberbürgermeister von Hagen und Essen, deren Städte von den Unruhen mit am härtesten betroffen wurden. Ich habe deswegen gerne auf die Bestellung der genannten Herren verzichtet. Dagegen wurden mir vom Kommandierenden General zwei Offiziere, Major von Cöchenhausen und Oberleutnant Plenio zur Verfügung gestellt, die das

Kommissariat in allen militärischen Fragen beraten und die Verbindung mit dem Generalkommando herstellen und aufrechterhalten sollten.

Einer der ersten Besucher in dem werdenden Bureau des Reichskommissars war der Kommandierende General des VII. Armeekorps, Generalleutnant Freiherr von Watter. Die Notwendigkeit, mich schnell zu informieren und schnell die ersten eine Entspannung der Lage verheißenden Anordnungen zu treffen, hatten bis dahin meinen Besuch beim Kommandierenden General verhindert. Eine Beteiligung des Generalkommandos an den ersten Vorberatungen und Besprechungen erblickte ich in der Teilnahme des Offiziers vom Wehrkreiskommando an der Duisburger Konferenz. Nicht so General von Watter. Er erhob lebhafteste Bedenken gegen die versprochene Zurückziehung der Truppe und gegen die zugesagten Milderungen des Belagerungszustandes. Ich entgegnete ihm, daß ich keineswegs daran dächte, einer generellen Zurückziehung der Truppe das Wort zu reden. Wo sie zum Schutze der Werksanlagen und der Bevölkerung erforderlich sei, müßte sie bleiben, bzw. eingesetzt werden. Wo aber die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, gewillt und imstande sei, die Ordnung selbst aufrechtzuerhalten, solle man nicht die ohnehin gegen das Militär bestehende Mißstimmung durch die Entsendung von Truppen vermehren. Es komme jetzt darauf an, die Produktion wieder in Gang zu bringen und dabei sei man auf den guten Willen der Arbeiterschaft angewiesen, die zu verprellen im Augenblick die größte Torheit sei.

Der General, der bei diesem Besuch auf mich den Eindruck eines offenen und frischen, verantwortungsfreudigen Soldaten machte, zeigte sich diesen Darlegungen gegenüber nicht unzugänglich. Auch er erkannte an, daß es richtig sei, durch ein verständiges Vorgehen die Mitglieder der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen von der Streikbewegung zu trennen und sie nicht durch eine unzumutbare Einsetzung militärischer Kräfte der Sache der Regierung zu entfremden.

Wir vereinbarten, daß künftige Aufrufe politischen Inhalts und andere Maßnahmen von entscheidender Bedeutung nur unter persönlicher Mitwirkung des Kommandierenden Generals und des Reichskommissars getroffen und veröffentlicht werden sollten. Dabei machte ich General von Watter darauf aufmerksam, daß am Nachmittag eine Konferenz von Vertretern der vier Bergarbeiterverbände und des Zechenverbandes unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer und unter Teilnahme von Vertretern des Preussischen Handelsministeriums im Rathause zu Essen tagen würde, deren Verlauf schnelle Entschlüsse der Behördenvertreter notwendig machen könnte. Bei dieser Sachlage sei es dringend erwünscht, daß der General selbst an den Verhandlungen teilnähme. Herr von Watter lehnte eine Beteiligung ab mit Berufung auf andere wichtige Dienstgeschäfte. Der Verlauf der Sitzung aber gab meinen Vermutungen recht. Es stellte sich die Notwendigkeit heraus, noch am Abend des 9. April Verordnungen zu erlassen, die von entscheidender Bedeutung werden konnten und sollten, die hinauszuzögern aber die Situation im Bergbau nicht mehr zuließ. In der Konferenz wurde von verschiedenen Rednern, von Arbeitern und Unternehmern mitgeteilt, daß in mehreren Belegschaftsversammlungen beschlossen worden sei, die Notstandsarbeiten einzustellen. Auch von einer Stilllegung der Notstandsarbeiten in Wasserwerken und in Gas- und Elektrizitätsbetrieben wurden Mitteilungen gemacht. Die Tendenz der Ausstandsbewegung, die ja doch in der Hauptsache auf den Sturz der Regierung gerichtet war, ließ befürchten, daß diese Beschlüsse sehr bald in die Tat umgesetzt würden. Auf einigen Zechen war es bereits zur Einstellung der Notstandsarbeiten gekommen. Wo Steiger und andere Grubenbeamte sie auszuführen versuchten, wurden sie mit Gewalttaten und Maßregelungen bedroht. Ich habe deswegen in der Konferenz erklärt, der Gefahr des Ersaufens der Schächte mit allen Kräften entgentreten zu wollen und

mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers noch am gleichen Abend folgende Verordnung erlassen:

„1. Alle männlichen Einwohner im Alter vom vollendeten 17. bis 50. Lebensjahre sind verpflichtet, im Bedarfsfalle auf Anordnung der Gemeindebehörden Notstandsarbeiten in allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft erforderlichen Betrieben zu leisten.

2. Wer einen auf Grund des Punktes 1 dieser Verordnung an ihn ergangenen Anweisung nicht Folge leistet, wird mit Geldstrafe bis 500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft.“

Fernmündlich erklärte der Kommandierende General sein Einvernehmen zu dieser Verordnung. In der Streibewegung erlangte sie eine große Bedeutung dadurch, daß die Gemeindebehörden es nun in der Hand hatten, die intellektuellen Urheber des Streiks zur Leistung von Notstandsarbeiten anzuhalten. Die Drahtzieher kamen dadurch in eine nicht gerade angenehme Situation. Entweder leisteten sie der Aufforderung Folge und dann waren sie der Bewegung entzogen und erregten das Mißtrauen ihrer Kameraden, oder aber sie verweigerten die Notstandsarbeiten, dann konnten sie von der Behörde auf andere Weise unschädlich gemacht werden. So hat die Verordnung denn auch in verschiedenen Bezirken die Ausführung der Notstandsarbeiten gesichert und darüber hinaus den Streik zum langsamen Abbröckeln gebracht.

Daß die Streikenden die Verordnung als lästig empfanden, braucht kaum gesagt zu werden. Etwa eine Woche nach ihrer Bekanntgabe erschien eine Deputation bei mir, um ihre Zurücknahme zu verlangen. Die Sprecher der Deputation hantierten in nicht mißzuverstehender Weise mit ihren Revolvern, bis ich ihnen erklärte, daß ich mir mit Waffengewalt und Drohungen Entscheidungen nicht abtrotzen ließe, daß ich aber gerne bereit sei, ihnen die Gründe, die mich zur Annahme meines Amtes und auch zum Erlaß der Ver-



ordnung geführt hätten, in ruhiger Verhandlung auseinanderzusetzen. Ich legte dann den Mitgliedern der Deputation klar, daß ich mein Amt nicht angenommen hätte, um politische Vorbeeren dabei zu ernten. Ich sei mir vom ersten Augenblick an klar gewesen, daß ich einen leidlichen Namen und einen nicht unansehnlichen Fonds von Vertrauen in der Arbeiterschaft aufs Spiel setzen würde. Ich rechnete damit, als „schwarzer Mann“ und als „Verräter“ an der Arbeiterklasse das Ruhrrevier demnächst wieder zu verlassen. Die Sucht nach politischen Vorbeeren könnte darum mich nicht zur Annahme des Amtes bewogen haben. Ebenso wenig aber die Aussicht auf materiellen Gewinn. Ich hätte bei meiner Berufung nicht erst Rückfrage nach meiner Besoldung gehalten, mir sei auch jetzt nicht bekannt, welche Entschädigung die Regierung gewähren würde. Einstweilen bezöge ich das Gehalt des Redakteurs der „Volkswacht“. Die Mitglieder der Deputation möchten daraus entnehmen, daß das Bestreben, materiellen Vorteil zu erlangen, mich ebenso wenig geleitet hätten. Wenn ich dem Rufe der Regierung Folge geleistet hätte und nunmehr nach meinem Gewissen die Entscheidungen treffe, die ich zur Rettung der deutschen Wirtschaft für erforderlich halte, dann sei es nicht zuletzt die Sorge um die Bergarbeiter selbst und um ihre Frauen und ihre Kinder gewesen, die mich zur Annahme des angebotenen Auftrages geführt hätte. In ersoffenen und ausgebrannten Gruben könnte keine Kohle mehr gefördert werden. Das Ersaufen der Gruben und Grubenbrände, den totalen Zusammenbruch der Ruhrindustrie zu verhindern, sei aber der Zweck der Verordnung und darum müsse es dabei bleiben.

Diese Darlegungen hatten ihren Eindruck nicht verfehlt. Die meisten der Delegierten schwiegen, nur einer meinte resigniert, daß es dann ja keinen Zweck mehr habe, den Streik weiter fortzusetzen. Ich habe selbstverständlich alles getan, um den Mann in dieser Auffassung zu bestärken.

Einen wesentlichen Umschwung in der Stimmung der Ausständigen führte ferner das Abkommen herbei, das in der Essener Konferenz zwischen den Vertretern der vier Bergarbeiterverbände und den Vertretern des Zechenverbandes zustande kam. Die Konferenz kam nach längeren Erörterungen, während in den Straßen Essens geschossen wurde, über die in Betracht kommenden Verhältnisse zu dem Ergebnis, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden im Interesse der Volkswirtschaft schlechterdings unmöglich sei. Auch gegen eine geringere Arbeitszeitverkürzung erhoben die Vertreter des Zechenverbandes schwere Bedenken. Sie erklärten sich jedoch auf die dringenden Vorstellungen der Vertreter der Bergarbeiterverbände und des Reichsarbeitsministers Bauer bereit, die siebenstündige Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Arbeiter, einschließlich der Ein- und Ausfahrt, zu bewilligen. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände hatten geltend gemacht, daß ein Entgegenkommen in bezug auf die Arbeitszeitverkürzung angesichts der schlechten Ernährungslage unerläßlich sei, daß aus den gleichen Gründen eine Beibehaltung der Achtstundenschicht keineswegs eine Vermehrung der Produktion bedeuten würde. Es wurde ferner in der Konferenz in Aussicht genommen, eine Kommission einzusetzen mit der Zweckbestimmung, festzustellen, ob eine weitere verkürzte Arbeitszeit mit Rücksicht auf die deutsche Volkswirtschaft und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte durchführbar sei.

## Zusammenbruch

Zwei Tage nach dieser Konferenz traten in Bochum die Delegierten des Deutschen Bergarbeiterverbandes zusammen, die dem Antrage der Verbandsleitung auf **A b b r u c h** des Streiks mit 217 gegen 82 Stimmen zustimmten. Einstimmig wurde ferner ein Antrag angenommen, der die

Behörden ersuchte, das Militär zurückzuziehen. Auch die anderen Bergarbeiterorganisationen richteten einen Appell an ihre Mitglieder, die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Die fast von allen Belegschaftsversammlungen geäußerten Wünsche auf Zurückziehung der Truppen erfuhren eine nur geringe Berücksichtigung. Der General von Watter stand, nach Münster zurückgekehrt, wieder vollständig unter dem Eindruck der einseitigen Berichte, die ihm von mehreren örtlichen Militärbefehlshabern über die Lage erstattet worden waren, und die, um die Notwendigkeit der Beibehaltung der Truppe zu beweisen, die Lage in den düstersten Farben schilderten. So kam es, daß aus Bochum nur ein Teil der Truppe zurückgezogen wurde und in anderen Orten die Truppe in voller Stärke verblieb. Dagegen wäre ja an sich nicht viel einzumenden gewesen, wenn die Truppe durchweg aus dem besten Mannschaftsmaterial bestanden hätte. Aber hier haperte es gewaltig. Es fehlte sowohl an Offizieren, die befähigt gewesen wären, mit den Behörden und der Bevölkerung des Ruhrgebiets ein Vertrauensverhältnis herzustellen, als auch an disziplinierten Mannschaften. Wie schon nach den Februar-Unruhen, stand die Ungeheuer in höchster Blüte und nicht selten wurden auf Grund von ganz falschen Denunziationen die verlässlichsten Stützen der Regierung schikaniert, mißhandelt und sogar in Schutzhaft genommen. Ehe eine Beschwerde an mich gelangte und in der Weiterverfolgung zum Erfolg führte, war die Mißstimmung gegen diese Betätigung der Truppen wieder um mehrere Grade gestiegen. Wie unverständlich sich die örtlichen Befehlshaber recht oft zeigten, beweist unter anderem das Vorgehen des Essener Kommandeurs, das so bezeichnend für die geistige Atmosphäre des Militärs von damals ist, daß es hier ausführlicher wiedergegeben werden soll.

Mein Aufruf an die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebiets war auch an die Stadtverwaltung Essen gerichtet worden. Diese hatte pflichtgemäß den Inhalt des Plakats durch Anschlag bekanntgegeben. Daraufhin wurde

von dem Militärbefehlshaber bei meiner Dienststelle angefragt, ob sich die Anordnungen über die Zurückziehung des Militärs auch auf E s s e n bezögen. Ich habe das nach meiner Ueberzeugung verneint, weil ich durchaus nicht wünschte, daß das ganze Ruhrgebiet von militärischen Kräften entblößt würde. Ich hatte im Gegenteil das lebhafteste Interesse daran, bestimmte Orte mit starken militärischen Kräften besetzt zu halten und zwar diejenigen Orte, die über keine staatliche Polizei verfügten. E s s e n hatte zwar staatliche Polizei, sein Präsidialbezirk war aber so groß, daß eine Verstärkung der Machtmittel des Staates gerade in diesen Orten erwünscht erschien. Auf meine Antwort hatte der Essener Militärbefehlshaber dann folgende Bekanntmachung erlassen:

„Das in E s s e n angeschlagene Plakat des Reichskommissars hat nach Erklärung des Reichskommissars S e v e r i n g für Essen keine Bedeutung und ist unrechtmäßigerweise angeschlagen.

Der militärische Oberbefehlshaber  
K a i s e r  
Oberst.“

Ungefähr um dieselbe Zeit erfuhr ich, daß gegen den Oberbürgermeister Dr. L u t h e r und den Beigeordneten S c h m i d t wegen der angeblich unberechtigten Veröffentlichung des Plakats das kriegsgerichtliche Verfahren eingeleitet worden sei. Ein Schreiben des Oberbürgermeisters, das die Plakatangelegenheit behandelte, ließ mit aller Deutlichkeit erkennen, daß ich bei der Unbestimmtheit der mir erteilten Vollmachten recht bald zum Prellbock der verschiedenen Behörden werden müßte, wenn ich mich nicht von vornherein gegen derartige Übergriffe der örtlichen Kommandostellen wehren würde. Ich teilte deswegen dem Generalkommando mit, daß ich die Art der Behandlung, die der Oberst K a i s e r der Stadtverwaltung E s s e n habe angedeihen lassen, unter keinen Umständen



gutheißen könne und die Stadtverwaltung wegen dieser Behandlung in Schutz nehmen müsse. Die Antwort, die ich auf diese Verwahrung bekam, überraschte mich aufs höchste. Sie bestand in einer Schilderung der amtlichen Qualitäten der beiden beschuldigten Herren und fiel für diese nicht gerade günstig aus. Oberbürgermeister L u t h e r war mir als geschickter und energischer Verwaltungsbeamter bekannt. Ich war darum in der Lage, das Charakterbild, das die militärischen Stellen über ihn entwarfen, sofort zu berichtigen. Dagegen war mir der Beigeordnete Dr. S c h m i d t bis dahin unbekannt, und was mir über seine Stellung zu den Spartafisten gesagt wurde, ließ ihn in der Tat zur Leitung der staatlichen Polizei in E s s e n wenig geeignet erscheinen. Von dieser Auffassung habe ich auch einmal in der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht, erhielt dann aber bald Gelegenheit, mich zu berichtigen und damit auch die Vorwürfe zu entkräften, die von militärischer Seite gegen Dr. S c h m i d t erhoben waren.

Im Gegensatz zu den zwischen uns getroffenen Vereinbarungen, nach denen alle wichtigen politischen Entscheidungen unter unserer beider Mitwirkung getroffen werden sollten, hatte General von Watter an die Preußische Staatsregierung ein Schreiben gerichtet des Inhalts, daß die Zustände in der Verwaltung des Regierungsbezirks Düsseldorf, der Stadt Essen und besonders der Polizei in Essen eine sofortige Änderung in der Besetzung der Posten des Regierungspräsidenten in Düsseldorf, des Oberbürgermeisters in Essen und die schnellste Besetzung der Polizeipräsidentenstelle in Essen dringend notwendig erscheinen ließen. Durch die schwächliche und passive Haltung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf sei der bolschewistische Einfluß im Regierungsbezirk Düsseldorf gestärkt. Der Oberbürgermeister von Essen stehe unter dem Einfluß des Beigeordneten Dr. Schmidt, be-

folge dessen Ratschläge und scheue jede eigene Verantwortung!! Er sei für Essen zu schwach in seinem Charakter. Schmidt habe nicht nur Spartakisten in seiner Wohnung geduldet, sondern er solle selbst um Aufnahme in die kommunistische Partei gebeten haben. Er habe Spartakistenführer, wie Hammer, usw., geduldet, er dulde die Meunier-Kommission und bringe durch seine unklare Haltung die ganze Polizei durcheinander. Als Nachfolger wurde von Watter in Vorschlag gebracht: Oberbürgermeister Jarres-Duisburg als Regierungspräsident in Düsseldorf, Oberst z. D. Giffenig als Oberbürgermeister von Essen und Regierungsrat Lücken als Polizeipräsident von Essen. Die preußische Regierung übergab mir die Watterschen Beschwerden und Vorschläge zur Stellungnahme und damit war mir Gelegenheit gegeben, die gegen Dr. Schmidt erhobenen Beschwerden auf ihre Richtigkeit und Berechtigung hin zu prüfen. Dabei stellte sich heraus, daß Schmidt nicht nur nicht mit den Spartakisten sympathisierte, sondern ihr entschiedenster Gegner war. Er hatte mit großem Geschick zu wiederholten Malen den Ansturm der Spartakisten auf Polizeipräsidium und Rathaus abgewehrt. Ich habe bei den Untersuchungen den Eindruck gewonnen, daß leider viele militärische Dienststellen den Angebereien unverantwortlicher Elemente ein viel zu williges Gehör schenkten und die Beschuldigten aburteilten, ohne ihnen auch nur die geringste Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben. Im Falle Schmidt war das besonders betrüblich, weil Schmidt selbst in einer Konferenz am 27. Februar in Anwesenheit des Kommandierenden Generals und einer Reihe von Offizieren des Generalkommandos seine Stellungnahme zu den politischen Fragen jener Tage mit der größten Entschiedenheit und Klarheit vorgetragen hatte. Schmidt hatte über eine Bergarbeiterversammlung in Alten-Essen berichtet, die sich scharf gegen die Spartakisten gewandt und gefordert hatte, daß unzuverlässige Elemente aus der Essener Sicherheitswehr entfernt werden

sollten. Schmidt hatte ferner darauf aufmerksam gemacht, daß es notwendig sei, die Sicherheitswehr zu verpflichten und endlich hatte er sich dagegen gewandt, daß eine schon Ende Februar in Aussicht genommene Amnestie auch auf Männer wie Hammer, den er nach den Behauptungen des Generalkommandos „duldete“, ausgedehnt werde. Ich habe dann auch keinen Anstand genommen, in einem amtlichen Schreiben an den Oberbürgermeister Luther und in Pressebekanntmachungen die gegen Dr. Schmidt erhobenen Vorwürfe richtig zu stellen und selbstverständlich auch der preußischen Regierung von den Ergebnissen meiner Untersuchung Kenntnis gegeben.

Über den Ton und Inhalt meiner Veröffentlichungen beschwerte sich einige Wochen später das Korps Lichtschlag beim Generalkommando. Ich habe daraufhin die Erörterungen über diese Frage mit einem Schreiben abgebrochen, dessen Schlußsatz hier Platz finden möge:

„Es ist mir unverständlich, wie sich das Korps Lichtschlag durch den Inhalt des Artikels angegriffen fühlen konnte. Es ist weder in dem Artikel genannt worden, noch habe ich an das Korps Lichtschlag gedacht. Es wäre dem Korps Lichtschlag zu empfehlen, dieselbe Empfindlichkeit, die es hier zeigt, auch dann an den Tag zu legen, wenn es gilt, Zivilbehörden in der Öffentlichkeit einem Urteil zu unterwerfen.“

Übrigens hat die politische Laufbahn der beiden von den Militärbehörden verdächtigten Herren gezeigt, daß ich in der Beurteilung ihrer Qualitäten von zutreffenderen Voraussetzungen ausging, als die Gewährsmänner des Generalkommandos. Besonders als Reichsfinanzminister hat Dr. Luther ein außerordentliches Maß von Energie und Geschicklichkeit gezeigt, und der Verbandsdirektor des Ruhrfiedlungsverbandes Dr. Schmidt verdankt seine Stellung auch nur seinem Können und seiner geraden Persönlichkeit.

Während die Behördenvertreter auf diese Weise einen großen Aufwand von Zeit und Kraft unnütz aufboten,

bröckelte der Streik langsam ab. In zahlreichen Zuschriften und persönlichen Vorstellungen wurde ich ersucht, Einigungsverhandlungen über die Forderungen der Bergarbeiter einzuleiten. Ich habe erwidert, daß ich keine Zeit und keine Gelegenheit versäumen würde, um selbst in den Kreisen für eine Verständigung zu wirken, die sich bis heute ihr gegenüber noch vollständig unzulänglich gezeigt hätten. Aber ich könnte unmöglich den Ratschlägen folgen, die mir verschiedentlich über die Art der anzuwendenden Verständigung gegeben wurden.

Der Streik trug in den ersten Tagen wenn nicht ausschließlich so doch vorwiegend politischen Charakter. Der Sturz der Regierung *Hert-Scheidemann* war nach dem Willen seiner intellektuellen Urheber sein vornehmstes Ziel. Die Spitze der Bewegung, die sogenannte Reuner-Kommission, hat sich keinen Augenblick gescheut, in ihren Kundgebungen das offen auszusprechen. So war nicht dem Bergbaulichen Verein oder einer anderen Arbeitgeber-Organisation, war nicht jedem einzelnen Werke, sondern nur der Öffentlichkeit die Liste der Forderungen unterbreitet worden. Dadurch wurden Verhandlungen jeder Art von vornherein — gewollt oder ungewollt — ungemein erschwert.

Die Zeichenbesitzer waren nicht zuständig, über die politischen Forderungen der Streikleitung zu verhandeln und die Regierung konnte über den Kopf der Unternehmer hinweg keine Abmachungen wirtschaftlicher Natur mit den Streikenden treffen. Dazu kam noch die andere Schwierigkeit, daß nämlich von den Streikenden keine Stelle bezeichnet wurde, die als verhandlungsfähig hätte anerkannt werden können. Delegiertenkonferenzen der Streikenden hätten die gewerkschaftlichen Organisationen als Verhandlungskörper abgelehnt; andererseits konnte es der Regierung niemand zumuten, mit einer Körperschaft zu verhandeln, die den Regierungsturz als ihr vornehmstes Ziel proklamiert hatte. Trotzdem hatte die Regierung die Initiative ergriffen und den ersten Schritt zur Verständigung getan. Ihren und der



Bergarbeiterverbände Vorstellungen war es zu danken, daß in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit die Festlegung der Siebenstundenschicht erzielt wurde. Eine mittelbare Folge der Einwirkung der Regierungsvertreter waren ferner die Zugeständnisse auf die Knappschaftsforderungen der Bergarbeiter.

Von einem großen Teil der Arbeiter wurden dann auch diese Zugeständnisse als ein annehmbares Entgegenkommen betrachtet. Wenn trotzdem der Ausstand nur langsam abflaute, so lag das nicht zuletzt daran, daß man von Verhandlungen, die einzuleiten man mich ersuchte, weitere Konzessionen erwartete. Ich habe erklären müssen, daß ich zu jeder Aussprache mit Einzelpersonen, Kommissionen und Delegiertenkonferenzen gerne bereit sei, daß aber alle Verhandlungen nichts daran ändern würden, daß in den bekannten Zugeständnissen die Grenze des Entgegenkommens zu erblicken sei. Einer sofortigen weiteren Verkürzung der Arbeitszeit könne keine Regierung, wie immer sie zusammengesetzt sein möge, zustimmen. Ebenso sei eine Erhöhung der Löhne über das bewilligte Maß hinaus — Ausgleich für die verkürzte Schicht — im Augenblick unmöglich. In diesem „Unmöglich“ käme nicht die willkürliche Ablehnung eines „Herrn im Hause“ zum Ausdruck, sondern das Gesetz eines Stärkeren: die Grenze unserer volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Ebenso deutlich mußte ich Duzenden von Deputationen auseinandersetzen, daß von einer Bezahlung der Streikschichten keine Rede sein könne. Es war zu erwarten, daß die Auswirkungen des Streiks Hunderttausende von Arbeitern zum Feiern zwingen würden, weil ihren Fabriken die Kohlen fehlten. Ob zur Unterstützung dieser unfreiwillig Feiernden Mittel zur Verfügung stehen würden, war damals noch sehr fraglich. Den Arbeitslosen aber die Unterstützung versagen, während man den Streikenden die Bezahlung der Streikschichten gewährt hätte, wäre ein Stückchen aus dem Tollhause gewesen. Ebenso unsinnig hätte es anmuten müssen, wenn die Regierung einen Streik mit Geld-

mitteln unterstützt hätte, der nach dem Zugeständnis seiner Urheber inszeniert worden war, um den Sturz dieser selben Regierung herbeizuführen.

Auch durch Presseveröffentlichungen wurden die Bergarbeiter darüber aufgeklärt, daß man sie betrüge, wenn man ihnen einrede, daß eine längere Fortdauer des Streiks weitere Zugeständnisse bringen würde. Die Vorstände der Bergarbeiter-Organisationen selbst waren sich darüber im klaren, daß das zerrüttete Deutschland von damals nicht mehr geben konnte und daß nur eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens auch die Lage der Bergarbeiter bessern könne.

Diese Einsicht setzte sich dann auch mehr und mehr durch. Die Wiederaufnahme der Arbeit kam in ein schnelleres Tempo. Die Mitglieder der Arbeiterorganisationen fanden wieder Mut, um sich dem Terror der der spartakistischen Gruppen gegenüber zu erwehren. Da plötzlich entstanden neue Mißhelligkeiten, erwachte neues Mißtrauen durch die Leichtfertigkeit untergeordneter militärischer Organe.

Da trug ein peinlicher Zwischenfall neue Erregung in die Arbeitermassen. Etwa hundert Delegierte der Streikenden hatten die Absicht, in Essen eine Konferenz abzuhalten, um zu der durch die Bewilligung der Siebenstundenschicht geschaffenen neuen Situation Stellung zu nehmen. Ich hatte einige Tage vorher einer Deputation, die bei mir erschien, um mir von dem Vorhaben Mitteilung zu machen, geraten, die Versammlung dem örtlichen Militärbefehlshaber anzuzeigen, der in Rücksicht auf die in Betracht kommenden Umstände die Genehmigung kaum versagen würde. Die Delegierten zogen es jedoch vor, die Konferenz nicht in Essen, sondern in einem kleinen Orte des Kreises Mettmann, in Werden, abzuhalten. Während der Beratung erschienen Truppen vom Korps Lichtschlag und ohne ersichtlichen Grund schossen einige Soldaten in den Saal. In wilder Hast flüchteten die Versammelten ins Freie. Hier wurde durch weitere Schüsse einer der Ver-

sammlungsteilnehmer getötet. Einige Duzend der Versammlungsteilnehmer wurden gefangen genommen und nach dem Orte W e r d e n transportiert. Sie mußten mit hochgehobenen Händen marschieren und wurden unterwegs beschimpft und mißhandelt. Auch in diesen Transport wurde hineingeschossen; dabei wurde ein Mann am Kopf, ein anderer am Arm verwundet. Ein Teil der Gefangenen wurde schon in W e r d e n , der andere später in E s s e n entlassen. — Schon auf dem Hinmarsch hatten die Truppen auf einen ihnen entgegenkommenden, mit der Versammlung in keiner Beziehung stehenden Arbeiter geschossen und ihn am rechten Oberschenkel verwundet.

Die Erregung über diese Vorkommnisse, die durch die Delegierten im ganzen Revier recht bald verbreitet wurden, war ungeheuer. Ich habe sofort im Einvernehmen mit dem Kommandierenden General die schon erwähnten Herren Freymuth, Brust, Kürup und Schluchtmann, sämtlich Mitglieder eines von der Preußischen Landesversammlung eingesetzten Ausschusses zur Aufklärung der Unruhen in Preußen, gebeten, auch den Vorgang in W e r d e n zu untersuchen. Im Bericht der Untersuchungskommission wurde festgestellt, daß am 15. April 1919 im Kreise M e t t m a n n der Belagerungszustand n i c h t bestand. Das Eingreifen des Militärs war deswegen ein unverständlicher Übergriff. Auch dazu war das Militär nicht befugt, in die Versammlung hineinzuschießen. Und endlich hatte der Untersuchungsausschuß festgestellt, daß ein weiterer Übergriff darin lag, daß ein Leutnant v o n T h i e l , der Führer der Truppe, in die Menge hineingeschossen und die Gefangenen mit Schimpfworten, wie „Schweine!“ „Hunde!“ und dergl. belegte.

Außerordentlich bezeichnend für die Haltung der Militärbehörden bei Untersuchungen von Beschwerden über die Truppe sind folgende Schlußbemerkungen im Bericht des Untersuchungsausschusses:

„Um die Sache besser aufzuklären, hatte die Untersuchungskommission in dem Termin vom 22. Juli 1919

den Leutnant von Thiel und verschiedene Soldaten hören wollen, sie wollte auch die anscheinend vorhandenen kriegsgerichtlichen Akten einsehen. Diefierhalb hat ſich die Unterſuchungskommiſſion mittels des am 10. Juli 1919 zum Abgang gekommenen Schreibens vom 9. Juli 1919 an das Generalkommando in M ü n ſ t e r gewandt. Es iſt jedoch keine Antwort vom Generalkommando eingegangen. Auch ſind die Militärperſonen im Termin vom 22. Juli 1919 nicht erſchienen.“

Weit über die Kreiſe der Bergarbeiter hinaus war die Bevölkerung über dieſes Verhalten der Truppe empört. Um nach außen hin deutlich zu dokumentieren, daß die Regierung ſelbſt dieſes Verhalten der Truppe des Leutnants v o n T h i e l entſchieden mißbillige, habe ich den Delegierten geraten, eine Konferenz in D o r t m u n d abzuhalten und möglichſt d i e Delegierten zur Teilnahme aufzufordern, die am 15. April die Vorgänge in W e r d e n mit erlebt hätten. Ich verſprach den Veranſtaltern den Schutz der Konferenz und machte der Regierung von meinen Maßnahmen Mitteilung.

Die Konferenz trat am 17. April im „Kölniſchen Hof“ in Dortmund zuſammen. Ein Gradmeſſer für die Stimmung der Verſammlung war der Beſchluß, daß zwar Preſſevertreter, aber keine Vertreter der Bergarbeiterorganisationen zugelaffen werden ſollten. Von dem erſten Redner in der Verſammlung wurden die Vorgänge in W e r d e n , wie es nicht anders zu erwarten war, in der leidenschaftlichſten Weiſe beſprochen und für ſie mittelbar die „Bochumer Huſemann-Garde“ verantwortlich gemacht. Die Verſammlung kam ſchließlich zu dem Ergebnis, mir eine Reihe von Forderungen zu unterbreiten, in denen u. a. die Freilaffung der Reuner-Kommiſſion und ihre Anerkennung als Vertretung der geſamten Bergarbeiter des Ruhrreviers verlangt wurde. An der Sechsstundenschiſt und der Erhöhung des Lohnes um 25 Prozent hielt die Konferenz feſt.



Sie forderte ferner die Bezahlung der Streifschichten in Höhe von 66% Prozent des Lohnes, endlich die Auflösung der Freiwilligen-Verbände, die Entwaffnung der Polizei und die Durchführung der sogenannten „Hamburger Punkte“, die Kommandogewalt betreffend, Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit. Die Erörterungen in der Konferenz zeigten schon den großen Riß, der durch die Bergarbeiterschaft ging. Mehrere Redner traten dafür ein, die politischen Forderungen fallen zu lassen, um eine einheitliche Front für den Fall zu bewahren, daß die anzustrebenden Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten. Ein Redner meinte sogar, man solle doch offen und frei heraus sagen, daß der Streik schon zu Bruch gegangen sei. Anderen Rednern dagegen war die Parole „Weiterstreiken“ noch nicht radikal genug. Sie erklärten, das ganze Wirtschaftsleben müsse ruiniert und damit der Sturz der Regierung herbeigeführt werden. Ich habe den Mitgliedern der zu mir entsandten Deputation in längeren Darlegungen auseinandergesetzt, warum es bei den Vereinbarungen zwischen dem Zechenverband und den vier Bergarbeiterorganisationen bleiben müsse, warum die Regierung unter keinen Umständen die Meuner-Kommission als Verhandlungsfaktor anerkennen und im Augenblick ihre Freilassung zusagen könne. Selbst eine Weiterführung des Streiks würde diese Haltung der Regierung in keinem Punkte ändern können.

Die Konferenz beschloß daraufhin zwar „einstimmig“, auf die Belegschaften einzuwirken, den Streik fortzusetzen und ihn dort, wo er schon beendet sei, von neuem einzuleiten, aber ein großer Teil der Delegierten war sich darüber klar, daß dieser Beschluß nur ein lärmendes Rückzugsgefecht war. Von Tag zu Tag verminderten sich die Streikziffern, schon nach einer Woche waren etwa zwei Drittel der Streikenden wieder angefahren. Am 22. April betrug die Gesamtzahl der Ausständigen noch 211 565, am 26. April kaum noch 100 000. Wieder eine Woche später war der Streik voll-

ständig zusammengebrochen. Trotzdem gaben die sogenannten „Führer“ der Bewegung ihr Spiel noch nicht verloren. Die von der Dortmunder Konferenz ausgegebene Parole, den Streik aufs neue anzufachen, wurde in mehreren Bezirken mit den bekannten Mitteln des Terrors versucht. So wurde z. B. am 24. April von einer Delegierten-Versammlung in Duisburg, die von 200 Personen besucht war, der „verschärfte Generalstreik“ unter Einstellung der Notstandsarbeiten beschlossen. Aber es stellte sich bald heraus, daß auch derartige Beschlüsse nicht mehr versingen. Die lange Dauer des Aufstandes und die damit verbundenen Ausfälle im Haushalt der Bergarbeiterfamilien, sowie die Lebensmittelteuerung brachten den allergrößten Teil der Streikenden zu der Erkenntnis, daß der Streik um unerfüllbarer Forderungen wegen nicht weiter getrieben werden dürfe.

## Nach dem Streik

Nun galt es, den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter nachzukommen. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt ließ in einer Konferenz der Pressevertreter, die ich auf den 26. April nach Dortmund einberufen hatte, durch seine Kommissare erklären, daß die Auslandslebensmittel zunächst für einige Wochen eine bessere Ernährung, insbesondere der Bergarbeiter, ermöglichen würden. Infolge der ernststen Zahlungsschwierigkeiten könne man die vom Auslande zugesicherten weiteren Mengen jedoch nur einführen, wenn Zahlungsmittel zur Verfügung ständen. Das einzige zur Verfügung stehende Zahlungsmittel aber sei die Kohle, der Bergarbeiter sei z. Bt. der Finanzmann des deutschen Volkes. Von ihm hinge es ab, ob wir dauernd in der Lage seien, eine bessere Versorgung durchzuführen. Die Zufuhr von Lebensmitteln erfuhr dann tatsächlich eine langsame Besserung. Für die Bergarbeiter genügte sie jedoch nicht. Es ist deswegen von mir versucht worden, durch außerordentliche Maßnahmen, von denen an anderer Stelle gesprochen werden soll, die

Besserung im Ernährungsweisen durchzuführen, die einzig und allein den Bergbau vor weiteren Erschütterungen bewahren konnte.

Auch im Vereins- und Versammlungsweisen traten nach der Wiederaufnahme der Arbeit die Erleichterungen ein, die den Zivilbehörden von mir bekannt gegeben waren. Es waren dafür folgende Richtlinien maßgebend:

- „1. Genehmigt werden können die Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen aller politischen Parteien mit Ausnahme der der Unabhängigen Sozialisten und der Kommunisten.
2. Gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen werden gestattet. Nicht genehmigt werden Mitglieder- und öffentliche Versammlungen der Freien Vereinigung und der Bergarbeiterunion.
3. Belegschafts- und Betriebsversammlungen sind zu genehmigen, vorausgesetzt, daß sie entweder von den zuständigen Organisationsleitern oder dem Arbeiterausschuß einberufen werden und jede Gewähr dafür geboten ist, daß nur Werksangehörige daran teilnehmen. Angestellten der Gewerkschaften ist der Zutritt zu solchen Versammlungen zu gestatten.
4. Alle Versammlungen nichtpolitischer Natur, als solche, die Kultus-, wissenschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Zwecken dienen, können ohne weiteres genehmigt werden.
5. Genehmigungspflichtige Versammlungen sind hinsichtlich ihrer Anmeldung an keine Frist gebunden.“

Über die Ausnahmestellung, in die nach diesen Richtlinien auch die „Unabhängige Sozialistische Partei“ gedrängt wurde, beschwerte sich das Mitglied der verfassungsgebenden Deutschen National-Versammlung, Frau Luise Zieg, mit dem Hinweis darauf, daß ihren Parteifreunden in Sterkrade vom Militärbefehlshaber nicht nur die öffentlichen, sondern auch Mitgliederversammlungen der unabhängigen Sozialisten verboten

würden. Der Militärbefehlshaber habe bei Beschwerden erklärt, daß er vom Reichskommissar Severing keine Befehle entgegen zu nehmen habe. Indessen war zwischen dem Kommandierenden General und mir vereinbart worden, daß dort, wo vom Verlaufe der von den unabhängigen Sozialisten einberufenen Versammlungen anzunehmen war, daß sie nicht den Zweck der Aufforderung zum gewaltsamen Sturze der Regierung verfolgten, diese Versammlungen genehmigt werden könnten. Diese Bestimmung wurde in die Richtlinien aufgenommen, die nunmehr nicht nur für die Zivil-, sondern auch für die Militärbehörden Geltung hatten.

Der Kommandierende General erließ unter dem 15. April eine Bekanntmachung, daß Truppen nur dorthin entsandt würden, wo Behörden oder Arbeiter zum Schutze der persönlichen Freiheit gegen den Terror einer Minderheit um Hilfe riefen und wo es gelte, die Werke vor dauerndem Ruin zu schützen. Die Truppen würden abrücken, sobald die Gründe, die ihre Einrückung veranlaßt hätten, nicht mehr vorlägen.

Bald nach Wiederaufnahme der Arbeit wurde ein neuer Zankapfel in das Revier getragen. Im letzten Drittel des Monats April waren auch im obererschlesischen Bergbau Unruhen ausgebrochen, die u. a. auch die Absetzung von Direktoren und anderen Betriebsbeamten zum Gegenstand hatten. Auch diese Streiks wurden mit größter Erbitterung geführt, die Notstandsarbeiten verweigert.

Der Oberschlesische Berghüttenverein telegraphierte an die zuständigen Ministerien der Reichs- und Staatsregierung:

„Die gestern versammelten obererschlesischen industriellen Verwaltungen haben einstimmig beschlossen, die Staatsregierung nochmals auf die schwerwiegenden Gefahren nachdrücklich hinzuweisen, die die willkürliche Absetzung zahlreicher Generaldirektoren, Direktoren und anderer Beamter in leitenden staatlichen und privaten Stellen zur Folge haben. Bei den jetzigen völlig zerrütteten wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnissen der Werke müssen die Absetzungen in kurzer Zeit zur Stilllegung der Betriebe führen. Die Verwaltungen haben begründeten Anlaß zu der Annahme, daß die Absetzungen planmäßig von spartakistischer Seite nach russischem



Muster organisiert sind. Die in der Angelegenheit von dem Staatskommissar für Oberschlesien ergriffenen Maßnahmen sind keinesfalls geeignet, zur Beruhigung der mißleiteten Arbeiter und Angestellten beizutragen. Sowohl die von ihm eingesetzten, jeder gesetzlichen Grundlage entbehrenden Schiedsgerichte, als auch die in einem Falle durch den Staatskommissar verlangte Bestellung eines neuen Direktors an Stelle des von der Belegschaft abgesetzten müssen bei den Arbeitern und Angestellten den Eindruck erwecken, daß ihr Vorgehen von der Staatsregierung gebilligt wird und zu Absetzungen auf immer neuen Werken führen. Ein Erfolg der Arbeiter und Angestellten würde bewirken, daß künftig kein leitender Beamter mehr vor einer derartigen Absetzung sicher wäre, was den Ruin jeder industriellen Tätigkeit bedeuten würde. Die Gesamtheit der ober-schlesischen Industrie-Verwaltungen ersucht daher die Staatsregierung nochmals dringend, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Abhilfe zu schaffen und insbesondere die nachgeordneten Behörden nachdrücklichst anzuweisen, daß sie den Absetzungen energisch entgegen-treten, insbesondere auch durch Aufklärung der Arbeiter und Angestellten über das Unzulässige und Verhängnisvolle ihres Vorgehens. Auch sind die Verwaltungen in Anbetracht der großen Tragweite der Angelegenheit der Ansicht, daß es erforderlich ist, falls die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen hierzu nicht ausreichen sollten, baldigst einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die Absetzung von Beamten durch Angestellte und Arbeiter unter Strafe gestellt wird.“

Auf Ersuchen der Reichs- und Staatsregierung fuhr ich nach Kattowiß, um dem dort amtierenden Reichs- und Staatskommissar Otto Hör s i n g von meinen Erfahrungen und Beobachtungen im Ruhrrevier Kenntniss zu geben und ein einheitliches Vorgehen in der Angelegenheit der willkürlichen Absetzung von Werksdirektoren zu vereinbaren.

In der Besprechung, an der außer Hör s i n g der um Oberschlesien hochverdiente General Hö f e r und der Chef des Stabes des VI. Armeekorps teilnahmen, wurde volle Einmütigkeit erzielt. Auch für seinen Verwaltungsbezirk erließ Hör s i n g im Einverständnis mit dem Kommandierenden General des VI. Armeekorps die Verordnung, die alle männlichen Einwohner vom vollendeten 17. bis 25. Lebensjahre verpflichtete, bei Aufforderung der kommunalen Behörden alle zur Aufrechterhaltung gemeinnütziger Betriebe nötigen Arbeiten zu leisten. Auch hier hatte die Verordnung den Erfolg, daß der Streik unwirksam wurde und nach kurzer Zeit zusammenbrach.

Die Rufer im Streit um Absetzung der Werksdirektoren waren in den meisten Fällen Arbeiter und Angestellte, die mit den gewerkschaftlichen Organisationen entweder gar keine oder doch nur eine sehr junge und lose Verbindung besaßen. Es war nicht allzu schwer, den älteren Gewerkschaftlern klar zu machen, daß man sich auf eine schiefe Ebene begäbe, wenn man die Maßregelung von Werksbeamten fordere, denn damit würde der gemeinsame Rechtsboden verlassen, auf dem es Arbeitnehmern und Arbeitgebern möglich sei, wirtschaftliche Kämpfe ohne persönliche Schärfe und ohne besondere persönliche Schädigung zu führen. Die Arbeiter könnten nicht fordern, bei Lohnbewegungen keine Maßregelung eintreten zu lassen, wenn sie selbst auf Maßregelungen drängten. Wo Werksbeamte aus Gründen, die in ihrer Person lagen, es nicht verstanden, sich durch erträgliche Umgangsformen mit Arbeitern und Angestellten zu stellen, mußte selbstverständlich die Möglichkeit gegeben bleiben, auf die Werksleitungen im Sinne einer Korrektur derartiger Beamter einzuwirken. Ich habe aber gar keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ich in der durch Majoritätsbeschlüsse von Belegschaftsversammlungen erfolgten Absetzungen der Werksbeamten dasselbe Paschatum erblickte, das in früherer Zeit die Arbeiter und Angestellten ihrer Existenz beraubte, die besonders für die Interessen ihrer Berufsangehörigen eingetreten waren und daß die Reichs- und Staatsregierung derartige Willkürakte nicht dulden würden. Bekanntmachungen, in denen diese Gedankengänge vertreten wurden, und persönliche Einwirkungen auf die Arbeiterausschüsse und Organisationsvertreter hatten den Erfolg, daß im allgemeinen von der Forderung auf Absetzung von Werksbeamten Abstand genommen wurde. Nur in einigen Fällen bedurfte es einer energischeren Nachhilfe.

Sehr interessant gestalteten sich die Verhandlungen um die Wiedereinsetzung des von der Belegschaft der Zeche „Gneisenau“ bei Dorne seines Amtes entsetzten Berg-

assessors Dr. F i d l e r. Der Arbeiterausschuß der Zeche, der aus ruhigen und besonnenen Kameraden bestand, fühlte sich nicht imstande, meinen Standpunkt mit Aussicht auf Erfolg der Belegschaftsversammlung bekannt zu geben. Derne liegt nicht weit von Dortmund entfernt, und darum erklärte ich mich bereit, selbst in die Belegschaftsversammlung zu gehen und den Kameraden meinen Standpunkt zu begründen. Die Versammlung war von annähernd 2000 Personen besucht. Nach meinem Vortrag setzte eine lebhafte Diskussion ein, in der die leidenschaftlichsten Klagen über das frühere Betragen des Bergassessors vorgetragen wurden. Man konnte manche der vorgebrachten Klagen für übertrieben halten und doch gewann man den Eindruck, daß die Masse der Bergarbeiter ein feines Empfinden für die Art hat, wie man sie behandelt. Bei kameradschaftlichen, wenn auch nicht allzu feinen Umgangsformen ist der Kumpel verhältnismäßig leicht zu leiten; man kann leider nicht sagen, daß in der Vorkriegszeit und in der Kriegszeit diese kameradschaftlichen Umgangsformen in Übung gewesen wären. . . .

Die Versammlung endete mit meiner Erklärung, daß F i d l e r unter meinem Schutz seine Funktionen wieder aufnehmen würde. Wenn auch einige undisziplinierte junge Burschen diese Entscheidung bei der Abfahrt meines Wagens mit einigen Steingeschossen quittierten, die M e h l i c h und mir um den Kopf flogen, so ist die Wiederaufnahme der Funktionen des Bergassessors F i d l e r dank der besonnenen Haltung der Belegschaft ohne weiteren Zwischenfall erfolgt.

\*

Noch einmal flackerte der Streik auf den linksrheinischen Zechen auf. Die belgische Besatzung erklärte den Arbeitern aber sofort, daß, wenn nicht innerhalb 24 Stunden die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen sei, den Streikenden die Lebensmittel entzogen und die Führer nach Belgien deportiert werden würden. Unter dem Druck dieser Bekanntmachung der belgischen Militärbehörden wurde der Streik nach kurzer Dauer abgebrochen.

Die gegen Ende Mai von dem sogenannten „Zentral-Zechenrat“ (einer Fortsetzung der früheren Reunerkommision) unternommenen Versuche, unter der Parole: „Für die Sozialisierung des Bergbaues!“ eine neue Bewegung einzuleiten, blieben erfolglos. In Hunderttausenden von Flugblättern wurden die Bergarbeiter aufgefordert, „die verräterischen Bergarbeiterverbände und ihre Bonzen zum Teufel zu jagen, den Organisationen keine Beiträge mehr zu zahlen und den Schachtorganisationen beizutreten, die das „Räte-System“ einleiten und durchführen würden. Diese Phrasen verfielen jetzt um so weniger, als es den Bergarbeiterverbänden gelungen war, durch Verhandlungen mit dem Zechenverband eine Reihe weiterer Zugeständnisse und ihre Anerkennung als allgemeine Interessenvertretung der Bergarbeiter durchzusetzen. Die Kohlenproduktion kam dann allmählich auch wieder auf den normalen Stand. In der ersten Maiwoche erreichte die Förderung ungefähr 200 000 Tonnen pro Tag.

Die Nachwirkungen des Streiks machten sich natürlich noch erheblich bemerkbar, da die Betriebseinrichtungen mehr noch wie nach dem Februarstreik umfangreichen Reparaturen unterzogen werden mußten. Da bei der Wiederbelieferung zunächst die Eisenbahnen, sowie die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke versorgt werden mußten, blieb der Versand von Kohle für Industriezwecke noch für längere Zeit gesperrt. Die Folge war die Einschränkung und Stilllegung einer größeren Anzahl von Betrieben. Nicht nur die Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie, sondern auch die Werkstätten der Urproduktion hatten unter dem Ausfall schwer zu leiden. Die Stilllegung mehrerer Walzwerke wirkte sich dahin aus, daß Tausende von Arbeitern wochenlang feiern mußten und in dieser Zeit der hohen Lebensmittelpreise nur auf die geringe Arbeitslosenunterstützung angewiesen waren.

Hatten die Bergarbeiterorganisationen auf ihre wirtschaftlichen Forderungen mancherlei erreicht: eine Erhöhung des



Lohnes, das grundsätzliche Zugeständnis auf Ferien im Bergbau und eine Verbesserung der Knappschaftsversicherung, so wurde es meine Aufgabe, in der Fortführung des Arbeiterrechts die von der Regierung grundsätzlich anerkannte Mitwirkung der Betriebsräte sicherzustellen. Die Durchführung der Bestimmungen über die Einrichtung von Betriebsräten begegnete auf vielen Zechen ernsthaften Schwierigkeiten. Von den Arbeitnehmern wurde behauptet, daß die Werksleitungen bemüht seien, die Einrichtung der Betriebsräte wirkungslos zu machen, während die Arbeitgeber Klage darüber führten, daß mehrere Betriebsräte in Verkennung ihres Amtes sich Befugnisse anmaßten, die ihnen nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zuständen. Die Stellungnahme zu dieser Frage durch die Arbeitnehmerorganisationen auf der einen und den Bergbaulichen Verein auf der anderen Seite bot keine Aussicht, durch freiwillige Vereinbarungen die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Es mußte befürchtet werden, den Bergbau neuem Streit und neuen Erschütterungen auszusetzen. Ich hielt mich darum für verpflichtet und nach den mir erteilten Vollmachten auch für berechtigt, zu der vorläufigen Dienstanweisung für die Betriebsräte folgende Ausführungsbestimmungen zu erlassen:

1.

Der Betriebsrat tritt zusammen, wenn wenigstens zwei Betriebsratsmitglieder oder die Betriebsleiter dies schriftlich oder mündlich beantragen. Die Berufung erfolgt durch den von der Werksverwaltung hierzu bestimmten Vertreter innerhalb dreier Tage nach Einreichung des Antrages. Über die Verhandlungen und Beschlüsse ist eine Niederschrift in mindestens doppelter Ausfertigung aufzunehmen, wovon eine dem Betriebsrat auszuhändigen ist.

2.

Dem Betriebsrat muß die Möglichkeit gegeben werden, sich durch die Kontrolle der Betriebsabteilungen und durch Einsichtnahme in alle einschlägigen Schriftstücke (Förder- und Versandlisten, Lohnbücher, Abrechnungen usw.), über den Gang des Betriebes, die Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse und den Betriebsertrag ausreichend zu unterrichten. Hiervon ausgeschlossen sind technisch-wirtschaftliche Betriebsvorgänge, die etwa patentamtlich geschützte Betriebsgeheimnisse betreffen. Änderungen der Betriebsweise, z. B.

Veränderung der Seilsfahrtsordnung, Einlegung von Überstunden usw., dürfen von der Betriebsleitung nur im Einverständnis mit dem Betriebsrat vorgenommen werden.

3.

Im Interesse einer gründlichen Kontrolle empfiehlt es sich, daß der Betriebsrat mit dem für die zu befahrende Betriebsabteilung bergpolizeilich verantwortlichen Beamten zusammenfährt, damit dieser nötigenfalls sofortige Aufklärung über etwa ermittelte Mißstände gibt und ihre schnellste Abstellung bewerkstelligt. Der Betriebsrat kann jedoch auch ohne Begleitung eines Beamten fahren; jedenfalls darf kein Zwang dahin ausgeübt werden, daß die Befahrung nur in Begleitung eines von der Werksverwaltung zugewiesenen Beamten vorzunehmen ist.

Der dem Betriebsrat angehörende technische Beamte muß für die Dauer seiner Amtsperiode von der bergpolizeilichen Verantwortung für seine Betriebsabteilung entbunden werden.

4.

Der Betriebsrat muß, wenn es die Beteiligten verlangen, mit der Betriebsleitung zusammenwirken bei der Erledigung von Differenzen über die Gedinge-, Schichtlohn- und Gehaltsfeststellung, werksseitige Kündigung von Arbeitern und Beamten, sowie bei der Feststellung von Strafen, soweit sie in jedem einzelnen Falle mindestens zwei Mark betragen. Bei der Untersuchung der Ursachen von schweren Unfällen ist das für die betreffende Betriebsabteilung zuständige Betriebsratsmitglied stets hinzuzuziehen.

Als Richtlinien zur Erledigung von Streitfällen der aufgeführten Art dienen die Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und der Organisation der Werksbesitzer.

5.

Die dem Betriebsrat in Folge seiner Amtstätigkeit entstandenen Lohn- oder Gehaltsverluste (einschließlich Steuerzuschlägen, Regelmäßigkeits- und Förderprämien) sind mindestens im Betrage des Durchschnittseinkommens (Lohn oder Gehalt) der in Frage kommenden Belegschaftsklasse aus der Werksklasse zu ersetzen. Die geldliche Entschädigung für notwendige Sitzungen, die der Betriebsrat außerhalb seiner üblichen Arbeitszeit abhält, muß durch eine verständige Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung geregelt werden. Für die Teilnahme an Unfalluntersuchungen ist auf alle Fälle dem Betriebsratsmitglied eine seinem Lohn oder Gehalt entsprechende Entschädigung aus Mitteln des Werks zu zahlen.

6.

Die Ausführung der von dem Betriebsrat gemeinsam mit der Betriebsleitung gefaßten Beschlüsse obliegt nur der verantwortlichen Betriebsleitung. Der Betriebsrat kann selbständig keine Anordnungen für den Betrieb treffen, muß aber die Ausführung der Beschlüsse gewissenhaft kontrollieren. Auf allen Seiten muß für einen unge störten Betrieb zum Zwecke eines möglichst hohen Standes der Produktion gesorgt werden. Dazu gehört auch, daß die Belegschaft von den im Interesse eines rationellen Betriebes von den durch Betriebsrat und Betriebsleitung gemeinsam zu beschließenden Maßnahmen rechtzeitig unterrichtet wird.

7.

Der dem Betriebsrat überwiesene Arbeitsraum (Zimmer) muß offen billigen Anforderungen, die an einen Verwaltungsraum zu stellen sind, entsprechen.

8.

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der vorstehenden Bestimmungen entscheidet eine vom Reichskommissar des VII. Korpsbezirks berufene paritätisch zusammengesetzte Kommission unter dem Vorsitz eines ebenfalls vom Reichskommissar bestellten Unparteiischen.

9.

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Dortmund, 26. Mai 1919.

Die in der Ziffer 8 der Ausführungsbestimmungen erwähnte Kommission führte in der Folge die Bezeichnung „Schiedsausschuß für Betriebsräte-Angelegenheiten“. Sie tagte in einer Besetzung von 7 Personen und zwar von je 3 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Als Vorsitzender fungierte Oberbürgermeister Dr. Luther, der befugt war, seinen gesetzlichen Vertreter mit seiner Stellvertretung zu betrauen.

Mit dem Erlaß der Bestimmungen waren die Arbeitgeber zunächst sehr unzufrieden. Sie fühlten sich dadurch übergangen, daß an der Vorbereitung kein Vertreter der Arbeitgeber beteiligt gewesen sei. Dieser Einwand konnte sehr leicht durch den Hinweis entkräftet werden, daß auch die Arbeitnehmerorganisationen an dem Erlaß der Bestimmungen nicht beteiligt waren. Aber auch gegen den Inhalt der Verordnung glaubten die Arbeitgebervertreter lebhafteste Bedenken geltend machen zu müssen. Nach ihrer Meinung gingen die den Betriebsräten eingeräumten Funktionen zu weit, mindestens sei eine Erschwerung des Betriebes zu besorgen, wenn die Betriebsräte auf eine strikte Einhaltung der Bestimmungen drängen würden. Ich habe selbstverständlich diesen Einwendungen nicht nachgeben können, wenn ich der immer lauter werdenden Agitation der sogenannten Schachtorganisationen, die die Einrichtung der Betriebsräte als „weiße Salbe“ bezeichneten, mit Aussicht auf Erfolg be-

gegenen wollte. Darum wurde man in Berlin zunächst beim Preußischen Handelsministerium vorstellig, und in den Ministerien wurden nun lange Erörterungen darüber gepflogen, ob ich auf Grund meiner Vollmachten zum Erlaß der Verordnung befugt gewesen sei. Der Minister für Handel und Gewerbe verneinte diese Frage und seltsamerweise schloß sich auch der damalige Ministerialdirektor Meister im Ministerium des Innern dieser Auffassung an. Immerhin traf das Ministerium des Innern die Feststellung, daß die mir vom Reich erteilte Vollmacht weiter gefaßt sei, als der Auftrag der Staatsregierung, und da es sich bei der Verordnung um eine der Reichsgesetzgebung unterliegende Materie handle, sei es angezeigt, die Stellungnahme der beteiligten Reichsbehörden zu erkunden. Die Reichsbehörden haben bei mir keine Vorstellungen erhoben, und die Voraussetzungen für die Rechtsgültigkeit der Verordnung wurde nach einigen Wochen dadurch geschaffen, daß der Kommandierende General sie noch einmal ausdrücklich auf Grund der Bestimmungen über den Belagerungszustand erließ.

Die Erörterung über dieses Thema sowie die Beschwerden der ordentlichen Verwaltungsbehörden veranlaßten mich, zum wiederholten Male der Reichs- und Staatsregierung die Aufhebung meiner Amtsstelle vorzuschlagen. Die Preussische Staatsregierung hatte in der mir erteilten Vollmacht nähere Instruktionen in Aussicht gestellt. Diese Instruktionen habe ich nie erhalten. — Als ich gegen Mitte Juni bei der Preussischen Regierung in Weimar deswegen Vorstellungen erhob, wurde die preussische Vollmacht zwar der weitergehenden des Reiches angeglichen, aber nähere Anweisungen erhielt ich noch immer nicht. Das Amt des Reichs- und Staatskommissars hatte keine gesetzliche Grundlage. Ich hatte die Rechte, die ich mir nahm. Das geschah natürlich nicht ungestraft. Jede Maßnahme war schließlich ein Eingriff in die Funktionen einer anderen Behörde, die sich diesen Eingriff zur Not gefallen ließ, wenn es im Bezirk drunter und drüber ging, die sich aber sehr empfindlich zeigte, wenn



in Wochen der wirklichen oder vermeintlichen Ruhe ich meine sogenannten „Kompetenzen“ überschritt. Ich habe aus diesem Kompetenzstreit, der bis zum letzten Tage meiner Amtsführung anhielt und der ganz automatisch aus meinem Amt erwachsen mußte, wenn ich ihm kein totes Scheindasein geben wollte, die Folgerung gezogen, den ordentlichen Verwaltungsbehörden keine Kommissare überzuordnen, sondern die Auswahl der leitenden Verwaltungsbeamten so zu treffen, daß sie in ihrem Bezirk sich auch außerordentlichen Anforderungen gegenüber gewachsen zeigen.

Zweifel an der rechtlichen Grundlage meines Amtes hatten auch die ordentlichen Gerichte. Am 1. Oktober 1919 erklärte die Strafkammer des Dortmunder Landgerichts die von mir am 9. April erlassene Verordnung über die Berichtigung von Notstandsarbeiten für ungültig. Nach den mündlich verkündeten Urteilsgründen wurde die Ungültigkeit deswegen angenommen, weil zu dem Erlaß einer derartigen, auf das Gesetz vom 4. Juni 1851 — Belagerungszustandsgesetz — gestützten Verordnung nur der Militärbefehlshaber zuständig sei. Die Bemerkung in der Verordnung, daß sie i m E i n v e r n e h m e n mit dem Kommandierenden General ergangen sei, genüge nicht. Aus diesen und anderen formellen Gesichtspunkten heraus sprach die Strafkammer die Bergarbeiter, die trotz Aufforderung die Leistung von Notstandsarbeiten verweigert hatten, frei.

Daß die Bergarbeiter straffrei ausgingen, habe ich nicht bedauert. Schon im Juli war in meinem Auftrage Ernst Mehlich in Berlin bei den Zentralbehörden zu dem Zwecke vorstellig geworden, die durch amtsrichterlichen Strafbefehl verhängten, zum Teil recht hohen Strafen, herabzusetzen. An einer Bestrafung der Bergarbeiter hatte ich kein Interesse. Der Zweck der Verordnung, die Zechen vor dem Ersaufen, Hochöfen vor dem Zusammenbruch und den Verkehr auf den öffentlichen Bahnen vor der Stilllegung zu bewahren, war erreicht, soweit die große Streikbewegung des Aprils in Frage kam. Aber die Urteilsbegründung erschien mir doch

sehr bedenklich. Im Gesetz vom 4. Juni 1851 war zwar nicht ausdrücklich hervorgehoben, daß die Befugnis zum Erlaß von Verordnungen vom Militärbefehlshaber delegiert werden konnte, es enthielt aber auch keine gegenteiligen Bestimmungen. Nun war damals der Reichswehrminister Noske auch militärischer Oberbefehlshaber, von ihm war ich mit weit reichenden Vollmachten versehen worden, so daß ich mich in der Zwangslage, in der ich mich am 9. April bei der Schilderung der Werksvertreter über die Verweigerung der Notstandsarbeiten durch die Streikenden befand, zum Erlaß der umstrittenen Verordnung für befugt halten mußte. Von ihrer Ungültigkeitserklärung befürchtete ich ungünstige Wirkungen für den Fall, daß sich die gefährvolle Situation des Aprils wiederholen würde. Trotzdem habe ich von meiner Amtsstelle aus die Revision nicht betrieben, obgleich die Strafkammer des Dortmunder Landgerichts in ihrer Sitzung vom 8. Oktober erneut ihren ablehnenden Standpunkt festgelegt hatte. Denn für die Revision hätten die Unterlagen dafür beschafft werden müssen, wie die Reichs- und Preussische Landesregierung das Amt des Reichs- und Staatskommissars eingerichtet und wie sie ihre entsprechenden Anordnungen öffentlich bekannt gemacht hatten. Ich fürchtete, die Rechnungen der Regierungen standen in diesem Punkte übel! Jedenfalls habe ich, als mich ihre Telegramme mit den Ernennungen erreichten, nicht danach gefragt, ob meine Berufung auch in der Form erfolgt sei, daß sie später rechtsgültig von den Behörden anerkannt würde. Ich war nicht Pedant genug, um in dem Augenblick, in dem Gefahr im Verzuge war, Geschriebenes zu fordern. Nun trug ich die Folgen: die ordentlichen Gerichte erklärten meine Verordnungen für ungültig! —

Einige Tage später war der beanstandete Mangel beseitigt. Der Militär-Befehlshaber erließ die Verordnung mit seiner Unterschrift.

\*

Meine Stellung erwies sich aber nicht nur in den Kompetenzkonflikten mit den ordentlichen Behörden als die des „Puffers“, der Stöße von allen Seiten aufzufangen hatte, — auch beim Austrag der Interessengegenstände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer war ich oft der Prellbock. Hatten sich die Arbeitgebervertreter über die Dienstanweisung für die Betriebsräte beschwert, so führten einige Arbeiterzeitungen lebhafteste Klage über eine Bekanntmachung, die ich an die Adresse der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse der industriellen Werke des Bezirks gerichtet hatte und die sich mit dem sogenannten Organisationszwang befaßte. Schon im Frühjahr des Jahres 1919, insbesondere bei Beginn des Generalstreiks, hatten die sogenannten „revolutionären Vereinigungen“ auf den Zechenplätzen Anschläge angebracht, die zum Eintritt in die „Freie Vereinigung der Bergarbeiter“ aufforderten und die Widerstrebenden mit Entlassung bedrohten. Später hatten sich Betriebsräte und Arbeiterausschußmitglieder in ähnlicher Weise betätigt. Sie hatten eine Kontrolle der Verbandszugehörigkeit unter der Belegschaft angekündigt und dabei in Aussicht gestellt, daß Unorganisierte von der Arbeit oder von den Vorteilen der gewerkschaftlichen Lohnabkommen ausgeschlossen würden. Ich habe in der Bekanntmachung diese Betätigung von Betriebsräten oder Arbeiterausschüssen als eine Überschreitung ihrer Befugnisse auch für den Fall bezeichnet, daß eine Belegschaftsversammlung dem Betriebsrat oder dem Arbeiterausschuß einen entsprechenden Auftrag erteilt habe. Die Drohung, Nichtgewerkschaftler nicht mehr zur Arbeit zuzulassen, stand im Gegensatz zur gesetzlich gewährleisteten Koalitionsfreiheit. Obgleich ich in der Bekanntmachung ausdrücklich erwähnte, daß es auch mein Wunsch sei, den letzten Bergmann zu organisieren, wurde in mehreren Zeitungen behauptet, daß ich mich gegen die Kontrolle der Organisationszugehörigkeit überhaupt erklärt hätte. Auch die vier Bergarbeiterorganisationen standen unter dem Eindruck dieser Zeitungsmeldungen, als sie am 6. August 1919

erklärten, daß sie eine Kontrolle der Organisationszugehörigkeit für notwendig hielten und daran festhalten wollten. Der Abgeordnete Nikolaus Osteroth unterbreitete mir in der Angelegenheit folgendes Schreiben:

W e i m a r , den 7. August 1919.

Ihre Erklärung hat in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieber aller Richtungen böses Blut gemacht, weil man darin einen Freibrief für die Unorganisierten erblickt, was sie wohl nicht sein soll. Mit Recht fagen die organisierten Bergleute:

„Nur unseren gewerkschaftlichen Bemühungen verdanken wir den heutigen Stand der Löhne und die Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse. Die Unorganisierten stecken die von uns erzielten Vorteile ein, ohne irgendwelche Gegenleistung an unsere Organisationen. Durch ihr Fernbleiben aus der Organisation schädigen die Unorganisierten unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wir erblicken in den Unorganisierten daher Schädlinge, mit welchen wir künftig nicht zusammenarbeiten. Das Mittel, die Unorganisierten festzustellen, ist die auf der Zeche vorzunehmende Bücherkontrolle, an dem wir unter allen Umständen festhalten müssen, wenn wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht untergraben wollen.“

Herr Reichskommissar, dieser Gedankengang der organisierten Bergleute ist sachlich richtig und begreiflich; seine Durchführung ist rechtlich unbedenklich. Er ist ein Teil der gewerkschaftlichen Taktik, die schon vor der Revolution in rechtlicher Übung war. Dieser Gedankengang ist sogar in zahlreichen Tarifabschlüssen von den Unternehmern gebilligt. Er muß im Bergbau ebenfalls seine praktische Verwirklichung finden.

Ich glaube nicht, daß Sie in Ihrer Erklärung diesem gewerkschaftlichen Selbsterhaltungsprinzip den Kampf ansagen wollen. Da aber die Unorganisierten und manche Unternehmer in Ihrer Erklärung eine solche Kampfansage erblicken und die entsprechende Folgerung daraus ziehen, bitte ich Sie im Auftrage meiner Verbandskameraden um gefl. Beantwortung folgender Fragen:

1. Erkennen Sie als Vertreter der Reichsgewalt das Recht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eines Betriebes an, durch ihre im Betriebe beschäftigten Beauftragten festzustellen, ob und in welchem Umfange die Belegschaftsangehörigen Mitglieder einer gewerkschaftlichen Organisation bzw. solcher Organisationen sind, die auf dem Boden der gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft stehen?
2. Verneinen Sie das Recht des Organisierten, mit dem Unorganisierten nicht weiter zusammenzuarbeiten, oder ihn durch das Mittel der Kontrolle in friedlicher Weise zu veranlassen, einer gewerkschaftlichen Organisation beizutreten?
3. Halten Sie es für unzulässig, wenn die gewerkschaftlich organisierte Mehrheit eines Betriebes Betriebsrats- oder Ausschussmitglieder in deren Eigenschaft als Gewerkschaftsfunktionäre mit der Vornahme einer Kontrolle beauftragt?



Ich beurteile Ihre Erklärung vom 30. 7. wohl richtig, wenn ich annehme, daß Sie nur dagegen Front machen wollten, daß Betriebsräte als solche die Vornahme solcher Bücherkontrollen, sei es mit oder ohne Auftrag der Belegschaftsmehrheit, als ihre Aufgabe ansehen.

Mit Glück auf!

Nikolaus Sterroth, M. d. R."

Ich habe dem Interpellanten folgendes geantwortet:

Weimar, den 8. August 1919.

Auf Ihre Zuschrift vom 7. August erwidere ich folgendes: Ich bedaure es außerordentlich, wenn meine Erklärung in der Presse, die sich gegen angekündigte Maßnahmen verschiedener Betriebsräte zum Organisationszwang richtete, in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter als ein Freibrief für die Unorganisierten oder gar als eine Kampfansage gegen den gewerkschaftlichen Selbsterhaltungstrieb ausgelegt wird. Bis heute glaubte ich annehmen zu dürfen, daß mich meine Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung vor einer solchen Auslegung geschützt hätte. Zu allem Überflus hatte ich in meiner Erklärung ja doch noch gewünscht, daß auch der letzte Bergmann sich organisieren möge. Trotzdem unterstellt man mir, meine Erklärung habe den Zweck oder doch wenigstens die Wirkung, den Gewerkschaften Schwierigkeiten zu bereiten. Gegen derartige Unterstellungen, die ich selbstverständlich auf anderen Gebieten fast täglich erfahre, bin ich machtlos, denn ich kann unmöglich jeden Anwurf in der Presse mit „Erklärungen“ zu einer Erklärung beantworten. Darum begrüße ich es, daß Sie mir durch Ihre Anfrage Gelegenheit geben, mich zu den angeblich strittigen Fragen zu äußern.

Mit der Charakterisierung der Unorganisierten, die nach Ihrer Schilderung diese Leute von den organisierten Bergarbeitern erfahren, bin ich durchaus einverstanden. Aber das Problem, ob man die nicht organisierten Arbeiter in die zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden abgeschlossenen Lohnvereinbarungen einbeziehen oder von ihnen ausschließen soll, ist doch nicht so einfach zu lösen, wie die Belegschaftsversammlung einer Zeche meinte, als sie beschloß, daß nur derjenige an den materiellen Erfolgen der Gewerkschaften teilnehmen solle, der selbst gewerkschaftlich organisiert sei. Die restlose Durchführung dieses Grundsatzes würde in manchen Betrieben nichts anderes im Gefolge haben, als ein Abbröckeln der Löhne und damit auch einen Lohndruck auf andere Betriebe und Berufe. Was wir früher „Schmutzkonzurrenz der Arbeiter“ nannten, die besonders in der Zeit der wirtschaftlichen Depression in hoher Blüte stand, würde dann wieder aufleben, und daran haben die Arbeiter kein Interesse. Die augenblicklichen besonderen Verhältnisse im Bergbau lassen den gewerkschaftlich organisierten Bergarbeitern diese Erwägungen vielleicht als müßige Haarspaltereien erscheinen. Bei meinen Entschliefungen aber habe ich die Folgerungen auch für andere Berufe und Situationen zu überlegen, was, wie mir scheint, in den Kreisen der Kameraden nicht immer zutreffend gewürdigt wird.

Auch die Ankündigung einer Belegschaftsversammlung oder eines Betriebsrates, mit dieser oder jener Gruppe nicht mehr zusammenarbeiten zu wollen, ist nicht unbedenklich für die Arbeiter selbst. Derartige Beschlüsse sind doch auch schon von Mitgliedern der Schachtorganisationen gefaßt worden und richten ihre Spitze „gegen die von der Gewerkschaftsbureaucratie verseuchten“ alten Verbände. Und was dem einen recht, ist dem anderen billig! Käme es dagegen zu Vereinbarungen zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, nach denen sich die Arbeiter verpflichteten, nur bei den tarifstreuen organisierten Arbeitgebern in Arbeit zu treten und nach denen die Arbeitgeber nur solche Arbeiter einstellen und beschäftigen, die einer die Erfüllung der tariflichen Abmachungen gewährleistenden Organisation angehören, dann würde ich diese dem wirtschaftlichen Frieden dienende Regelung auf das lebhafteste begrüßen.

Meine Erklärung ist veranlaßt worden durch die Art, in der einzelne Betriebsräte den Organisationszwang durchführen wollten. Ich belege diese Behauptung wohl am besten, wenn ich den Wortlaut einer Bekanntmachung anführe, die der Betriebsrat einer Zeche der östlichen Reviere des Ruhrgebiets erlassen hat. Sie lautet:

„Bis zum 1. August müssen sämtliche Arbeiter und Beamte einer Organisation angehören. Am 31. Juli hat jeder sein Buch, mit seiner Markennummer versehen, an der Markenkontrolle abzugeben. Wer sich bis dahin noch nicht organisiert hat, darf nicht arbeiten oder seinen Dienst versehen.“

Der Betriebsrat.“

Ich halte es nicht für angezeigt, mich in diesem Schreiben mit den Aufgaben der Betriebsräte und der Arbeiterausschüsse auseinanderzusetzen. Darin, glaube ich, stimmen wir überein, daß die in der vorstehend wiedergegebenen Bekanntmachung angedeutete Tätigkeit nicht zu den Aufgaben der Betriebsräte gehört.

Ihre Einzelfragen beantworte ich dahin:

1. Es ist das unantastbare Recht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, durch Beauftragte feststellen zu lassen, wieviele und welche Arbeiter ihrer Organisation angehören.
2. Wenn die Kontrolle der Mitgliedsbücher ein Mittel ist, Unorganisierte den Verbänden der Arbeitsgemeinschaft zuzuführen, so ist seine Anwendung nur zu empfehlen. Im übrigen verweise ich auf meine vorstehenden Ausführungen.
3. Was die Betriebsrats- oder Ausschußmitglieder außeramtlich als gewerkschaftliche Funktionäre tun, ist ihre Sache und entzieht sich der behördlichen Einwirkung.

Mit diesen Darlegungen hoffe ich alle begründeten Zweifel ausgeräumt zu haben, die bezüglich der Motive und des Zwecks meiner Erklärung geäußert worden sind.

Mit Glückauf!

Carl Severing.“

Diese Hoffnung erwies sich freilich insofern als trügerisch, als ein Teil der Presse immer noch von den gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen des Reichskommissars zu berichten

mußte. Aber in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter wuchs das Vertrauen zu meiner Dienststelle, in der nacheinander die Vertreter der Bergarbeiter: Wißmann, Schröder und Linde und der Steiger Berghoim mit der Erledigung der kleineren Streitfälle im Bergbau betraut waren. Lokale Differenzen, die durch Maßregelung von Arbeitern oder Angestellten, Verzug in der Lohnzahlung, ungenügende Lebensmittelbelieferung usw. entstanden, erfuhren in den meisten Fällen durch die Vermittlertätigkeit insbesondere dieser Herren eine schnelle Beilegung. Eine im Beginn des September von mir einberufene Konferenz der Betriebsräte aller Schachtanlagen nahm denn auch einen ruhigen und würdigen Verlauf. Wohl gab es noch mancherlei Ausstellungen, wohl forderte man auch von mir eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau und die Einleitung seiner Sozialisierung, aber aus allen Reden klang doch die Genugtuung darüber, daß durch die Errichtung des Reichs- und Staatskommissariats eine Stelle geschaffen war, die bei richtiger und zweckmäßiger Inanspruchnahme durch die Beteiligten dem Bergbau wieder zu einer geregelten Produktion verhelfen konnte.

Die Beruhigung des Reviers machte in der Tat weitere Fortschritte. Das wurde auch von den Vertretern der Werksleitungen unumwunden anerkannt. Im Juni berichtete die Leitung der August-Thyssen-Werke z. B.:

Der Monat Juni war der erste Monat seit der Revolution, der wieder Mai ohne Streik verlief.

Und so blieb es auch — abgesehen von kleineren Streiks auf einzelnen Zechenanlagen — bis über das Jahresende 1919 hinaus. Eine gegen Ende des Jahres von syndikalistischer Seite angefachte Bewegung, die von den in und um Oberhausen gelegenen Zechen ausging, hatte keinen Erfolg. Diesesmal versuchten die Einpeitscher der Bewegung eine andere Kampfesart. Ein allgemeiner Streik — das mußten sie — war gänzlich aussichtslos, wenn ihn die in-

zwischen wieder gefestigten Gewerkschaften nicht führten. Teilstreiks aber hatten nach den bisherigen Erfahrungen so gut wie keine Wirkung auf die Entschließungen der zuständigen Stellen. Darum versuchte man es mit den Mitteln der passiven Resistenz, d. h. mit der Verweigerung der Arbeit an der Arbeitsstelle, um zur Anerkennung der aufgestellten Forderungen zu gelangen. Die Forderungen richteten sich zunächst gegen die Anerkennung des Tarifs, der zwischen den vier anerkannten Organisationen und dem Zechenverband abgeschlossen war, sie verlangten ferner die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Schutzhaft, endlich die Einführung der Sechsstundenschicht und die Gewährung von Beschaffungsbeihilfen. Die Zechenleitungen machten mir von diesen Vorgängen in ihren Belegschaften Mitteilung mit dem Ersuchen, die Stellungnahme der Regierung dieser neuen Situation gegenüber bekannt zu geben. Ich habe den Werksverwaltungen geraten, den Betriebsrat und die einflußreichsten Arbeitervertreter jeder Zeche, auf der die passive Resistenz geübt wurde, zusammenzuberufen und mitzuteilen, daß die Werksleitung und die Regierung im Interesse der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens auf Erfüllung der Pflichten des Arbeitsvertrages bestehen müsse. Falls die Belegschaft sich weigere, diese Pflichten zu erfüllen, sei die Werksleitung gezwungen, den Betrieb zu schließen und die Belegschaft nicht früher wieder zur Arbeit zuzulassen, bis sie sich zur ordnungsmäßigen Wiederaufnahme der Arbeit bereit erkläre. Diesen Anregungen entsprechend haben die Werksleitungen ihre Belegschaften verständigt, mit dem Erfolg, daß nunmehr die Produktion ihren ungestörten Fortgang nahm und der Terror der Syndikalisten gegen die Gewerkschaftler, der auf einzelnen Zechen in hoher Blüte stand, gebrochen wurde. Einer Ausführung der angedrohten Betriebschließung bedurfte es nicht. —

So sah der Ausgang des Jahres 1919 den Ruhrbergbau in voller Arbeit, ein Resultat, das neben der behördlichen



Einwirkung der — trotz allem! — beisspiellosten Disziplin und dem Opfermut der Bergarbeiterschaft zu danken war. Nach den Zerstörungen und dem Blutvergießen vom Jahresanfang ein tröstender Gedanke!

## Der Hunger ist der Feind!

Der größte Feind einer geregelten Produktion und der größte Störenfried im Revier war der Hunger! Schon in den ersten Besprechungen, die ich zu Beginn meiner Tätigkeit mit den Vertretungen der Bergarbeiterorganisationen, der Stadtverwaltungen oder den Vertrauensmännern der einzelnen Belegschaften abhielt, wurde mir klar, daß eine bessere Ernährung der Bevölkerung des Industriegebietes auch die beste Art der Befriedung sein würde. Noch mehr waren freilich die verantwortlichen Leiter der großen Werke und Städte von der Richtigkeit dieser Auffassung durchdrungen. In einer Mitte April in Duisburg abgehaltenen Konferenz wurde ich darum nicht nur von Arbeitervertretern, sondern auch von Mitgliedern der Leitungen größerer Werke, sowie von städtischen und staatlichen Beamten dringend ersucht, dem Bezirke bei der Einfuhr von Lebensmitteln behilflich zu sein, um Städte und Werksleitungen in den Stand zu setzen, der Bevölkerung und besonders den Schwerstarbeitern der Werke Zulagen zu den gesetzlich bestimmten Nahrungsmittel-Rationen gewähren zu können. Ich habe diesem Ersuchen selbstverständlich entsprochen und wo sich irgendwie eine Gelegenheit bot, die Einfuhr von Lebensmitteln aller Art, insbesondere von Speck, Schmalz, Butter und Margarine begünstigt. Schon Ende April waren in B u e r Plünderungen von Lebensmittelläden vorgekommen, deren Ausdehnung nur durch Entsendung starker militärischer Kräfte verhindert werden konnte. Im Juni nahmen die Plünderungen ihren Fortgang. Sie begannen im Westen in Städten wie D e r h a u s e n, E s s e n, G e l s e n k i r c h e n, B o c h u m, D o r t m u n d und H a m m; griffen aber auch auf Städte

über, in denen bisher nicht die geringste Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vorgekommen waren, so z. B. auf Bielefeld und das sonst so friedliche Bad Deynhausen.

Besonders schwere Ausschreitungen ereigneten sich in Bielefeld. Am letzten Sonnabend des Juni drangen Männer und Frauen auf dem Wochenmarkte in die Verkaufsstände verschiedener Händler und verkauften Obst, Frühgemüse und Fische gegen den Willen der Eigentümer zu willkürlich herabgesetzten Preisen. Nachmittags wurden diese Zwangsverkäufe in mehreren Gemüse- und Kolonialwarengeschäften fortgesetzt. Da sich die Polizei zu schwach fühlte, um mit Aussicht auf Erfolg den Plünderungen und Zwangsverkäufen entgegenzutreten, wurde von den Plündernden allen Ernstes in Aussicht genommen, am übernächsten Tage in den großen Warenhäusern das Treiben fortzusetzen. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins und der Ausschuß des Gewerkschaftskartells für Bielefeld mahnten in einem Aufrufe in der „Volkswacht“ von der Fortsetzung der Zwangsverkäufe Abstand zu nehmen, weil die Wirkung eines derartigen Vorgehens schließlich nur preistreibend wirken könne und die Leidtragenden einer weiteren Preiserhöhung der Lebensmittel und der unentbehrlichen Gebrauchsgegenstände schließlich wieder die Arbeiter sein würden. Ich hatte mich am Sonntag vergewissert, daß die Polizei und die Sicherheitswehr gegen eine Ausdehnung der Zwangsverkäufe und Plünderungen einschreiten würden und eine zum Zwecke der Vorbereitung der weiteren Verkäufe einberufene Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Erfassung der Lebensmittel“ auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz verboten. Das Verbot wurde jedoch am Versammlungstage, dem Montag, nicht beachtet, und als die Sicherheitswehr sich anschickte, den Versammlungsplatz zu räumen und die Redner festzunehmen, die zur Gewalttätigkeit aufforderten, kam es zu wüsten Ausschreitungen. Als einer aus der Menge zum Sturm auf den Feuerwehrturm aufrief,

um ein dort aufgestelltes Maschinengewehr herunter zu holen, erfolgte die Verhaftung des Rufers. Bei dem Versuche der Menge, die Freilassung zu erzwingen und sich der Waffen der Sicherheitswehr zu bemächtigen, fiel eine Handgranate, die einen der Versammlungsteilnehmer tötete und mehrere andere verwundete. Darauf wurde die Auslieferung des Beamten von der Menge gefordert, der nach ihrer Auffassung für die polizeilichen Maßnahmen in erster Linie verantwortlich sein sollte. Dieser Aufforderung wurde selbstverständlich nicht entsprochen, und nun drang die Menge auf die Polizeibeamten und auf die Mannschaften der Sicherheitswehr ein, die in der Abwehr der Erzdedenten völlig versagten und ihre Waffen auslieferten. Fabriken wurden stillgelegt, Zigarrenläden geplündert und die Druckereien der Zeitungsbetriebe von bewaffneten Abteilungen durchsucht. Selbstverständlich wurde auch nach mir gesucht, da inzwischen bekannt geworden war, daß ich persönlich die Polizeiverwaltung auf die Notwendigkeit der Abwehr aufmerksam gemacht und zu dieser Abwehr die erforderlichen Anordnungen getroffen hatte. Vor dem Polizei-Verwaltungsgebäude staute sich schon eine tausendköpfige Menge, die sich anschaute, sich mit mir vermutlich nicht ausschließlich in Rede und Gegenrede, sondern in handgreiflicher Form auseinander zu setzen. Eine Verbindung mit dem Generalkommando war nicht zu erreichen. Darum entschloß ich mich, selbst nach Münster zu fahren, um mit dem Kommandierenden General die zur Wiederherstellung der Ordnung notwendigen Maßnahmen zu besprechen. Das gelang nur zum Teil und nur unter Überwindung größerer Schwierigkeiten, da die Bahnhöfe Bielefeld, Brackwede und Brake bereits „besetzt“ waren.

Von Osnabrück aus verständigte ich das Generalkommando. Als ich abends nach Bielefeld zurückkehrte, hörte man, wie sich die siegreichen Erzdedenten mit den Waffen der Sicherheitswehr Kurzweil bereiteten. Es wurde viel geschossen, aber erfreulicherweise niemand verletzt. Man wollte zwischen

Bielefeld und Brackwede die Regierungstruppen empfangen, die jedoch so flug waren, erst am nächsten Morgen bei Tageslicht in Bielefeld einzurücken. Die Nacht verbrachte ich in der Wohnung des Oberbürgermeisters Dr. Stapenhorst, den ich abends noch von den Anordnungen des Generalkommandos unterrichtet hatte. Im Morgengrauen des nächsten Tages meldeten sich die Spitzen der aus dem Senne-lager anrückenden Truppen.

Nun bekam auch Bielefeld seinen Belagerungszustand mit der damit untrennbar verbundenen Einengung der politischen Freiheit. Aber die Aufführung der bewaffneten Trupps am Nachmittag des letzten Junitages hatte genügt, den gewiß nicht begrüßenswerten Belagerungszustand als das kleinere Übel erscheinen zu lassen.

In ein paar Tagen war die Ordnung wieder hergestellt. Leider kam es noch zu weiterem Blutvergießen: Bei den Ansammlungen, die trotz der Bestimmungen des Belagerungszustandes hier und dort erfolgten, wurden noch zwei Personen getötet und mehrere andere verletzt.

Ich hatte mich bereit erklärt, über Sinn und Zweck der behördlichen Maßnahmen in einer Vertrauensmänner-Versammlung der Gewerkschaften Mitteilung zu machen und war eben daran, die Gründe der Behörden für die scharfe Abwehrbewegung gegen die Plünderungen auseinanderzusetzen, als ein Mann in die Sitzung gestürzt kam mit den Rufen, daß soeben vier Personen vor dem Rathause von der Truppe erschossen seien. Diese Mitteilung rief begreiflicherweise eine ungeheure Erregung hervor. Ich brach meinen Vortrag ab, um mit dem Militärbefehlshaber den geschilderten Vorfall vor dem Rathause sofort zur Klärung zu bringen. Der Weg zum Rathause gehört zu den schmerzlichsten Erinnerungen meines Lebens: sowohl im Hause des Metallarbeiter-Verbandes als auch in unmittelbarer Nähe des Rathauses wurde ich von einigen Wüterichen tödtlich angegriffen und beschimpft, und ich kann nicht sagen, was aus mir geworden wäre, wenn nicht ein paar herkulisch gebaute



Freunde mich aus dem Knäuel der Menge herausgeführt hätten. Die Verhegung hatte einen schlimmen Grad erreicht. Auch die Mitteilung von der Erschießung vor dem Rathause erwies sich als unwahr, auch sie war auf die Verhegung der Masse angelegt.

Die Ruhestörer wurden bald entwaffnet und im Belagerungszustand traten wesentliche Erleichterungen ein, nachdem die Leitung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsausschuß von sich aus alles Erdenkliche zur Aufklärung der Gewerkschaften und zur Isolierung der Ruhestörer getan hatten. Das Versagen der Sicherheitswehr führte zu ihrer Auflösung.

Als einige Tage später in Dortmund Lebensmittel-Unruhen ausbrachen, die ebenfalls von Plünderungen begleitet waren, griff die Dortmunder Sicherheitswehr nach der Auffassung vieler Arbeitervertreter zu scharf durch, so daß von den Vertretern mehrerer Großbetriebe ihre Auflösung gefordert wurde. Dieses Verlangen war in der Erregung gestellt und konnte schon aus diesem Grunde nicht erfüllt werden, denn die Sicherheitsmannschaften hatten in den kritischen Tagen unter Einsetzung von Leben und Gesundheit alles zur Aufrechterhaltung der Ordnung getan. Das Mitgefühl der Arbeiter wandte sich in jenen Tagen meistens denen zu, die nach ihrer Auffassung von Entbehrungen aller Art am härtesten betroffen waren und die zur Plünderung der Lebensmittelgeschäfte nur durch die höchste Verzweiflung getrieben wurden. Diese Auffassung war irrig. In den Lebensmittelplünderungen lag System. Sie gingen zumeist von jungen Leuten aus, die heute kamen und morgen verschwand, so daß ruhige, mit den örtlichen Verhältnissen der Städte Hamm, Dortmund, Bochum usw. vertraute Leute mir gegenüber wiederholt der Meinung Ausdruck gaben, daß man es hier mit Vödspizeln zu tun habe. Gelegentlich habe ich die Arbeitervertreter, die den Plünderern allerlei Milderungsgründe zusprechen wollten, daran erinnert, daß zu Beginn der Revolution die Arbeiter- und

Soldatenräte in ihre Vorschriften zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit mit an erster Stelle den Leitsatz aufgenommen hatten: Plünderer werden mit dem Tode bestraft! Wenn beim Vorgehen der ordentlichen Behörden gegen die Plünderer auch von der Anwendung dieses Grundsatzes keine Rede sein könne, so sei es andererseits nicht anständig, den Plünderern einen Freibrief für ihre Räubereien zu erteilen.

In Hamm trugen die Ausschreitungen übrigens antisemitischen Charakter, und für Dortmund war es bezeichnend, daß in erster Linie Zigarrenläden erstürmt und geplündert worden waren. Jedenfalls konnte von einer Auflösung der Sicherheitswehr in Dortmund aus dem angeblich überscharfen Einschreiten keine Rede sein. Es bestand keine Gewähr dafür, daß sich die Ausschreitungen nicht wiederholten. Angesichts dieses Umstandes war es nicht anständig, früher ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Sicherheit abzubauen oder aufzulösen, bevor nicht ein anderes geschaffen war. Ich habe den Vertretern der Dortmunder Großbetriebe jedoch erklärt, daß auch ich grundsätzlich auf dem Standpunkt stände, die in den Revolutionsmonaten zur Unterstützung der Polizei geschaffenen Behelfsmittel abzubauen und den Schutz der Bevölkerung ausschließlich den Polizeiorganen zu übertragen, die zu einer größeren Leistungsfähigkeit und Beweglichkeit ausgebaut werden müßten. Und ich habe auch noch einmal die Zusage wiederholt, eine beschleunigte Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande zu begünstigen und den Stadtverwaltungen und industriellen Werken Einfuhrerleichterungen bei den zuständigen Stellen zu erwirken.

Wie in Bielefeld und Dortmund habe ich auch in anderen Städten in engster Fühlungnahme mit den Gewerkschaften die Arbeiterschaft darüber aufzuklären versucht, daß nur durch eine ungestörte Produktion eine Verbesserung der Zufuhr und dadurch eine Verbilligung der Lebensmittel möglich sei. Den Polizei- und Kommunalverwaltungen wurde zur Pflicht gemacht, eine Preiskontrolle der Tages- und

Wochenmärkte, der Verkaufsstellen und Läden durchzuführen. Es sollte ferner gegen die sogenannten Lebensmittelschieber, die unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen nur zum Zwecke der persönlichen Bereicherung einen lebhaften Lebensmittelhandel betrieben, mit strengsten Maßnahmen vorgegangen werden.

Wirksamer jedoch als die Kontrolltätigkeit der Polizeiorgane erschien mir die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande. Ich habe dann auch, meinen Zusagen entsprechend, die einwandfreien soliden Lebensmittelgrossisten des Industriegebiets nach besten Kräften bei der Einfuhr unterstützt. Die Folge waren zunächst wieder „Kompetenzkonflikte“. Hob ich die von einem Zollamt verfügte Beschlagnahme einer Sendung auf, dann bekam ich prompt auf die entsprechenden Beschwerden der beteiligten Zollstelle den Bescheid, „daß eine Freigabe beschlagnahmter Waren allein dem Reichswirtschaftsministerium zustände und daß eine Delegation dieser Befugnisse nicht erfolgt sei“. Den Beschwerden wurde hinzugefügt, daß man bestimmt erwarte, daß künftig Freigaben von mir nicht mehr erfolgen würden. Ich wäre in der Wahrnehmung meiner Aufgaben ein entsetzlicher Stümper gewesen oder hätte zu einem ausgemachten Bureaukraten werden müssen, wenn ich diesen Erwartungen entsprochen hätte. Zu wiederholten Malen hatte ich auch den Reichsstellen erklärt, daß ich es persönlich durchaus begrüßen würde, wenn man mir gestatte, das Reichs- und Staatskommissariat aufzugeben. Solange ich aber noch dieses Amt im Rahmen der mir erteilten Vollmachten führe, würde ich immer wieder die Maßnahmen treffen, die ich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zur Hebung der Produktion für nötig erachte. Dazu würde auch die Erleichterung der Einfuhr von Lebensmitteln solange gehören, bis die Ministerien in der Lage seien, die von ihnen gegebenen Zusagen auf Belieferung des Ruhrreviers mit Lebensmitteln restlos zu erfüllen.

Die mündlichen Verhandlungen in Berlin ergaben leider allzu oft nur Versprechungen. Das wurde in besonders drastischer Weise durch Vorstellungen beleuchtet, die der Konsumverein Wohlfahrt in Bochum Mitte Februar 1920, also zu einer Zeit, als die Lebensmittelbelieferung schon besser war, bei mir erhob. Seit Mitte Dezember 1919 stochte die Brotversorgung. Der Landkreis Bochum erhielt in den letzten 4 Wochen von den ihm zustehenden 12 000 Doppelzentnern nur 4800 Doppelzentner Mehl, der Konsumverein Wohlfahrt mit der größten Bäckerei im Bezirk statt 3400 nur 1300 Doppelzentner. Die Bergarbeiter mußten oft ohne Brot in die Grube fahren. Täglich stürmten Frauen die Läden und schlugen sich um Brot. Die Bergarbeiter, mit denen damals Verhandlungen zur Leistung von Ueberschichten geführt wurden, glaubten der Ankündigung auf Erhöhung der Brot ration nicht, weil die Kommunalverbände nicht einmal in der Lage waren, die geltende Mindestration zu liefern. Vorstellungen bei der preußischen Landesstelle, bei der Reichsgetreidestelle und bei der Mehlerverteilungsstelle in Dortmund hatten bis dahin zu keinem Erfolg geführt.

Ebenso erfolglos waren in jenen Monaten auch die Reklamationen anderer Stadtverwaltungen, und es wäre deswegen ein Verbrechen an der Bevölkerung und der Produktion gewesen, wenn ich nicht jede Möglichkeit benützt hätte, um die Nahrungsmittelbelieferung des Bezirks zu bessern. Wenn die Stadtverwaltungen und Werksleitungen mit der Lieferung der den Bergarbeitern zugesagten Lebensmittelrationen in Verzug blieben, versuchten diese durch zum Teil weit ausgedehnte „Hamsterfahrten“ nach Kartoffeln, Mehl und Speck den Verlust wettzumachen. Der Betriebsrat der Zeche „Shamrock“ in Eickel machte damals über die Wirkung dieser Hamsterfahrten auf die Förderung in einer Eingabe an die Behörden interessante Mitteilungen. Auf der Schachanlage 3/4 der genannten Zeche waren eine Woche lang täglich 113 Kohlenhauer beurlaubt, was bei 25 Arbeitstagen im Monat 2825 fehlende Kohlenhauer schichten ergibt.



Der Ausfall an Kohlen bezifferte sich demnach unter Zugrundelegung einer Hauerleistung von  $1\frac{1}{2}$  Tonnen pro Schicht auf rund 4250 Tonnen. Die Hamsterfahrten waren aber keineswegs eine Spezialität der Zeche „Shamrock“. Mehr oder weniger waren die Bergarbeiter aller Zechen an ihnen beteiligt. Bei Berücksichtigung dieser Tatsache durfte man deswegen einen Förderausfall durch Hamsterfahrten auf allen Zechenanlagen annehmen, der sich — 200 Zechen in Ansatz gebracht — unter Zugrundelegung der Ziffern der Zeche „Shamrock“ auf 847 500 Tonnen im Monat errechnete. Dazu kam noch, daß die Bergleute nach einer Hamsterfahrt am nächsten Tage infolge großer Ermüdung nicht die volle Arbeitsleistung bewältigen konnten und auch dadurch ein weiterer Ausfall in der Förderung entstand.

Es fehlte eben an allem, nicht nur an Speck und Mehl, sondern auch an Kartoffeln. In ganzen Kreisen konnten Kartoffeln mehrere Wochen lang überhaupt nicht ausgegeben werden. Kam eine Sendung, so reichte die angelieferte Menge auch oft nur zu einer Belieferung bis drei Pfund pro Kopf. Landräte und Stadtverwaltungen wurden fast täglich vorstellig, ihnen die Erlaubnis zum unmittelbaren Einkauf von Kartoffeln aus Holland zu erwirken. Obgleich ich die mir vorgetragenen Beschwerden als durchaus berechtigt anerkennen mußte, konnte ich mich doch nicht dazu entschließen, eine Einfuhr von Kartoffeln aus dem Auslande zu empfehlen, solange man annehmen mußte, daß in Deutschland selbst noch ausreichende Mengen vorhanden waren. Nach einer Besprechung mit dem Befehlshaber des Wehrkreises über die allgemeine gefährvolle Ernährungslage im Industriegebiet entschlossen wir uns zu einer Beschlagnahme eines Teiles des in den Kokereien des Wehrkreises anfallenden Ammoniaks. Die beschlagnahmten Ammoniatmengen sollten zur Beschleunigung des innerhalb der Rationierung amtlich zugelassenen Kartoffelbezuges in auswärtigen Lieferkreisen durch Vermittlung der Geschäftsstelle der Rheinisch-West-

fälschen Städtevereinigung in Gestalt besonderer Prämien zur Verfügung gestellt werden. Für je einen Zentner Speisefkartoffeln, die aus den auswärtigen Lieferfreisen ausgeführt wurden, sollte ein Pfund Ammoniak gewährt werden. Sowohl der General v. Watter wie ich waren uns über die Tragweite dieser Maßnahme durchaus im klaren. Aber wenn wir eine schnelle und ausreichende Belieferung des Industriebezirks und damit eine Aufrechterhaltung der Stätten der deutschen Urproduktion, des Lebensnervs der deutschen Wirtschaft, erreichen wollten, konnten nur noch derartig einschneidende Maßnahmen helfen.

Was wir besorgt hatten, trat ein. Ich wurde nach Berlin berufen, wo man mir auseinandersetzte, daß die Aufrechterhaltung der Beschlagnahme und die Durchführung der von uns geplanten Maßnahmen den ganzen Plan des Wirtschaftsministeriums über eine zentrale Verteilung der Düngemittel über den Haufen werfen würde. Ich habe unter Hinweis auf die Ernährungsschwierigkeiten des Bezirks geantwortet, daß ich mich zu einer freiwilligen Zurücknahme der Beschlagnahmen nur dann verstehen und auf den Militärbefehlshaber in diesem Sinne einwirken könne, wenn durch andere Maßnahmen der Reichsregierung der Zweck der Beschlagnahme, eine bessere Belieferung des Industriegebiets zu erzielen, erreicht würde. Das Reichswirtschaftsministerium machte entsprechende Zusagen, die für eine kürzere Zeit auch innegehalten wurden. Später geriet die Belieferung der Kartoffeln jedoch wieder ins Stocken.

Von der Ausführung der Beschlagnahme-Anordnung haben der Befehlshaber und ich abgesehen.

Noch einmal wurde ich vom Reichswirtschaftsministerium nach Berlin zitiert, um einen „rechtswidrigen Eingriff“ in die Rechte der Wirtschaftsstellen zu verantworten. Beim Abschluß des Übersichtenabkommens, das an anderer Stelle ausführlicher besprochen werden soll, waren den Bergarbeitern Erhöhungen der Rationen auf 12 Kilo Brot und 2 Kilo Fett als Prämie zugesichert. Der Bergbauliche Verein in Essen

benötigte zur Durchführung dieser Vereinbarung wöchentlich 250 Tonnen Auslandsfett, die zunächst durch die Alnari in Hamburg geliefert werden sollten. Die geschäftliche Regelung dieser Angelegenheit im einzelnen wollte Hugo Stinnes übernehmen, das Kohlen Syndikat wollte die Devisen stellen, wenn ich mich bereit erklärte, den Ertrag der ersten überschichtenförderung, etwa 50000 Tonnen Kohlen, zur Ausfuhr freizugeben. Ich war mit Stinnes einer Meinung, daß das überschichtenabkommen eine tote Vereinbarung bleiben würde, wenn es nicht gelänge, auf dem schnellsten Wege ausreichende Lebensmittel zur Belieferung der Bergarbeiter zu erlangen. Darum habe ich auch keinen Augenblick gezögert, die gewünschten Mengen Kohlen zur Ausfuhr bereitzustellen. Dafür wurde mir nun zwar wieder in Berlin der Kopf gewaschen, und sowohl der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt als auch sein Staatssekretär Dr. Peters führten zunächst lebhafteste Klagen über meine „Eigenmächtigkeiten“, von denen sie eine weitere Durchlöcherung ihrer Dispositionen zur Bewirtschaftung der Kohlen befürchteten. Der Verlauf der Konferenz, an der auch andere an der Kohlenwirtschaft interessierte Herren teilnahmen, ließ jedoch erkennen, daß die Gründe, die mich zu meinem Vorgehen bestimmt hatten, nicht ohne Eindruck geblieben waren und schließlich stillschweigend akzeptiert wurden. Die Lebensmittel rollten an, die Förderung stieg und das Reichswirtschaftsministerium konnte über eine größere Menge Kohlen verfügen. . . .

Von den Schwierigkeiten, die ich in der Ausübung meines Amtes zu überwinden hatte, und von der gefährvollen Ernährungslage im industriellen Westen schienen sich manche Stellen in den Zentralbehörden überhaupt keine rechte Vorstellung machen zu können. Dagegen wurde oft ein großer Aufwand an Zeit vertan, um die kleinsten und kleinlichsten Dinge zurechtzurücken. Da hatte ich z. B. im November 1919 in der Bielefelder Stadtverordneten-Versammlung in einer Betrachtung über die Ernährungslage im Westen nach dem



Bericht der Zeitungen etwa gesagt: „Wenn wir die Regierung dahin bringen könnten, manchmal beide Augen zuzudrücken, wenn die Gemeinden in der Beschaffung von Lebensmitteln sich selber helfen, so würden wir schon weiter kommen.“ Eine an der Einfuhr von Margarine interessierte Firma hatte nichts Eiligeres zu tun, als diese Äußerung (vermutlich zur Unterstützung ihres Standpunktes) dem Reichswirtschaftsministerium mitzuteilen, das mich unter dem 29. Dezember um eine „gesl. Stellungnahme“ ersuchte. Zu einer derartigen Stellungnahme, d. h. also zu einer längeren schriftlichen Darlegung meiner Auffassung, ließen mir die Januar-Ereignisse keine Zeit, und auch später unterblieb die Beantwortung des Schreibens, weil ich der Ungelegenheit eine zu geringe Bedeutung beilegte. Anders aber dachten einige Herren im Reichswirtschaftsministerium, die scheinbar weder von einem Eisenbahnerstreik im Westen, noch von der „direkten Aktion“ zur Erringung der Sechsstundenschicht, noch von der Übersichten-Vereinbarung und den aus diesen Bewegungen resultierenden Aufgaben der Provinzstellen vernommen hatten und darum am 19. und 28. Januar, am 9. und 24. Februar und am 12. März die Angelegenheit in Erinnerung brachten!! Der 12. März war der Vortag des Rapp-putsches, und die dem Putsch folgenden Ereignisse haben mich weiter daran gehindert, die so ungemein interessante und nahrhafte Erörterung zum Abschluß zu bringen. . . .

Daß bei dem Lebensmittelmangel die Schieberei und der Schleichhandel zu hoher Blüte kamen, versteht sich von selbst. Während die Schwerstarbeiter in den Industriebetrieben um jedes Gramm Fett und Mehl ringen mußten, waren die Besserbemittelten immer noch in der Lage, auf dem Wege des Schleichhandels gegen Überpreise sich beträchtliche Zubußen zu den Lebensmittelrationen zu verschaffen. Die Post- und Eisenbahnbeamten des Industriegebiets, die im Dienst mehr wie andere Personen Gelegenheit zu Beobachtungen und Erfahrungen auf dem Gebiete des Schleichhandels



hatten, waren empört darüber, daß sie ihre Dienstleistungen ungewollt dem Schieber- und Wucherwesen zur Verfügung stellen mußten, wenn Schleichsendungen oder geschobene Waren auf der Post oder der Eisenbahn aufgegeben wurden. Von den Eisenbahn- und Postbeamten wurde deswegen dringend gebeten, ihnen zu gestatten, an der Bekämpfung des Schleichhandels mitzuwirken. Der Militärbefehlshaber und ich mußten nach allen Erfahrungen, die wir bisher bei der Anordnung selbsttätiger Maßnahmen auf dem Gebiete des Ernährungswesens gemacht hatten, zwar damit rechnen, daß auch jetzt die Zentralbehörden Bedenken geltend machen würden, wenn für den VII. Armeekorpsbezirk Ausnahmebestimmungen getroffen werden sollten. Andererseits konnten wir die Empörung der Post- und Eisenbahnbeamten über die Auswüchse des Schleichhandels nicht ignorieren. Wir mußten vielmehr besorgen, daß die Beamten auf eigene Faust vorgehen und damit den Dienstbetrieb in empfindlicher Weise stören würden, wenn wir nicht schnell und wirksam dem empörenden Zustande entgegentraten, daß sich die Schleichhändler der öffentlichen Einrichtungen der Post und Bahn bedienten, um der öffentlichen Bewirtschaftung größere Mengen Lebensmittel zu entziehen. Die Beratungen mit den Beamtenvertretern der Post und Eisenbahn führten schließlich zu folgender Bekanntmachung des Befehlshabers des Wehrkreises VI:

### **B e k a n n t m a c h u n g !**

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand verordne ich hierdurch im Einverständnis mit dem Reichskommissar Sebering für den Bereich des Belagerungszustandes im Wehrkreise VI:

1.) Die Oberpostdirektionen sind angewiesen, Pakete mit Waren, von denen angenommen werden muß, daß sie in strafbarer Weise der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen werden sollen, anzuhalten. Die Pakete sind nach ihrer Erkennung bei der Aufgabe oder der Beförderung im Bereich des Belagerungszustandes von einem von der Postbehörde besonders beauftragten Beamten kenntlich zu machen.

Liegt der Bestimmungsort im Bereich des Belagerungszustandes, so sind die Pakete ihm, im anderen Falle der nächsten Umschlagstelle im Bereich des Belagerungszustandes zuzuführen.

Am Bestimmungsort ist dem Empfänger vom Eingang des Paketes Mitteilung zu machen und ihm gleichzeitig zu eröffnen, daß er verpflichtet ist, den rechtmäßigen erlaubten Erwerb der Ware nachzuweisen. Die Öffnung des Paketes und die Prüfung seines Inhaltes geschieht im Beisein des Empfängers oder seines Vertreters. Ist der Empfänger nicht imstande oder nicht gewillt, den rechtmäßigen erlaubten Erwerb der Ware nachzuweisen, so verfällt sie der Beschlagnahme und ist der nächsten amtlichen Wirtschaftsstelle gegen Bescheinigung zuzuführen.

Auf den Umschlagstellen hat die Feststellung wie bei aufschriftlosen oder unanbringlichen Paketen unter Hinzuziehung der Polizei zu erfolgen. Eine Vergütung für die beschlagnahmten Waren wird nicht geleistet. Ein Einspruch gegen die Beschlagnahme steht dem Berechtigten im Wege des ordentlichen Rechtsverfahrens zu.

Die Oberpostdirektionen berichten in monatlichen Nachweisungen dem Wehrkreiskommando über Zahl, Art und Menge der getroffenen Beschlagnahmen.

2.) Die Eisenbahnbediensteten sind verpflichtet, von Sendungen mit Waren, von denen angenommen werden muß, daß sie in strafbarer Weise der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen werden sollen, sofort dem Vorsteher der Eilgut-, Güter- oder Gepäckabfertigung Kenntnis zu geben. Der Vorsteher veranlaßt das Anhalten der Sendung und benachrichtigt die Polizei zum Zwecke der Beschlagnahme.

Werden Sendungen der vorbezeichneten Art in Zügen festgestellt, so hat der Zugführer die Ausladung oder das Aussetzen des Wagens auf der nächsten geeigneten Station unter Mitteilung an den Vorsteher der Eilgut-, Güter- oder Gepäckabfertigung zu veranlassen.

Auf die Behandlung der beschlagnahmten Waren und die Berichterstattung an das Wehrkreiskommando finden die Vorschriften unter 1.) sinngemäße Anwendung.

3.) Die Polizeiverwaltungen sind angewiesen, den Post- und Eisenbahnbehörden bei der Durchführung dieser Verordnung mit allen Kräften behilflich zu sein.

4.) Die Verordnung tritt am 1. November 1919 in Kraft.

Der von uns vorausgesehene Einspruch der Zentralbehörden blieb nicht aus. Immerhin blieb die Wirkung der Bekanntmachung auch dann noch in einem beträchtlichen Umfange bestehen, als sie später wieder zurückgezogen wurde. Der Schleichhandel fühlte sich nicht mehr sicher genug, um Entdeckungen und Beschlagnahmen zu riskieren. Erledigt war er freilich nicht. Erschien ihm die Post und die Eisenbahn nicht mehr sicher genug, so bediente er sich nun als Verkehrsmittel der Kraftwagen und der Kanäle. Es war nicht schwer, auch diese Wirkung vorauszusehen, und keiner

der Beteiligten hatte sich eingebildet, mit polizeilichen Maßnahmen allein dem Schleichhandel den Garaus machen zu können. Bei den angeordneten Maßnahmen handelte es sich aber auch nicht zuletzt darum, der Bevölkerung die Entschlossenheit der behördlichen Organe zu zeigen, gegen die Nahrungsmittelräuber ebenso entschieden vorzugehen, wie gegen andere Störer der öffentlichen Ruhe und Sicherheit.

Ähnliche Erwägungen waren maßgebend, als es sich darum handelte, die sogenannten Feststellungskommissionen vor dem Terror landwirtschaftlicher Interessentkreise zu schützen. Durch eine Verfügung des preußischen Staatskommissars für Volksernährung vom 19. Mai 1919 war angeordnet worden, daß in den landwirtschaftlichen Lieferkreisen Feststellungskommissionen gebildet werden sollten. Sie sollten sich zusammensetzen aus Erzeugern und Verbrauchern des betreffenden Kreises und Verbrauchern der benachbarten Stadtgebiete, die in der Regel von dem zu kontrollierenden Erzeugerkreis beliefert wurden. Nach den Bestimmungen des Staatskommissars sollten die Kommissionen feststellen, ob die landwirtschaftliche Bevölkerung ihrer Abgabepflicht in der vorgeschriebenen Weise nachkam oder ihre Produkte zurückhielt, um sie gesetzwidrig zu höheren Preisen dem Schleichhandel zuzuführen. Es hätte ja doch keinen Schleichhandel gegeben, wenn sich nicht Landwirte gefunden hätten, um ihn zu beliefern, — selbstverständlich nicht aus Liebe zum Schleichhandel, sondern in der Absicht, sich auf diese Weise höhere Preise zu sichern, als sie von den Sammelstellen der Zwangswirtschaft gezahlt werden konnten.

Daß sich die Landwirte gegen die Kontrollkommissionen erklärten und in ihrer Tätigkeit eine unmotiviert Bevormundung erblickten, und daß sie sich rein stimmungsmäßig gegen die, wie sie sagten, unbegründeten Haussuchungen auflehnten, war verständlich, besonders in jener Zeit. Der Landwirt brauchte Kohlen, um das Getreide auszudreschen, die ihm aber nicht geliefert werden konnten, weil die Kohlen-



förderung durch die Streikbewegungen zurückging. Er brauchte Düngemittel, brauchte Ammoniak für den Acker, auf dem jahrelang Raubbau getrieben war. Er wartete vergeblich! Die Rotereien waren durch die Streikbewegung wochenlang stillgelegt worden.

Daß das alles auf die Psyche des Landwirts nicht günstig wirkte, verstand auch der Fernstehende. Aber die hungernde Bevölkerung schrie nach Brot, nach Gemüse und Kartoffeln, und weil der Schleichhandel einen immer größeren Umfang annahm, war es Pflicht der Behörden, seinen Ursprung festzustellen und zu unterbinden. Der Ursprung des Schleichhandels aber lag nun einmal beim Erzeuger. Außerdem waren die Feststellungskommissionen eine staatliche Einrichtung und ihre durch Gewalt herbeigeführte Lahmlegung wäre gleichbedeutend gewesen mit einer weiteren Herabminderung der Staatsautorität. Als darum bekannt wurde, daß zunächst in Westerenger, später in mehreren Orten des Kreises Lübbecke und endlich auch im Kreise Halle größere Trupps von bewaffneten oder mit gefährlichen Werkzeugen versehenen Landwirten und landwirtschaftlichen Arbeitern die Arbeiten der Feststellungskommissionen durch Gewaltandrohungen und Gewalt unmöglich machten, da wurden auf meine Veranlassung vom Kommandierenden General Truppen zur Verfügung gestellt, die auf Anforderung der Regierungspräsidenten und Landräte die Feststellungskommissionen bei ihren Kontrollgängen zu begleiten und gegen Belästigungen zu schützen verpflichtet waren.

Gegen diese Maßnahmen richtete sich, wie nicht anders zu erwarten war, der tiefste Groll der landwirtschaftlichen Kreise, die sich, wie sie in ihren Eingaben sagten, durch die Entsendung der Truppen behandelt fühlten „wie die Spartakisten Düsseldorfs und die Kommunisten Münchens, die rücksichtslos Leben und Eigentum ihrer Mitbürger vernichteten“. Eine Studienfahrt der Landwirte in die Industriebezirke, ein Besuch in den kinderreichen Familien der Berg- und Hüttenarbeiter hätte die Besucher leicht davon



überzeugen können, daß diejenigen landwirtschaftlichen Produzenten, die ihre Erzeugnisse zu höheren Preisen dem Schleichhandel zuführten, in der Tat den Spartakisten Düsseldorf und den Kommunisten Münchens gleich zu achten waren, weil auch sie rücksichtslos Leben und Gesundheit ihrer Mitbürger vernichteten.

Im übrigen darf anerkannt werden, daß im großen und ganzen die genannten Kreise ihrer Lieferpflicht nachkamen und die vorgesehenen Maßnahmen nicht ausgeführt werden brauchten.

## Bevölkerung und Truppe

Nach der mir von der Reichsregierung erteilten Vollmacht war ich befugt, im Einvernehmen mit dem Kommandierenden General alle Maßnahmen zu treffen, die ich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung für notwendig erachtete. Die Herstellung dieses Einvernehmens war nicht nur aus räumlichen Gründen sehr erschwert. Der Amtssitz des Kommandierenden Generals war Münster. In den ersten Monaten meiner Amtsführung war die Verlegung meines Amtssitzes an den gleichen Ort völlig undiskutabel. Es kam vor allem darauf an, mit den Bergarbeitern in lebendiger persönlicher Fühlung zu bleiben. Die täglich auftauchenden Unstimmigkeiten zwischen Zechenverwaltungen und Belegschaften, deren sofortige Erledigung im Interesse aller Beteiligten erwünscht war, ließen eine andere Entscheidung nicht zu. Nun waren zwar alle technischen Erleichterungen zum fernmündlichen Verkehr mit dem Generalkommando getroffen und eine direkte Verbindung mit dem Generalleutnant v. Bergmann in Lünen hergestellt. Trotzdem blieb die räumliche Trennung eine Quelle der mannigfaltigsten Mißverständnisse. Die Übersiedlung der Amtsstelle nach Münster, die am 1. Juli 1919 erfolgte, brachte in dieser Beziehung sehr schnell Abhilfe.

Die aus räumlichen Gründen entstandenen Unstimmigkeiten aber waren gering im Vergleich mit den personellen Schwierigkeiten, die sich sofort bei Übernahme meines Amtes ergaben und die im Laufe der Zeit im allgemeinen nicht gerade geringer wurden. Der General von Watter stand nach meinem Empfinden viel zu sehr unter dem Einfluß der sogenannten Freikorpsführer. Man redete ihm ein, daß er sich allmählich seiner Macht begeben und zum Polizei-Instrument in meinen Händen würde. Wenn der General im Verkehr mit mir derartige Gedankengänge auch weit von sich wies, so bestand für den Kundigen doch kein Zweifel darüber, daß er Beschwerden über die Truppe sehr oft unter diesem Gesichtspunkte behandelte und bemüht war, jeden Anschein zu vermeiden, als ob er tatsächlich unter der Einwirkung ziviler Behörden handle. Das erschwerte meine Stellung ungemein. Die Unterführer des Generals trafen Anordnungen von größter politischer Tragweite, ohne sich mit mir in irgendeiner Weise verständigt zu haben. Entweder wurde ich von den Maßnahmen erst benachrichtigt, wenn sie bereits vollzogen waren, oder aber so spät in Kenntnis gesetzt, daß Gegenvorstellungen die Ausführung nicht mehr verhindern konnten.

Das galt insbesondere bei der Verhängung des Ausnahmezustandes und bei der Entsendung von Truppen in das Ausnahmezustandsgebiet. Ich war in den meisten Fällen gar nicht in der Lage, die Gründe, die das Generalkommando zu seinem Vorgehen bestimmten, auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen und fast ebensowenig war es mir möglich, zu beurteilen, ob das beabsichtigte Vorgehen als politisch zweckmäßig anzusprechen war. Wo ich gelegentlich einmal durch irgendeinen Zufall in eine Nachprüfung einzutreten verpflichtet war, fiel mir auf, daß die Zivilbehörden und die Arbeiterschaft von den angegebenen „schweren Unruhen“ nichts wußten, während das Verhalten einzelner Arbeitgeber den begründeten Verdacht aufkommen ließ, daß sie um die angeordneten militärischen Maßnahmen gebeten hatten. Oft

waren ganz wilde Nachrichten die Gründe von Truppenentsendungen. So wurde mir einmal vom Korps Bergmann mitgeteilt, daß in H o r s t - E m s c h e r schwere Unruhen zu erwarten seien und ich wurde gebeten, die Vermittlung bei den dortigen Arbeitern zu übernehmen, — Truppen seien bereits in Marsch gesetzt! Als meine Amtsstelle die gewünschte Vermittlung anbahnte, wurde festgestellt, daß in Horst-Emscher alles ruhig sei und daß nicht die geringsten Anzeichen für eine bevorstehende Störung vorhanden waren!

Die Verhängung des Belagerungszustandes von Kreis zu Kreis erwies sich in der Folge als eine sehr unzweckmäßige Maßnahme. Es handelte sich ja — das war schon im Februar zu erkennen — keineswegs um lokale Unruhen, sondern um eine politische Bewegung, die gegen den Bestand der Regierung und — soweit in ihr auch separatistische Ziele verfolgt wurden — gegen den Bestand des Reiches selbst gerichtet war. Die Verhängung des Ausnahmezustandes überein größeres Gebiet mit der Maßgabe, daß in den ruhigen Kreisen alle die Erleichterungen eingeführt würden, die den ruhigen Bürger den Ausnahmezustand gar nicht fühlen und nur schwer erkennen ließen, hätte den Behörden manche Beschwerden und der Bevölkerung manche Mißstimmung erspart. Die Führer der spartakistischen Bewegung zogen nicht selten von einem Kreis in den anderen, selbstverständlich immer in d e n, in dem sie vor einem militärischen Zugriff zunächst sicher waren. Wenn dann, nur zu dem Zweck, die flüchtenden spartakistischen Führer aus ihrem neuen Schlupfwinkel zu vertreiben, der Belagerungszustand verhängt wurde, während die Bevölkerung des Kreises an sich durchaus ruhig war, dann verstand es niemand, warum die mit der Verhängung des Ausnahmezustandes verbundenen Einschränkungen der persönlichen und politischen Freiheit dem Kreise aufgezwungen werden sollten. Es ist durchaus verständlich, daß gerade in solchen Fällen die Beschwerden über das Vorgehen des

Militärbefehlshabers in einer besonders temperamentvollen Sprache gehalten waren und es ist ferner zu begreifen, daß ein Kreis, der bis zur Verhängung des Ausnahmezustandes von Unruhen verschont geblieben war, trotz Beibehaltung der äußeren Ruhe nunmehr ein fruchtbarer Boden für die regierungsfeindliche Agitation wurde.

Das gilt z. B. von der Verhängung des Belagerungszustandes und den militärischen Eingriffen in R e m s c h e i d und L e n n e p, von dem die Zivilbehörden vorher nicht benachrichtigt worden waren und die darum ebenfalls über das militärische Vorgehen Beschwerde führten. Die Erregung über den Einmarsch in Remscheid und über die Verhaftung einer Reihe der bekanntesten Arbeiterführer in der Öffentlichkeit war so groß, daß das Korps Bergmann sich entgegen den sonstigen militärischen Gepflogenheiten veranlaßt sah, die Aktion in der Presse ausführlich zu begründen. Es gab an, daß Remscheid eine der Hauptzentralen der Spartakisten geworden sei und daß dadurch die Gefahr bestanden habe, daß von dieser Stadt aus die Umstürzbewegung erneut in das Industriegebiet getragen werden konnte. Weiter wurde angegeben, daß die Arbeitnehmer den Arbeitgebern gegenüber Erpressungen vorgenommen und die Remscheider Spartakisten die Kammerbestände des Bezirkskommandos Lennep geplündert hätten und endlich, daß der Volksrat bei seinem Verbot der Anwerbung von Freiwilligen für das Reichsherr trotz Warnung bestanden habe. Diese Erklärungen beschwichtigten die Erregung nicht. Sie war besonders groß über die Verhaftung der Arbeiterführer, die zwar in der Mehrzahl der Unabhängigen sozialistischen Partei angehörten, aber durch ihren Einfluß in den Gewerkschaften fast alle Kreise des Bergischen Landes vor größeren Ausschreitungen bewahrt hatten. In einer Sitzung der Remscheider Stadtverordneten erklärte darum der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes von Remscheid ostentativ, daß der Arbeitgeberverband mit der Verhaftung der Arbeiterführer nicht das Geringste zu tun habe, daß er vielmehr den Antrag an die



zuständigen Behörden, die Verhafteten auf freien Fuß zu setzen, entschieden unterstützte. Der Redner gab auch zu erkennen, daß die Arbeitertrupps, die auf erpresserische Weise einmalige Zulagen von den Arbeitgebern verlangt hatten, von den Arbeiterführern bereits entschieden zur Ordnung gerufen seien und daß die sogenannten „Halbstarken“ — wie die Unruhestifter in den weiteren Erörterungen der Stadtverordnetenversammlung genannt wurden — mit der politischen Arbeiterbewegung nichts zu tun hätten.

Mit Ermächtigung der Reichsregierung habe ich auf die mir mündlich vorgetragenen Beschwerden des Oberbürgermeisters und einiger Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung erklärt, daß die verhafteten Arbeiterführer umgehend nach Remscheid beurlaubt und alle nur möglichen Erleichterungen bei der Handhabung des Belagerungszustandes gewährt werden sollten. Einige Tage darauf kam ich selbst nach Remscheid. Ich habe selten einer so erregten Versammlung vorgeessen, wie dem Kreise, den ich damals zur Besprechung des militärischen Vorgehens und der mir übermittelten Beschwerden geladen hatte. Der Oberbürgermeister von Remscheid, Dr. Hartmann, der den Grad der Erregung der Bevölkerung wohl noch besser kannte, sagte mir vor einigen Monaten, daß er jeden Augenblick eine Explosion und den Ausbruch von Tätlichkeiten — besonders gegen mich — erwartet habe. Die bald darauf angeordnete Beurlaubung und spätere Freilassung der inhaftierten Arbeiterführer bewirkten allmählich eine gewisse Beruhigung.

Auch in diesem Falle zeigte sich die Pufferstellung des Reichs- und Staatskommissars im hellsten Lichte. Während die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ z. B., die das Vorgehen des Militärs selbstverständlich ohne jede Einschränkung verteidigte, meine Erklärungen zur Entspannung der Lage als ein „unverständliches Zurückweichen der Regierung“ bezeichnete, war der Groll der Remscheider Arbeitervertreter gegen mich so groß, daß noch einige Monate später auf der

Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart allen Ernstes die Einbringung eines Antrages, der meinen Ausschluß aus dem Verbande betraf, erwogen wurde. Die keineswegs freundliche Stimmung der Mitglieder der Unabhängigen sozialistischen Partei hatte schon vorher durch die über den Gewerkschaftssekretär Walter Dettinghaus verfügte Schutzhaft eine nicht unbeträchtliche Verschärfung erfahren.

Ende April wurde über die Kreise Hagen und Schwelm der Belagerungszustand verhängt und Truppen entsandt, um Ausschreitungen der übelsten Art entgegenzutreten. Es waren Fabriken gewaltsam stillgelegt und Fabrikanten gezwungen worden, mit roten Fahnen an der Spitze vor Umzügen zu marschieren oder sich durch Zahlung von Geldbeträgen von diesem Zwange freizukaufen. In Gevelsberg waren bewaffnete Trupps mit einem mit Maschinengewehren bestückten Kraftwagen herumgefahren. Das Wohnhaus eines Fabrikanten war erbrochen und ausgeplündert worden. In dieser Zeit wurde auch der Volkskommissar für den Kreis Schwelm, Walter Dettinghaus, verhaftet. Dettinghaus war mir nicht nur bekannt, sondern seit langen Jahren befreundet. Auch die bürgerlichen Schichten seines Tätigkeitsbezirktes schätzten ihn als den uneigennütigen Mann und den überzeugungstreuen Politiker. Sein Einfluß in der Arbeiterschaft des Kreises Schwelm war groß. Daß er mit den Plünderungen und Ausschreitungen nichts zu tun hatte, war selbstverständlich. Was ihm alles zur Last gelegt worden ist, habe ich nie in Erfahrung bringen können. Nur soviel weiß ich, daß er unter dem 5. April 1919 in der „Schwelmer Zeitung“ als Volkskommissar für den Kreis Schwelm eine Bekanntmachung erlassen hatte, in der alle Arbeiter- und Soldatenräte aufgefordert waren, rückwärtslos alle Zeitungen zu beschlagnahmen, die Inserate zur Anwerbung von Freiwilligen bringen würden. Obgleich ich beim Generalkommando sofort Schritte wegen der Freilassung

von Dettinghaus unternahm, hatten diese Bemühungen jedoch erst nach einiger Zeit und nach einigen Komplikationen Erfolg.

Wie nicht anders zu erwarten war, hatte auch in diesem Falle nicht etwa der Kommandierende General, sondern ich die heftigsten Angriffe zu parieren.

In diesen und ähnlichen Fällen wurden auch dem Reichswehrministerium die Klagen und Beschwerden unterbreitet, das mir die Eingaben in der Regel „zur weiteren Veranlassung“ übersandte. Diese Art der Erledigung wäre mir selbstverständlich sehr erwünscht gewesen, wenn ich die Möglichkeit gehabt hätte, auf Grund eigener Entschlüssen berechnete Beschwerden zur Abstellung zu bringen. Dazu war ich aber weder auf Grund gesetzlicher Befugnisse, noch im Hinblick auf die mir erteilten Vollmachten in der Lage. Ich war vielmehr gehalten, durch unendlich mühsame und zeitraubende Verhandlungen mit den Stellen, gegen die sich die Beschwerden meistens richteten, zu versuchen, den Beschwerdeführern in den Fällen eine Genugtuung oder Erleichterung zu verschaffen, in denen die Truppe entweder in der Form verlegend oder politisch unzweckmäßig vorgegangen war.

Auch die Bevölkerung des Ruhrgebiets erblickte im Reichskommissariat die Amtsstelle, bei der sie ihre Beschwerden über das Verhalten der Militärbehörden und der Truppe anbringen konnte. Das geschah insbesondere bei der Besetzung von Städten und Dörfern, deren Verwaltungen weder gefragt noch einverstanden waren. Das geschah ferner bei der Handhabung des Vereins- und Versammlungswesens, bei Zeitungsverboten usw. Es braucht kaum betont zu werden, daß eine Reihe von Beschwerden der Prüfung nicht standhielten. Die Stellungnahme der Stadtverwaltungen zu der Frage der Besetzung ihrer Städte war nicht immer eine einheitliche. Solange noch eine schwache Hoffnung bestand, mit der eigenen Polizei und den sogenannten Sicherheitswehren die Ordnung aufrechtzuerhalten,

wehrten sich die Stadtverwaltungen mit aller Entschiedenheit gegen den Einmarsch der Truppe. Sobald aber die von den Aufständischen verübten Gewalttaten erkennen ließen, daß die Polizei des Aufruhrs nicht Herr werden würde, konnte nach den Wünschen der Stadtverwaltungen nicht schnell genug das Militär zur Stelle gebracht werden. Dabei wurde eben vergessen, daß die Truppe, über die General von Watter verfügte, keineswegs so stark war, um im Ernstfalle gleichzeitig allen Anforderungen gerecht zu werden.

Es wäre deswegen unbillig, den unerbetenen Einmarsch der Truppe in die einzelnen Orte in allen Fällen dem General von Watter zur Last zu legen. Man darf nicht vergessen, daß in der Bevölkerung damals noch Waffen, auch Waffen schwerer Art, in großen Mengen vorhanden waren, und wenn die Aufgabe des Kommandierenden Generals in jener Zeit darin bestand, seinen Befehlsbereich zu befrieden, so konnte er auf die Einziehung dieser im unrechtmäßigen Besitz befindlichen Waffen nicht verzichten. Wenn darum der begründete Verdacht bestand — und dieser Verdacht erwies sich leider in den meisten Fällen als begründet —, daß in bestimmten Ortschaften in besonders großer Zahl Waffen versteckt gehalten wurden, die bei den Bewegungen zum Sturz der verfassungsmäßigen Regierung verwandt werden sollten, dann habe ich den Einmarsch der Truppe auch dann nicht für unzumuthig erachten können, wenn die Zivilbehörden um die Entsendung der Truppe nicht gebeten hatten.

Mit dem Einmarsch an sich hätten sich alle Bevölkerungsschichten und mit ihr selbstverständlich auch die Behörden sehr leicht abgefunden, wenn die Aufführung der Truppe nach dem Einmarsch immer einwandfrei geblieben wäre. Davon konnte jedoch nicht immer die Rede sein. Es ist schon an anderer Stelle hervorgehoben, wie oft auf Grund durchaus unbegründeter Denunziationen selbst diejenigen Personen belästigt und sogar in Schutzhaft genommen wurden, die zu den zuverlässigsten Stützen der Regierung zählten. Bei der



Einstellung und Entsendung der sogenannten Rundschafter hatten die Militärbehörden offenbar nicht immer die glücklichste Hand und wiederholt mußte ich vor Leuten warnen und wurde ich vor Leuten gewarnt, die von ihren früheren Auftraggebern dahin charakterisiert wurden, daß sie ihre Tätigkeit hauptsächlich dazu benutzten, sich persönliche Vorteile zu verschaffen und selbst vor unsauberen Mitteln zur Erreichung dieses Zieles nicht zurückschreckten. Es ist nicht schwer, sich auszumalen, wie die Berichte derartiger Agenten zustande kamen. Aber auch die Truppe selbst wurde nicht selten bespizelt und denunziert. Die Schnüffelei der Agenten machte nicht einmal vor den Offizieren Halt; auch hier witterte man Spartakisten, und wenn sich kein wirklicher entdecken ließ, wurde einer erfunden. Am meisten aber trieben die Rundschafter unter den Arbeitern ihr Unwesen. Dazu kam, daß aus der Bevölkerung selbst den Militärbehörden allerlei Zuträger erstanden, deren Angaben auch nicht immer auf ihre Berechtigung und Richtigkeit hin untersucht wurden, unter denen aber recht oft die einwandfreiesten Bürger zu leiden hatten.

Auch die Aufführung der Truppe selbst einschließlich ihrer Führer ließ sehr oft zu wünschen übrig. Versammlungsstörungen waren an der Tagesordnung. In jeder Versammlung witterte man die Erörterung eines Komplotts gegen die bewaffnete Macht, so daß die höheren Militärbehörden selbst wiederholt gegen ein derartiges Verhalten einschreiten mußten. So teilte mir aus freien Stücken der Generalleutnant von Bergmann mit, daß in Borbeck bei Essen eine vom örtlichen Militärbefehlshaber genehmigte Versammlung durch einen Offizier eigenmächtig gesprengt worden und die Teilnehmer festgenommen seien. Der General fügte dieser Mitteilung hinzu, daß gegen den schuldigen Offizier mit aller Strenge vorgegangen würde. Ich habe keinen Augenblick daran gezweifelt, daß nach dieser Erklärung des Generalleutnants die Eigenmächtigkeit des Offiziers ihre Sühne finden würde. Leider aber haben spätere Vorkommnisse äh-

licher Art mir nicht die Überzeugung beibringen können, daß die verhängten Strafen auch nur die geringste Wirkung gegen die Eigenmächtigkeiten der Truppenführer erzielt haben.

Schon die Ausrüstung der Truppe mit Flinten, Revolvern und Handgranaten rief besonders in den Orten einen peinlichen Eindruck hervor, die an einen derartig kriegerischen Anblick ihrer Sicherheitsorgane nicht gewöhnt waren. Diese Art der Ausrüstung ließ sich jedoch noch mit dem Hinweis darauf begründen, daß auch die Spartakisten damals ihre politischen Kämpfe nicht ausschließlich mit geistigen Waffen zum Austrag brachten, sondern in nicht seltenen Fällen ebenfalls Flinten, Handgranaten und Maschinengewehre zur Nachhilfe benutzten. Aber auch das sonstige Betragen führte zu den lebhaftesten Klagen und Beschwerden, denen ich die Berechtigung nicht absprechen konnte. Die Beschimpfung und Mißhandlung von inhaftierten Arbeitern, der Boykott von Wirtschaften und anderen wirtschaftlichen Unternehmungen gehörten keineswegs zu den Seltenheiten, und im Laufe der Zeit wurde die Haltung der Truppe derart anstößig, daß sich General von Watter zu einem Befehl veranlaßt sah, in dem es unter anderem hieß:

„Dies Benehmen muß aufhören. Es erregt mit Recht Mißfallen in der Bevölkerung und berührt besonders jeden alten Soldaten auf das peinlichste. Wenn es wie bisher weitergeht, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Zivilbevölkerung den Rest der Achtung, den sie noch vor den Reichswehrsoldaten besitzt, verliert. . . .

Der Soldat ist kein Mönch, aber er soll die Rücksicht, die er auch verlangt, selbst üben und sich stets seiner Stellung als Teil der bewaffneten Macht als gesitteter Mensch bewußt sein. Es darf hier nicht vergessen werden, daß den Reichswehrsoldaten ein scharfer Konkurrent in der neuen Sicherheitspolizei entstanden ist und daß der Reichswehrsoldat dem Polizisten gegenüber sicherlich im guten soldatischen Benehmen nicht nachstehen darf.“

Das Betragen der Truppe erzeugte in der Bevölkerung eine ungemein gereizte Stimmung, die sich in einer bedauerlichen Verallgemeinerung gegen alles richtete, was zu den Machtmitteln des Staates zählte und sich oft in Beleidigungen und tätlichen Angriffen gegen die Angehörigen der Wehrmacht und ihren Familienangehörigen entlud. Schon Ende April 1919 erwies sich darum der Erlaß einer besonderen Verordnung mit scharfen Strafbestimmungen zum Schutze der Angehörigen der Regierungstruppen und deren Familienmitglieder als notwendig. Noch im September des gleichen Jahres, als die höchsten Wogen bereits geglättet waren, war eine besondere Einwirkung auf die Bergarbeiter erforderlich, um eine Zusammenarbeit der Bergarbeiter mit den aus den militärischen Verbänden entlassenen Wehrleuten sicherzustellen und die Wehrleute vor einer Berrufserklärung zu schützen. So tief saß die Abneigung der Arbeiterschaft gegen alles, was die Uniform des Staates trug.

Dabei darf freilich nicht vergessen werden, daß es den Militärbehörden damals besonders schwer war, ein brauchbares Truppenmaterial zu bekommen und zu halten. Die Leiden und Entbehrungen des Krieges hatten so vielen das Kriegshandwerk verleidet, und wer irgendwie in einem anderen Beruf Beschäftigung finden konnte, suchte hier seine Zuflucht. Die Freikorps und die späteren Formationen der Reichswehr bestanden zu einem nicht geringen Teil aus Leuten, die in einem zivilen Beruf nicht unterkommen konnten und die den Dienst in der Truppe nur als Notbehelf betrachteten bis zu dem Augenblick, der ihnen die Möglichkeit der Beschäftigung in dem früheren Beruf bot. Andere, die vielleicht gern Berufssoldaten geworden wären, hatten nicht die Gewißheit, daß sich dieser Wunsch erfüllen würde. Wohl war bekannt, daß die Entente darauf bestehen würde, das deutsche Heer auf 100 000 Mann zu reduzieren. Niemand in der Truppe aber wußte, wer bei dieser Herabminderung der Kopfstärke des Heeres gehen mußte und wer bleiben konnte. Es versteht sich, daß dieses Gefühl der Unsicherheit auch nicht

gerade geeignet war, den Soldaten zu einer besonders pflicht-treuen und opferwilligen Stütze der Republik zu machen.

Und noch ein Drittes erklärt bis zu einem gewissen Grade die Mängel der damaligen Truppe: Die Ablehnung, die die Bemühungen des Reichswehrministeriums um Anwerbung von Freiwilligen für das im Entstehen begriffene Reichsheer durch die linksstehenden Parteien erfuhren. Der Werbe-offizier des Bezirkskommandos in Essen z. B. hatte sich an die Sozialdemokratische Partei in Essen ge-wandt mit der Bitte, über die Beschäftigungsart, die Füh-rung, die Gesinnung und die Zuverlässigkeit der sich freiwillig Meldenden Auskunft zu geben. Die Werbestelle wollte sich von vornherein die Gewähr dafür verschaffen, daß sich die Angeworbenen in jeder Beziehung der Regierung willig zur Verfügung stellen würden. Die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei in Essen aber lehnte die erbetene Mitwirkung bei der Bildung eines Reichsheeres ab, ohne eine Be-gründung für den ablehnenden Standpunkt anzugeben. Hier schied sich alte und neue Zeit. . . .

In den Reihen der Arbeiterschaft hatte sich die Auffassung festgesetzt, daß die Offiziere aller militärischen Formationen Monarchisten seien, die bei ihrem Eingreifen zur Wieder-herstellung der Ruhe und Ordnung absichtlich provozierten, um die Bevölkerung gegen das neue Regime einzunehmen und für die Wiederkehr der Monarchie geneigt zu machen. Es war für alle, die damals im Mittelpunkt der Kämpfe standen, ein betrübendes Schauspiel, das aus der Vergrö ße-rung und Verallgemeinerung gewiß an sich verurteilens-werter Vorgänge ein Mißtrauen großgezogen wurde, das auch heute noch nicht ausgerottet ist und immer noch das politische Leben vergiftet. So wenig die von den damaligen örtlichen Militärbefehlshabern verfolgten Arbeitervertreter sämtlich Spartakisten waren, so wenig waren die Behaup-tungen richtig, daß alle Offiziere der Reichswehr nur wider-willig für die Republik ihren Dienst verrichteten und s e h n =



lichst auf den Tag warteten, der die Wiederkehr der Monarchie bringen würde. Es war für meine Mitarbeiter und für mich ungeheuer schwer, gegen die Übertreibungen und Verallgemeinerungen von beiden Seiten anzugehen, um so mehr als von den Militärbehörden wenig getan wurde, um durch einwandfreies Verhalten die irrige Auffassung in der Bevölkerung zu korrigieren. Die Führung von schwarzweißroten Fahnen bei der Truppe erschien den vorgesetzten Dienststellen zunächst als etwas ganz Selbstverständliches, und als schließlich auf wiederholtes Drängen der General von Watter diesem Unfug entgegentrat, da geschah das in einem Erlaß in einer so zweideutigen Sprache, daß darin weit eher eine Ermunterung als ein Verbot zu erblicken war. Wenn sich dann noch die Militärbehörden auf politisches Gebiet begaben, so begingen sie fast immer derart offenbare Torheiten, daß ihren Gegnern die Diskreditierung nicht allzu schwer wurde. Ich sehe ganz davon ab, in Privatgesprächen — die sich mit der Erörterung der politischen Lage beschäftigten — gefallene Äußerungen über die Regierung oder einzelne ihrer Mitglieder in diesem Zusammenhang anzuführen. Despektierliche Äußerungen über die Regierung oder auch über den Kaiser sollen ja auch schon unter dem alten Regime vorgekommen sein. Jedenfalls habe ich die Temperamentsausbrüche dieses oder jenes Offiziers nicht allzu tragisch genommen, und wo andere sich empfindlich zeigten und die vermeintliche Insubordination zur Verfolgung im Dienstwege anzeigen zu müssen glaubten, da habe ich stets zu glätten und die Dinge einzurenken versucht. Davon konnte natürlich dann nicht die Rede sein, wenn es sich nicht um belanglose Äußerungen, sondern um ein vorbedachtes, nach allen Seiten hin erwogenes Vorgehen handelte, das sich in der politischen Wirkung mindestens als grobe Torheit, wenn nicht als Schlimmeres charakterisierte.

Um ein solches Vorgehen handelte es sich bei einer Angelegenheit, die in die Zeit fiel, in der die Wogen der politischen Erregung über das Friedensdiktat der Entente sehr

hoch gingen. Unter dem 17. Mai hatte ich auf Ersuchen des Generalkommandos über die Stimmung in der Arbeiterschaft folgendes berichtet:

„Die Friedensbedingungen werden fast allgemein für unannehmbar gehalten. Man erkennt, daß sie die vollständige wirtschaftliche Erdrösselung unseres Wirtschaftslebens und besonders auch der sozialen Errungenschaften der Revolution, wie der verkürzten Arbeitszeit usw., bedeuten. **Troßdem findet man nicht viele Arbeiter, die für Nichtunterzeichnung des Vertrages sind,** weil für diesen Fall die Besetzung des Industriegebiets oder die Verhängung der Blockade befürchtet wird, Maßnahmen, die uns nach einiger Zeit doch zum Unterzeichnen — vielleicht unter noch härteren Bedingungen — zwingen würden. Es müsse daher versucht werden, die Gegner auf dem Wege der Verhandlungen zu einer Milderung ihrer Bedingungen zu veranlassen. Unter dem Druck der Aktionen ihrer Arbeiterschaft werde die Entente einer solchen Forderung nicht widerstehen können. Indessen ist die Hoffnung auf einen Erfolg in diesem Sinne nicht allzu groß und man weist auf den Frieden von Brest-Litowsk hin, der den Gegnern leider ein sehr schlechtes Beispiel gewesen sei und trotz aller Mahnungen der Arbeiterschaft ratifiziert wurde.

Gelegentlich hört man auch die Meinung, daß man ruhig unterzeichnen solle, wenn man später den Vertrag nicht erfüllen könne, so werde sich die Entente damit abfinden müssen.

Ein kleiner Teil der Arbeiterschaft, darunter besonders die kommunistischen Kreise, ist entschieden für Nichtunterzeichnung. Er erhofft von der Revolution in den feindlichen Ländern die Beseitigung der dortigen Machthaber und damit einen Frieden des gerechten Ausgleiches.“

Es war selbstverständlich das gute Recht der Militärbehörden, auch bei anderen Stellen Erkundigungen einzuziehen, um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein. Von kommunistischer Seite waren in jener Zeit Unruhen

nicht zu befürchten. Die Kommunisten rechneten beim Scheitern der Friedensverhandlungen mit der Errichtung einer Militärdiktatur, und ihre Leitung war der Ansicht, daß es dann nicht Aufgabe des Proletariats sein könne, Versuche zu machen, selbst zur Macht zu gelangen. Man dürfe dem Bürgertum nicht die furchtbare Verantwortung des Friedensschlusses abnehmen, und außerdem sei zu beachten, daß das Proletariat noch nicht so gekräftigt sei, um die politische Macht ergreifen zu können. Auch bei Unterzeichnung des Friedens bestehe die Gefahr einer Militärdiktatur. Selbst für diesen Fall müsse jede Aktion vermieden werden, die einen Kampf um die Macht bedeute, weil derartige Aktionen im Hinblick auf die politische Gesamtlage zu einem völlig nutzlosen Blutvergießen führen müßten.

Den Militärbehörden war diese Stellungnahme der Kommunisten bekannt, und man hätte darum annehmen dürfen, daß sie nunmehr alle Möglichkeiten benutzt hätten, um auf diejenigen Kreise einzuwirken, die die Friedensschlußkrise zu neuen bewaffneten Aktionen gegen den ehemaligen Feindbund benutzen wollten. Ungefähr das Gegenteil von dem geschah. Ein Verbindungsoffizier der Obersten Heeresleitung beim VII. Armeekorps richtete unter dem 22. Mai 1919 ein vertrauliches Schreiben an einige militärische Dienststellen, an die Regierungspräsidenten in Münster, Arnberg und Düsseldorf, sowie an einen Privatmann in Essen, in dem gebeten wurde, einen beigelegten Fragebogen nach vertraulicher Rücksprache mit den in Frage kommenden Personen auszufüllen und dem Generalkommando wieder einzusenden. Es komme darauf an — wurde hinzugefügt —, daß durch die Rücksprache keine Beunruhigung in weiteren Kreisen erweckt werde. Der Fragebogen selbst ließ durch die Art der Fragestellung deutlich die Tendenz des Unternehmens erkennen. In der Fragestellung kamen in sehr merkwürdiger Weise die Auffassungen zum Ausdruck, die damals in militärischen Kreisen über die Leistungsfähigkeit und den Lei-

stungswillen des deutschen Volkes bestanden. Der Fragebogen hatte den folgenden Wortlaut:

- 1) Ist die Bevölkerung in überwiegender Zahl für Wiederaufnahme des Krieges oder nicht?
- 2) Wenn die Frage zu 1) bejaht wird, ist die Bevölkerung dann nur zur Verteidigung bezw. Wiedernahme ihrer engeren Heimat oder auch zu weitergehenden Kämpfen bereit, selbst wenn sie außerhalb Deutschlands, z. B. in Polen oder Rußland, geführt werden müßten?
- 3) Hat die Einberufung zu den Fahnen Aussicht auf Erfolg?
- 4) Kann mit einem großen Zustrom von Freiwilligen gerechnet werden?
- 5) Ist die Bevölkerung bereit und entschlossen, gegenüber persönlichem, wirtschaftlichem und politischem Druck, den eine feindliche Besetzung des Landes mit sich bringt, standhaft zu bleiben?
- 6) Sind bei Wiederaufnahme des Kampfes innere Unruhen zu befürchten und in welchem Umfange?

Zwei Tage nach der Absendung war ich im Besitz des „vertraulichen“ Schreibens, das ich bezeichnenderweise vom Absender nicht erhalten und von dessen Existenz ich bis dahin keine Ahnung hatte. Ich richtete daher unter dem 31. Mai ein Schreiben an den Kommandierenden General, in dem es unter anderem hieß:

„Es wird in einem Anschreiben bemerkt, daß die Genehmigung des Generalkommandos zum Versand des beigefügten Fragebogens erteilt sei.

Wenn das richtig ist, was ich von hier aus nicht beurteilen kann und worüber ich eine Mitteilung Euerer Erzellenz erbitte, dann müßte ich dagegen die lebhafteste Verwahrung einlegen. Der Verfasser des Rundschreibens ist sich selbst darüber klar, daß die Art der Rücksprache so vorsichtig sein muß, daß keine Beunruhigung in weiteren



Kreisen hervorgerufen wird. Nach meiner Kenntnis der Dinge genügt aber die Bekanntgabe des Fragebogens in der Öffentlichkeit schon, um nicht nur die lebhafteste Beunruhigung hervorzurufen, sondern die Sache der Regierung aufs schwerste zu schädigen. Ich kann nicht annehmen, daß die Regierung diese Enquete deckt und mit ihr einverstanden wäre. Die Regierung wird im Gegenteil allem, was im Augenblick geeignet ist, die Bevölkerung zu erregen oder den Widerstand der Entente-Diplomatie gegen eine Milderung der Friedensbedingungen zu stärken, mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Der Fragebogen ist vorzüglich geeignet, die oben bezeichnete Wirkung auszuüben, d. h. sowohl die Bevölkerung außerordentlich zu beunruhigen, als auch die Entente in ihrer Auffassung zu bestärken, daß man Deutschland gar nicht genug schwächen könne, um vor weiteren kriegerischen Erhebungen gesichert zu sein.

Ich lehne aus diesem Grunde jede Mitverantwortung ab, falls das Rundschreiben wirklich mit Genehmigung des Generalkommandos erlassen sein sollte. Ich muß im Gegenteil Verwahrung dagegen einlegen, daß eine so wichtige politische Aktion ohne mein Vorwissen und ohne meine Zustimmung eingeleitet worden ist und werde nicht verfehlen, der Regierung von dieser Tatsache Mitteilung zu machen."

Ob der Kommandierende General die Angelegenheit weiter verfolgt hat und ob der Verbindungsoffizier rektifiziert worden ist, habe ich nie erfahren. Die Reichsregierung aber erklärte an demselben Tage, an dem sie von der Rundfrage Kenntnis erhielt, der Obersten Heeresleitung, „daß sie eine solche Befragung der Bevölkerung nicht billigen könne und die Oberste Heeresleitung ersuche, Umfrage und Beantwortung sofort einzustellen, da sie als politisch über den Rahmen der Tätigkeit der Obersten Heeresleitung hinausgehe.“ General von Watter zog es vor, einer weiteren Erörterung über den peinlichen Fragebogen aus dem Wege

zu gehen durch eine Mitteilung an die Behörden, „daß von regierungsfeindlicher Seite am Tage der Entscheidung über die Annahme der Friedensbedingungen größere Unruhen geplant seien und daß es darauf ankomme, diese Unruhen schon im Entstehen und mit aller Kraft zu zer schlagen“.

Hier sei nur vermerkt, daß diese Unruhen im Industriegebiet, wie vorauszusehen war, ausgeblieben sind, obgleich einige Zeitungen des Reviers in geradezu aufreizender Weise für die Nichtunterzeichnung des Friedens geschrieben hatten. In der Rheinisch-Westfälischen Zeitung z. B. wurde unter der Überschrift „Keine Hungersnot nach einer Ablehnung der Friedensbedingungen!“ eine angebliche Äußerung des Unterstaatssekretärs von Braun über die Ernährungsmöglichkeiten der Bevölkerung ausgebeutet. Die den Bergarbeitern gewährte Speckzulage — so hieß es in der Zeitungsmeldung — könnte aus den eingeführten Mengen bis zum August aufrechterhalten werden, auch wenn keine weiteren Zufuhren mehr kämen!! Ebenso sei die Fettversorgung im bisherigen Umfange gesichert!! In Wirklichkeit lag die Sache jedoch so, daß sehr viele Kommunalverbände schon seit Wochen nicht mehr in der Lage waren, weder die versprochenen Speck- und Fettzulagen, noch das in Aussicht gestellte Mehl zu geben. Erst die Unterzeichnung des Friedensvertrages und die dadurch allmählich eintretende Entspannung brachten die Lieferungen des Auslandes wieder in Fluß und man darf darum heute mit gutem Grunde sagen, daß nur die Annahme des Friedensvertrages das Industriegebiet vor dem sonst unvermeidlichen irreparablen Zusammenbruch bewahrt hat.

\*

Ein außerordentlich unerfreuliches und auch nicht gerade dankbares Kapitel meiner Tätigkeit war die Stellungnahme zu der von den Militärbefehlshabern angeordneten Schußhaft. Es ist in diesen Blättern schon mehrfach hervorgehoben worden, wie üppig das Denunziationswesen blühte,

wenn die Truppe zur Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse einrückte und die Zivilbehörden so gut wie ausgeschaltet waren. Dann regnete es geradezu Angebereien über Streithexer und über Leute, die zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufgefordert hätten. Bei der politischen Ahnungslosigkeit verschiedener örtlicher Militärbefehlshaber wurden dann nicht selten in einem summarischen Verfahren alle Personen verfolgt, die von irgendeiner Seite zu Recht oder Unrecht bezichtigt worden waren. Bei dem General von Watter und seinem Stabschef, Oberstleutnant von Eisebeck, der heute die Stellung des Befehlshabers im Wehrkreis I bekleidet, fand ich bei Beschwerden, die sich gegen diese Art des Vorgehens bei der Verhängung von Schutzhaft richteten, durchaus Verständnis, und wo in besonders trassen Fällen die Grundlosigkeit der Schutzhaft nachgewiesen werden konnte, hat das Generalkommando auch sofort die Entlassung oder Beurlaubung der Schutzhäftlinge verfügt. Wo aber dem örtlichen Militärbefehlshaber die „Gefährlichkeit“ eines Mannes in ganz besonders grellen Farben geschildert worden war, da versuchte dieser selbst dann die Verhaftung aufrechtzuerhalten, wenn die Zivilbehörden sich für die einwandfreie Führung des Verhafteten verbürgten. Bei der Erörterung über dieses Thema wurde mir einmal im Generalkommando gesagt, daß ungerechtfertigte Haftentlassungen in unruhigen Zeiten von unabsehbaren Folgen sein könnten, was mir die Antwort abnötigte, daß ungerechtfertigte Verhaftungen einen noch größeren Schaden anrichteten.

Eine besonders leichtfertige und gewissenlose Angeberei leistete sich einmal ein Denunziant in Essen, der einen Brief an das Wehrkreiskommando richtete, dessen Wortlaut hier festgehalten zu werden verdient:

Nachfolgend die Namen dreier Kavaliere, die sich meiner Ansicht nach wohl bald für die Sommerfrische in Berl<sup>\*)</sup> eignen:  
(Folgen die Namen von drei Metallarbeitern aus Dortmund.)

\*) In Berl war das Gerichtsgefängnis, das die Schutzhaft-Gefangenen aufnahm.

Der erste der genannten Herren war so gewandt, das beigelegte Flugblatt selbst zu unterzeichnen. Vielleicht ist das schon Grund genug, ihn für längere Zeit zu beurlauben. Sehen Sie doch hier mal zu, was sich da machen läßt.

2 und 3 sind ebenfalls große Heber.

Das erwähnte Flugblatt war ein in den zahmsten Phrasen gehaltener Aufruf der syndikalistischen Vereinigung der Metallarbeiter, das auch nicht an einer Stelle Grund zum Einschreiten bot. Das erkannte selbst der Kriegsgerichtsrat an, dem das „Material“ zur Prüfung unterbreitet wurde. Da auch ich es mir angelegen sein ließ, das Wehrkreis-Kommando davon zu überzeugen, daß ein Schutzhaftbefehl, in derartigen Fällen erlassen, die hanebüchenste Ungerechtigkeit und die größte politische Torheit bedeute, weil sie nur Märtyrer schaffe und das Vertrauen in die Objektivität der Behörden untergrabe, blieb dem Denunzianten diesmal der Erfolg versagt.

Die Erfahrungen auf dem Gebiete der Schutzhaft sind auch an den militärischen Behörden nicht spurlos vorübergegangen. Die Verstärkung und Verbesserung der Polizei gestattet es heute, selbst bei Verhängung des Ausnahmezustandes die vollziehende Gewalt einem Zivilbeamten zu übertragen. Auch die Oberste Heeresleitung stand bisher und auch wohl noch heute auf dem Standpunkte, daß in derartigen Fällen ein Eingreifen des Militärs vermieden werden soll. Die ordentlichen Verwaltungsbehörden sind im allgemeinen besser in der Lage, beurteilen zu können, wie weit es notwendig und politisch zweckmäßig ist, in unruhigen Zeiten der persönlichen Freiheit des Einzelnen Beschränkungen aufzuerlegen. Sollte dabei das Mittel der Schutzhaft noch einmal in größerem Umfange wieder in Anwendung gebracht werden müssen, dann — das ist die Lehre, die ich aus den Vorgängen auf diesem Gebiete gewonnen habe — ist es ein Gebot der Gerechtigkeit und der politischen Klugheit zugleich, Beschwerde-Instanzen zu schaffen mit der Maßgabe, im beschleunigten Verfahren den Einspruch gegen die Schutzhaft zur Entscheidung zu bringen. Nichts hat die



Sache der Regierung mehr diskreditiert, wie die vielen Fälle unbegründeter Schußhaft, die besonders im Anschluß an die Bekämpfung der „Roten Armee“ vorgenommen worden sind und die nur sehr langsam und nur unter den größten Schwierigkeiten aufgehoben werden konnten.

## Sicherheits- und Einwohnerwehren

Nach der Staatsumwälzung wurden von den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten, wie fast überall so im besonderen auch im Industriebezirk, zur Unterstützung der Polizeibehörden Sicherheitswehren aufgestellt. Das Personal wurde zumeist den aus dem Felde zurückkehrenden Mannschaften entnommen, die zwar im Waffengebrauch geübt waren, von den eigentlichen polizeilichen Aufgaben aber keine rechte Vorstellung hatten. Wo in den Arbeiter- und Soldatenräten energische und umsichtige, mit den örtlichen Verhältnissen vertraute Männer saßen, gelang es, ein reibungsloses Zusammenarbeiten der Sicherheitswehren mit den ordentlichen Polizeiverwaltungen herbeizuführen. In vielen Fällen aber operierten die Sicherheitswehren auf eigene Faust. Der einzige Zusammenhang mit dem Staat oder der Gemeinde bestand darin, daß die Wehren von diesen ihre Bezahlung verlangten. Im Regierungsbezirke Arnsberg bestanden Anfang Mai in 313 Orten derartige Wehren. Nur ein geringer Teil war auf die Regierung verpflichtet, die übrigen auf die Gemeinde oder überhaupt nicht!

In den ersten Monaten des Jahres 1919, die die ersten größeren Unruhen brachten, hatten sich diejenigen Wehren gut bewährt, die unter der unmittelbaren Leitung oder unter der Kontrolle tüchtiger Polizeiverwaltungen standen. Das gilt unter anderen von den Wehren in Dortmund, Bochum, Herne, Bottrop und Essen. Sehr oft war die Schlagfertigkeit und Zuverlässigkeit der Wehr auch abhängig von ihrem Führer. Während sie unter geschlossener Führung Gutes leisteten, über eine bemerkenswerte Disziplin verfügten und

darum zu einem wirklichen Sicherheitsfaktor wurden, versagten sie plötzlich in dem Augenblick, in dem an Stelle des ausscheidenden bisherigen Leiters eine andere Führung trat.

Die parteipolitische Einstellung der Mannschaften war den größten Schwankungen unterworfen. Hatten noch im November 1918 die linksradikalen Gruppen es abgelehnt, sich überhaupt an den Sicherheitswehren zu beteiligen, so wurde schon gegen Mitte Februar sowohl vom Generalkommando als auch von einzelnen Zivilbehörden Klage darüber geführt, daß unabhängige Sozialisten und Kommunisten, also Anhänger der Räterepublik, in einzelnen Wehren Eingang gefunden hätten und die Zuverlässigkeit der Wehren im Ernstfall in Frage stellen würden.

In Herne war eine Zentrale für die Wehren eines größeren Bezirkes der Nachbarschaft Hernes eingerichtet worden, die die umliegenden Industrieorte schützen sollte, wenn, wie man befürchtete, bei größeren Ausstandsbewegungen die Saboteure auch vor der Zerstörung von Zechenanlagen nicht zurückschrecken würden. In Dortmund gab es unter der Bezeichnung „Arbeiter-Schutzwehren“ besondere Zechen- und Werkswehren, die der Dortmunder Arbeiter- und Soldatenrat aufgestellt hatte. Die Gewehre wurden auf der Zeche aufbewahrt und im Augenblick der Gefahr den Mitgliedern der Wehr mit einem Waffenschein ausgehändigt. Sie bestand Anfang März aus etwa 2000 Köpfen.

Dem Reichsarbeitsministerium war im Januar von dem in Essen amtierenden Landrichter Ruben die Anregung gegeben, zur Ausführung von Notstandsarbeiten Arbeiterbataillone zu bilden, die dann in Funktion treten sollten, wenn bei größeren Ausständen von längerer Dauer die Streikenden selbst sich weigerten, die Notstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben auszuführen. Dieser Anregung, die mir vom Reichsarbeitsministerium zur weiteren Verfolgung übermittelt wurde, konnte nicht sofort entsprochen

werden, weil im Bergarbeiterstreik sich gezeigt hatte, daß ohne polizeilichen Schutz in derartig kritischen Situationen Notstandsarbeiter überhaupt nicht angesetzt werden konnten. Jetzt kam es vor allem darauf an, die staatlichen Machtmittel quantitativ und qualitativ so auszubauen, daß sie in dringenden Fällen diesen Schutz auch wirklich gewähren konnten. Die Technischen Bataillone, die bei der Verweigerung der Notstandsarbeiten durch die Streikenden in lebenswichtigen Betrieben eingesetzt werden sollten, sind erst im August entstanden. Sie bildeten die Vorläufer der Technischen Nothilfe. Ihre Angehörigen setzten sich ursprünglich aus Fachleuten aller Gebiete zusammen und wahrten strengste politische Unparteilichkeit. Diese Unparteilichkeit ist leider in späteren Jahren nicht immer gewahrt worden. Ihre Verletzung hat nicht zum wenigsten dazu beigetragen, die Nothilfe in den Reihen der Gewerkschaften als Streikbrecherkolonnen zu diskreditieren. Ich habe immer versucht und werde darin auch fortfahren, bei Streiks in lebenswichtigen Betrieben die Streikenden selbst zur Leistung der Notstandsarbeiten anzuhalten. Unmittelbar nach der Beendigung des Generalstreiks der Bergarbeiter habe ich dem Abbau der Sicherheitswehren das Wort geredet und auf eine Verstärkung der staatlichen und kommunalen Polizei gedrängt. Eine zunächst unüberwindliche Schwierigkeit bestand darin, die Lücken auszufüllen, die durch einen plötzlichen Abbau der Sicherheitswehren entstanden wären. Es wurde zwar im Mai schon die Gründung von Einwohnerwehren mit ehrenamtlicher Dienstleistung ihrer Mitglieder ins Auge gefaßt, und eine in Berlin errichtete Zentrale für Einwohnerwehren ersuchte mich, einigen von der Zentrale entsandten Herren Vollmachten zu erteilen, an der Gründung und Vervollkommnung von Einwohnerwehren im Industriegebiet mitzuwirken. Diesem Ersuchen habe ich nicht entsprechen können. Durch die Erfahrungen, die ich während des Generalstreiks der Bergarbeiter gesammelt hatte, war es mir klar geworden, daß eine ganze Reihe von Orten im Industriegebiet

bei der Bildung von Einwohnerwehren überhaupt auszuscheiden hatten. Wo die politischen Gegensätze ganz besonders scharf hervorgetreten waren und in derselben Schärfe sich noch weiter zeigten, war es unmöglich, die sogenannten bürgerlichen Parteien mit der Arbeiterschaft im allgemeinen und der politischen Organisation der Sozialdemokratie unter einen Hut zu bringen. Eine der genannten Parteien aber auszuscheiden und reine Bürgerwehren oder reine Arbeiterwehren aufzustellen, wäre noch bedenklicher gewesen. Ich habe darum auch der Berliner Zentrale für Einwohnerwehren gegenüber betont, daß das Hauptgewicht auf die Reorganisation, Verstärkung und Ausrüstung der Polizei gelegt werden müsse, damit sie imstande sei, beim Ausbruch von Unruhen allein die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. In ähnlicher Weise habe ich im gleichen Monat auch dem Minister des Innern berichtet.

Minister Wolfgang Heine persönlich war mit meiner Meinung über die Notwendigkeit einer Verstärkung der Polizei durchaus einverstanden. Schon vor meiner Entsendung hatte er die Schaffung eines Polizeikörpers zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit ins Auge gefaßt, eines Polizeikörpers, dessen Gliederung und Mannschaften so beschaffen sein müßten, daß seine Einheiten zur Bekämpfung von Unruhen geschlossen und schnell eingesetzt werden konnten, ohne daß Militär hinzugezogen werden brauchte. Auch das Reichswehrministerium war dieser Ansicht und drängte bei den Landesregierungen auf die Bildung einer derartigen Polizei. Leider verzögerte die Regelung der Kostenfrage die Ausführung der Pläne. Diese Hindernisse wurden mir bekannt. In den Besprechungen mit den Leitungen der Sicherheitswehren habe ich zwar keinen Zweifel darüber gelassen, daß der allmähliche Abbau der Wehren ungefümt beginnen müsse, um zu einer Sicherheitsorganisation zu kommen, die unberührt von der Tagespolitik als ein verlässliches Machtinstrument der Regierung angesehen werden könne, aber ich war mir doch darüber klar, daß vor



einer Verstärkung der Polizei die Wehren nicht vollständig verschwinden durften.

Es begann nun ein wahres Martyrium für meine Dienststelle. Die Stadtverwaltungen des Industriebezirks, die bisher die Kosten der Sicherheitswehren getragen hatten, weigerten sich, weitere Kostenvorschüsse zu leisten, wenn sich nicht der Staat bereit erkläre, einen größeren Anteil der Mannschaftslöhne zu übernehmen. Ich wurde von den Stadtverwaltungen bestürmt, in diesem Sinne im Ministerium des Innern vorstellig zu werden und eine Erklärung der Staatsregierung in der Richtung der von den Stadtverwaltungen geäußerten Wünsche herbeizuführen. Von dem damaligen Unterstaatssekretär Freund erhielt ich dann auch die Zusage, daß der Staat bereit sei, zwei Drittel der Kosten, die aus der Entlohnung der Mannschaften entstehen würden, zu übernehmen. Dafür verlangte der Staat nun aber auch einen schnellen Abbau der Wehren, und da der Regierung scheinbar meine Erklärung nicht genügte, daß vor der Verstärkung der Polizeiorgane ein plötzlicher Abbau nicht erfolgen dürfe, wurde ein Berliner Polizeileutnant in den Bezirk gesandt, um Erhebungen darüber anzustellen, ob das Fortbestehen der einzelnen Wehren an sich und nach ihrem Umfange vom Standpunkt der allgemeinen Sicherheit aus noch als notwendig anzuerkennen sei. Später wurde der Oberpräsident der Provinz Westfalen mit diesen Erhebungen betraut, und endlich sollten die Regierungspräsidenten im Benehmen mit mir noch einmal über die Dinge berichten!! Dieser komplizierte und umfangreiche Erhebungsapparat ging mir gegen den Strich. Es war mir nicht einen Augenblick zweifelhaft gewesen, daß die endgültige Auflösung der Sicherheitswehren und die Zurückführung der Mannschaften in die bürgerlichen Berufe — eine schwierige und undankbare Mission — meine Aufgabe sein würde. Die Stellen im Ministerium des Innern, die die Polizeifragen zu bearbeiten hatten, waren auch durch meine schriftlichen und mündlichen Erklärungen dar-

über unterrichtet, daß ich aus eigener Überzeugung und Entschließung auf eine baldige Auflösung der Sicherheitswehren drängen würde. Was darum die vielen Kontrollen und Revisionen bezweckten, um deren Ausführung die verschiedensten Behörden ersucht wurden, war mir unerfindlich. Ich habe dem Ministerium denn auch erklären müssen, daß es mir unmöglich sei, mein Amt weiterzuführen, wenn meine Anordnungen und Anträge durch den schleppenden Gang der Untersuchung erschwert würden, wie er in Angelegenheit der Entschädigung und Auflösung der Sicherheitswehren in die Erscheinung trat.

Dazu kam noch ein Anderes. Das Reichswehrministerium wurde recht dringlich bei den Landesregierungen vorstellig, in den Unruhegebieten die angeregten Einwohnerwehren schnellstens ins Leben zu rufen. Ich habe auch dem Wehrministerium gegenüber vom ersten Augenblick an keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich den Sicherheitswert der Einwohnerwehren im Industriebezirk für sehr fragwürdig halte und auch allen anderen behördlichen Stellen gegenüber diese Auffassung mit den Erfahrungen im Generalstreik begründet. Die militärischen Stellen verschlossen sich auch nicht der Erkenntnis, daß, wo der starke Wille zum Zusammenschluß der Bevölkerung fehle oder abhanden gekommen sei, aus den Einwohnerwehren um deswillen besondere Gefahren für die Ruhe und Sicherheit entstehen könnten, weil den Wehren wirkungsvolle Kampfmittel anvertraut waren. Trotzdem wurde die Bildung der Einwohnerwehren verfügt.

Daraus erwuchsen weitere Schwierigkeiten. Die Ausrüstung der Einwohnerwehren erfolgte durch die *M i l i t ä r b e h ö r d e n*. Die Einwohnerwehren selbst sollten zur Polizei in Hilfsstellung stehen, in normalen Zeiten also von der *P o l i z e i* geleitet werden. Diese Zwitterstellung erschwerte wieder meine Aufgabe, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen. Schon wurde mir aus dem Bünener Bezirk gemeldet, daß die Aushändigung der Waffen an die einzelnen Mitglieder der Wehren in der fahrlässigsten

Weise geschehe, daß insbesondere Leute Waffen erhalten hätten, deren Loyalität der Regierung gegenüber mindestens in Zweifel gezogen werden müsse. Schon gingen mir Berichte zu, daß, wie bei der Sicherheitswehr, auch in die Einwohnerwehren unabhängige Sozialisten und Kommunisten eingedrungen seien und deren Tätigkeit dahin führen würde, die Wehren in schwierigen Momenten zum völligen Versagen vor oder im Kampfe zu bringen. An mich wandten sich die Einwohner- und Sicherheitswehren häufig mit dem Ersuchen, ihnen bei Erlangung der erforderlichen Geldmittel behilflich zu sein. Allein aus diesem Grunde erschien mir das Verlangen berechtigt, auch über ihre militärische Ausrüstung unterrichtet zu werden. Zwischen dem Generalkommando und mir wurden in Berücksichtigung dieses Verlangens Bestimmungen getroffen, nach denen die Regierungspräsidenten und Landräte ihre Anträge auf Überweisung von Waffen an meine Amtsstelle zu richten hatten, die zu den Anträgen Stellung nahm und die Zahl der zu überweisenden Waffen und Munitionsmengen dem Generalkommando vorschlug. Mit der Erledigung dieser Aufgabe waren die vom Generalkommando beorderten Verbindungsoffiziere beauftragt, die die Anträge zumeist nur vom technischen und militärischen Gesichtspunkte aus prüfen konnten und die politischen Fragen unberücksichtigt ließen. Es waren außer den ordentlichen Behörden — Regierungspräsidenten und Landräten — auch noch fünf vom Generalkommando eingerichtete „Beratungsstellen“ tätig, in denen neben einem militärischen Berater auch ein von mir ernannter Beigeordneter saß. Aber auch diese vielfältige Kontrolle hat es nicht vermocht, die Einwohnerwehren vor der Zersetzung zu bewahren. Anfang Dezember erklärte der Zechenverband, daß man es in den Kreisen der Werksvertreter zwar als billig erachte, den Mitgliedern der örtlichen Einwohnerwehren für diejenigen Schichten, die sie infolge der Ausübung des Sicherheitsdienstes versäumten, eine Vergütung zu zahlen, vorausgesetzt, daß eine Gewähr dafür geboten sei, „daß die be-

treffende Einwohnerwehr bei etwaigen Unruhen tatsächlich zuverlässig sei“. Dies scheint jedoch nicht überall der Fall zu sein!

Der Schein trog nicht! Beim Rapp-Putsch insbesondere erwies sich, daß die von mir und auch von mehreren militärischen Stellen von vornherein geäußerten Bedenken gegen die Bildung und Ausrüstung der Einwohnerwehren nur zu begründet waren. Ihre Kampfmittel wurden nahezu restlos die Waffen der „Roten Armee“. . . .

Die Vielgestaltigkeit der staatlichen Machtmittel wurde zunächst noch vermehrt, als im Herbst bei mir der Oberstleutnant von Caprivi erschien, um in Münster einen Organisationsstab zur Errichtung einer staatlichen Sicherheitspolizei für das rheinisch-westfälische Industriegebiet zu begründen, nachdem der Minister des Innern schon im Juli meinen Vorschlägen grundsätzlich zugestimmt hatte. Für Ende September war der Befehl für die Errichtung einer staatlichen Organisation für Essen, Bochum (mit Anschluß von Herne) und Gelsenkirchen zu erwarten. Inzwischen waren die meisten Sicherheitswehren aufgelöst worden, nachdem den Mannschaften Übergangsgelder zugesichert und viele in die Anwärterliste zur Vermehrung der staatlichen Polizei aufgenommen waren. Persönliche Einwirkungen auf die zur Entlassung bestimmten Wehrmannschaften in den einzelnen Städten erzielten den Erfolg, daß die Auflösung ohne Komplikationen durchgeführt werden konnte.

Zu lebhaften Erörterungen führte die Anfang April durch den Hauptmann Lichtschlag verfügte Auflösung der Essener Sicherheitswehr. In der Essener Stadtverordneten-Versammlung vom 11. April teilte der Oberbürgermeister Dr. L u t h e r mit, daß, obwohl der Regierungspräsident Dr. K r u s e noch am Vormittag dem Hauptmann Lichtschlag fernmündlich empfohlen habe, zunächst mit der Stadtverwaltung in Verbindung zu treten, die Auflösung der Wehr ohne vorherige Fühlungnahme mit



ihm erfolgt sei. Dr. Luther fügte dieser Mitteilung hinzu, daß er aus dem Sachverhalt schließen müsse, daß die neue Wehr auf rein militärischer Grundlage aufgebaut werden solle! Aber nicht nur die Stadtverwaltung, sondern die überwiegende Mehrheit der Essener Bevölkerung betrachteten die Auflösung der Wehr durch den örtlichen Militärbefehlshaber als einen völlig unmotivierten Willkürakt. Mir wurde mitgeteilt, daß eine sehr einseitig zusammengesetzte Kommission nach Berlin gefahren sei, um sich vom Reichswehrministerium Vollmachten zur Aufstellung einer neuen Wehr erteilen zu lassen. Von der Zentrale für Einwohnerwehren wurde dann auch — angeblich im Namen der Reichsregierung — dem Hauptmann d. R. Dietrich der Auftrag erteilt, im engsten Einvernehmen mit den Ortsbehörden und sämtlichen politischen Parteien eine listenmäßige Einwohnerwehr aufzustellen. Diese Wehr, die später auch gebildet wurde und unter der Führung des Hauptmanns Dietrich verblieb, besaß keineswegs das Vertrauen gerade derjenigen Parteien und Berufsgruppen, auf deren Unterstützung die Regierung angewiesen war. Ich habe darum im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister Noske und dem Kommandierenden General die Neubildung einer Sicherheitswehr zur Verstärkung der Polizeitruppe verfügt und mit der Aufstellung den Geschäftsführer des Arbeiterrats, Hamacher, der der Sozialdemokratischen Partei angehörte, und den meiner Dienststelle kommandierten Oberleutnant Plenio beauftragt. Die Auswahl der Mannschaften erfolgte mit größter Sorgfalt. Die freien und christlichen Gewerkschaften stellten das größere Kontingent. Unter der Führung des Leutnants Heinz, der vorher bei der Dortmunder Sicherheitswehr beschäftigt war, hat gerade die Essener Wehr der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie der Sicherheit des Bezirkes gute Dienste geleistet. Die Dortmunder und Essener Wehren waren die besten des Reviers.

Durch militärische Dienststellen erfolgten ferner die Auflösungen der Sicherheitswehr in *H a m b o r n* und der Hilfspolizei in *R e m s c h e i d*.

## Eisenbahnerstreik

Anfang Januar 1920 unterbreiteten die Eisenbahnerorganisationen der Preussischen Staatsregierung eine Reihe von Forderungen, die auf Verbesserung des abzuschließenden Tarifvertrages gerichtet waren und mit dem Hinweis auf die Preissteigerung für die wichtigsten Lebensmittel begründet wurden. Während der Verhandlungen über den Tarifvertrag, die um deswillen sich besonders schwierig gestalteten, weil es sich um den ersten Tarifvertrag der Eisenbahnen mit den Gewerkschaften handelte und der Eisenbahnbetrieb schon lange im Zeichen eines beträchtlichen Rückgangs stand, legten in einigen Orten die Eisenbahner die Arbeit nieder. Die Zentralverbände billigten dieses Vorgehen nicht, insbesondere der Deutsche Eisenbahner-Verband hatte vor jedem voreiligen Schritt gewarnt. Im Hinblick auf einen im Magdeburger und Frankfurter Bezirk ausgebrochenen Streik erließ der Verband eine längere Erklärung, in der er von den wilden Bewegungen ausdrücklich abrückte und mit großer Schärfe hervorhob, daß er es nicht billige, wenn ein Teil der gesamten Organisation über den Kopf der Verbandsleitungen hinweg zu Mitteln griffe, die, ohne der Sache zu nützen, die Bewegung der Eisenbahner zu zersplittern drohe. Der Verband erklärte, sich energisch für die Lohnforderung der Eisenbahner einzusetzen zu wollen, warnte aber entschieden vor voreiligen und unüberlegten Schritten.

Der Appell des Verbandsvorstandes hatte in Rheinland und Westfalen nur geringen Erfolg. In den Eisenbahndirektionsbezirken *E l b e r f e l d* und *E s s e n* traten an vielen Orten die Eisenbahnarbeiter in den Ausstand, und obgleich die örtlichen Gewerkschaftsleitungen sich bemühten, den rein wirtschaftlichen Charakter der Bewegung zu bewahren, ver-

suchten Unabhängige und Kommunisten sofort, die Bewegung auch in ein politisches Fahrwasser zu lenken. Ein Antrag der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion auf sofortige Zusammenberufung der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung, die den Zweck verfolgen sollte, auf die Regierung im Sinne der Wünsche der Eisenbahner einzuwirken, wurde im Industriebezirk als das Signal aufgefaßt, mit dem Eisenbahnerstreik eine große politische Aktion zum Sturz der Regierung einzuleiten.

Von den Kommunisten war bekannt geworden, daß sie die Erinnerung an den Berliner Spartakus-Aufstand — 5. bis 11. Januar 1919 — durch Versammlungen und Ausstände wachhalten wollten. Ihnen kam der Eisenbahnerausstand deswegen sehr gelegen. Die Agitation unter den Bergarbeitern hatte ihnen bisher keinen Erfolg gebracht, jetzt sollte es mit der Bearbeitung der Eisenbahner versucht werden. Deswegen wurden, ehe die Tarifverhandlungen überhaupt zum Abschluß gelangt waren, die Zugeständnisse der Regierung als ungenügend bezeichnet und die Eisenbahner aufgefordert, solange im Streik zu verharren, bis alle Forderungen restlos erfüllt seien.

Aber nicht allein die Eisenbahner wurden scharf gemacht, sondern auch die Bergarbeiter versuchte man erneut in die Ausstandsbewegung zu treiben. Ein Flugblatt nach dem anderen wurde auf den Eisenbahnplätzen und in den Belegschaften verteilt. Allen Ernstes glaubte der Spartakus-Bund die Zeit für gekommen, um der Regierung Ebert-Bauer den Todesstoß zu versetzen. Eines dieser Flugblätter hatte folgenden Wortlaut:

**Eisenbahner! Bergarbeiter!**

Fördert keine Tonne Kohlen, legt die Eisenbahnen still, proklamiert den Generalstreik!

Der Kampf der Eisenbahner wird mit größerer Gewalt wieder aufklammen, sobald das Grubenproletariat dem kapitalistischen Staat die Arbeitskraft verweigert!

Auf zum Kampf! Heraus aus den Eisenbahnwerkstätten! Heraus aus den Gruben! Restlose Erfüllung der Eisenbahnerforderung! Sechsstundentag und Beschaffungshilfe für die Bergarbeiter! Restlose Aufhebung des Belagerungszustandes!

Bergarbeiter, jetzt ist die Stunde des Kampfes gekommen! Die Herausziehung bis zum 1. Februar bedeutet den Sieg der Rote-Garde, bedeutet blutige Niederlage. Laßt Euch nicht mit der von der konterrevolutionären Gewerkschaftsbureaucratie und reaktionären Führung herausgegebenen Parole vom 1. Februar ködern. Sofort auf zum Kampf und Sieg! Jetzt oder nie!

Kommunistische Partei Deutschlands  
(Spartakus-Bund).

Die Unabhängige sozialistische Partei ging in ihrer Agitation zwar nicht so weit. Daß der Streik, allzuoft und zur Unzeit wiederholt, ein zweischneidiges Schwert sei und auch die Arbeiterschaft schwer verletzen könne, hatte kurz vorher das Berliner Blatt der „Unabhängigen“, die „Freiheit“, ihren Lesern auseinandergesetzt. Aber die Propaganda gegen das von der Regierung vorgelegte Betriebsrätegesetz wurde im ganzen Reiche mit besonderer Leidenschaftlichkeit betrieben, und die unabhängigen Redner ließen durchblicken, daß die Tage der Beratung dieses Gesetzes Schicksalstage der deutschen Arbeiterschaft, aber auch Schicksalstage der Regierung Ebert-Bauer werden würden. Diese Propaganda, die selbstverständlich auch in das Ruhrgebiet getragen wurde, fand in den durch den Eisenbahnerstreik ohnehin bewegten Massen einen günstigen Boden.

Ist ein Eisenbahnerstreik, d. h. eine Stilllegung des öffentlichen Verkehrs, schon im allgemeinen für das Wirtschafts- und Verkehrsleben eines Landes mit den größten Schäden und Schwierigkeiten verbunden, so wäre er im Industriebezirk selbst bei kürzerer Dauer gleichbedeutend gewesen mit einer Unterbrechung der Urproduktion in den Berg- und Hüttenbetrieben. Wenn die geförderte Kohle nicht abtransportiert werden kann und auf Halben geschüttet werden muß, entstehen sofort die größten Schwierigkeiten, die durch die unausbleibliche Verstopfung der Bahnhöfe in dem dichten Verkehrsnetz des Industriebezirkes zu ihrer Beseitigung eine geraume Zeit erfordern. Störung der Produktion, Unterbindung der Lebensmittelzufuhr — das waren wieder so trübe Aussichten, daß alles daran gesetzt werden mußte, um eine längere Dauer des Streiks zu ver-



hindern. Ich habe mich deswegen mit der preußischen Regierung in Verbindung gesetzt und gebeten, die Lohnverhandlungen möglichst zu beschleunigen und schnell die Zugeständnisse mitzuteilen, die die Regierung dem Volke und der Landesversammlung gegenüber vertreten könne. Ich habe dann auch versucht, auf die Vertrauensmänner des Eisenbahnerverbandes einzuwirken, den wilden Bewegungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und die Eisenbahner dahin zu beeinflussen, den gegen den Willen der Verbandsleitungen inszenierten Streik aufzuheben und zur Arbeit zurückzukehren.

Alle diese Bemühungen führten nicht zu dem gewünschten Ziele. Besonders im Elberfelder Direktionsbezirk traten schon am 8. Januar Strömungen hervor, die die Einstellung der bis dahin geleisteten Notstandsarbeiten (d. h. den Verkehr der D-Züge und die Abfertigung der Lebensmittel- und Milchzüge) verlangt hatten und die es unverkennbar darauf anlegten, dem Streik nunmehr auch offenen Charakter einer politischen Bewegung zu geben. Die Kommunisten scheuten sich gar nicht mehr, zu bekennen, daß der Eisenbahnerstreik nur der Auftakt zur zweiten großen Revolution werden würde und die Ausschreitungen, die einige Tage später in der unruhigsten Ecke des Ruhrreviers, in Hamborn, einsetzten, ließen erkennen, wohin die Reise gehen sollte. In Hamborn wurde von einer vieltausendköpfigen Menge das Rathaus erstürmt, alle erfaßbaren Schriftstücke, vor allem Steuerakten vernichtet, und zum soundsovielten Male die Räte-Republik ausgerufen. Das brauchte man nun freilich in Hamborn nicht allzu tragisch nehmen, aber die der Räte-Proklamation folgenden Gewalttaten, Lebensmittelplünderungen und Zechenstilllegungen, waren doch schon bedenkliche Zeichen für den Erfolg der spartakistischen Agitation.

Notstandsarbeiten wurden dann auch tatsächlich an einigen Stellen verweigert. Die Zufuhren an Kohlen für die Gaswerke blieben aus, so daß die meisten Großstädte wieder Sperrstunden einrichten mußten. Die Reichsgetreidestelle,

deren Sendungen in das Industriegebiet unterwegs angehalten wurden, war nicht mehr in der Lage, Brotgetreide zu schicken. Auf die Verzweiflungstaten einer hungernden und frierenden Bevölkerung warteten die Spartakisten, um dann den lange erstrebten Sturz der Regierung Ebert-Bauer herbeizuführen.

Am Sonntag, den 11. Januar, war ich in Berlin, um der Reichs- und Staatsregierung von dieser Sachlage Mitteilung zu machen und mir weitgehende Vollmachten für eine Niederhaltung der angekündigten Gewaltmaßnahmen und für eine schnelle Beendigung des Streiks zu erbitten. Nachdem alle Einwirkungen auf die Eisenbahnerorganisationen, der wilden Streikbewegung ein Ende zu machen, vergeblich geblieben waren, blieb nun nichts anderes mehr übrig, als die Eisenbahnverwaltung selbst in den Stand zu setzen, den Betrieb wieder in Gang zu bringen. Als ich am Montag in den Bezirk zurückkehrte, wurde mir mitgeteilt, daß mehr als eine halbe Million Tonnen Kohlen, die für den Industrie- und Hausbrand bestimmt waren, allein im Essener Bezirk verladen ständen, aber wegen des Streiks nicht abgefahren werden könnten. Während in den letzten Monaten des Jahres 1919 unausgesetzt von den Halben abgefahren werden konnte, gingen die Halben unter der Wirkung des Streiks auf 900 000 Tonnen wieder in die Höhe. Diesen Erscheinungen gegenüber durfte die Regierung nicht untätig bleiben. Ich habe darum zunächst mitgeteilt, daß durch die Berliner Verhandlungen mit den Vertretern der Eisenbahnarbeiterverbände für die Eisenbahnarbeiter bereits beträchtliche Zugeständnisse gemacht seien. In den meisten Direktionsbezirken sollte der Stundenlohn um eine Mark erhöht werden, so daß die tägliche Zulage acht Mark betrug. Auch die Gehälter der Eisenbahnbeamten, besonders der unteren Klassen, hatten in den Verhandlungen eine wesentliche Verbesserung erfahren. Das war den Eisenbahnern schon am Sonntag bekannt geworden mit dem Erfolge, daß in einigen Bezirken, z. B. in Elberfeld, von der

Zentralstreikleitung den Arbeitern empfohlen wurde, die Arbeit wieder aufzunehmen. In anderen aber wurde jetzt erst gerade der Streik mit immer höheren Forderungen proklamiert, was jedem Kundigen erkennen ließ, daß hier politische Ziele erstrebt wurden.

Die Antwort der Regierung und der Provinzbehörden auf diese Haltung war die Verhängung des Ausnahmezustandes über die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden. Dank der besonnenen Haltung der Eisenbahner des Bezirkes Minden hat dieser den Ausnahmezustand vom 13. Januar nicht zu spüren bekommen. Der Eisenbahnminister Dezer hatte mich ermächtigt, zur Wiederaufnahme des Betriebes alle Maßnahmen in Anwendung zu bringen, die ich für nötig erachte. Sie bestanden außer der Information über die ausgesprochenen Lohnerhöhungen in der Bekanntmachung an die streikenden Eisenbahnarbeiter, daß, wer sich nicht innerhalb dreier Tage von der ursprünglich wilden und jetzt von gewissenlosen Drahtziehern zu politischen Zwecken geschürten Bewegung zurückziehe und die Arbeit wieder aufnehme, von der Eisenbahnverwaltung entlassen sei.

Die den Eisenbahnern zugestandenen Lohnerhöhungen und diese Erklärung bewirkten die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Schon nach wenigen Tagen konnte ich der Reichsgetreidestelle mitteilen, daß infolge der Beilegung des Eisenbahnerstreiks Getreide- und Mehltransporte unbehindert ihren Bestimmungsorten zugeführt werden könnten. Der Kohlenversand wurde wieder in geordnete Bahnen gelenkt und der Betrieb nicht mehr gestört.

Jetzt aber setzte ein wahres Maßregelungsfieber bei einigen Behörden der Eisenbahnverwaltungen ein, die scheinbar den Zeitpunkt für gekommen erachteten, mißliebige Vertreter der Organisationen aus dem Betriebe zu entfernen.

Meine Erklärung war nicht allen Arbeitern zeitig genug bekannt geworden; andere — und nicht gerade die schlechtesten — die von ihr erfahren hatten, waren zwar bereit, ihr sofort Folge zu leisten, glaubten aber, den Abbruch des Streiks nur in der geschlossenen Belegschaft beschließen zu können. So erklärte es sich, daß einige hundert Arbeiter im Bereich des Wehrkreises die Arbeit zu der bestimmten Frist nicht wieder aufgenommen hatten. Von diesen wurden nun von Werkmeistern, Abteilungsleitern usw. viele zur dauernden Entlassung ausgesiebt, die sich durch die Vertretung der Interessen ihrer Kameraden in irgendeiner Weise bei den Vorgesetzten mißliebig gemacht hatten.

Eine derart unziemliche Haltung von Werks- und Behördenvertretern habe ich oft beobachten können. In kritischen Augenblicken hilflos wie die Kinder und ängstlich wie Märzhasen, fühlten sie sich sofort, wenn die Gefahr vorüber war, d. h. wenn andere für sie diese Gefahren beseitigt hatten. Dann wurden sie wieder tapfer — Wehrlosen gegenüber. . . .

Es war ein langer, hartnäckiger Kampf, den ich um die Wiedereinstellung der offenbar Gemaßregelten zu führen hatte, ein Kampf, in den auch stellenweise höhere Beamte hineingezogen wurden, die von den mir vom Chef der Eisenbahnverwaltung ausgestellten Vollmachten nun nicht mehr ganz unterrichtet sein wollten. Ich mußte in einzelnen Fällen Schutzhaft androhen, um den zwischen den Eisenbahn-Direktions-Präsidenten und mir getroffenen Richtlinien für die Wiedereinstellung Anerkennung zu verschaffen.

Meine Vorstellungen um die Wiederbeschäftigung der Gemaßregelten hätten schneller zum Erfolg geführt, wenn nicht auch die Rivalität der verschiedenen Eisenbahnerverbände in die Dinge hineingespielt hätte. Daß ich in ihrer Weiterverfolgung hartnäckig blieb, war nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern lag auch im Interesse der Eisenbahnverwaltung, die auch den Anschein vermeiden mußte,



daß sie gerade diejenigen schlecht behandle, die in schwierigen Zeiten unter Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit und unter Gefährdung ihres guten Namens in der Arbeiterschaft zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt hatten.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes setzte auch der Verbreitung der Hamborner Unruhen ein Ziel. Freilich hatte sie auf der anderen Seite die unliebsamsten Wirkungen im Vereins- und Versammlungsleben zur Folge. Die zu seiner Einschränkung vorgesehenen Maßnahmen wurden ganz verschiedenartig gehandhabt. An einigen Orten verboten die Militärbefehlshaber die Versammlungen der Kommunisten und Unabhängigen, in anderen Orten aber wurden die Versammlungen dieser Parteien erlaubt und dafür die Diskussion verboten! Als in einer Versammlung im Duisburger Bezirk der sozialdemokratische Abgeordnete Schluchtmann einer Rednerin der Unabhängigen entgegentreten wollte, um einige Schiefheiten der Versamlungsrede zu berichtigen, wurde ihm das unter Hinweis auf die Anordnung des Militärbefehlshabers untersagt!

Die in einigen Städten von den Unabhängigen veranstalteten Demonstrationen brachten den Arrangeuren keinen Erfolg. Die Beteiligung war äußerst gering. Mehrere befristete Proteststreiks gaben den Leitungen der Werke Gelegenheit, Hunderte von Streikenden zu entlassen. —

So hatte die Januar-Bewegung wieder Duzende von Menschenleben gefordert, der Wirtschaft wieder schwere Wunden geschlagen, die Radikalen ihren Zielen aber nicht näher gebracht.

Das sollte nunmehr, am 1. Februar, durch die „direkte Aktion“ aufs neue versucht werden.

## **Kohlennot und Ueberflichten**

Während im Bergbau gegen Ende des Jahres eine gewisse Beruhigung unverkennbar war, traten mit Beginn der kälteren Jahreszeit in mehreren anderen Industriezweigen — nicht nur des Ruhrreviers — die allergrößten Schwierig-

feiten hervor. Sie waren in den allermeisten Fällen auf die Kohlennot zurückzuführen. In Stadt und Land des ganzen Reiches war die Hausbrandversorgung bedeutend schlechter als im Vorjahre. Die Gaswerke konnten nur ungenügend beliefert werden, so daß die meisten Großstädte täglich Sperrstunden einlegen mußten. Die Lieferungen an die Industrie und an die Landwirtschaft erfuhren eine derartige Verringerung, daß in jeder Woche Tausende von Arbeitslosen das Heer der industriellen Reserve vermehrten und die Landwirte mit dem Ausdreschen von Brotgetreide in Verzug gerieten, weil sie nicht in der Lage waren, ihre Lokomobilen zu heizen. Schon zu Beginn des Frühjahrs, als von den verschiedensten Stellen Versuche unternommen wurden, zur Vermehrung der Produktion dem Ruhrbergbau neue Arbeitskräfte zuzuführen, war der Mangel an kleineren Wohnungen empfindlich hervorgetreten. Reich und Einzelstaaten versuchten zwar, die Bautätigkeit durch Hergabe von Geldmitteln zu beleben. Aber alle diese Versuche blieben wirkungslos, weil infolge der geringen Kohlenbelieferung viele Zementfabriken und Ziegeleien erheblich eingeschränkt und teilweise sogar stillgelegt werden mußten. Mit dem Bau neuer Bergarbeiterwohnungen im Ruhrbezirk wie überhaupt mit der Errichtung von Wohnungen für Minderbemittelte mußte Schluß gemacht werden.

Die Reservebestände der Eisenbahn waren in einem Bezirk vollständig aufgebraucht, in anderen reichten sie nur noch für wenige Tage. Der Eisenbahnbetrieb geriet ins Stocken. Der Personenverkehr erlitt durch die Kohlennot einschneidende Einschränkungen, aber auch die Gütersendungen kamen durch den unregelmäßigen Verkehr auf den Bahnen und durch die Verstopfung der Bahnhöfe in Verzug. Die Elektrizitätswerke litten ebenfalls unter einer ungenügenden Belieferung mit Kohlen in einem Umfang, daß viele der mit elektrischer Kraft betriebenen Werke zur Einlegung von Feierschichten oder zur vollständigen Stilllegung verurteilt waren.

Diese üble Lage, die durch den Rückgang der Produktion entstanden war, wurde noch erheblich verschlechtert durch die Zwangslieferungen an die Entente. Nach den amtlichen Feststellungen über die Kohlenförderung im Herbst des Jahres 1919 verschlangen sie etwa 18 bis 20 Prozent der gesamten Förderung!

War es da verwunderlich, daß die Deputationen aus Gasanstalten, Elektrizitätswerken, Zementfabriken, Ziegeleien, Walzwerken, Maschinenfabriken, Glasfabriken, Zuckerfabriken usw., die bei mir zum Zwecke einer besseren Kohlenbelieferung ihrer Fabrikbetriebe vorstellig wurden, kein Ende nahmen! Täglich mußte ich Duzenden von Deputationen auseinanderlegen, daß nicht ich, sondern der Reichskommissar für die Kohlenverteilung für die Entgegennahme und Weiterverfolgung ihrer Wünsche zuständig sei, aber täglich enthüllte sich auch mir durch die Vorstellungen dieser Deputationen ein erschütterndes Bild unserer Wirtschaftslage.

Die Streiks im Bergbau waren zwar geringer geworden, aber die Agitation zur Einführung der Sechsstundenschicht ließ noch nicht nach. Die Bergarbeiterverbände wehrten sich zwar mit großer Entschiedenheit gegen die Beunruhigung, die durch diese Agitation auch in ihre Kreise getragen wurde. Eine Konferenz der Obleute der dem Deutschen Bergarbeiter-Verband angehörenden Betriebsräte der rheinisch-westfälischen Zechen, die am 27. Dezember 1919 in Bochum tagte, nahm mit 69 gegen 10 Stimmen eine Entschließung an, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Verkürzung der Untertageschicht im Bergbau auf sechs Stunden durch internationale Vereinbarungen herbeigeführt werden müßte. Es war insbesondere der Reichstagsabgeordnete Otto Hue, der in Wort und Schrift der Auffassung entgegentrat, als ob trotz der ungünstigen Lage der Weltwirtschaft Deutschland es allein vermöchte, die sechsstündige Schicht zur Einführung zu bringen. Hue scheute sich auch nicht — obgleich das damals nicht gerade populär war —

auszusprechen, daß Deutschland (besonders im Hinblick auf die ungeheuer harten Friedensbedingungen) nur dann seine gewerbliche Wettbewerbsfähigkeit mit dem konkurrierenden Auslande wieder herstellen könne, wenn es imstande sei, die beträchtlich gesunkene Gütererzeugung vornehmlich in den Stätten der Urproduktion wieder zu steigern.

Aus allen Gemeinden des Reiches kamen Hilferufe der Arbeitslosen oder von der Arbeitslosigkeit Bedrohten mit dem Appell an die Bergarbeiter, alles zu tun, um die industriellen Werke vor der Stilllegung zu bewahren. Von Zeit zu Zeit wurde den Bergarbeitern auch durch Vorkommnisse, die den eigenen Beruf empfindlich berührten, sehr deutlich demonstriert, wie nachteilig schon die durch die Kohlennot herbeigeführten Produktionseinschränkungen den Prozeß der eigenen Produktion beeinflußt hatten. Die Stilllegung von Walzwerken, von Lokomotiven- und Wagenfabriken, ferner die Feierschichten in der Elektrizitätsindustrie hatten zur Folge, daß Förder- und Transportmaschinen ausblieben, daß an Förderwagen bald ein empfindlicher Mangel eintrat und daß Röhren und Schienen und andere im Bergbau benötigte Materialien nicht zeitig genug geliefert werden konnten. Die Mitglieder der Bergarbeiterorganisationen erkannten denn auch an, daß die Bergarbeiter verpflichtet seien, den Arbeitern anderer Industriezweige gegenüber praktische Solidarität zu üben und die Produktion im Bergbau zu steigern. Der Abgeordnete Hue konnte in einer ausgezeichneten Schrift „Volk in Not“, die der Deutsche Bergarbeiter-Verband in den Kreisen seiner Mitglieder verbreiten ließ, überzeugend nachweisen, daß eine große Zahl Belegschaften in Schlesien, Sachsen, Thüringen und Braunschweig schon seit Wochen überschichten zur Hebung der Produktion versühren. Auch der christliche Gewerkverein und die Hirsch-Dundersche Gewerkschaft wirkten in diesem Sinne.

Trotz dieser eindeutigen und entschiedenen Haltung der Bergarbeiterorganisationen zugunsten einer Steigerung der Produktion war es nicht leicht, die Schwierigkeiten, die der



Ausführung entgegenstanden, zu überwinden. Zwar war in dem Abkommen vom 14. November 1918, zu einer Zeit also, als die Lage noch nicht so bedrohlich war, gesagt worden, „daß Über- und Nebenschichten im Hinblick auf die große Kohlennot von allen Seiten als notwendig anerkannt würden“. Aber in der Kommission, die in der Essener Konferenz vom 9. April 1919 zur Prüfung der Frage in Aussicht genommen war, ob eine auf 6 Stunden verkürzte Arbeitszeit mit Rücksicht auf die deutsche Volkswirtschaft und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte durchführbar sei und die nach einigen Monaten von der Reichsregierung unter Hinzuziehung von Bergarbeitervertretern, Werksleitungen und Wissenschaftlern berufen war, hatten die Bergarbeitervertreter einen Antrag gestellt, deren Wortlaut jetzt von den Syndikalisten und den Drahtziehern neuer Putzsch gegen sie ausgeschlachtet werden sollten. In einem Antrag wurde die Regierung erneut gebeten, an die anderen am Kohlenbergbau unmittelbar interessierten Mächte mit dem Vorschlag heranzutreten, sofort eine internationale Beschlußfassung über die Einführung der Sechsstundenschicht im Steinkohlenbergbau unter Tage herbeizuführen. Und in Anbetracht der wirtschaftlichen und sozialen Nöte weiter Volkskreise sollten nach dem weiteren Wortlaut des Antrages die unterirdisch Beschäftigten auch gehalten werden, die siebenstündige Arbeitszeit bei entsprechender Wertung zu verfahren. Aber der Antrag enthielt auch folgende Forderung:

„Die sechsstündige Schicht ist im Steinkohlenbergbau des Ruhrreviers vom 1. Februar 1920 ab grundsätzlich einzuführen.“

Das war das Stichwort für die Agitation der Syndikalisten und Kommunisten! Nur diesen einen Teil des Antrages gaben sie im Wortlaut als die Willensmeinung der Bergarbeiterverbände bekannt. Von dem Ersuchen an die Reichsregierung, die internationale Einführung der Sechsstundenschicht bei den anderen Mächten zu betreiben und von der

Aufforderung an die Bergarbeiter, die Siebenstundenschicht praktisch weiter zu verfahren, erfuhren die von der syndikalistischen Propaganda betroffenen Arbeiter natürlich nichts. Die Wirkung blieb denn auch nicht aus. Die durch die Arbeiterunruhen wieder aufgepeitschten Arbeitermassen blieben diesmal in der großen Mehrzahl zwar den Weisungen ihrer Verbände treu, doch ließ sich nicht verkennen, daß die an sich so populäre Forderung auf Einführung der Sechsstundenschicht bei den Massen Anklang fand. Die Gefahr eines neuen Streiks war wieder in unmittelbare Nähe gerückt. Denn wenn auch die Losung ausgegeben war, es dieses Mal mit dem Kampfmittel der „direkten Aktion“ zu versuchen, das sich im Verlassen der Arbeitsstätte nach dem Verfahren der Sechsstundenschicht auswirken sollte, so konnte doch niemand eine Gewähr dafür übernehmen, daß die direkte Aktion in ihren Folgeerscheinungen nicht doch noch zu einem größeren Streik oder zur Aussperrung führen würde.

Die Aufforderung zur Einführung der Sechsstundenschicht zum 1. Februar 1920 war an die Reichsregierung gerichtet, die angesichts der Wirtschaftslage Deutschlands in dieser Frage nicht das geringste Zugeständnis machen konnte, wenn sie sich nicht selbst und jede Aussicht auf einen Wiederaufstieg des Volkes aufgeben wollte. Ich habe mich deswegen für verpflichtet gehalten, in einer Konferenz von Bergarbeitervertretern und Vertretern des Bergbaulichen Vereins, die gegen Ende Januar zur Erörterung neuer Lohnforderungen zusammengetreten war, mit allem Nachdruck zu erklären, daß die Reichs- und Staatsregierung unter keinen Umständen der Einführung der Sechsstundenschicht zum 1. Februar 1920 zustimmen und mit allen Mitteln den Versuchen entgegentreten würde, durch die sogenannte „direkte Aktion“ die Einführung der Sechsstundenschicht zu erzwingen. Gleichzeitig hatte der Reichspostminister Giesberts in einer Rundgebung in Berlin bekanntgegeben, daß die Reichsregierung in der Frage der Einführung der Sechsstundenschicht unter keinen Umständen nachgeben könne.

Waren die Bergarbeitervertreter von dieser Stellungnahme der Regierung auch nicht gerade freudig überrascht, so mußten sie doch anerkennen, daß einer dem ganzen Volke verantwortlichen und die Schwere dieser Verantwortung fühlenden Regierung eine andere Antwort nicht übrig blieb. Entsprach doch diese Haltung der Regierung letzten Endes auch der Auffassung der Gewerkschaften selbst, die in allen gegen die Agitation der Syndikalisten gerichteten Rundgebungen betont hatten, daß die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands zurzeit eine Verkürzung der Schichtzeit im Bergbau nicht ertrage. Gegen die syndikalistische Bewegung aber wurden die schärfsten Maßnahmen getroffen. In einzelnen Versammlungen der Syndikalisten war als Kampfmittel die Werksabotage ganz ungeniert propagiert worden. Nach mehreren mir zugegangenen Berichten war sie denn auch bald im Bezirk im Schwang. An der Strecke Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen und Wesel wurden während der Dauer des Telegraphenarbeiterstreiks — Januar 1919 — eine große Anzahl Telegraphenleitungen durchschnitten, beträchtliche Mengen Kupfer entwendet und die Eisendrähte in den Weg geworfen. Nach Ansicht der Oberpostdirektion konnten diese Zerstörungen nur von sachverständiger Hand vorgenommen sein. Aus dem Bergbau wurde gemeldet, daß durch die Entwendung von Rotgußlagern, durch das Aufschlagen von Schienen in den Bremsbergen, durch das willkürliche Laufenlassen von Förderhaspeln, das leicht ein Ineinanderknotten der Förderseile herbeiführte, Förderstörungen und Hemmungen der Produktion versucht wurden. Alle diese Erscheinungen ließen erkennen, daß, wenn ein größerer Kampf aus der „direkten Aktion“ entstand, dieser Kampf mit der größten Erbitterung geführt werden würde. Eine längere Unterbrechung der Produktion aber wäre angesichts der Gesamtlage Deutschlands schlechthin die Katastrophe geworden. Die Arbeitslosigkeit hätte eine ungeheure Steigerung erfahren. Von einer Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Aus-

lande hätte nicht mehr die Rede sein können und die Kohlenlieferungen an die Entente hätten eingestellt werden müssen.

Diese Sachlage veranlaßte den Befehlshaber des Wehrkreises und mich zu den schärfsten Maßnahmen gegen alle diejenigen, die trotz der ungeheuren Not Deutschlands es über sich brachten, erneut in den Wunden des eigenen Volkes zu wühlen. Unter dem 28. Januar wurden Zivil- und Militärbehörden zur Bekämpfung der Streikgefahr Weisungen gegeben, die unter anderem ein Verbot der Belegschaftsversammlungen, ein Verbot des Streikpostenstehens und eine Auflösung der Streikausschüsse vorsahen, die sich zur Durchführung der „direkten Aktion“ gebildet hatten. Zur Leistung von Notstandsarbeiten wurde sinngemäß — unter Hinweis auf die Strafbestimmungen — die Verordnung vom 9. April 1919 in Erinnerung gebracht. Endlich war, um die Propaganda der „direkten Aktion“ zu unterbinden, die Drucklegung, der Vertrieb und die Verbreitung sämtlicher neuer scheinender Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate jeder Richtung verboten. Die im Januar von den Bergarbeiterverbänden den Zechenbesitzern unterbreiteten Forderungen führten am 1. Februar zu einem Abkommen, das den Bergarbeitern eine Reihe nicht unwesentlicher Zugeständnisse machte. Das war die Situation, die sich am 2. Februar ergab, an dem Tage, an dem nach der Parole der Syndikalisten durch die direkte Aktion die Sechsstundenschicht erzwungen werden sollte. —

In der Geschichte der Arbeiterbewegung aller Berufe und Zeiten hat es wohl wenig Aktionen gegeben, die, ehe sie begonnen, so elend zusammenbrachen, wie diese angeblich „direkte Aktion“. Der Tag verlief vollkommen ruhig. Auf einigen Zechen im Hamborner, Essener, Gelsenkirchener und Dortmunder Bezirk versuchten zwar kleine Teile der Belegschaft nach sechs Stunden auszufahren. Als das verhindert wurde, nahmen die meisten Arbeiter auch für die siebente Stunde die Arbeit wieder auf. Nur auf wenigen Zechen im Gelsenkirchener Gebiet konnten kleinere Teile der Belegschaft



für eine Schicht die Ausfahrt durchsetzen. In der folgenden Schicht wurde auf keiner Zeche mehr die Fortsetzung der direkten Aktion versucht.

Dieses völlige Fiasko der Syndikalisten war gewiß in erster Linie auf die feste Haltung der Regierung und die vorbeugenden Maßnahmen der örtlichen Behörden zurückzuführen. Aber daß der große Aufwand an Propaganda, Irreführung und Verhegung, die die Syndikalisten monatelang vorher betrieben hatten, so absolut wirkungslos verpuffte, das war doch nicht zuletzt der volkswirtschaftlichen Einsicht der „Kumpel“ selbst zuzuschreiben, die trotz allem erkannt hatten, daß eine neue Unterbrechung der Kohlenproduktion oder ihre dauernde Herabminderung gleichbedeutend gewesen wäre mit dem sofortigen unabwendbaren Ruin der ganzen deutschen Wirtschaft. Und dieser Erfolg war das Werk der Hue und Husemann, der Imbusch und Steger (Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter) und Schmidt (Hirsch-Dunder), deren unermüdliche und damals arg verlästerte Aufklärungsarbeit in der Haltung ihrer Kameraden den besten Lohn fand.

Die Stimmung war vollständig umgeschlagen, und jetzt kam es darauf an, sie zur Hebung der Förderung zu nützen. Die Erregung der letzten Wochen, die sich gerade den Arbeitsstellen unter Tage mitgeteilt hatte, war der Förderung weiter abträglich gewesen. Die Hilferufe der Industrie wurden immer vernehmlicher, die Not der durch den Kohlenmangel beschäftigungslos gewordenen Arbeiter immer größer! Wenn zu irgend einem Zeitpunkte, dann mußten jetzt Über- und Nebenschichten als notwendig anerkannt — und verfahren werden! Das wurde von den Bergarbeitervertretern auch nicht in Abrede gestellt, aber keine der beteiligten Organisationen wollte die Verantwortung dafür übernehmen, in diesem Augenblick durch Vereinbarungen mit dem Bergbaulichen Verein Übersichten einzuführen. Der Militärbefehlshaber und ich entschlossen uns daher, trotz anfänglicher Bedenken, die Übersichten zunächst für obligatorisch

zu erklären und die Frage später durch freie Vereinbarung zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Bergbaulichen Verein zur Regelung zu bringen.

Die folgende Verordnung bildete die Grundlage für die Einführung von Überschichten:

#### Verordnung.

Die gegenwärtige Förderung des deutschen Kohlenbergbaues reicht nicht aus, um neben den Verpflichtungen des Friedensvertrages auf Lieferung von Kohlen an die Entente die Bedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft auch nur annähernd zu befriedigen. Es sind deswegen die Voraussetzungen gegeben, die nach § 3 des Tarifvertrages für die bergbaulichen Betriebsanlagen des rheinisch-westfälischen Bezirkes die Einlegung von Überstunden oder Überschichten begründen. Auf mehreren Zechen sind in Anerkennung dieser Gründe des Allgemeinwohls schon seit mehreren Monaten Überschichten verfahren, auf anderen dagegen konnte infolge Meinungsverschiedenheiten zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat ihre Durchführung nicht angeordnet werden. Dadurch ist unter Schädigung der Interessen des Allgemeinwohls ein beträchtlicher Ausfall in der Kohlenförderung entstanden, der in Zukunft unbedingt vermieden werden muß.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. 1. 20 wird deswegen verordnet:

Die Verwaltung jeder in den Regierungsbezirken Münster, Arnberg und dem unbefetzten Teil des Regierungsbezirkes Düsseldorf gelegenen Zeche hat sich unverzüglich mit dem Betriebsrat (Arbeiter-Ausschuß) der Zeche in Verbindung zu setzen, um ein Übereinkommen über die Einlegung von Überstunden oder Überschichten herbeizuführen. Das Übereinkommen soll sich erstrecken auf die Anzahl und Tage der einzulegenden Überstunden und Überschichten. Kommt ein Übereinkommen darüber nicht zustande, so ist von der Zechenverwaltung in einem vom Betriebsrate gegengezeichneten Schreiben unter Darlegung der Gründe und Gegengründe dem Reichskommissar im Bereiche des Wehrkreiskommandos VI unverzüglich Mitteilung zu machen, der dann endgültig entscheidet.

Bei der Einlegung von Überstunden oder Überschichten sind die für die betreffende Beschäftigung in Frage kommenden Arbeiter möglichst gleichmäßig zu berücksichtigen.

Die besondere Vergütung von Überstunden oder Überschichten erfolgt nach den Bestimmungen des Tarifvertrages vom 2. Februar 1920 und nach der Verfügung des Reichsarbeitsministers, die Sonderzuweisungen von Lebensmitteln betreffend.

Im übrigen finden die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und die Vorschriften der Arbeitsordnung Anwendung.

Die Verordnung tritt am 6. Februar 1920 in Kraft.

M ü n s t e r i. W., den 6. Februar 1920.

Der Regierungskommissar:

gez.: Sebering.

Der Militärbefehlshaber:

gez.: Frhr. v. Watter,  
Generalleutnant.

Die Durchführung der Verordnung verursachte zunächst keine besonderen Schwierigkeiten. Immerhin war es in den Belegschaften, in denen die Syndikalisten Fuß gefaßt hatten, nicht ganz leicht, die Übersichten auch wirksam und produktiv zu machen. Dazu kam die ständig wachsende Lebensmittelnot, die täglich steigende Teuerung und die trotz aller behördlichen Maßnahmen stetige Zunahme des Schleichhandels. Die versprochenen Brotmengen konnten von den Stadtverwaltungen nicht immer pünktlich geliefert werden und es war nur zu natürlich, daß auf diese Mängel in der Organisation der Lebensmittelbewirtschaftung die Bergarbeiter mit einer vorübergehenden Verweigerung der Übersichten reagierten. Der behördliche Zwang wurde zwar als sehr lästig empfunden, aber von den Betriebsräten und Arbeiterausschüssen, die gerade in jenen Tagen sehr zahlreich bei mir erschienen, um Einzelheiten zur Durchführung der Verordnung mit mir zu besprechen, wurde anerkannt, daß ohne diesen behördlichen Zwang die Übersichten in dem aufgenommenen Umfange nicht in Fluß gekommen wären.

Am Montag, den 16. Februar, tagte in Essen eine Sitzung, an der neben den Vertretern der Gewerkschaften und des Bergbaulichen Vereins auch eine größere Anzahl von Behördenvertretern der Regierungsbezirke Düsseldorf, Münster und Arnsberg teilnahmen. Von der Reichsregierung waren der Reichskanzler Bauer, der Arbeitsminister Schlie, der Postminister Giesberts und der Unterstaatssekretär Albert anwesend, während die Preußische Regierung durch den Verkehrsminister Desser vertreten wurde. Der Reichskanzler Bauer gab nach einer Schilderung der gefährvollen Wirtschafts- und Ernährungslage seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß nach den schweren Erschütterungen der jüngsten Vergangenheit bei den Bergarbeitern doch allmählich die Erkenntnis Boden gewinne, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Lage nur durch eine Vermehrung der Produktion, zunächst in den Urzellen des wirtschaftlichen Lebens, zu erzielen sei. Der Reichskanzler gab zu erkennen, daß, wenn

einer Festigung und einer längeren Dauer der Mehrarbeit im Bergbau der behördliche Zwang entgegenstände, die Reichsregierung gern von jedem Zwange Abstand nehmen würde, wenn durch freiwillige Vereinbarungen zwischen den Beteiligten dieselben Mehrleistungen erzielt würden. Die Konferenz nahm insofern einen günstigen Verlauf, als nunmehr sich alle Beteiligten, auch die Gewerkschaften, bereit erklärten, die Überschicht für längere Zeit einzuführen und für die dazu notwendigen Vereinbarungen in der Öffentlichkeit die Verantwortung mit zu übernehmen.

Aus jenen Tagen ist mir auch folgendes amüsante Geschichtchen in der Erinnerung geblieben: Als abends Teilnehmer der Konferenz zu einem bescheidenen Abendessen sich im „Kaiserhof“ zusammenfanden, besprach der damalige Syndikus der Essener Handelskammer Geheimrat Dr. Quaak mit dem Reichskanzler Bauer die Wiederbesetzung der vakanten Stelle des Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Ich war höchst erstaunt, als Herr Quaak mich für diesen Posten in Vorschlag brachte, da ich nach seiner Auffassung das Zeug mitbrächte, die schwierigen Verhältnisse im Düsseldorfer Bezirk zurechtzurücken. Noch mehr erstaunt war ich freilich später, als sich Herr Quaak von meiner Tätigkeit als Minister des Innern eine ganz andere Meinung über mich gebildet und nun allerhand an mir auszusagen hatte. „— und früheres Verdienst veraltet schnell“ . . .

Das Ergebnis der Essener Ministerkonferenz war zunächst eine Vereinbarung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern des Bergbaues, die zwei Tage später, am 18. Februar, in Essen getroffen wurde. In dieser Vereinbarung wurde es den Bergarbeitern erneut zur Pflicht gemacht, wöchentlich eine ganze Überschicht zu verfahren und zwar in Raten von 2 mal  $3\frac{1}{2}$  Stunden. Als Vergütung für die Überschichten und Überstunden wurden für Arbeiter unter Tage ein Lohnzuschlag von 100 Prozent, für Arbeiter über Tage ein Zuschlag von 50 Prozent festgesetzt. Die monatliche Zuweisung



an Brot wurde auf 12 kg, die an Fett auf 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> kg erhöht. Die Abmachungen traten am 23. Februar in Kraft und sollten zunächst Gültigkeit bis zum 14. März haben.

Durch diese Beschlußfassung gelang die Durchführung von überschichten nunmehr verhältnismäßig leicht, obwohl die sogenannte „Freie Arbeiter-Union“ nicht müde war, wieder gegen die angeblich korumpierten Verbände zu hetzen und das überschichtenabkommen als einen „Verrat an den vitalsten Interessen der Arbeiterklasse“ zu brandmarken. Schwierigkeiten entstanden insofern, als die geförderten Kohlen vielerorts nicht abtransportiert werden konnten. Daraus wurde vielfach gefolgert, daß die ungenügende Kohlenbelieferung der Gas- und Elektrizitätswerke und der weiterverarbeitenden Industrien nicht auf Kohlenmangel, sondern auf die schlechte Organisation des Eisenbahnbetriebes zurückzuführen sei. Vom Betriebsrat der Zeche „von der Heydt“ z. B. wurde mir mitgeteilt, daß die Belegschaft der Zeche gern bereit sei, jede Woche freiwillig eine überschicht zu versahren, wenn es zur Hebung der Kohlenförderung nötig sei und wenn dadurch die Versorgung mit Lebensmitteln besser würde. Zur Mehrförderung läge aber doch nicht der geringste Grund vor, wenn die geförderten Kohlen nicht abtransportiert werden könnten und die Gefahr bestehe, daß die lagernden Kohlen in Brand gerieten. So lagerten am 1. März auf der Zeche „von der Heydt“ 1795 Tonnen Kohlen, auf der Zeche „Julia“ 9328 Tonnen Kohlen und 5529 Tonnen Koks, auf der Zeche „Kettlinghausen I“ 6512 Tonnen Kohlen und 1700 Tonnen Koks. Andere Betriebsräte machten von Mängeln im Bahnbetrieb Mitteilung, die dadurch entstünden, daß den Zechen zwar lediglich ausreichend leere Wagen von der Bahnverwaltung gestellt wurden, aber nur sehr unpünktlich die Lokomotiven, so daß sich die Zechenplätze oft ganz verstopften. Daß derartige Erscheinungen die Neigung zum Verfahren von überschichten nicht gerade stärkten, braucht kaum gesagt zu werden. Immer fühlbarer stellte sich heraus, daß das Problem der Mehr-

f ö r d e r u n g mit dem anderen der Mehr b e f ö r d e r u n g unlöslich verknüpft war. Zwar wurden die Werksvertreter und der Bergbauliche Verein wiederholt bei der Eisenbahn um eine bessere Wagenanlieferung vorstellig, doch blieb eine Besserung in dem erforderlichen Umfange noch lange aus. Die Ablieferung des Wagenmaterials an die Entente und die Abnutzung der Lokomotiven während der Kriegszeit machten sich jetzt in der unangenehmsten Weise bemerkbar.

Eine Besserung war im Hinblick auf den Mangel an rollendem Material nur zu erzielen, wenn bestimmte, beim Versand der Kohlen besonders beteiligte Eisenbahnarbeiter sich ebenfalls zur Leistung von Überschichten verpflichteten. Dazu konnten sie freilich auch nur dann in den Stand gesetzt werden, wenn ihnen, wie den Bergarbeitern, außer der besseren Bezahlung der Überstunden noch Zulagen zu den üblichen Lebensmittelrationen gewährt worden wären. Am 14. März lief das erste Abkommen über die Überschichten im Bergbau ab. Der Militärbefehlshaber und ich waren bereit, von allen Zwangsmaßnahmen Abstand zu nehmen und die Verlängerung des Abkommens ausschließlich der freien Vereinbarung zu überlassen. Zum Abschluß dieser Vereinbarungen mußte aber auch der Nachweis darüber erbracht werden, daß zum Abtransport der höheren Produktionsmengen auch mehr Transportmittel innerhalb kurzer Zeit den Zechen zur Verfügung gestellt werden konnten. Um für die Verhandlungen diesen Nachweis bereit zu haben, besprach ich am Vormittag des 12. März mit dem Verkehrsminister Dezer die Situation und ersuchte ihn um die Ermächtigung, in Verbindung mit den Eisenbahndirektions-Präsidenten der in Betracht kommenden Direktionsbezirke die Überstundenfrage für die Eisenbahner im Sinne der mit den Bergarbeitern getroffenen Regelung zur Lösung zu bringen. Der Minister Dezer sagte mit Freuden zu, und mit den neuen Vollmachten ausgestattet, kehrte ich zurück, in der Überzeugung, daß es nunmehr gelingen mußte, Förderung und Beförderung in Einklang zu bringen.

Am nächsten Tage schon wollte ich mit den beteiligten Stellen die Besprechungen einleiten. Da drang aus Berlin eine Kunde nach dem Westen, die wie ein Keulenschlag alles das zerschmetterte, was sich an zarten Keimen auf dem Boden der Besserung unseres Wirtschaftslebens zeigte: Der General-Landschaftsdirektor Rapp und der General von Lüttwitz hatten sich von den Truppen des Kapitänleutnants Ehrhardt zum Reichskanzler und Wehrminister machen lassen! Die Herren erklärten in ihrer ersten Proklamation, daß heute jeder die Arbeit als vornehmste Pflicht zu betrachten habe und daß ganz Deutschland eine sittliche Arbeitsgemeinschaft sei. . . .

Die Toren in Berlin wußten nicht, daß sie die mühevollen Arbeit eines ganzen Jahres mit ihrem Wahnsinnsstreich zunichte gemacht und eine Arbeitsgemeinschaft auf längere Zeit zerstört hatten, die sich eben anschickte, das wirtschaftliche Chaos zu entwirren.

## General v. Watter und der Rapp-Putsch

In den frühen Morgenstunden des 13. März wurde mir in Minden die Nachricht von den Ereignissen in Berlin sozusagen zum Frühstück serviert. In den Vortagen hatte ich zwar in Berlin von den dunklen Umtrieben einiger Offiziere erfahren und den Reichswehrminister selbst auf die Unzufriedenheit in der Truppe und auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die aus einer politischen Ausbeutung dieser Mißstimmung für das Reich entstehen könnten. Daß die Wühlereien aber bereits so weit gediehen waren, wie es der Handstreich der Rapp und Lüttwitz nun verriet, das hatte mich doch überrascht. Auf dem schnellsten Wege versuchte ich nach Münster zu gelangen. In Bielefeld war von den Vorgängen in Berlin nur bekannt, daß die Brigade Ehrhardt eingerückt sei, Rapp und Lüttwitz in der Reichskanzlei sich mühten, eine neue Regierung zu bilden und daß die verfassungsmäßige Regierung Berlin verlassen hätte. Von den

Abwehrmaßnahmen der Regierung war bis mittags in Bielefeld, aber auch bei den behördlichen Stellen in Münster nichts bekannt geworden. Insbesondere war bis dahin nicht bekannt, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand inzwischen den Aufruf zum Generalstreik erlassen hatten. Eine schnell improvisierte erste Besprechung mit den leitenden Stellen der Arbeiterorganisationen Bielefelds ergab vollständige Übereinstimmung sowohl in der Beurteilung der Lage, als auch in der Einschätzung der zur Abwehr erforderlichen Mittel. Man wahr ausnahmslos davon überzeugt, daß eine allgemeine Arbeitsruhe allein im Bergbau- und Transportgewerbe genügen würde, um die Herrschaft der Usurpatoren schon nach ein paar Tagen zu brechen.

Von dieser Auffassung der in der Bielefelder Arbeiterbewegung tätigen Führer und der selbstverständlichen Verpflichtung, jede amtliche Dienstleistung für Kapp abzulehnen, habe ich einige Stunden später den Mitgliedern des Landespräsidiums von Lippe-Detmold, den Herren D r a f e und N e u m a n n - S o f e r, Mitteilung gemacht, die nach Bielefeld gekommen waren, um sich hier über die Situation im Reiche zu informieren. In der fünften Nachmittagsstunde kam ich in Münster an. Mein erster Besuch galt dem Militärbefehlshaber, dem ich erklärte, daß ich mein Amt weiterführen würde in der bestimmten Voraussetzung, daß innerhalb einer ganz kurzen Zeit die Regierung der Kapp und Lüttwitz erledigt sei. Einer Regierung, die nicht auf verfassungsmäßige Weise zustande gekommen sei und die ihre Existenz nur einer mildgewordenen Landsknechttruppe verdanke, würde ich nicht eine Minute lang meine Dienste zur Verfügung stellen. Der General von Watter war von dieser Erklärung sichtlich betroffen, weil sie, wie ich nun bald erfahren sollte, sich mit seiner Haltung ganz und gar nicht deckte. Oft genug hatte der General darüber geklagt, daß sich in unruhigen Städten die Polizei durchaus nicht bewährt habe, weil sie in den Augenblicken der Gefahr, statt mutig zu ihrem Eide zu stehen, mit



Redensarten, wie, „beim Austrag der politischen Kämpfe Neutralität üben zu wollen“, ausgewichen sei. Jetzt war der General von Watter daran, diese von ihm vorher so oft gemißbilligte Haltung selbst einzunehmen, d. h. die Meuterer gewähren zu lassen und nur wie ein „neutraler“ Polizist dafür zu sorgen, daß im Bezirk die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleibe. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit im Industrieviertel war gewiß eine hohe und schöne Aufgabe, aber wenn sie gelingen sollte, dann durfte General von Watter keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß er, seinem Eide getreu, weiter den Befehlen der verfassungsmäßigen Regierung nachkommen werde.

Von diesen Erwägungen ausgehend, habe ich mich bemüht, auf den General einzuwirken, jedoch ohne Erfolg. Ich erkannte sehr bald, daß es ihm darauf ankam, abzuwarten und erst dann mit einer klaren Stellungnahme hervorzutreten, wenn die berühmten 51 Prozent des Erfolges für die eine oder andere Seite gegeben waren.

Freilich gab von Watter auch Gründe für diese abwartende Haltung an. Er habe in erster Linie die Verpflichtung, so erklärte er, die ohnehin nicht gerade starken Truppenkorps seines Befehlsbereiches zusammenzuhalten. Wer die Dinge, die sich nun in Rheinland und Westfalen abspielen sollten, nur mit den Augen des Militärs ansah, wer nicht imstande war, über den engsten soldatischen und polizeilichen Kreis hinauszublicken, dem konnten diese Gründe bis zu einem gewissen Grade beachtlich erscheinen. Aber der General von Watter saß schon über ein volles Jahr im Industriebezirk, hatte alle Schwierigkeiten der Produktion und der Ernährung, des Verkehrs usw. kennen gelernt, und von ihm durfte man deswegen die Erkenntnis voraussetzen, daß es gerade im Interesse der Truppe unumgänglich notwendig sei, sie in dieser politisch so erregten Zeit mit einer klaren politischen Marschrouten zu versehen. Diese Marschrouten konnte nur in dem Auftrag bestehen, dem der verfassungsmäßigen Regierung nachzukommen sei.

mäßig gebildeten Regierung geleisteten Eid entsprechend auch den Störungen entgegenzutreten, die durch den Berliner Putsch im Befehlsbereich des Wehrkommandos VI entstehen konnten. Schon in der ersten Unterredung hatte ich dem General von Watter gesagt, daß nach meiner Beurteilung der Lage eine Entsendung schwacher Truppenkörper in den Industriebezirk ohne diese klare Haltung der Truppe gleichbedeutend mit ihrer Niederschlagung sein würde. Den Hunderttausenden Arbeitern gegenüber, die sich selbstverständlich den Putsch und seine Unterstützung durch irgendwelche Kreise nicht gefallen ließen, würden die Truppen des Wehrkreises nichts bedeuten und wie Streichhölzer zerbrochen werden. Alle diese Versuche, den General von Watter schon am Putschtage zu einer unzweideutigen Erklärung für die Regierung Ebert-Bauer zu gewinnen, blieben erfolglos.

Am Morgen des 14. März erschien der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Dr. Bürmeling, in unseren Amtsstellen mit dem Ersuchen, einen von ihm entworfenen Aufruf an die Bevölkerung und die Beamten der Provinz Westfalen durch unsere Unterschrift zu unterstützen. Ich war über das Vorgehen des Oberpräsidenten hocherfreut und selbstverständlich sofort bereit, seinem Ersuchen Folge zu leisten. Nicht so der Freiherr von Watter. Auch jetzt noch hielt er daran fest, daß es lediglich seine Aufgabe sei, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen, wobei er trotz der nun schon zahlreich einlaufenden Nachrichten über Entstehung von Unruhen immer noch nicht erkennen wollte, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung ja erst durch das Vorgehen der Kapp und Lüttwitz gestört worden war.

Der Aufruf des Oberpräsidenten, der in allen Blättern Westfalens verbreitet wurde und der sicherlich dazu beigetragen hat, daß sich ein offenes Eintreten für die Kapp-Regierung in Westfalen nirgends zeigte, hatte folgenden Wortlaut:

## Westfälische Mitbürger in Stadt und Land!

Durch Verfassungsbruch und Staatsstreich haben sich vertwegene Männer zeitweilig der öffentlichen Gewalt in Berlin bemächtigt. Die rechtmäßige Reichsregierung hat sich zur Vermeidung von Blutvergießen genötigt gesehen, ihren Sitz nach Dresden zu verlegen. Sie hat durch öffentliche Aufrufe das deutsche Volk aufgefordert, sich um seine verfassungsmäßige Regierung zu scharen. Nur diese könne Befehle erteilen, jede Anordnung einer anderen Stelle sei ungültig. Die Auflösung der Nationalversammlung sei verfassungswidrig. Die Reichswehr habe die Pflicht zum Gehorsam gegen den Reichspräsidenten und seiner Regierung.

Die preußische Staatsregierung, die zunächst interniert worden war, hat nach neuesten Meldungen auch ihrerseits erklärt, sie sei und bleibe die rechtmäßige Landesregierung und werde ihr Amt weiterführen. Die Auflösung der preußischen Landesversammlung sei ungültig.

Sämtliche süddeutschen Staaten sowie der Freistaat Sachsen haben sich bereits ganz entschieden auf die Seite der rechtmäßigen Reichsregierung gestellt; sie stehen fest auf dem Boden der Verfassung und lehnen jede Verbindung mit dem Berliner Umsturz ab. In Bayern gilt dies ausdrücklich auch für das Reichswehrgruppenkommando und sämtliche bayerische Landtagsfraktionen. Auch die Provinz Schlesien einschließlich der dortigen Reichswehr und der Führer aller politischen Parteien und Gewerkschaften hat sich fest auf den Boden der Reichsverfassung gestellt und gehercht den in Schlesien verfassungsmäßig eingesetzten Gewalten.

## Westfälische Mitbürger ohne Unterschied der Partei!

Ihr habt gehört, was unsere rechtmäßige Regierung in Reich und Staat von uns erwartet. Unsere Pflicht als Deutsche, Preußen und Westfalen ist klar und unzweideutig. Auch wir müssen uns ohne zages Schwanken in diesen ernsten Tagen zu unseren rechtmäßigen Gewalten offen bekennen und jeden Versuch zu gewaltsamem Umsturz mit voller Entschiedenheit entgegentreten.

Die verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung und die preußische Landesversammlung sind hervorgegangen aus den allgemeinen gleichen Wahlen des ganzen Volkes; ihre allein rechtmäßigen Organe sind die deutsche Reichsregierung und die preußische Landesregierung. Die Vergewaltigung dieser rechtmäßigen Regierungen ist verfassungs- und gesetzwidrig. Nur auf dem Boden der Verfassung und der Gesetze kann Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Reich und Staat aufrecht erhalten werden, kann unser wirtschaftliches Leben, das so schwer darniederliegt und eben erst erfreuliche Ansätze zur Besserung erkennen ließ, allmählich wieder gedeihen. Was zu bessern ist, kann nicht im Wege der Gewalt, sondern nur auf gesetzlichem Wege gebessert werden. Nur auf diesem gesetzlichen Boden dürfen wir für uns und unsere Kinder eine bessere Zukunft erhoffen. Nur so kann das Vertrauen des Auslandes allmählich wieder belebt werden. Gewaltsamer Umsturz bringt das Chaos und stürzt das Vaterland ins Verderben.





gehen, wenn sie von den Rechtspartakisten erfolgen würden, und er verbürgte sich endlich dafür, jedes eigenmächtige Vorgehen einzelner ihm unterstellter Truppenkörper zu verhindern. In den Erörterungen, die dieser Antwort des Generals folgten, kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß der furchtbare Schrecken des Bürgerkrieges und der Zusammenbruch der Wirtschaft nur noch abgewendet werden könne, wenn der General mit der ihm unterstellten Militärmacht sich eindeutig und einwandfrei auf den Boden der alten Regierung stelle. Ich habe in dieser Besprechung noch einmal wiederholt, daß angesichts der Erregung, die jetzt bereits entstanden sei, eine nicht unbedingt einwandfreie Truppe, die zur Wiederherstellung der gestörten Ordnung in das Industriegebiet gesandt würde, von vornherein auf verlorenem Posten stehe. Die militärischen Machtmittel seien viel zu schwach, um damit den Massen gegenüber standzuhalten, wenn diese in den anrückenden Truppen offene oder versteckte Anhänger Kapps vermuteten.

Auch diese Besprechung erzielte nicht den gewünschten Erfolg und die Vertreter der Gewerkschaften verließen darum Münster in schwerer Sorge. Schon war bekannt geworden, daß der Kommandeur des Freikorps Schulz in Mülheim a. d. Ruhr am 13. März eine Erklärung erlassen hatte, nach der sich das Freikorps nur für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einsetzen würde, daß das Freikorps aber keiner Partei diene. Das waren Ausflüchte, denn eine parteipolitische Betätigung der Truppe hatte kein Mensch gewünscht. Die Unruhe und Unordnung drohte durch den gegen die verfassungsmäßige Regierung verübten Gewaltakt der Ehrhardttruppen zu entstehen, und die Stellungnahme der Regierungstruppen zu diesem Verfassungsbruch kennen zu lernen, daran hatte die Öffentlichkeit ein Interesse. Mit keinem Wort aber war in der Erklärung des Major Schulz davon die Rede, daß das Freikorps die Absicht habe, der verfassungsmäßigen Regierung Achtung zu verschaffen.

Am Sonntag vormittag wehten dagegen auf der Kaserne des Freikorps die s c h w a r z w e i ß r o t e n F a h n e n , die Farben eben, die in seiner ersten Proklamation der sogenannte Reichskanzler Rapp als die Farben der deutschen Republik bezeichnet hatte. In einem Nachrufe für die in den ersten Wochen des Jahres 1920 gefallenen Mitglieder seines Freikorps hatte gerade tags zuvor der Major Schulz mit dem ihm eigenen Takt gesagt: „Alle haben ihr Leben eingesetzt für das Vaterland, obwohl sie wußten, daß bei der Mehrheit des deutschen Volkes kein Dank mehr zu ernten ist!“

Von Hauptmann Lichtschlag und seiner Truppe wurde ähnliches berichtet, so besonders das Mitführen von schwarzweißroten Fahnen und Äußerungen von Mitgliedern und Führern der Truppe, daß es nun unter einer neuen Regierung energisch gegen die Bolschewisten ginge. Den Arbeitervertretern war es zweifelhaft, ob es dem General von Watter gelingen würde, bei einer derartigen Einstellung der ihm untergebenen Truppenkorps Eigenmächtigkeiten und Ausschreitungen zu verhindern.

Daß der General von Watter die Absicht hatte, die von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetze und Verfassungsbestimmungen, die der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete zugute kamen, zunächst zu schützen, habe ich nie bezweifelt. Dabei wäre er in der Form — um nicht zu sagen: im Schein — sogar noch weiter gegangen, als ich das für erforderlich hielt. Schon am Nachmittag des 13. März hatte er eine Verordnung erlassen, in der er zur Mitbearbeitung der sich aus der neu geschaffenen Lage (!) ergebenden Fragen von den Arbeitervertretungen von Westfalen und Rheinland je drei, von Hannover zwei, von Oldenburg, Braunschweig und Bremen je einen Vertreter zur Bildung eines Arbeiterrats mit dem Sitz in Münster berief. Ich wurde gebeten, ihm geeignete Vertreter namhaft zu machen. Ich habe dem General geantwortet, daß die Bildung eines derartigen Arbeiterrates im Augenblick keinen Sinn habe,

da die wertvollsten Kreise der Arbeiterorganisationen sicherlich solange eine Mitwirkung ablehnen würden, bis das Wehrkreiskommando eine klare Haltung zugunsten der alten Regierung eingenommen habe. Von einer Weiterverfolgung seines Planes hat der General daraufhin Abstand genommen.

In der Berufung von Arbeitervertretern konnte sich der General von Watter übrigens auch auf den „Reichskanzler“ Rapp selbst stützen. Schon am Nachmittag des 13. März, ehe ich Münster wieder erreicht hatte, richtete Rapp an den General folgendes Telegramm:

„Bitte Sebering, wenn entbehrlich, veranlassen, sofort zu wichtigster Besprechung mit mir herzukommen.  
gez.: Rapp.“

Später habe ich erfahren, daß mir die Rolle des Reichswirtschaftsministers im neuen Kabinett zugebracht war. Da ich mich in Münster jedoch für unentbehrlich hielt und sogar der General von Watter der Meinung war, daß ich dringend benötigt würde, mußte ich leider darauf verzichten, der „wichtigsten Besprechung“ mit dem neuen „Reichskanzler“ beizuwohnen.

\*

Die erste Willensregung der neuen Regierung für meine Amtsstelle erfuhr ich am Morgen des 14. März beim Empfang des folgenden Telegramms:

„Auf Befehl des Reichswehrministers von Quettwitz: Reichskanzler ersucht im ganzen deutschen Reich diejenigen Zeitungen und Zeitschriften, die über die neue Regierung unwahre Gerüchte in Umlauf setzen, bis auf weiteres zu verbieten, den gesamten Redaktionsstab in Schutzhaft zu nehmen und, falls notwendig, auch das Wiederausgehen der Blätter unmöglich zu machen. Der Befehl ist unverzüglich allen Dienststellen bekanntzugeben.  
gez.: Der Generalregierungs-Kommissar.“

Vor Tisch las man's anders! Tags zuvor hatte die neue Regierung erklärt:

„Wir sind stark genug, unsere Regierung nicht mit Verhaftungen und Gewaltmaßregeln zu beginnen.“

Das an mich gerichtete Telegramm aber ließ die Absicht erkennen, mindestens alles das mit Gewaltmaßnahmen niederzuhalten, was sich auch nur die leiseste Kritik an den

Handlungen oder Unterlassungen der neuen Regierung erlaubte. Im Befehlsbereich des VI. Wehrkreiskommandos blieb dieses Telegramm selbstverständlich nur ein Fetzchen Papier.

Nun jagte eine Nachricht die andere. Aus dem Industriebezirk selbst liefen zahlreiche Rundgebungen der Stadtverwaltungen ein, in denen übereinstimmend zum Ausdruck kam, daß die Städte die Putschisten in Berlin als Regierung nicht anerkennen würden. In Essen tagte eine Konferenz der Oberbürgermeister des Industriebezirktes, die sich ebenfalls einmütig auf den Boden der alten Regierung stellten. In später Abendstunde des 14. März lief folgendes Telegramm des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau ein:

„Ich erlaube mir Kenntnis zu geben von folgender Bekanntmachung, die ich erlassen habe:

#### Bekanntmachung!

Die Reichsregierung ist, um in Berlin Blutvergießen zu vermeiden, nach Dresden gegangen, wo sie sich im Schutz treu ergebener Truppen des Generals Maercker befindet.

Sie ist nach wie vor die allein rechtmäßige Regierung.

Die Nationalversammlung ist von ihrem Präsidenten Fehrenbach auf Mittwoch nach Stuttgart einberufen. Die württembergische Regierung übernimmt die volle Verantwortung für eine sichere Tagung der Nationalversammlung und hat von ihren Generälen und Truppen die Versicherung ihrer Hilfe entgegengenommen. Alle Landesregierungen außer der in Berlin überumpelten Preussischen Regierung haben sich hinter die Reichsregierung gestellt und sie ihrer Treue versichert.

In der schweren Zeit, die über Deutschland hereindroht, die uns zwingt, das Äußerste zu tun, um der Valuta- und Nahrungsorgen Herr zu werden, waren Besinnung und Überlegung nicht stark genug, in Berlin einen Staats-



streich zu verhüten, der bei der innen- und außenpolitischen Lage, in der wir uns befinden, eine ungeheure Gefahr für Reich und Volk ist. Es ist für uns alle, so verschieden wir in unserer staatspolitischen Meinung auch sein mögen, Pflicht, diesem verderbend drohenden Unternehmen entgegenzutreten und uns einmütig hinter die verfassungsmäßig eingesetzte Regierung zu stellen. Hinter den Putschen in Berlin steht kein ernsther Politiker oder Staatsmann. Graf Posadowsky hat ausdrücklich die Teilnahme abgelehnt, der Abgeordnete, Staatsminister a. D. Heinze, hat sich in Dresden der Reichsregierung zur Verfügung gestellt. Die Behörden werden die Ordnung innerhalb der Provinz unter allen Umständen sichern.

An die Bevölkerung richte ich die Bitte, volle Ruhe zu bewahren, unser Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten und die Behörden zu unterstützen. Unordnungen der Staatsstreicher in Berlin sind nicht zu befolgen, ihre Maßnahmen, Zahlungsanweisungen und dergl. sind ungültig und unverbindlich. Um Mißdeutungen entgegenzutreten, hebe ich noch besonders hervor, **daß der militärische Inhaber der vollziehenden Gewalt auf dem Boden der Reichsverfassung und hinter der verfassungsmäßigen Reichsregierung steht.**

Kassel, den 14. März 1920.

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau  
gez.: Dr. Schwander."

Dieses Telegramm war mir eine willkommene Hilfe zur Aufklärung der Bevölkerung darüber, daß es noch Generale gab, die vom ersten Augenblick an den Wahnsinn des Kapp-Unternehmens erkannten und daraus die entsprechenden Folgerungen zogen. Ich habe darum dafür gesorgt, daß die Erklärung des Reichswehrgruppenkommandos, der durch Putsch in Berlin gebildeten Regierung keine Gefolgschaft zu leisten, schon am Montag in den Blättern des Wehrkreises verbreitet wurde.

Noch zahlreicher freilich waren die Hiobsposten, die in den Vormittags- und Abendstunden des 14. März einliefen und die klar erkennen ließen, daß ich die Wirkung des Rapp-Butsches in Rheinland und Westfalen leider viel zu richtig vorausgesagt hatte. Schon am 13. März gab die kommunistische Partei in Essen ein Flugblatt heraus, in dem es unter anderem hieß, daß die Demokratie der Mehrheitssozialisten die Arbeiter in das Elend gestürzt habe und daß nur die Diktatur des Proletariats retten könne.

„Wir kämpfen nicht für die Regierung Ebert-Moske, unsere Parole heißt „Gegen die Reaktion, gegen die Veräter am Sozialismus, die Handlanger der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats“.

Guer Arbeiterrat hat zunächst die Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung der Bourgeoisie auszuführen.“

In Essen blieb mit diesem Aufrufe zur Errichtung der Räterediktatur die kommunistische Partei isoliert. Dagegen wurde gemeldet, daß die Bezirksvorstände der sozialdemokratischen, der unabhängigen sozialistischen und der kommunistischen Partei des Bezirks Niederrhein sich verpflichtet hätten, den Kampf gegen die neugebildete Rapp-Regierung mit allen Kräften geschlossen aufzunehmen mit dem Ziele, Erringung der politischen Macht durch die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Räteystems und sofortige Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige.

Ferner war dem Wehrkreiskommando gemeldet, daß in Bochum, Witten, Herne, Haltern, Hagen und Wetter bewaffnete Arbeitertrupps die Einwohnerwehr entwaffneten und in den Fabrikbetrieben einen Terror ausübten, der eine geregelte Produktion unmöglich mache. Der Befehlshaber beauftragte die Reichswehrbrigaden 7 und 31 mit der Wiederherstellung der Autorität der gesetzlichen Behörden und der

Ruhe und Ordnung. In der Nacht vom 14. auf den 15. März bemühte sich der Hauptmann Lichtschlag bei der Eisenbahndirektion in Münster um die Bestellung eines Zuges zur Beförderung von 280 Mann. Dem diensttuenden Beamten waren die Gerüchte über die Unzuverlässigkeit der Lichtschlag-Truppe inzwischen bekannt geworden, und das veranlaßte ihn, dem Hauptmann Lichtschlag die Bestellung des geforderten Zuges zu verweigern. Am Morgen des 15. März wurde mir dieser Zwischenfall mitgeteilt und hinzugefügt, daß der Hauptmann in der Auseinandersetzung mit dem Eisenbahnbeamten erklärt habe, er werde die Zusammenstellung des Zuges mit Waffengewalt erzwingen, „er stehe auf dem Boden der neuen Regierung.“ —

An der Entsendung der Truppe in Orte, in denen die öffentliche Ruhe und Ordnung tatsächlich gestört war oder die Autorität der verfassungsmäßigen Behörden wieder hergestellt werden mußte, konnte und wollte ich den Befehlshaber nicht hindern. Als ich aber auf meine wiederholten Fragen über die Verfassungstreue der Freikorpsführer Schulz und Lichtschlag keine befriedigende Aufklärung erhielt und nach mündlichen Mitteilungen des Wehrkreiskommandos annehmen mußte, daß mit der Wiederherstellung der Ordnung auch die Korps dieser beiden Offiziere beauftragt würden, da habe ich beim Wehrkreiskommando gegen eine etwaige Entsendung derartiger Truppen in aller Form Protest eingelegt und die schon am Abend des 14. März eingelegte mündliche Verwahrung durch das folgende Schreiben noch einmal in aller Form wiederholt:

Münster, 15. März 1920.

„An den Befehlshaber des Wehrkreiskommando VI  
Generalleutnant Freiherr von Watter, Exzellenz.

M ü n s t e r.

Nach Zeitungsmeldungen haben zwei namentlich bezeichnete Abteilungen des dem Wehrkreiskommando VI

unterstellten Truppentkörpers sich für die durch einen Putsch gebildete sogenannte Regierung der Herren Kapp und Genossen erklärt. Ich kann im Augenblick nicht nachprüfen, ob und inwieweit diese Meldungen richtig sind, möchte aber, um über meine Stellung zu einer derartigen Haltung keinen Zweifel aufkommen zu lassen, erklären:

Eine Solidaritätserklärung von Truppenteilen des Wehrkreiskommandos mit der sogenannten neuen Regierung setzt sich in schärfsten Widerspruch zu der vom Militärbefehlshaber ergangenen Weisung, keinerlei Handlungen, die nicht im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stehen, vorzunehmen.

Ich bin daher nicht in der Lage, für irgendwelche Handlungen von Truppenteilen der vorbezeichneten Art die Verantwortung mitzutragen, lehne es vielmehr entschieden ab, zu Anordnungen der Befehlshaber von Truppenteilen, die sich für die Kapp-Regierung erklären, meine Zustimmung zu geben. Anordnungen dieser Befehlshaber, die Beschränkungen nach § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten enthalten, wären daher rechtswirksam.

gez.: Severing.

Reichs- und Staatskommissar."

Der Protest blieb insofern leider wirkungslos, als die ersten ausrückenden Truppen die vom Korps Lichtschlag waren. Ob die Truppe bereits in Marsch gesetzt war oder ob zu dem genannten Zweck andere Abteilungen nicht zur Verfügung standen, habe ich nie in Erfahrung bringen können, da der Protest immer nur mit der Bemerkung beantwortet worden ist, daß die über Schulz und Lichtschlag kursierenden Gerüchte jeder Grundlage entbehrten. Obwohl auch ich annehme, daß vieles an diesen Gerüchten übertrieben war, habe ich diesem Dementi keinen Glauben schenken können.



## Die Bewaffnung der Arbeiter

Und nun nahm das Unglück seinen Lauf. Sofort nach Bekanntwerden der Berliner Ereignisse bildeten sich im ganzen Revier und besonders im Hagener Bezirk Ausschüsse mit der Zweckbestimmung, der Kapp-Regierung allen möglichen Widerstand zu leisten. Gleichzeitig wurde versucht, diesen Ausschüssen Machtmittel durch die Bildung von Arbeiterwehren zur Verfügung zu stellen. Schon am 13. März hatten in der Stadt H a g e n Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Partei durch den Stadtverordneten L u d w i g die Bewaffnung eines Sicherheitsdienstes verlangt, der nach den vorgetragenen Gründen zur Unterstützung der Polizei eingerichtet werden sollte. Das Verlangen wurde zunächst abgelehnt. Am Sonntag, den 14. März, tagte auf dem Hagener Rathause eine Konferenz, an der Stadtverordnete der unabhängigen Sozialisten, der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten sowie der O b e r b ü r g e r = m e i s t e r C u n o teilnahmen. In dieser Besprechung wurde erneut die Herausgabe von Waffen für die organisierten Arbeiter mit der Begründung verlangt, daß es erforderlich sei, jede Unterstützung des Kapp-Putsches durch die Polizei und durch die Einwohnerwehren mit der Waffe in der Hand zu verhindern. Die Besprechung endete mit dem Beschluß, 80 Gewehre den Gewerkschaften entsprechend ihrer Mitgliederzahl zur Bildung einer Sicherheitswehr auszuhändigen. Vertrauensmänner der Gewerkschaften sollten die Mitglieder der Wehr benennen. Durch einen Befehl des Wehrtreiskommandos, der die Herausgabe von Waffen an Einwohnerwehren und politische Parteien untersagte, wurde die Ausführung des Beschlusses zwar um mehrere Stunden verzögert, aber unter dem Druck von mehreren tausend Demonstranten, die sich inzwischen vor dem Rathause angesammelt hatten, wurden doch schließlich 160 Gewehre verausgabt.

Am 15. März, vormittags 9 Uhr, wurden in einer Versammlung unter freiem Himmel von Konrad Ludwig alle diejenigen, die im Besitze von Waffen waren, aufgefördert, um 11 Uhr anzutreten. Auf diese Aufforderung meldeten sich zu der festgesetzten Zeit etwa 200 bewaffnete Leute. Gerade um diese Stunde wurde bekannt, daß in Wetter an der Ruhr eine Abteilung des Hauptmanns Hasenclever vom Korps Lichtschlag eingetroffen sei. Nach den Mitteilungen des Bürgermeisters von Wetter bestanden die Ausschreitungen, die dem Wehrkreiskommando die Veranlassung zur Entsendung der Truppe gegeben hatte, darin, daß von dem Aktionsausschuß, der sich in Wetter unmittelbar nach dem Kapp-putsch gebildet hatte, zwei bei der Arbeiterschaft besonders unbeliebte Bürger in Schutzhaft genommen waren. Diese Maßnahme gab zu den wildesten Gerüchten über die Zustände in Wetter Anlaß, so auch zu dem, daß die Ausrufung der Räterepublik (ausgerechnet in Wetter!) unmittelbar bevorstände.

Ich habe bei meinen Nachforschungen nicht feststellen können, ob die dem Hauptmann Hasenclever zur Last gelegten Äußerungen, daß er auf dem Boden der neuen Regierung stehe, wirklich gefallen sind. Es besteht aber die hohe Wahrscheinlichkeit, daß der Führer der Truppe, von den erregten Arbeitern nach seiner Haltung zur Regierung befragt, ausweichende unklare Antworten gegeben und dadurch das Mißtrauen der Arbeiter hervorgerufen hat. Es sind bei der Truppe auch Plakate gefunden worden, die zur Unterstützung der Regierung Kapp aufforderten. Da diese Plakate sicherlich nicht von der Kapp-Regierung nach Wetter geschickt worden sind, liegt der Schluß nahe, daß irgendeine Verbindung zwischen den Verschwörern in Berlin und einigen Leuten der Truppe bestanden hat. Jedenfalls erblickten die Arbeiter in den Truppen Anhänger Kapps, die sich in Wetter festsetzen und hier für die putschregierung eine feste Position schaffen wollten, und gegen diese Absicht glaubten sie sich zur Wehr setzen zu müssen.

In Hagen heulten die Fabrik sirenen Alarm, und die auf diese Alarmrufe herbeieilenden Arbeiter führten fast ausnahmslos Waffen mit, die nach der Schätzung des Hagener Polizeieinspektors auf einige hundert zu beziffern waren. Zweihundert weitere Gewehre wurden der Fabrikwehr der Akkumulatorenfabrik in Hagen abgenommen, so daß schon die Hagener Arbeiter über rund 500 Gewehre beim Vormarsch nach Wetter verfügten. Aber auch die Arbeiter in Wetter selbst hatten sich inzwischen bewaffnet, und im Laufe des 15. März kam noch ein beträchtlicher Zuzug aus Haspe, Gevelsberg, Hohenlimburg und einigen Orten des oberen Volmetales, so daß am Abend des 15. März über 1500 bewaffnete Arbeiter von der im Entstehen begriffenen Hagener „Kampfszentrale“ gemustert werden konnten.

Wie immer in derart fieberhaft gespannten Augenblicken konnte auch bei Beginn dieses Zusammenstoßes niemand sagen, von welcher Seite zuerst geschossen wurde, fest steht nur, daß nicht lange nach der Ankunft der Truppe sich die Kämpfe entwickelten, die mit der vollständigen Vernichtung der Kolonne Hasenclever endeten. Im Laufe des Vormittags liefen 20 Mann zu den Arbeitern über, von den übrigen 60, die sich im Bahnhofe verschanzt hatten, fielen etwa 30, darunter 2 Offiziere. Der Rest wurde gefangen genommen. Als Beute fielen den Arbeitern außer den Gewehren viele Pferde, 2 Geschütze und eine Anzahl Maschinengewehre in die Hände, die nach Hagen transportiert und später bei der Beschießung Remscheids verwandt wurden.

Hatte schon durch diesen Vorgang meine Borausage die betäubendste Bestätigung erfahren, so sollte das Schicksal der Truppen, die zum Entsatz der Kolonne Hasenclever nachgeschoben wurden, die Herren im Wehrkreiskommando noch weiter davon überzeugen, daß die militärischen Kräfte des Wehrkreises allein nicht mehr imstande waren, der Erregung der Arbeitermassen über die Verbrechen in Berlin Herr zu werden. Noch am Abend des 15. März wurde im Hagener

Bezirk bekannt, daß in Herdecke Truppen ausgeladen wurden. Wieder wurden die bewaffneten Arbeitertruppen durch Sirenen zusammengeführt und auf Herdecke in Bewegung gesetzt, das am nächsten Morgen von mehreren tausend Bewaffneten eingeschlossen war. Oberbürgermeister Cuno war bemüht, eine Verständigung anzubahnen, die auch von dem vom Wehrkreis entsandten General von Preisnitzer in Aussicht genommen war. Zu Verhandlungen kam es jedoch nicht mehr. Auch der Truppenführer sah ein, daß es nutzlos war, den lebendigen Mauern gegenüber Widerstand zu leisten, und so erfolgte am Vormittag des 16. März die Kapitulation der in Herdecke ausgeladenen Mannschaften. Das Ergebnis war wiederum eine reiche Beute an Waffen und Munition für die Arbeitertruppen. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß die durch den Hauptmann Lange erklärte Übergabe nicht zuletzt durch die Gehorsamsverweigerung eines Teiles seiner Mannschaften zurückzuführen war, wie aus einer Erklärung dieser Mannschaften hervorgeht, in der es unter anderem heißt:

Wir stehen nach wie vor hinter der vom Volke gewählten Regierung, der wir den Treueid geleistet haben. Uns wurde gesagt, wir seien neutral und sollten nur da eingreifen, wo geraubt und geplündert werde. Als wir in Herdecke die Wahrheit unserer Bestimmung erfuhren, haben wir dem Hauptmann Lange den Gehorsam verweigert und auf eine Verteidigung des Rathauses verzichtet. Auch ist das Feuern in der vorderen Linie auf eigene Faust eingestellt worden.

Nach unserer Internierung müssen wir feststellen, daß wir von unseren vorgesetzten Offizieren in gröblichster Weise hinterzogen geführt worden sind. Wir haben keine konterrevolutionäre Gesinnung und hätten uns niemals wissentlich zu konterrevolutionären Zwecken mißbrauchen lassen. Wir bemerken ausdrücklich, daß auch die umlaufenden Behauptungen, wir seien nach unserer Waffenstreckung durch die Arbeitertruppen scheußlich behandelt und mißhandelt worden, unwahr sind, daß jede gegenteilige Behauptung auf keiner Mitteilung der Soldaten beruhen kann.

Es ist später in der Presse behauptet worden, daß diese Erklärung den Mannschaften erpreßt worden sei. Das ist unrichtig, wie aus einer Mitteilung der gefangenen Offiziere hervorgeht, die diese einige Tage später an mehrere Blätter



gelangen ließen und in der über das Verhalten der Mannschaften Klage geführt wurde. Man warf ihnen vor, daß sie sich von den Arbeitertrupps hätten beeinflussen lassen.

Die in der Erklärung der Mannschaften hervorgehobene würdige Behandlung entspricht ebenfalls den Tatsachen. Auch die gefangenen Offiziere konnten sich über eine schlechte Behandlung nicht beschweren. Man hatte sie — wohl nicht ohne Absicht — so „gut“ bewacht, daß sie ohne große Mühe entfliehen konnten. In der wiedergewonnenen Freiheit haben sie zwar einige irreführende Meldungen über die Vorgänge in Wetter und Herdecke berichtet, aber es ist ihnen nicht gelungen, die Angaben der Soldaten über ihre politische Einstellung und ihre Sympathien für die Rapp-Lüttwich-Regierung zu entkräften. Daß eine derartige Truppe nicht halten konnte, ist nicht verwunderlich.

Die Angaben der Soldaten des Hauptmanns Lange waren keineswegs geeignet, das Mißtrauen der Arbeiter in die Mission der entsandten Truppen zu zerstreuen. Es gab wohl niemanden, der nicht davon überzeugt war, daß mindestens alle Offiziere es darauf abgesehen hätten, den Westen Deutschlands für Rapp gefügig zu machen. Darum hielt sich noch alles in Bereitschaft, um auch neuen Truppen sendungen mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten. Telegraphisch erbat<sup>n</sup> der Oberbürgermeister von Hagen und der Landrat von Hörde die Zurückziehung der Truppen und die Erklärung, daß von der Entsendung anderer Abstand genommen werde. Auch der Landrat von Hörde berichtete über die große Erregung, die in der Bevölkerung seines Kreises wegen der Mitführung schwarzweißer Fahnen durch die Truppe entstanden sei. Man hat später in der Rechtspresse den Oberbürgermeister Cuno heftig angegriffen, daß er der Zurückziehung der Truppen das Wort geredet habe. Ich halte mich für verpflichtet, demgegenüber hervorzuheben, daß auch rechtsgerichtete Beamte, so z. B. der deutsche nationale Landrat des Kreises Hamm, Schulze-Pellum,

die Folgen der Truppen sendungen in jenen Tagen genau so beurteilt haben, wie die Herren Cuno-Hagen und Hansmann-Hörde. Landrat Schulze-Pelkum erklärte kurz und bündig, daß größere Unruhen zu erwarten seien, „falls Truppen kommen sollten“, obgleich das Amt Pelkum um Militär gebeten hatte.

Die Nachrichten von der Vernichtung bezw. Gefangennahme der Kolonnen Hasenclever und Lange hatten beim Wehrkreiskommando in Münster natürlich den ungünstigsten Eindruck gemacht. Nun war General von Watter zu Verhandlungen bereit, und ich konnte dem Landrat Hansmann antworten, daß über die Zurücknahme der Truppen aus dem Kreise Hagen zwischen den Behörden und einem entsandten höheren Offizier Besprechungen im Gange seien. Inzwischen hatte sich Watter durch die Bekanntgabe der folgenden Erklärung unter die alte Regierung gestellt:

#### An meine Truppen!

Durch Putsch war die alte Regierung vertrieben. Eine Verbindung mit ihr war nicht zu bekommen. So war ich gezwungen, nach eigenem Ermessen Entschlüsse für das Wohl unseres Vaterlandes zu fassen. Richtlinie für sie war nur das Bewußtsein, daß allein Ruhe und Ordnung, namentlich im Industriegebiet unser Vaterland vor dem Untergang bewahren kann. Nachdem mir Reichswehr-Minister Noske heute durch Telephon versichert hat, daß die alte Regierung den unheilvollen Aufruf (!) zum Generalfreistreich nicht gegeben hat, ihn im Gegenteil ebenso verurteilt, wie wir und alles einsehen wird, ihn rückgängig zu machen, so stelle ich mich unter die alte Regierung. An meiner bisherigen Handlungsweise ändert diese Erklärung nichts. Mein bisheriger Auftrag, die Ruhe und Ordnung im Wehrkreis-Bezirk aufrecht zu erhalten, ist mir heute durch den Reichswehr-Minister Noske nochmals ausdrücklich gegeben.

Der Befehlshaber des Wehrkreises VI:  
Führ. von Watter, Generalleutnant.

Als „Krampf“ hatte einer der Arbeitervertreter nach dem Sonntags-Empfang die gewundenen Erklärungen des Generals bezeichnet. „Krampf“ war auch diese Auslassung. Watters Rechnung hatte ein Loch. Wo hatte der Befehlshaber denn gestanden, ehe Noske ihm die Versicherung gab, daß die Regierung den unheilvollen Aufruf zum Generalfreistreich nicht gegeben hätte, wo stand er in der Zeit vom 13. März bis

16. März früh? — so fragte man sich in Münster und anderswo. . . .

„An meiner bisherigen Handlungsweise ändert diese Erklärung nichts“ — sagte Herr von Batter in bitterer Selbstironie, und er hätte hinzufügen können, daß sie leider auch an der außerordentlich trüben Situation des Wehrkreises vorerst nichts ändern würde. Zwar habe ich alles getan, um die Erklärung des Generals so schnell wie möglich zu verbreiten. Auch Mehlich, der in Dortmund weilte, erließ durch Flugblätter und Zeitungen eine Bekanntmachung, in der es hieß, daß nach einer Mitteilung des Generals von Preisnitzer der Befehlshaber des Wehrkreises VI sich rückhaltlos auf den Boden der alten Regierung gestellt habe. Mehlich ließ in meinem Auftrag in Dortmund auch ein Flugblatt herstellen, in dem jetzt von der Aufgabe der Truppe gesagt wurde, daß sie friedlicher Arbeit die notwendige Sicherheit zu leisten habe und unbedingt auf dem Boden der alten Regierung stehe. Aber das kam alles drei Tage zu spät, und in diesem „zu spät“ liegt nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen das große geschichtliche Verschulden des Generals.

Es ist ihm später Eidbruch und offene Unterstützung des Hochverrats Rapps vorgeworfen worden. Mir sind Tatsachen, die diesen Vorwurf rechtfertigen könnten, nicht bekannt geworden. Eine Verfügung des Fünfstage-„Innenministers“ von Jagow, die den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten König seines Amtes enthob, ließ er nicht zur Ausführung bringen. Sein Fehler war seine Unentschlossenheit in einem geschichtlich großen Augenblick, sein Mangel an politischem Augenmaß. —

Dem Landrat von Hörde hatte ich mitgeteilt, daß vom Wehrfreiskommando Weisung gegeben sei, unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Aber es erwies sich bald, daß die Zeit zu ruhigen Verhandlungen schon vorüber war. Ein Blut- und Racherausch umnebelte die Massen: Die Kugeln im Lauf drängten auf Entladung.

Schon in Wetter hatte der Kampf die erbittertsten Formen angenommen. Augenzeugen wollen gesehen haben, wie die Soldaten des Hauptmanns Hasenclever auf die Samariter der Arbeitertrupps geschossen haben, während andererseits die im Bahnhofsgelände verwundeten Soldaten von den erbitterten Massen buchstäblich erschlagen worden sind. Der Führer der Arbeiter in Wetter, Ipsen, bemühte sich vergebens, dem Gemetzel Einhalt zu tun. Je mehr Menschen zusammenströmten — und jede Stunde brachte neue Scharen herbei —, desto fester setzte sich die Überzeugung, daß nur noch mit dem Mittel der Gewalt den putschverdächtigen Truppen entgegengetreten werden könne. Die Gewehre der Einwohnerwehren, Jagds Flinten, versteckt gehaltene Handgranaten bildeten die erste Ausrüstung der Massen, die nun in Bewegung waren.

\*

Am Dienstag, den 16. März, wurde dem Regierungspräsidenten König, der sich im Stadthause zu Dortmund amtlich niedergelassen hatte, um dem industriellen Teile seines Regierungsbezirks während der Unruhen näher zu sein, vom Oberbürgermeister Dr. Eichhoff gemeldet, daß am Bahnhof Dortmund-Süd soeben das Korps Lichtschlag eingetroffen sei und mit dem Ausladen der Mannschaften und des Materials beginne. Dieselbe Mitteilung überbrachte der Hauptmann von Heeringen, ein Sohn des ehemaligen Kriegsministers, der bis Mitte Sommer 1919 im Korps Bergmann tätig gewesen war und nun als Kommandant der 800 Köpfe zählenden Dortmunder Volkswehr den Sicherheitsdienst für Dortmund leitete. Herr von Heeringen erklärte dem Regierungspräsidenten, daß er seine Wehr fest in der Hand habe und daß die Stadt gegen jeden Putschversuch gesichert sei. Durch die Anwesenheit Lichtschlags sei die Wehr jedoch stark beunruhigt und die Gefahr zu Zusammenstößen sei sehr groß. Herr von Heeringen legte dem Regierungspräsidenten nahe, den Abzug des Korps Lichtschlag von Dortmund zu veranlassen. Eigene Vorstellungen bei Lichtschlag würden keinen



Erfolg haben, denn Lichtschlag sei zwar sein Regimentskamerad und Freund, aber auch ein „Dickkopf“, der seinen Vorstellungen schwer zugänglich sein würde.

Diese Charakteristik der Person Lichtschlags trifft ungefähr das Richtige. Eine schlanke, hochgewachsene Figur, jeder Zoll Soldat! Ein Mann von außergewöhnlichem persönlichen Mute, ein Draufgänger, wie sie die unruhige Zeit von damals so viele sah. Das Gros seiner Truppe war ihm treu ergeben. Aber was der Mann durch seine Tapferkeit und das Ungeßüm seines Temperaments in militärischen Dingen erreichte, verdarb er durch seine Unbelehrbarkeit und durch die Gewohnheit, mit der Bevölkerung, also mit seinen eigenen Volksgenossen, umzugehen, wie mit feindlichen Bewohnern eines feindlichen Landes im Kriege. Von ihm läßt sich wirklich sagen, daß die Farben seiner raschen Entschlüssen von keines politischen Gedankens Blässe angekränkt waren. Das mag im Krieg in Feindesland hingehen — obgleich es auch dort wohl kaum immer ein Vorzug ist. Hier im Industriegebiet, wo es ein sein verästeltes Wirtschaftsleben mit Hunderttausenden seiner lebendigen Glieder zu schützen — nicht zu bekriegen — galt, war mit Draufgängertum allein nicht auszukommen.

Auch in den nun folgenden Besprechungen über seinen Abzug blieb Lichtschlag der Dickkopf, offenbarte er wieder einmal den Typ des Nichts-als-Soldaten. Der Regierungspräsident König hatte den zweiten Bürgermeister von Dortmund zu ihm geschickt, der aber auf seine Vorstellungen den Bescheid erhielt, der General von Watter habe das Korps geschickt und nur dieser könne darum den Befehl an das Korps erteilen, Dortmund wieder zu verlassen. Auf einen telephonischen Anruf beim Wehrkreiskommando erklärte der Befehlshaber dem Regierungspräsidenten, Lichtschlag müsse in Dortmund bleiben, weil er weder vorwärts noch rückwärts könne, da ja doch bewaffnete Arbeitermassen schon jeden Weg versperrten! Nach einer längeren Erörterung wurde verfügt: Licht-

schlag verläßt in den Nachmittagsstunden Dortmund über Aplerbeck-Schwerte und zieht sich ins Sauerland zurück. Der Regierungspräsident übernahm es, den Truppen den Weg zum Abzug frei zu machen. Über diesen Abzug, der, wie sich bald zeigen sollte, ebenfalls im Zeichen des „zu spät“ stand, berichtete der Regierungspräsident König:

„Da der Rückmarsch durch den Landkreis Hörde vorgesehen war, begab ich mich sofort mit Landrat Hansmann an die Arbeit. Wir hielten schleunigst in allen Orten, die Lichtschlag passieren sollte, Besprechungen mit den Führern der Arbeiter- und Bürgerschaft ab, um ihm freie Durchzugsgebiete zu sichern. Das glückte uns bis Schwerte. Hier hatte der Bürgermeister einen sehr großen Kreis von Vertretern eingeladen. Da mehrere Personen Bedenken gegen den Durchzug der Lichtschlagtruppen scharf ausgesprochen hatten, schloß der Bürgermeister sich diesen Bedenken an. Er vertrat die Ansicht, seine gute Stadt Schwerte würde sehr zu leiden haben, wenn Lichtschlag durchmarschiere. Da wir uns nicht einigen konnten, die Zeit aber drängte und wir Mitteilug erhielten, daß Lichtschlag bereits in Aplerbeck eingetroffen sei, fuhren wir Lichtschlag entgegen bis zur Wirtschaft Godel. Es war mittlerweile Abend geworden. Von allen Seiten kamen Arbeiter und Bürger bewaffnet herbeigeeilt. In der Wirtschaft Godel angekommen, schickten wir dann Unterhändler zu Lichtschlag, der hinter Aplerbeck auf der Chaussee nach Godel „Halt“ gemacht hatte und ließen ihm sagen, er möchte aus zwingenden Gründen nicht die Straße Aplerbeck = Godel = Freischütz = Schwerte marschieren, sondern von Aplerbeck links die Straße durch den Wald nach Geisecke zu. Durch Benützung dieses Weges hätte er Schwerte umgangen und er wäre glatt ins Sauerland gekommen.

Das wiederholt an ihn gestellte Ansinnen lehnte jedesmal Lichtschlag glatt ab mit allerlei Einwendungen. Wir verwiesen ihn auf die Gefahr eines Zusammenstoßes mit den bewaffneten Volkshaufen, die an den Rändern der Straße Aplerbeck-Godel lagen. Alles vergeblich! Nach stunden-

langen Bemühungen erklärte unser Chauffeur, zwischen den bewaffneten Volksmassen nicht mehr fahren zu können, da bereits einige scharfe Schüsse das Auto getroffen hatten.

Jetzt mußten wir die weiteren Verhandlungen einstellen.

Mittlerweile machten mich einige Bekannte auf die Gefahr aufmerksam, in der wir angeblich schwebten. Man sagte mir, der „Revolutions-Kommissar“ habe soeben beschlossen, den Bürgermeister Rohmann, den Landrat Hansmann und mich sofort zu erschießen, weil wir ihm durch unsere Maßnahmen bewiesen hätten, daß wir dem Kampf mit Lichtschlag im Wege ständen und mitkämpften gegen die Diktatur des Proletariats!

Lichtschlag ließ gegen 10 Uhr Leuchtraketen auf und rüstete sich zum Kampfe. Als ich seinen Austrag nicht mehr verhindern konnte, fuhr ich nach Dortmund. Hier informierte ich die Führer der Volkswehr. Alles wurde in den Verteidigungszustand gesetzt. Nachdem nachts das Korps Lichtschlag vernichtet, zogen die „Sieger“ auf Dortmund zu.“

Die raschen Erfolge bei Wetter, Herdecke und Aplerbeck hatte die Kampflust der Massen ungeheuer gestärkt. Das Gerücht, Dortmund sei ohne Widerstand der Volkswehr von den Rappisten besetzt worden, tat ein übriges, um nunmehr die Kämpfe nach Dortmund vorzutragen.

Gegen Mitternacht erschien eine Vertretung der Arbeiterschaft auf dem Stadthause, um die Forderungen der Arbeiterschaft auf Entwaffnung der städtischen Polizei und der Volkswehr und auf Übergabe der vollziehenden Gewalt an einen Vollziehungsausschuß der Arbeiterschaft zu überbringen. Da der Stadtverwaltung und den Vertretern der politischen Parteien ein Widerstand zwecklos erschien, wurde den Forderungen entsprochen. Den kommunistischen Führer Meiberg erkoren die Arbeitervertreter zum Inhaber der vollziehenden Gewalt! Trotz der Verhandlungen im Stadthause entbrannten in den Straßen der Stadt heftige Kämpfe, die längere Zeit andauerten, bis der Oberbürgermeister Cuno erschien und mit dem Hagener Lehrer Schneider seine Ver-

mittlung anbot. Den ganzen Tag über war auch der meiner Dienststelle kommandierte Hauptmann Lorenz tätig gewesen, durch Vorstellungen bei den Arbeitervertretungen weiterem Blutvergießen vorzubeugen. Allmählich gelang es, die Massen davon zu überzeugen, daß die Gerüchte, in Dortmund sei eine Kappisten-Herrschaft aufgerichtet, falsch seien. Immerhin kosteten die Kämpfe in Dortmund etwa 70 Tote und 200 Verwundete.

Es ist überaus bezeichnend für die Kämpfe der ersten Tage, daß sie sich ausschließlich gegen die Träger der Staatsgewalt richteten. In den Unruhe-Monaten des Vorjahres und in den Wochen des Eisenbahnerausstandes hörte man in den radikalsten Bezirken des Industriegebietes keineswegs vereinzelt die Parole, die Bergwerks-Direktoren „auf den Bechenplatz zu stellen“. In ihnen erblickten die verheßten Massen die größten Hindernisse der Sozialisierung, in ihrer Beseitigung die freie Bahn für die Enteignung des Bergbaues. Die scheußliche Ermordung des Bergwerksdirektors Sebold von der Zeche Lohberg, die einige Tage später im Hamborner Gebiet erfolgte, war ein Beweis dafür, daß die Losung „gegen die Bergwerks-Direktoren“ in Hamborn noch nicht vergessen war. Im östlichen Revier aber trat sie jetzt nirgends hervor. Auch die verantwortlichen Leiter der Stadtverwaltungen, die im Jahre vorher die ärgsten Stöße der Massen auszuhalten hatten, weil man sie der Sabotage an der Lebensmittelversorgung bezichtigte, ließ man jetzt im allgemeinen unbehelligt. Dafür hatten die Führer der Bewegung — auch die kommunistischen — ihre guten Gründe: Ohne die Hilfe der Stadtbehörden wäre die Lebensmittelversorgung sehr schnell zusammengebrochen. Aber auch die Massen wandten sich nur selten gegen die städtischen Leiter. Ihr Kampf galt jetzt dem Militär, der Polizei, den Wehren und allem, was sich ihrem Treiben mit der Waffe in der Hand entgegenzustellen wagte. Die meisten Todesopfer der Straßenkämpfe in Dortmund stellte die Polizei und die Volks-



wehr. Arbeiter standen gegen Arbeiter. „Ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen.“ —

Die bewaffneten Arbeitermassen, denen nach der Kapitulation Lichtschlags und durch die Entwaffnung vieler Wehren neue Beute an Waffen und Munition in die Hand gefallen war, waren auf etwa 10 000 Köpfe angewachsen. Zu den Hagener und Hörder Arbeitern waren nun auch die aus Dortmund, Iserlohn, Wetter, Witten, Mengede und anderen Orten gestoßen.

Die Erscheinungen in Dortmund ließen erkennen, daß die Bewegung den Führern bereits aus den Händen geglitten war. Die Dortmunder Polizei war absolut verfassungstreu, die Volkswehr bestand zum überwiegend größten Teil aus Mitgliedern der Weimarer Parteien. Trotzdem richtete sich der Kampf der bewaffneten Arbeiter in erster Linie gegen sie. Was der nun regierende Vollzugsrat als Ersatz aufstellte, war eine blutige Karikatur auf die Hüter der Ordnung. Der Kampf im Hagener Bezirk hatte Halt gemacht vor den verfassungsmäßigen Einrichtungen. Nicht ein Polizeibeamter war angegriffen oder abgesetzt worden. Bei den Kämpfen in Dortmund handelte es sich zuerst und in der Hauptsache um die Beseitigung der Polizei. Nichts war darum so notwendig, wie die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß sie mißbraucht würde, wenn sie sich gefallen ließe und mitwirkte, die Kampfhandlungen gegen die verfassungstreuen Organe des Staates weiterzuführen und damit das Wirtschaftsleben des Ruhrreviers aufs neue zu gefährden. Das war freilich nicht ganz leicht. Die örtlichen Militärbefehlshaber betrugen sich so ungeschickt — um nicht zu sagen provokatorisch —, daß sie nicht nur den Groll der Arbeiterschaft, sondern in vielen Fällen den Unmut der gesamten Bevölkerung erregten. In Düsseldorf, das von Ausschreitungen bis dahin verschont geblieben war, ließ der Major von Rudorff die Hauptverkehrsstraßen militärisch besetzen und bewaffnete Soldaten in Autos durch die Straßen rasen. Diese Nervosität führte zu einer Entschließung der Fraktionen der Stadtver-

ordneten-Versammlung, in der es hieß, daß Major von Rudorff nicht der geeignete Leiter für den militärischen Sicherheitsdienst Düsseldorf sei und daß sich die Fraktionen verpflichteten, für seine sofortige Abberufung energisch einzutreten. Auch die Deutsche nationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei hatten an dieser Entscheidung mitgewirkt, die mir vom Bürgermeister Schmid, dem heutigen Staatssekretär im Ministerium für die besetzten Gebiete, überreicht wurde.

In Remscheid hatte der Major von Lützow die „Bergische Volksstimme“ besetzt und den Druck und Vertrieb der Zeitungen verboten. Auch die Ausführung von Druckaufträgen war durch diese Maßnahme unmöglich gemacht. Sie wirkte wie eine Provokation und zeigte deutlich, wie fremd und verständnislos die militärischen Dienststellen noch all den Ereignissen gegenüberstanden, die nun stündlich doch auch ihnen gemeldet wurden.

## Der Bergbau schafft!

Viel ruhiger und verständiger verhielten sich die Bergarbeiter während dieser Bewegung. Von der Erklärung des Generals von Watter, daß er sich der alten Regierung zur Verfügung stelle, hatte der General selbst dem Wehrminister und ich in den Mittagsstunden des 16. Januar dem Reichsfkanzler in Stuttgart Mitteilung gemacht. Die Regierung antwortete sofort durch eine Kundgebung. Sie zog aus der Tatsache, daß nun alle öffentlichen Gewalten, Militär- und Zivilbehörden auf seiten der verfassungsmäßigen demokratischen Regierung standen, die Folgerung, nunmehr an die Bergarbeiter mit dem Ersuchen heranzutreten, die Förderung wieder aufzunehmen. Es lag nicht nur im Interesse der Wirtschaft, sondern diente auch der öffentlichen Ruhe und Ordnung, wenn es gelang, 400 000 Bergarbeiter wieder zur Beschäftigung zu bringen. In dieser Richtung waren selbst unabhängige Führer, wie Ludwig-Hagen, unablässig tätig.

Inzwischen waren Vertreter der Bergarbeiterverbände, der Angestelltenverbände und des Zechenverbandes in Essen zusammengetreten, um zu der durch den Kapp-Putsch geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Beratungen war eine Entschliebung, deren Inhalt Zeugnis ablegt von dem klaren Blick und der unerschütterlichen Ruhe, mit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrkohlenbergbaues den Putsch in Berlin beurteilen. Sie ist eines der interessantesten Dokumente der Geschichte jener Zeit und verdient darum auch hier im Wortlaut mitgeteilt zu werden. Sie lautete:

Im Einverständnis mit dem Reichskommissar Severing beschließt die Arbeitsgemeinschaft für den Ruhrkohlenbergbau was folgt:

Die Arbeitsgemeinschaft verurteilt entschieden jeden Versuch einer gewalttätigen Regierungs- und Verfassungsänderung, so auch die jetzigen Vorgänge in Berlin.

Durch diese Vorgänge ist der Ruhrkohlenbezirk mit seinen industriellen Nachbargebieten in eine äußerst gefährliche Lage gekommen, da er bei dem ausgebrochenen Generalstreik von den Lebensmittelproduktionsgebieten jeden Augenblick abgeschnitten werden kann.

In dieser Notlage zur Rettung der Bevölkerung vor der unmittelbar bevorstehenden Hungersnot und zur Sicherung eines in Zukunft ausnahme- und produktionsfähigen Inlandsmarktes faßt die Arbeitsgemeinschaft im rheinisch-westfälischen Bergbau folgenden Beschluß:

I. Das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat hat von Herrn Kapp keinerlei Anweisungen über die Kohlenverteilung entgegenzunehmen. Der verfassungsmäßigen Regierung ist die Verwaltungsmöglichkeit im Augenblick genommen. Bis zur Aufnahme der Verwaltung durch die verfassungsmäßige Regierung sind die Kohlenzuweisungen nach folgenden Grundsätzen vorzunehmen:

1. Die Industrie des engeren und weiteren Industriegebiets ist ausreichend mit Kohlen zu versorgen, damit sie in der Lage ist, durch Ausfuhrware die Lebensmittelbeschaffung im Auslande zu ermöglichen.
2. Die Ausfuhr von Kohlen ist sofort so zu verstärken, daß in Holland und den sonst lieferfähigen Nachbarländern die erforderlichen Lebensmittel gesichert werden können, um eine Hungersnot zu vermeiden.
3. Die von der Arbeitsgemeinschaft und dem Reichskohlenverband am 28. Februar gebilligten Grundsätze für den Kohlenvertrieb finden sinngemäße Anwendung.

II. Es wird ein paritätisch zusammengesetztes Ausführungs-komitee gewählt, das ermächtigt ist, in Verbindung mit dem Reichskommissar Severing, der sich durch Beauftragte auf dem Laufenden halten wird, eilige Entscheidungen zu treffen:

1. wegen der Lebensmittelversorgung,
2. wegen Sperrung oder Kürzung der Kohlenlieferung an solche Gebiete, die sich nicht auf den Boden der Reichsverfassung stellen,
3. wegen der Belieferung der Entente.

III. Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bergbau werden in der Arbeitsgemeinschaft zusammenwirken, um die Arbeit und Ordnung im Bezirk aufrechtzuerhalten und die ganze Kohlenmacht dafür einzusetzen, daß in Deutschland schleunigst verfassungsmäßige Zustände unter Vermeidung von Blutvergießen wieder herbeigeführt werden.

IV. In Erkenntnis der Notwendigkeit, die in der Arbeitsgemeinschaft erfolgte Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des Ruhrkohlenbergbaues auch für die Zukunft zu sichern, wurde es von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite für geboten erachtet, an dem Wesen und den Zielen der Arbeitsgemeinschaft und an den bisherigen Vereinbarungen festzuhalten.

An die gesamten Belegschaften ergeht der dringende Ruf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und Ausschreitungen zu vermeiden.

Die Streiktage bis einschließlich Mittwoch, den 17. März, sollen nicht auf den Urlaub angerechnet werden. Es wird aber die Erwartung ausgesprochen, daß bereits möglichst wieder am Mittwoch die Arbeit aufgenommen wird. Wegen des Fernbleibens von der Arbeit anlässlich des Generalstreiks werden keine Maßregelungen vorgenommen.

Essen, den 16. März 1920.

**Verband der Bergarbeiter Deutschlands:**  
Hufemann. Schmidt.

**Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands:**  
Imbusch.

**Polnische Berufsvereinigung, Abt. für Bergarbeiter:**  
Wozniak.

**Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter S.-D.,**  
**Abteilung der Bergarbeiter:** F. Schmidt.

**Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände:**  
Gramm.

**Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften:**  
Michels.

**Gewerkschaftsbund der Angestellten:**  
Lindenthal.

**Böhenverband:** Wiskott.

Es ist nicht überflüssig, in diesen Blättern hervorzuheben, daß an dem Zustandekommen der Entschließung besonders zwei Männer mitgewirkt haben, die leider nicht mehr unter den Lebenden weilen: Otto Hue und Hugo Stinnes. Beide wußten, daß, wenn sich die Wellen des Rapp-Buttsches



am Bergbau brechen sollten, die klarste Stellungnahme gegen die Berliner Verschwörer erforderlich sei. Der Ruhrkohlenbergbau besaß in den Bodenschätzen seines Reviers eine gewichtige Waffe, die nach seiner Entschliebung gegen die Verfassungsbrecher angewandt werden sollte. Diese Stärke und das Bewußtsein dieser Stärke fand in der gemeinsamen Erklärung ihren würdigsten Ausdruck. Sie drohte nicht, sie lärmte nicht, aber sie zeigte Tatbereitschaft und verbreitete Klarheit. Der Bergbau blieb nicht „neutral“, sondern stand gegen die Ruhestörer. Wäre diese Ruhe, Klarheit und Entschlossenheit überall beobachtet worden, dann hätte schon am 17. März im Ruhrgebiet kein Hahn mehr nach den Rapp und Lüttwig gekräht. Die Entschliebung der Arbeitsgemeinschaft blieb darum auch nicht unwirksam. So oft auch örtliche Vollzugsausschüsse zum Generalstreik aufriefen und so oft bei Straßenkämpfen, die sich nun bald im ganzen Ruhrgebiet abspielen sollten, auch der Bergbau in Mitleidenschaft gezogen war, so verlockend es ferner erschien, in diesen Tagen ein Experiment nachzuahmen, das in Dortmund auf die Einführung der Sechsstundenschicht gemacht war — die Bergarbeiter folgten diesmal mit überwältigender Mehrheit der Parole ihrer Führer: Gegen Schluß der ersten Kampfwoche waren nicht nur 80 Prozent der Bechen wieder in vollem Betriebe, sondern es wurden auch schon wieder Übersichten verfahren, wie mir am 21. März in einem Telegramm der Vorsitzende des Bergarbeiter-Verbandes, Hufemann, meldete.

Als Vertreter des Bechenverbandes unterzeichnete Generaldirektor Wiskott die Erklärung. Auch das möchte ich besonders betonen und hinzufügen, daß ich bis in das Jahr 1925 hinein mit Herrn Wiskott gemeinsam Fragen des Bergbaus in Schlichtungsverhandlungen und Wirtschaftskonferenzen erörtert und zum Abschluß gebracht habe. Ich habe nie auch nur den geringsten Anlaß gesehen, an der Verfassungstreue dieses ruhigen und verständigen Mannes zu zweifeln.

# Zwischenspiel

Auch die Zivilbehörden blieben von der allgemeinen Nervosität der Rapp-Lage nicht verschont. Das war verständlich, soweit der engere Unruhebezirk in Frage kam, befremdlich aber wirkte es bei Behörden an der Peripherie. In Minden hatte sich auf eine Vorstellung bei der Regierung in Stuttgart hin ein Arbeiterrat gebildet, dem ich auf eine entsprechende Anzeige geantwortet hatte, daß Wehrkreis-Kommando und Reichskommissar mit seiner Einsetzung einverstanden seien, wenn die zur alten Regierung haltenden Parteien ihn ausschließlich besetzten. Von Eingriffen in die Funktionen der ordentlichen Behörden sollte der Arbeiterrat einstweilen absehen. Ob eine Kontrolle des Regierungspräsidenten erforderlich sei, müsse der mündlichen Besprechung vorbehalten bleiben. Darauf beantragte zunächst der Mindener Bürgerbund die Beseitigung des Arbeiterrates mit der Drohung, die Beseitigung evtl. zu erzwingen, worauf dem Bürgerbund geantwortet wurde, daß der Arbeiterrat nicht aufgehoben würde, falls er sich keine Übergriffe zuschulden kommen lasse und daß der Beschluß, seine Beseitigung zu erzwingen, auf die Entschließungen der Behörde selbstverständlich keinen Einfluß haben könnte. Da die Bildung von Arbeiterräten inzwischen in Hunderten von Städten erfolgt war und diese Körperschaften nicht zum wenigsten dazu beitrugen, der Aufforderung der Regierung, den Generalstreik schnellstens zu Ende zu bringen, Beachtung zu verschaffen, wurde durch Verordnung die Einrichtung der Arbeiterräte ausdrücklich anerkannt und ihre Funktionen in folgender Weise umschrieben:

## Verordnung!

Im Einverständnis mit dem Herrn Regierungskommissar Sebering verordne ich auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. 1. 20 wie folgt:

„Arbeiterräte oder Vollzugsausschüsse, die eine Mitwirkung bei den Behörden bezwecken, bedürfen der Bestätigung des Wehrkreis-Kommandos und des Regierungskommissars. Wo sich schon Arbeiter-

räte usw. gebildet haben, ist das durch die Räte selbst unter Angabe der Namen und der politischen Parteizugehörigkeit der Mitglieder dem Wehrkreiskommando, Regierungskommissar und dem Oberpräsidenten zu melden.

Die Arbeiterräte haben sich aus Angehörigen der Regierungsparteien (Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialisten) zusammenzusetzen. Gewünschte Abweichungen sind zu beantragen.

Die Arbeiterräte sollen dort, wo ein dringendes Bedürfnis besteht, als Verbindungsorgan zwischen Behörden, Arbeitern und Bürgern tätig sein; sie sollen ferner das Wehrkreiskommando und den Regierungskommissar über die Stimmung in der Bevölkerung unterrichten und im Einvernehmen mit den Behörden bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung tätig sein. Vollzugs- und Aufsichts-Recht steht den Arbeiterräten nicht zu. Dagegen werden alle Behörden ersucht, mit den Arbeiterräten in engster Verbindung tätig zu sein und die gewünschten Auskünfte zu erteilen.

Die Tätigkeit ist ehrenamtlich.

Wehrkreiskommando und Regierungskommissar werden die Außerkraftsetzung dieser Verordnung verfügen, sobald die politische Ruhe wieder hergestellt ist.

Die Verordnung tritt mit dem 17. 3. 20 in Kraft.

**Der Reichskommissar:**

gez.: Severing.

**Der Befehlshaber des Wehrkreises VI:**

gez.: Freih. v. Watter, Generalleutnant.

Jede Behörde, die auch nur ein geringes Maß von Verständnis für die Psyche der republikanischen Bevölkerung besaß, hätte die durch die Bildung der Arbeiterräte geschaffene Vermittlungsstelle zwischen Behörden und Arbeiterschaft mit Freuden begrüßen müssen. Das ist denn auch auf der ganzen Linie geschehen, und die meisten Arbeiterräte haben in den ersten Tagen der Unruhen sehr viel zur Beruhigung der Arbeiterschaft beigetragen. Selbst Unabhängige haben sich in vielen Fällen zur Aufrechterhaltung der Ordnung den Stadtverwaltungen zur Verfügung gestellt, und der Landrat des Kreises Hamm berichtete sogar, daß die ruhigen Elemente der Kommunisten sich um die Mitgliedschaft im Arbeiterrat beworben hätten unter der Versicherung, auch ihrerseits zu einem Zusammenarbeiten mit den Behörden beitragen zu wollen. Es stand der Mindener Bürgerschaft nichts im Wege, einen eigenen Bürgerrat zu bilden, wenn sie es nicht vorzog, sich zur Verteidigung der Verfassung im Arbeiterrat zu beteiligen. Und von geschickten

Behördenvertretern hätte man erwarten dürfen, daß sie auch ohne Richtlinien des Wehrkreiskommandos und des Reichskommissars befähigt gewesen wären, den Sturm und Drang der ersten Tage in ein Fahrwasser ruhiger Gemeinschaftsarbeit zu lenken. In Minden schien das unmöglich zu sein.

Am 18. März lief in Münster ein Telegramm des Mindener Regierungspräsidenten ein, das nicht mehr und nicht weniger den Ausbruch eines Beamtenstreiks für den Fall in Aussicht stellte, daß der Arbeiterrat in die verfassungsmäßige Stellenbesetzung eingriffe. Das war dem Arbeiterrat schon untersagt, und darum ist das Telegramm so bezeichnend für die politische Atmosphäre, in der damals weite Kreise der Beamenschaft an der Peripherie der Provinz Westfalen lebten, daß es auch in diesen Blättern Aufnahme finden möge. Es lautete:

„Verlautbarung des Arbeiterrates über Übernahme der Vollzugsgewalt und daraus entsprungene Gerüchte über zu erwartendes Eingreifen, insbesondere Beseitigung des Regierungspräsidenten und Landrats lösten gestern allgemeine Empörung der Beamenschaft aus. Auf Anregung diesseitiger mittlerer Beamten beschloß unter Leitung des Gewerkschaftsbundes die gesamte Beamenschaft einschließlich der Angestellten, der Regierung im Falle Eingreifens des Arbeiterrats in verfassungsmäßige Stellenbesetzung **Weiterarbeit zu versagen**. Beamenschaft der Postverwaltung erklärte sich eintretenden Falles mit Verwaltungsbeamten **solidarisch**. Justizbeamten stellten Teilnahme in Aussicht.

gez.: Regierungspräsident.“

Ich bin überzeugt, daß viele der beteiligten Beamten, die den zum Schutz der Verfassung von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung ausgerufenen Generalfstreik — wie der General von Watter — als „unheilvoll“ betrachteten, sich in diesem Falle nicht scheuten, um eines vermeintlichen Eingriffs des Arbeiterrats in



die Besetzung zweier Beamtenstellen mit einem Streif zu drohen! Betrüblich war es vor allem, daß sich der Regierungspräsident von Campe verleiten ließ, das Telegramm mit der in ihm enthaltenen Drohung weiter zu geben. Als er nach einigen Tagen seiner vorgesetzten Behörde sein Abschiedsgesuch einreichte, da hat in den Entschlüssen der Behörde auf Genehmigung des Abschiedsgesuches neben den wenig entschiedenen Rundgebungen des Regierungspräsidenten zum Kapp-Putsch auch dieses Telegramm eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Herr von Campe hatte sich schon damals schlecht beraten. . . .

Im General von Watter erstand ihm zwar ein treuer Fürsprecher. Watter empfahl in einem Telegramm der preussischen Regierung, dem Abschiedsgesuch des außerordentlich tüchtigen Beamten „nicht stattzugeben“. Aber er rettete den Freund nicht mehr.

Die Parteinahme des Generals für Herrn von Campe ist um deswillen besonders interessant, weil er ein Jahr früher energisch auf die Entfernung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Kruse gedrängt hatte, der es nach seiner Ansicht an einer entschiedenen Bekämpfung des Bolschewismus fehlen ließ.

Ob Herr von Campe seinem Kollegen darin über gewesen wäre? —

## Abzug der Truppe

Inzwischen waren die Arbeitertruppen auch im Wuppertal und in Remscheid siegreich gewesen. Aus Elberfeld und Barmen war der General von Gyllhausen vertrieben worden. Nach den Kämpfen fielen den Arbeitern wieder größere Mengen von Waffen in die Hand. Remscheid blieb am 18. März einer belagerten Festung. Nach eintägigem Kampfe, wobei auch die in Wetter erbeuteten Geschütze in Tätigkeit traten, wurde die Stadt gestürmt, Remscheid und Lennep besetzt. Etwa 1500 Soldaten ergaben sich im besetzten Gebiet den Engländern.

Aus Mülheim war das Freikorps Schulz, dessen Führer durch seine Haltung nicht wenig zu den Komplikationen beigetragen hatte, in westlicher Richtung entwichen und bis Dinslaken gekommen. Das Regiment 61 hatte ebenfalls seine Garnison in Düsseldorf verlassen und sich nach Wesel gewandt. Der ganze Industriebezirk war nunmehr von Truppen entblößt und die bewaffneten Arbeitermassen hatten verhältnismäßig leichtes Spiel, alle Städte des Gebietes zu besetzen. Bochum und Gelsenkirchen waren schon in ihrer Hand. Eine für Einwohnerwehren bestimmte Sendung Gewehre — rund 2000! — wurde in Bochum angehalten und beschlagnahmt. Ausrüstung für ein ganzes Regiment! Das nächste Ziel war Essen. Auf Lastautos und auf den elektrischen Bahnen vollzog sich der Einmarsch. Die Essener Sicherheitspolizei versuchte zwar, dem Ansturm der zunächst nur auf 3000 bezifferten Arbeitertrupps festzuhalten, doch erwies sich schon in einigen Stunden die Aussichtslosigkeit dieser Bemühungen. Am Freitag, 19. März, vormittags, begannen die Verhandlungen. Gegen 12 Uhr wurde dem Kommando der Sicherheitspolizei das Ultimatum gestellt, sich in einer halben Stunde zu ergeben, im Weigerungsfalle würde das Essener Rathaus mit Artillerie beschossen werden. Nach blutigen Straßenkämpfen kam es zum Waffenstillstand mit der Maßgabe, daß die Sicherheitspolizei mit allen Waffen und in allen Ehren aus Essen abziehen würde. Die entsprechende Parole der Führer wurde jedoch nicht beachtet. Während sich die Polizei anschickte, Essen zu verlassen, wurde sie umstellt, zur Waffenabgabe gezwungen und mißhandelt, oder gar von der wütenden Menge (so am Wasserturm, am Hauptpostamt und am Rathaus) niedergestochen und erschlagen. Nach Schätzungen von Augenzeugen hat der Kampf in Essen einige hundert Tote und Verwundete gefordert. Auch hier wurde mit der größten Wut gekämpft. Die Polizei wurde beschuldigt, sechs Sanitäter der Arbeiter erschlagen zu haben, und dieses Gerücht hatte zur Folge, daß einige Duzend

Angehörige der Polizei in geradezu viehischer Weise hingemetzelt wurden. Ein in den Betrieben gewählter Vollzugsrat trat an die Spitze der Stadtverwaltung, ließ sich aber gern vom Oberbürgermeister führen. Zahlungs- und Nahrungsmittel wurden von Stunde zu Stunde rarer.

Die Vorgänge in Dortmund und Essen zeigten jedem Unbefangenen, daß, wenn nicht ein Wunder geschähe, es nur durch die Zusammenziehung einer außerordentlich starken Militär- und Polizeimacht möglich sein würde, die Ordnung wieder herzustellen. Aber noch in diesen Tagen wurde ich bestürmt, meinen ganzen Einfluß aufzubieten, um Truppen- und Truppensendungen nach den Orten des Ruhrgebietes zu verhindern. Am 18. März noch konnte ich den Herren Isenrath und Röttgen aus Hanum eine Antwort im zusagehenden Sinne erteilen und erklären, daß das Wehrfreikommando auf die Verwendung von Truppen im Ruhrgebiet verzichten würde unter der Voraussetzung, daß die Bürgerschaft, insbesondere die Arbeiterschaft, sich verpflichte, mit ihren eigenen Organen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen und jede Ausschreitung an Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürger zu verhindern. Ich habe den Herren aber auch erklärt, daß das beste Mittel der Beruhigung in der Belehrung der Bevölkerung bestehe und in der Aufklärung darüber, daß der Putz der Kapp- Leute erledigt sei und daß Ausschreitungen linksradikaler Elemente, weil für das Ruhrgebiet ebenso gefährlich, mit der gleichen Entschiedenheit bekämpft werden müßten.

Nach weiteren drei Tagen stand es freilich fest, daß weder die Vertreter der politischen Parteien noch die Gewerkschaften imstande waren, die Bewegung, die von einem Ort zum anderen rasste, in verfassungsmäßigen Bahnen zu halten und Leben und Eigentum der Bürger zu schützen. In den größeren Städten machte sich schon ein empfindlicher Mangel an Lebensmitteln bemerkbar. Die Gerüchte verdichteten sich immer mehr und wurden bald zur Gewißheit, daß Holland die Zufuhr von Lebensmitteln einstellen und erst dann wieder

aufnehmen würde, wenn die Ruhe wieder hergestellt sei. So war mit mathematischer Sicherheit der Augenblick zu errechnen, in dem der Industriebezirk unter dem Zeichen einer furchtbaren Hungersnot stehen würde. Der Kommunist *Meinberg*, der Dortmund beherrschte, sah diesen Zeitpunkt ebenfalls kommen und bat nun die Stellen, die er bis vor kurzem noch so hartnäckig bekämpft hatte, auch seine Stadt mit Lebensmitteln zu versorgen. *Meinberg* zeigte sich im übrigen sehr bereit, den ihm von mir erteilten telegraphischen Weisungen nachzukommen, so daß der Oberbürgermeister Dr. *Eichhoff* bald wieder leidlich ungestört arbeiten konnte, soweit das unter den damaligen Verhältnissen möglich war.

Die Münsterischen Eisenbahner wandten sich mit Flugblättern an die Landwirte, an Lebensmitteln herauszugeben, was nur irgendwie entbehrt werden könne. Der Bürgerkrieg würde auch die Landwirte des Münsterlandes nicht verschonen, wenn nicht alle jetzt der einen vaterländischen Pflicht eingedenk seien, alle erforderlichen Lebensmittel den hungernden Volksmassen in den Industriestädten zuzuführen.

\*

Derweil waren der Befehlshaber und ich ständig bemüht, Truppen heranzuziehen und sie für den Fall bereit zu machen, daß die Wiederherstellung der Ordnung nur durch den Einmarsch überlegener militärischer Kräfte möglich sein würde.

Dem General von *Watter* war schon Hilfe aus anderen Wehrkreisen, vor allem aus Süddeutschland, das ja ruhig geblieben war, zugesichert. Meine Bemühungen waren darauf gerichtet, den ungehinderten Transport dieser Truppen zu bewerkstelligen. Dabei gab es die größten Schwierigkeiten zu überwinden, denn noch immer bestand gerade bei den Eisenbahnern das allergrößte Mißtrauen. Sie hatten allzuoft Formationen beobachtet, die unter Mitführung von schwarzweißroten Fahnen immer aufs neue die Bevölkerung erregten. Noch am 25. März mußte *Watter* durch einen Befehl gegen diesen Unfug einschreiten. Jedenfalls hatte ich



täglich zu tun, um den Eisenbahnern die Lage im Bezirk auseinanderzusetzen und sie zu bestimmen, den Truppentransporten keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Da unterbrach ein peinlicher Zwischenfall die jetzt so notwendige Zusammenarbeit. Am 17. März hatte der Aktionsausschuß der sozialdemokratischen Partei Münster ein dringendes Telegramm nach Stuttgart gesandt, das Beschwerden über den General von Watter enthielt. Die Antwort des Reichskanzlers Bauer auf dieses Telegramm war an mich gerichtet, sie hatte folgenden Wortlaut:

„Hochverräter Rapp und Lüttwitz haben kapituliert. Generalstreik kann aufgehoben werden. **Beschwerden Watter sollen untersucht und abgestellt werden.**“  
gez.: Bauer, Reichskanzler.“

Diese Antwort gab ich dem Aktionsausschuß weiter, der seinerseits in sensationeller Aufmachung unter der Überschrift „Die Untersuchung gegen General von Watter eingeleitet!“ die Öffentlichkeit unterrichtete und bekannt gab, daß er die sofortige Abberufung Watters und Ersatz durch einen sozialistischen Führer verlangt habe. Dieses Vorgehen war nicht nur ein grober Vertrauensbruch, sondern auch eine politisch außerordentlich törichte Handlung. Mich persönlich konnte es noch dem Verdacht aussetzen, als ob ich hinter dem Rücken des Generals die Regierung gegen ihn eingenommen hätte. Ich war deswegen von der Veröffentlichung im „Volkswille“ geradezu zerschlagen.

Die Stimmung der Truppe in jenen Tagen war mir bekannt, so daß ich keineswegs überrascht war, als einen Tag nach der Veröffentlichung des Telegramms ein Generalmajor des Freiherrn von Watter bei mir erschien und mir die Solidarität des gesamten Offizierkorps mit dem Befehlshaber für den Fall erklärte, daß die Regierung dem Ersuchen des Ausschusses auf Entfernung Watters stattgeben würde. Ich habe geantwortet, daß ich mehr noch wie das Offizierkorps den Vorfall aus politischen und persönlichen Gründen auf das lebhafteste bedauere, daß es aber keiner Pression

bedürfe, um die Regierung zu veranlassen, dem Anfinnen des Aktionsausschusses nicht nachzugeben. Würden mir bei der Vorbereitung der großen und schwierigen Aufgaben des Ruhrgebietes, die nur durch die engste Zusammenarbeit der militärischen und zivilen Behörden geleistet werden könnte, Hindernisse in den Weg gelegt — und dazu würde ich auch die Abberufung des Befehlshabers in diesem Augenblicke rechnen — so würde auch ich mein Amt zur Verfügung stellen. In ähnlicher Weise habe ich geantwortet, als einige Tage später auf der Bielefelder Konferenz versucht wurde, in die Einigungsbedingungen die Abberufung des Generals von Watter aufzunehmen. Was ich an der Haltung des Befehlshabers in den ersten Tagen nach dem Putsch zu beanstanden hatte, hatte ich ihm in aller Offenheit gesagt und daraus auch in der Öffentlichkeit kein Hehl gemacht. Jetzt aber kam es darauf an, den begangenen Fehlern nicht noch neue hinzuzufügen, und ein Fehler und eine Torheit sogar wäre es gewesen, in diesem Augenblicke aufs neue die Kräfte zu zersplittern, deren Zusammenfassung und geschlossener Einsatz allein imstande war, das Schlimmste zu verhüten.

## Das Bielefelder Abkommen

Am 21. März hat ich die Zeitungen des Industriebezirktes um die Veröffentlichung eines Aufrufes, den ich besonders an meine Kameraden der Arbeiterschaft richtete:

Setzt die ungesetzlich verabschiedeten Behörden wieder in ihre Ämter. Gewalttame Eingriffe in die Verwaltung darf gerade ein demokratisches Staatswesen nicht zulassen. Sie führen im gegenwärtigen Augenblick nur zu empfindlichen Störungen in der Lebensmittelversorgung.

Enthaltet Euch jedes Eingriffes in die Lebensmittelverteilung durch die Beschlagnahme von Lebensmittelsendungen, denn das wäre glatter Raub an den kargen Rationen hungernder Arbeiter.

Liefert den Behörden die Waffen ab! Nur die Polizei

und die Wehren sind befugt, Waffen zu tragen. In der Organisation des Sicherheitswesens sollen und müssen Änderungen eintreten, die der Arbeiterschaft das Gefühl des Vertrauens zu den Sicherheitsorganen verschaffen. . .

Helft mir, daß ohne Zwang die verfassungsmäßigen Zustände wieder hergestellt werden.

In einigen Orten wurde die Veröffentlichung dieses Aufrufs von den kommunistischen Vollzugsräten verboten!

Am gleichen Tage habe ich in einer Versammlung der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Bielefelds auf Anfrage eines unabhängigen Sozialisten erklärt: „Es kommen keine Truppen mehr ins Ruhrrevier, ehe nicht alle Mittel zur Verständigung mit der Arbeiterschaft erschöpft sind. Die ersten Schritte zu dieser Verständigung sollen darin bestehen, daß an einem neutralen Orte die Führer der einzelnen Stadtbehörden und der Bewegung im Ruhrgebiet, ganz gleich welcher Richtung, zu einer Beratung eingeladen werden, in der ein Weg gefunden werden muß, um einmal das Blutvergießen — es handelt sich ja lediglich um Arbeiterblut! — zu verhindern und dann einen Weg zu suchen zur Wiederherstellung der gestörten Ordnung. Sollte es nicht möglich sein, auf dem Wege der gemeinsamen Verhandlung und Verständigung eine Einigung mit den Mitteln der Vernunft, Besonnenheit und Toleranz zu erzielen, dann muß dort fest zugegriffen werden, wo Lebensmittelplündereien stattfinden und Gesundheit und Eigentum der Arbeiter und Bürger gefährdet sind.“

Das war das Programm der Bielefelder Konferenz, gegen das der unabhängige Fragesteller keine Einwendungen geltend zu machen hatte.

Die Einberufung dieser Konferenz, ihr Verlauf und ihr Ergebnis ist hinterher von Leuten, die vom sicheren Port aus gemächlich raten hatten, als ein einziges großes Eingeständnis von Schwäche bezeichnet worden. Ich

war gegen eine sachliche Kritik nie empfindlich. Diese kritischen Bemerkungen aber haben mich ganz besonders unberührt gelassen, obgleich (oder weil?) sie sogar ein Körnchen Wahrheit enthielten. Eine besondere Stärke nämlich konnten in jenen Tagen die Behördenvertreter beim besten Willen nicht herausstellen. Die Truppe war dazu am wenigsten in der Lage. Der ganze Bezirk war von Militär und Polizei entblößt, nur in und um Wesel standen noch Soldaten. Die dem Militärbefehlshaber aus anderen Wehrbezirken zur Verfügung gestellten Kräfte waren erst im Anrollen. In welchem Zustande sich die Truppe überhaupt befand, das war ja in den ersten Tagen durch die Vorkommnisse in Wetter (Übertritt von Soldaten der Abteilung Hasenclever) und in Herdecke (Behorfsamsverweigerung bei der Truppe des Hauptmanns Lange) der Öffentlichkeit gezeigt worden. Ob angesichts der außerordentlich schwierigen Lage des Ruhrgebiets die anrollenden Truppen durchweg besser und fester in der Hand ihrer Führer sein würden, war keinem von uns verbürgt. Von der Truppe im Wehrbezirk selbst hatte vor kurzem noch eine Brigadeleitung festgestellt, daß einzelne Führer nur noch ungern gegen Verfehlungen einschritten, weil sie die Kündigung der Bestraften scheuten. Ich konnte und wollte unter gar keinen Umständen bei dem Einsatz ungenügender militärischer Kräfte mitwirken, da das angesichts der Gesamtlage des Bezirks zu einem neuen Blutvergießen, zu einem neuen Fiasko, zu einer weiteren Schwächung der Staatsautorität, zu einem neuen ermunternden Erfolge der Auführer geworden wäre. Ich konnte und wollte einem neuen Einmarsch der Truppe in das Ruhrgebiet nur dann zustimmen, wenn die Gewähr gegeben werden konnte, daß dieser Einmarsch von vornherein mit derart überlegenen Kräften ausgeführt würde, daß ein Widerstand auch den Auführern von vornherein als nutzlos erscheinen mußte. Dazu aber war notwendig, die Teile der Arbeiterschaft der Auführerbewegung zu entziehen, die



sich nur zum Schutze der Verfassung ihr angeschlossen hatten und die nicht daran dachten, den Bolschewisten im Ruhrgebiet die Wege zu ebnen. Wenn diese Erwägungen, die zur Einberufung der Bielefelder Konferenz führten, ein Zeichen von Schwäche verraten, so läßt mich dieser Vorwurf ungekränkt. Im Gegenteil: Wenn ich je in meinem Leben über eine amtliche Handlung eine ungetrübte Befriedigung gefunden habe, dann war es die Einberufung der Bielefelder Konferenz. Ich war nach allem Vorausgegangenen nicht mehr Optimist genug, von der Konferenz die sofortige und restlose Einstellung der Feindseligkeiten zu erwarten. Es war schon ein großer Erfolg, wenn es gelang, diejenigen Teile der „Roten Armee“ zu isolieren, die, weit entfernt für die Ideale der Arbeiterbewegung zu streiten, den Kampf in einem sinnlosen Gemetzel und in der ordinärsten Räuberei fortführen wollten. Die Stärke der Arbeitertruppen hat zuverlässig nicht nachgewiesen werden können. Sie war stetigen Schwankungen unterworfen. In den Höhepunkten des Kampfes dürften jedoch im Raum von Hamm bis Wesel, von Redlinghausen bis Remscheid, 50 000 Arbeiter, wohl alle bewaffnet, bereit gestanden haben. Diese Massen ins Treffen gegen ebenso starke Formationen der Reichswehr geführt, — das wäre ein Blutbad geworden, wie man in der Geschichte deutscher Bürgerkriege wohl kaum seinesgleichen gesehen hätte. Ich kannte die Einstellung so mancher Militärs, ich kannte aber auch die erbitterte Stimmung in der Arbeiterschaft. Mit der Redensart, daß „unerbittliche Strenge, selbst Grausamkeit die größte Milde sei“, waren zu oft schon Beschwerden über Ausschreitungen der Truppe beantwortet worden. Und die Arbeiter hatten sich schon so fest in die Idee verrannt, im Falle einer Niederlage ihren Untergang mit der Zerstörung des Ruhrgebiets zu besiegeln, daß auch von dieser Seite das Schlimmste besorgt werden mußte. Wer angesichts dieser Sachlage nicht alles daran gesetzt hätte, durch friedliche unblutige Mittel die kämpfenden Heere auseinanderzuhalten, der hätte sich mitschuldig gemacht an den fürchterlichen Blut-

strömen, die sich dann über die Arbeitsstätten des Ruhrreviers ergossen hätten. Mag sein, daß die psychische Epidemie jener Tage den einen oder anderen zu der Auffassung gebracht hat, daß ein derartiger Uderlaß gar nicht einmal so schlimm sein würde. Ich aber stand nicht im Auftrage von Verrückten auf meinem Posten, sondern nach den Weisungen der Regierung und meines Gewissens.

\*

Am 22. März kamen als Abgesandte der Reichsregierung der Reichspostminister Giesberts und als Vertreter Preußens der Landwirtschaftsminister Braun nach Münster, um sich über die Lage im Bezirk zu informieren. Vom Militärbefehlshaber wurde den Herren die militärische Lage geschildert, wie sie sich seit der Vertreibung der einzelnen Formationen gestaltet hatte und mitgeteilt, welche Vorbereitungen getroffen waren, um die Truppe wieder verwendungsfähig zu machen. Mir lag es ob, den Herren die politische Situation auseinanderzusetzen und von den Maßnahmen Mitteilung zu machen, die zur Vermeidung weiteren Blutvergießens und zur schnellen Wiederkehr geordneter Zustände versucht werden sollten. Beide Herren erkannten an, daß von den lokalen Behörden alles getan wurde, um in verhältnismäßig kurzer Zeit des Aufruhrs Herr zu werden.

Inzwischen waren die Vollzugsausschüsse der Städte Düsseldorf, Duisburg, Hamborn, Oberhausen, Mülheim, Essen, Gelsenkirchen, Elberfeld, Remscheid, Barmen, Herne, Recklinghausen, Bochum, Witten, Hagen, Iserlohn, Hörde, Dortmund, Unna und Hamm, sowie die Stadtverwaltungen dieser Städte, die Regierungspräsidenten der Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg und Münster zu der Bielefelder Konferenz geladen, an der sich als Vertreter der Regierung auch die Minister Giesberts und Braun beteiligten. Von den politischen Parteien waren vertreten: Sozialdemokraten, unabhängige Sozialisten, Kommunisten, Demokraten und Delegierte des Zentrums.

Ich habe in der Sitzung keinen Zweifel darüber gelassen, daß die in Hagen begründete „Kampfzentrale“ genau so verfassungswidrig sei, wie das Unternehmen der Kapp-Leute und daß die Eingriffe der Vollzugsräte in die ordentlichen Verwaltungsbehörden nicht geduldet werden könnten, wenn nicht im Staatsleben allmählich eine vollständige Anarchie eintreten sollte. Der Zweck der Konferenz sei, eine Verständigung darüber zu erzielen, wie die sogenannte „rote Armee“ abgerüstet und die Waffenablieferung organisiert werden könne. Die Entwaffnung aller derjenigen Personen, die nicht zum Waffentragen befugt seien, und die Wiedereinsetzung der verfassungsmäßigen Behörden sei die *conditio sine qua non* der Regierung.

Der Minister Giesberts war der Ansicht, daß für die zu treffenden Vereinbarungen das Berliner Abkommen die Grundlage bilden könnte, das durch Verhandlungen zwischen den Zentralstellen der Gewerkschaften und den politischen Parteien zustande gekommen sei und zum Abbruch des Generalstreiks geführt hätte. Mit Kampfzentralen würde die Regierung ebensowenig verhandeln, wie sie mit Kapp verhandelt habe.

Oberbürgermeister Cuno erinnerte daran, daß die Bewegung nur deshalb so große Ausdehnung gewinnen konnte, weil die militärischen Kommandostellen so gut wie alles getan hätten, um der Bevölkerung den Glauben beizubringen, daß das Militär auf seiten der Kapp und Lüttwih stände.

Abgeordneter Ludwig aus Hagen trat den nach seiner Meinung einseitigen Informationen der Militärbehörden entgegen und lud die Delegierten ein, mit ins Industrierevier zu kommen, da dort alles in schönster Ordnung sei. Von einer Räterepublik sei im Ruhrgebiet nichts zu erkennen, — meinte Ludwig. (Um dieselbe Zeit aber wurde in Essen **die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ verboten**, weil sie nach der Auffassung des kommunistischen Vollzugsrates durch einen Artikel „Macht dem Blutvergießen ein Ende!“ sich in

„verächtlicher Weise über das Wesen der Räterepublik ausgelassen hatte“.)

Dettinghaus = Schwelm gab die Bedingungen der Hagener Kampfzentrale bekannt, die nach seiner Meinung bei der Festlegung von Vereinbarungen Berücksichtigung finden müßten, und teilte mit, daß die Arbeiterschaft die schärfsten Kampfmittel in Anwendung bringen müßte, falls es nicht zu einer Einstellung des Blutvergießens komme.

Den nachhaltigsten Eindruck hinterließen die Mitteilungen, die Landwirtschaftsminister Braun und der Oberbürgermeister Luther über den Stand der Lebensmittelversorgung machten. Dem Reichskabinett war von der holländischen Regierung die bestimmte Erklärung gegeben, daß sie, wie den Kapp-Leuten, auch einer Linksdiktatur die Zufuhr von Lebensmitteln verweigern müsse. Was das für das Ruhrgebiet bedeutete, fühlte jeder Konferenzteilnehmer.

Die große Versammlung bestimmte nunmehr eine engere Kommission, die nach kurzer Beratung zur Herbeiführung eines „Waffenstillstandes“ folgende Erklärung formulierte:

„Es wird erklärt: Die Gruppe Wesel der Reichswehr steht nördlich der Lippe, die Gruppe Münster liegt mit rechtem Flügel bei Buldern, dicht Münster und östlich von Münster. Kein Soldat steht soweit südlich, daß, falls Gegner seine Bewegungen hält, es heute und auch morgen zu Zusammenstößen kommen kann.

Die Arbeitertruppen sind zurückzunehmen bis südlich der Lippe, weitere Posten nach Wesel werden zurückgenommen auf Dinslaken-Hünge-Dorsten. Die Orte nördlich der Lippe bleiben dort ungestört von Reichswehrtruppen. Die Wehren rücken in ihre Standorte ab. Für diese Abmachungen gilt die 24stündige Kündigungsfrist.

gez.: Reichskommissar Severing, Parteisekretär Thielemann, Abg. Klupsch, Lehrer Stemmer, Gewerkschaftssekretär Dettinghaus, Abg. Imbusch, Parteisekretär Stenz, Abg. Braß, Abg. Klost, Oberbürgermeister Hamm, Oberbürgermeister Cuno, Oberbürgermeister Dr. Jarres, Gewerkschaftssekretär Husemann, Kaufmann Charpentier, Graveur Triebel, Gewerkschaftssekretär Herbrig.



Es ist von den Vertretern beider Parteien am gleichen Abend versucht worden, die Abmachungen an den Fronten bekannt zu geben, um zu einer Einstellung des Blutvergießens zu gelangen. An den Abmachungen haben sich, wie die Präsenzliste ergibt, auch Vertreter des Wehrkreiskommandos beteiligt. Trotzdem ist später in der Presse behauptet worden, mit den Bielefelder Abmachungen hätte das Wehrkreiskommando nichts zu tun gehabt. Diese Behauptungen sind irreführend. Das Wehrkreiskommando ist vermutlich aus Gründen des militärischen Prestige zwar nicht direkt in Aktion getreten. Das wäre auch gar nicht einmal zweckmäßig gewesen. Es hat sich aber in jenen Tagen sehr gern der Vermittlung des Reichskommissars bedient, um eine Fortsetzung und Ausdehnung der Kämpfe zu vermeiden.

Die Verhandlungen der Kommission wurden am nächsten Tage fortgesetzt.

Es waren anwesend:

Giesberts, Reichspostminister,  
 Severing, Reichskommissar,  
 Enz=Barmen (Wehrh.=Soz.),  
 Thielemann=Düsseldorf (Wehrh.=Soz.),  
 Klupsch=Dortmund (Wehrh.=Soz.),  
 Paul-Konsdorf (U. S. P.),  
 Dettinghaus=Gebelsberg (U. S. P.),  
 Braß=Kemscheid (U. S. P.),  
 Klost=Essen (Zentrum),  
 Hamm=Redlinghausen (Zentrum),  
 Sasse=Hagen (H.=D. Gew.),  
 Cuno=Hagen (Kommunalvertreter),  
 Dr. Jarres=Duisburg (Kommunalvertreter),  
 Charpentier=Elberfeld (K. P. D.),  
 Triebel=Barmen (K. P. D.),  
 Herbrig=Gelsenkirchen (U. S. P.),  
 H. Meyer=Düsseldorf (Freie Gewerkschaften),  
 Imbusch=Essen (Christl. Gewerkschaften),  
 Stens=Hagen (Demokrat,

ferner später:

Major Knuth, Wehrtr.=Rdo. VI,  
 Major Mende, Reichswehrgr.=Rdo. II,  
 Oberst. Jaenide, Wehrtr.=Rdo. VI,

als Protokollführer:

Mehlich.

## Das Ergebnis enthält die folgende amtliche Niederschrift:

Die Vertreter aller beteiligten Parteien und Erwerbsgruppen erklären, daß sie ihre Forderungen zur Entwirrung der aus dem Rapp-Butsch entstandenen Lage mit der Verfassung und der Regierung auf Grund folgender Vereinbarung in Einklang bringen wollen:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierung im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalfstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Butsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

Es wird Straffreiheit denen gewährt, die in der Abwehr des gegenrevolutionären Anschlages gegen Gesetze verstoßen haben, wenn die Verstöße und Vergehen vor Abschluß dieser Vereinbarungen, spätestens aber bis zum 25. März, vormittags 8 Uhr, erfolgen. Auf gemeine Verbrechen gegen Personen und Eigentum findet diese Bestimmung keine Anwendung.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellungen und Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemäßigten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale, wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.

7. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgend eines Standes. Bei der Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.

Unter die danach aufzulösenden Truppen fallen nach Ansicht der Kommission die Korps Lützow, Lichtschlag und Schulz.

8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel, und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Stadt und Land. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

9. Die verfassungsmäßigen Behörden walten ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- oder Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit der Gemeindebehörde die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb 10 Tagen geschehen. Danach tritt an die Stelle jener Ausschüsse ein aus der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenerschaft und den Mehrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganen bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt.

10. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in Stärke bis zu 3 auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten gebildet. Für die Zeit, während welcher sie zum Dienst eingezogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehren sind die Einwohnerwehren aufgehoben.

11. Die sämtlichen Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft reiflos zur gewohnten Arbeit sofort zurückkehrt. Die Arbeitgeber sind gehalten, die rückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.

12. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition sowie die Rückgabe requirierten und erbeuteten Heeresgeräts an die Gemeindebehörden.

13. Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, mittags 12 Uhr, zu entlassen.

14. Bei totaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Nach der Erklärung des Bevollmächtigten des Wehrkreiskommandos VI und des Reichskommissars wird das Wehrkreiskommando in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichsministeriums handeln. Ferner erklärt der Reichskommissar, daß er einen Vertrauensmann der Arbeiterschaft berufen werde, der bei allen militärisch-politischen Handlungen, über die der Reichskommissar mit zu befinden hat, gehört werden soll.

15. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 9 bis 12 festgesetzte Regelung erfolgt ist.

16. Herr Reichspostminister Giesberts wird die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten dem Reichskabinett vor-

tragen, mit dem Bestreben, daß die Kosten vom Reiche übernommen werden. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß das Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.

17. Weber den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und Einwohnerwehren und den Mannschaften der Reichswehr dürfen Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.

Giesberts, Reichspostminister, Sebering, Thielemann, Heinrich Meyer, F. Klupsch, E. Sasse, Cuno, Stenz, Imbusch, Klost, Hamm, Dr. Jarres, Max Herbig, Paul, Dettinghaus, D. Braß, W. Enz, Fritz Charpentier, D. Triebel.

Mehlich, Protokollführer.

Sowohl in einer Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure, die am 23. März vormittags in Bielefeld stattfand, als auch in der Verständigungskommission wurde sehr lebhaft das unentschlossene Verhalten des Generals von Watter in den ersten Tagen der Unruhen kritisiert und seine Entfernung verlangt. Ich habe mich mit aller Entschiedenheit gegen diese Forderung gewandt und wiederholt erklärt, daß ich mein Amt sehr gern einem Manne zur Verfügung stellen würde, der zur Wiederherstellung geordneter Zustände und zur Bekämpfung der von den Kommunisten bewaffneten Verbrecher ein anderes Mittel in Anwendung bringen könne, wie das der bewaffneten Macht. Gegen die Putschisten von rechts hatten die Arbeiter das Mittel des Generalstreiks, gegen die bewaffneten undisziplinierten Banden aus den Reihen der Arbeiter selbst, die nicht mehr viel mit der politischen Arbeiterbewegung zu tun hatten, gab es kein anderes Mittel mehr. Wer die Anarchie im Ruhrbezirk nicht wollte, mußte sich jetzt der Reichswehr als Instrument der Republik bedienen. Solange zu warten, bis in der Reichswehr die jetzt verlangten Reformen durchgeführt waren, wäre glatter politischer und wirtschaftlicher Selbstmord gewesen, an dem ich nicht mitwirken wollte. Diese Erwägungen schlugen durch. Die Forderungen auf Entfernung Watters wurden fallen gelassen. Allerdings blieb niemandem, der sehen wollte, mehr verborgen, daß die Abweisung der Abberufungsanträge keineswegs ein Vertrauensvotum für den Befehlshaber be-



deutete. Die Ansicht ging vielmehr ganz allgemein dahin, daß die verworrene Lage nicht zum geringsten Teil auf das Konto Watters zu setzen sei. Aber niemand hatte die Gewähr, daß eine Abberufung Watters in dem Augenblick die Situation entwirren würde. Wo waren die Truppen, die in jenen Tagen einem „sozialistischen Führer“ gehorcht hätten, und wo war der General, der nach der Solidaritätserklärung der Offiziere des Wehrkreises mit ihrem Befehlshaber Watters Nachfolger hätte werden wollen?

## Teilung der Fronten

Die Folgen der Bielefelder Konferenz zeigten sich bald in der erfreulichsten Art. Die Gewerkschaftler, die Anhänger der Demokraten, des Zentrums und der Mehrheitssozialisten rückten sehr schnell von der Arbeiter-Armee ab, die in ihrem Vorgehen sich immer weiter von dem ursprünglichen Ziele der Aktion, die Verfassung zu schützen, entfernte. Von den Banken wurden Gelder erpreßt, von Privaten Automobile und andere Verkehrsmittel requiriert, Lebensmittel beschlagnahmt, Pferde aus den Ställen geholt, — ganz wie im Kriege in Feindesland! Und wie im Kriege fühlten sich auch die sogenannten „Revolutions-Kommissare“ und „Oberkommandierenden“ der Roten Armee! Am 28. März wurde eine größere Anzahl von Befehlen der Roten Armee von Insassen eines Autos, das eine rote Flagge führte, dem Polizeidirektor von Bochum mit der Weisung übergeben, sie dem Arbeiterrat zur Verteilung weiter zu leiten. Der „Befehl“ hatte folgenden Wortlaut:

Orts-Unterkunft, 27. März 1920.

Befehl!

Auf Grund der mir übertragenen Gewalt durch die Zentralleitung befehle ich hiermit folgendes:

1. Sämtliche sich auf Grund des verräterischen Waffenstillstandsbeschlusses der in dieser Sache nicht kompetenten Bielefelder Konferenz von den Formationen der „Roten Armee“ entfernten Mannschaften werden aufgefordert, sich innerhalb sechs Stunden nach Herausgabe dieses Befehls zu ihrer Dienststelle zu begeben und ihre Dienste in der „Roten Armee“ wieder aufzunehmen.

2. Wer aus Gründen der Gesundheit oder anderen zwingenden Gründen den Verteidigungskampf nicht wieder aufnehmen kann, hat die ihm ausgehändigte Waffe samt Munition an der Ausgabestelle, von der er selbiges erhalten, ebenfalls innerhalb sechs Stunden nach Erlaß dieser Verfügung zurückzugeben.

Auf Nichterfüllung dieses Befehls setze ich die Todesstrafe.

Gegeben Gelsenkirchen, den 27. März 1920.

Der Oberkommandierende des Abschnittes „West“  
der „Roten Armee“. gez.: Gottfried Karussseit.

Von diesem Gottfried Karussseit hatte man bis dahin im Ruhrgebiet nichts gehört. Als er, unzufrieden mit der Haltung der Unabhängigen, die in einer Konferenz die Anerkennung des Bielefelder Abkommens beschlossen hatten, in theatralischer Pose die Konferenz verließ und seine „Getreuen“ aufforderte, ihm zu folgen, da entstand das Wort von den „wild gewordenen Spießern“, mit dem Wilhelm Pieck, der Führer der kommunistischen Landtagsfraktion, diesen Typ der proletarischen Klassenkämpfer bezeichnete.

Die „wild gewordenen Spießer“ entwickelten sich sehr schnell zu ganz gewöhnlichen Plünderern und Erpressern. Alles äfften sie den echten Militaristen des Weltkrieges nach. In einem Briefe, der bei der Besetzung Recklinghausens der Reichswehr in die Hände fiel, teilte Herr Gottlieb Karussseit dem Empfänger mit: „Mein Angriff durch Sprengung und Artillerie erfolgt um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr. Ich lasse jetzt zwei Spione der Regierungstruppen erschießen. Einer davon wollte die Brücke hinter unserem Rücken sprengen.“ Ich habe nicht in Erfahrung bringen können, ob die in diesem Briefe angekündigte Erschießung der „Spione“ wirklich erfolgt ist. Aus den Kundmachungen des Herrn Karussseit sprach viel Prahlucht und Großmannsdünkel. Aber wenn man bedenkt, welche Rolle notorische Verbrecher in einzelnen Abschnitten der „roten Front“ spielen konnten, dann ist es nur zu wahrscheinlich, daß auch die Karussseit und Genossen schon Standgericht gespielt haben. Jedenfalls wurde in mehreren Bekanntmachungen die Todesstrafe für den Fall angedroht, daß der befristeten Auf-

forderung zur Waffenabgabe keine Folge geleistet würde. Auch auf Arbeiterführer wurde jetzt Jagd gemacht. Von diesem Treiben angewidert, verließen immer mehr Arbeiter die Rote Armee. Die Erklärungen in der Bielefelder Konferenz, daß der Einmarsch einer starken Truppenmacht unvermeidlich sei, wenn Ruhe und Ordnung nicht recht bald wiederkehre, ferner der immer schärfer hervortretende Mangel an Lebensmitteln isolierten die Unbelehrbaren mit jedem Tage mehr. Eine restlose Klärung, wie sie von der Bielefelder Konferenz beabsichtigt war, konnte selbstverständlich nicht von einigen Tagen erwartet werden. Andererseits wäre es ein Verbrechen gewesen, wenn die verantwortlichen Stellen auch nur einen Augenblick versäumt hätten, um eine militärische Macht bereitzustellen, die im geeigneten Zeitpunkt sofort mit der sichersten Aussicht auf Erfolg eingesetzt werden konnte. An diesem Ziele wurde unablässig gearbeitet. Es ist falsch, wenn behauptet worden ist, daß einige Tage nutzlos verstrichen seien. In den letzten Tagen des März standen trotz der guten Wirkung des Bielefelder Abkommens immer noch einige zehntausend Arbeiter unter den Waffen, während andererseits die Konzentration der vom General von Watter aus dem Reich erbetenen Hilfskräfte auch erst um diese Zeit zum Abschluß gelangte.

Bis dahin vollzog sich auch ein Wandel in den Anschauungen der Arbeiterführer, und für die Annahme und Durchführung der Bielefelder Bedingungen setzten sich nicht nur unabhängige Abgeordnete ein, sondern auch die Kommunisten boten an einigen Orten ihren ganzen Einfluß auf, um auf der Basis der Bielefelder Beschlüsse von ihrer Verantwortung loszukommen. Das war eine keineswegs leichte Aufgabe. Eine der Befehlsstellen der Arbeitertruppen nach der anderen wurde von noch radikaleren Elementen abgetan. Während die Hagener geschlossen für die Abmachungen der Bielefelder Vereinbarung eintraten und auch stark genug blieben, die Durchführung zu übernehmen, waren die Mühlheimer und Hamborner nach wie vor zum Kampf entschlossen.

Es wurde weiter geplündert, es wurde weiter gerüstet, es wurden die Linien vorgeschoben —, kurzum, das Regiment der Banden, in denen niemand Autorität besaß, die einen Vollzugsrat nach dem anderen zum Teufel jagten, wurde der Bevölkerung geradezu unerträglich. Ein Generalfreistreif jagte den andern, und das Wehrfreikommando und ich wurden mit Bitten bestürmt, doch nun endlich Truppen zu schicken. Auch die unabhängigen Führer Josef Ernst und Conrad Ludwig in Hagen rückten jetzt entschieden von der Mülheimer Kampfzentrale ab, in der sich alle die Elemente zusammengefunden hatten, die sich einbildeten, nach der Erstürmung Wesels ungehindert nach Münster marschieren zu können, um dort einen roten „Frieden“ für den Westen Deutschlands zu diktieren. Ernst, der versucht hatte, durch persönliche Vorstellungen die Mülheimer zum Einlenken zu bewegen, konnte sich nur durch die Flucht vor der Verhaftung und der angedrohten Erschießung retten. Hier waren alle Einwirkungen nutzlos.

Die Angriffe auf Wesel wurden mit der größten Heftigkeit fortgesetzt und Infanteriegefechte am 25., 26. und 27. März vor den vereinbarten Linien sowie die Sprengung einer Eisenbahnbrücke ließen erkennen, daß jedes weitere Zureden ganz unmöglich war.

Die unabhängigen Sozialisten machten zwar darauf aufmerksam, daß auch einzelne Offiziere der Reichswehr die Vereinbarung nicht innehielten. Doch wo sie für diese Behauptungen Beweise erbringen konnten, wurde vom Befehlshaber das Erforderliche veranlaßt. Wohl hatte der Hauptmann von Hanstein im „Nachrichtenblatt des Wehrfreikommandos“ geschrieben, daß für die Zugeständnisse der Gegenseite im Bielefelder „Waffenstillstandsvertrag“ Gegenleistungen seitens des Wehrfreikommandos nicht zugesichert seien. Ich weiß nicht, wen der Hauptmann von Hanstein mit dieser Notiz beschwichtigen wollte. Das war schon kein Geheimnis mehr, daß die Führer der anrückenden Freikorps jede Art der Verhandlung verpönten



und über die bisher geführten sehr ungehalten waren. War für sie die vieldeutige Notiz bestimmt? Tatsächlich hat gerade Hauptmann von Hanstein die Innehaltung der Vereinbarungen am meisten beobachtet und tatsächlich hat das **Wehrfreikommando VI** in einer Bekanntmachung vom 30. März an die Bevölkerung mit Genugtuung betont, **daß es alle ihm durch die Bielefelder Vereinbarungen auferlegten Verpflichtungen restlos erfüllt habe.**

Die durch die Lebensmittelnot verschärfte Krise erreichte in einigen Städten schon in den letzten Märztagen ihren Höhepunkt. Die bewaffneten Arbeitertrupps versuchten schon, in den Hafenanlagen der Stadt Duisburg zu plündern, so daß die Sozialdemokratische Partei, die **U n a b h ä n g i g e S o z i a l i s t i s c h e P a r t e i** und die Stadtverwaltung Duisburg als ihre einmütige Auffassung ein nachdrückliches Vorgehen als das einzige Mittel bezeichneten, um Duisburg und Umgebung vor äußerster Not und Elend zu schützen.

Die Dispositionen des Befehlshabers und meines Amtes wurden in jenen Tagen ungemein erschwert durch die Notwendigkeit, die vielen Deputationen und Einzelpersonen über die Lage aufzuklären, die aus Nachbarbezirken oder aus Berlin in Münster vorstellig wurden und die oft von den gegensätzlichsten Bestrebungen geleitet waren. Die einen warnten vor einem Einmarsch der Truppe, da in diesem Falle eine neue Aktion der gesamten Arbeiterschaft im Reiche nicht ausgeschlossen sei, die andern glaubten, einigen besonders bedrängten Städten Hilfe leisten zu müssen, indem sie zum beschleunigten Vormarsch drängten. Es war nicht ganz leicht, diesem Ansturm gegenüber, dem sich ihrer Zweckbestimmung wegen meine Amtsstelle ganz besonders ausgesetzt sah, standzuhalten. In der Karwoche weilte eine Deputation der Herren Graßmann, Braß und Osterroth im Revier, um sich von der Stimmung in der Arbeiterschaft und der Truppe zu unterrichten. Die Herren, von denen Graßmann und Braß in Dortmund mit Erschießen bedroht

murden und nur durch Meinbergs Intervention weiteren Belästigungen entgingen, mußten sich am Schluß der Woche davon überzeugen, daß durch eine gütliche Einwirkung allein die Dinge nicht mehr einzurenken waren.

Am 28. März antwortete auf ein Ersuchen des Essener Zentralrats um Anbahnung neuer Verhandlungen die Reichsregierung mit folgendem Aufruf:

Die Regierung hat durch die „Vielefelder Verhandlungen“ versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit der größten Heftigkeit fortgesetzt worden, die Gefangenen wurden nicht freigegeben, die Abgabe der Waffen nicht durchgeführt, die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlimmert. Zahlreiche Notschreie aus allen Teilen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den roten Truppen begangen werden: das zwingt die Regierung zum energischen Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesen Gebieten herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürakten zu schützen. Um aber allen Verführten nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicherheit für den Militärbefehlshaber des Wehrkreises VI, Generalleutnant v. Watter in Münster, für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.
2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Rapp-Blützwitz-Regierung belastet sind.
3. Sofortige Auflösung der roten Armee.
4. Völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich Einwohnerwehren unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. — Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden.
5. Sofortige Freigabe der Gefangenen.

Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen, andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur vollen Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

#### Die Reichsregierung:

Der Reichswehrminister:  
gez. Geßler.

Der Reichskanzler:  
gez. Müller.

Der General von Watter versah den Aufruf der Regierung mit folgendem Nachtrag:

Wehrkr.-Abd. VI  
Ic Nr. 2945

Münster, den 29. 3. 20.

### Zusätze des Befehlshabers:

1. Waffen und Munition sind an die Polizeiverwaltungen abzugeben und von diesen per Bahn dem Wehrkreiskommando nach Münster zuzuführen. Die Polizeiverwaltungen haben bis 30. 3., 11 Uhr vormittags, dem Wehrkreiskommando die Zahl und Art der zur Abgabe gelangten Waffen und Munition zu melden. Sind bis 31. 3., 12 Uhr mittags, nicht schon vier schwere, 10 leichte Geschütze, 200 Maschinengewehre, 16 Minenwerfer und 20 000 Gewehre, 400 Schuß Artilleriemunition, 300 Schuß Minenwerfermunition und 100 000 Schuß Infanteriemunition abgeliefert, so gilt die Bedingung der Waffenabgabe nicht als erfüllt. Werden die geforderten Mengen abgeliefert, so wird weitere Bestimmung über die restliche Waffenabgabe erfolgen.

2. Die Regierungspräsidenten werden bis zum 30. 3., 11 Uhr vormittags, um Meldung ersucht, ob noch in ihren Bezirken Vollzugsräte bestehen oder die ordentlichen Behörden wieder restlos in ihre Rechte eingesetzt sind. Bestehen noch Vollzugsräte am 30. 3., 11 Uhr vormittags, so gilt die Bedingung der Anerkennung der Staatsautorität nicht als erfüllt.

3. Stehen am 30. 3., 11 Uhr vormittags noch Teile der roten Armee oder sonstiger Wehren unter den Waffen, so gilt die Bedingung der Auflösung der roten Armee nicht als erfüllt. Die gegnerische Kampfleitung wird zur Angabe hierüber bis 30. 3., 11 Uhr vormittags, aufgefordert.

4. Befindet sich am 30. 3., 11 Uhr vormittags, noch ein gefangener Reichswehrsoldat, Sicherheitspolizist, Angehöriger der Einwohnerwehr oder der Essener und Dortmunder Sicherheitswehr als Gefangener in den Händen der Aufrührer, sind ferner bis 30. 3., 11 Uhr vormittags, nicht alle Geiseln freigelassen, so gilt die Bedingung der Freilassung der Gefangenen nicht als erfüllt.

Gefangene und Geiseln müssen bis 30. 3., 12 Uhr mittags, beim Wehrkreiskommando in Münster eingetroffen sein. Wird Gefangenen und Geiseln auch nur ein Haar gekrümmt, so gilt die Bedingung ebenfalls nicht als erfüllt.

Frhr. v. Watter, Generalleutnant.

Schon vor der Veröffentlichung in der Presse wurde diese Bekanntmachung dem Aktionsausschuß des Zentralrats in Essen und der Kampfzentrale in Hagen von meiner Amtsstelle weitergegeben. Die Antwort des Essener Zentralrats war die Proklamation eines neuen Generalstreiks, der begründet wurde mit den Zusätzen, die der General von Watter der Bekanntmachung der Regierung gegeben hatte. In diesen Zusätzen erblickte der Zentralrat,

dessen Mitglieder sich in ihrer Mehrheit lange genug gegen das Bielefelder Abkommen erklärt hatten, **eine Nichtbeachtung der Bielefelder Beschlüsse!** Der Parole des Essener Zentralrats folgten eine ganze Reihe örtlicher Vollzugsräte, so daß die Situation am 30. März eine außerordentliche Erbitterung auf beiden Seiten aufwies. Man kann darüber streiten, ob die Zusätze des Militärbefehlshabers politisch zweckmäßig waren — sie sind ohne meine Zustimmung dem Aufruf der Regierung angehängt worden —, sicher ist jedenfalls, daß ihre Fortlassung an den tatsächlichen Verhältnissen nicht viel geändert hätte. Die Mülheimer und Hamborner Truppen hätten sich durch den Aufruf der Regierung nicht im mindesten bewegen lassen, die Beschießung von Wesel einzustellen und ihre Fronten abzuwickeln. Immerhin: Die Erregung war bis aufs höchste gestiegen. Schon in der Bielefelder Konferenz war gesagt worden, daß, wenn die Truppe den Bogen überspanne, die Arbeiter vor der Sprengung der Schächte nicht zurückscheuen würden. Von diesen Drohungen hatte man lange nichts mehr gehört. Jetzt erklangen sie wieder in den Spalten der Presse, in Konferenzen und Versammlungen mit einer so dumpfen Entschlossenheit, daß sie dem Kundigen mehr verrieten, als prahlerische Phrasen. Unter das Schreckensregiment einer „weißen Armee“ wollten sich die Arbeiter des Reviers unter keinen Umständen zwingen lassen. Die gute Wirkung des Bielefelder Abkommens erschien gefährdet, und um gegen weitere „Plögllichkeiten“ Watters gesichert zu sein, habe ich darum im Mündlichen Vortrag die Reichsregierung um Erweiterung meiner Vollmachten nach der Richtung hin ersucht, daß Entscheidungen über militärische Operationen im Einnehmen mit mir erfolgen sollen.

Auch die wildesten Gerüchte trugen zur Verschärfung der Stimmung bei. So wurde bei der Truppe die Märkolportiert und später auch im Nachrichtenblatt des Wehrfreiskommandos verbreitet, daß Russen in größerer Anzahl



bei der „Roten Armee“ seien und Lenin auf dem Marktplatz in Dortmund gesprochen habe, während bei den Arbeitern das Gerücht kursierte, daß die hochverräterischen Truppen aus dem Döberitzer Lager zur Hilfeleistung für Watter im Anmarsch seien! Das alles deutete auf Sturm und Blut!

Noch einmal habe ich den Versuch einer weiteren Isolierung der Unbelehrbaren unternommen. Zum 31. März hatte ich die Parteiführer und Vollzugsräte zu einer Besprechung nach Münster geladen, von denen ich nach den Erfahrungen der letzten Tage annehmen mußte, daß sie mit mir, wenn auch aus anderen Motiven, bestrebt waren, bei der Durchführung der nunmehr unvermeidlichen militärischen Maßnahmen unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Man hat von dem Ergebnis dieser Besprechung als von dem „Frieden von Münster“ gesprochen. Diese Bezeichnung ist insofern irreführend, als an den Bielefelder Vereinbarungen materiell nichts geändert worden ist. Ich habe den Hauptzweck der Sitzung vielmehr darin erblickt, den Vertretern der Arbeiter den festen Entschluß der Regierung bekanntzugeben, durch den Einmarsch von Militär Ordnung zu schaffen zunächst in den Bezirken, in denen nicht innerhalb einer ganz kurzen Frist die Bedingungen der Regierung erfüllt würden. Diese Fristen hatte die Regierung selbst nach Verhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund bis zum 2. April 1920, mittags 12 Uhr, verlängert. Von diesem Resultat der Berliner Besprechung habe ich in der Sitzung Mitteilung gemacht und später ihr Ergebnis in folgender Formulierung der Reichsregierung mitgeteilt:

„Die Sitzung hat allseitig die Notwendigkeit betont, die Fristen der sowohl von der Reichsregierung wie auch von dem Zentralrat in Essen und den 3 sozialistischen Parteien nach wie vor anerkannten Bielefelder Beschlüsse zu verlängern. Die Frist für die Ablieferung der Waffen und den Abbau der Fronten wird bis zum 2. 4., mittags 12 Uhr, verlängert. Bis zu diesem Termin hat auch

die zugesprochene Amnestie Geltung, so daß allen Kämpfern ein ehrenvoller Abzug ermöglicht ist.

Als Aufrührer im Sinne der Regierungserklärung vom 30. 3. ist nur derjenige zu betrachten, der nach dem 2. 4. 20, mittags 12 Uhr, zum Zweck des Kampfes gegen die verfassungsmäßigen Organe Waffen führt oder die Waffen entgegen der Vereinbarung nicht niedergelegt hat. In den Orten und Bezirken, in denen die Waffenniederlegung im Sinne der Bielefelder Beschlüsse bis zum genannten Termin erfolgt ist, werden keine Standgerichte eingesetzt, etwa bestehende sofort aufgehoben, ebenfalls wird hier der verschärfte Ausnahmezustand beseitigt. Jede Vorwärtsbewegung der Reichswehr oder Teile derselben hören mit dem 31. 3. abends auf.

Die politischen Parteien und der Zentralrat werden ihren ganzen Einfluß einsetzen, um den Kampf der Arbeiterschaft im Industriegebiet geschlossen einheitlich zu dem genannten Zeitpunkt zu beenden und die Wiederaufnahme der Arbeit durchzuführen.“

Materiell war das Ergebnis der Münsterschen Konferenz zweifellos sehr mager. Während die Regierung durch die Zusagen auf Verlängerung der Fristen immerhin etwas zu bieten in der Lage war, mußten sich die Vertreter der politischen Parteien und des Zentralrats auf das Versprechen beschränken, ihren Einfluß auf Annahme der Bielefelder Vereinbarungen einzusetzen. Ideell aber war die Konferenz von Münster insofern von Wert, als sie die erregte Stimmung der letzten beiden Tage abdämpfte und den status quo des Bielefelder Abkommens wieder herstellte.

## **Vor dem Einmarsch**

Schon am Tage vor der Sitzung war ihr eine Bedeutung beigelegt worden, die ihr in Anbetracht der Gesamtlage gar nicht zukommen konnte. Die Zeitungen hatten Mitteilungen darüber gebracht, daß ich mit erweiterten Vollmachten von der Reichsregierung versehen sei und es wurde nun vermutet,

daß ich diese Vollmachten etwa zu einer materiellen Erweiterung des Bielefelder Abkommens in Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterschaft anwenden würde. Von den Arbeitgeberverbänden und Stadtverwaltungen des Bezirks wurde ich darum ersucht, auch Vertreter dieser Organisationen an den Besprechungen in Münster zu beteiligen. Ich habe diesem Ersuchen nicht entsprechen können, einmal weil kein Tag mehr verloren gehen durfte, der nicht zur Wiederherstellung der Ordnung ausgenützt worden wäre und weil ferner der Zweck der Besprechung in Münster nur der sein konnte, durch eine Mitteilung über die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung die ungünstige Wirkung der Watterischen Zusätze zu zerstreuen und durch einen Appell an das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeitervertreter weitere Tausende von Arbeitern den kämpfenden Haufen zu entziehen und dadurch beim Einmarsch der Truppe Zusammenstöße und Kämpfe auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Denn daß nunmehr nicht länger mit dem Einmarsch des Militärs gezögert werden durfte, darüber war ich mir ganz klar. Die Mitteilungen von Erpressungen und Brandanschlagungen, von Mißhandlungen und Erschießungen mehrten sich in erschreckendem Maße. Die Notrufe der Bevölkerung, der Stadtverwaltungen und der Führer der politischen Parteien wurden immer dringender. Es hätten Wunder eintreten müssen, wenn bis zum 2. April die von der Regierung gestellten Bedingungen erfüllt worden wären. Alle Stellen waren deswegen entschlossen, nach Ablauf der letzten bewilligten Frist die Truppe in Bewegung zu setzen, und für diesen Fall war die Erweiterung meiner Vollmachten vorgenommen. Der Beschluß der Reichsregierung hatte folgenden Wortlaut:

„Die Vollmacht des Reichs- und Staatskommissars Sebering wird dahin erweitert, daß Entscheidungen über militärische Operationen in dem Gebiete, für das er bestellt ist, im Einvernehmen mit ihm erfolgen sollen. Er wird ferner bevollmächtigt,

1. zu prüfen und zu entscheiden, ob Personen, die in Schutzhaft oder sonst in eine nicht gerichtlich bestätigte Haft genommen

sind, festzuhalten oder vorbehaltlich des gerichtlichen Ver-  
fahrens zu entlassen sind,

2. die Namen derjenigen Personen zu bezeichnen, deren Ent-  
lassung oder sonstige disziplinarische Verfolgung er empfiehlt,  
weil sie an der von Rapp und Freiherrn v. Lüttwitz ein-  
geleiteten hochverräterischen Bewegung als Führer, Verführer  
oder Aufbecker aktiv sich beteiligt haben.

Er ist ermächtigt, Unterbevollmächtigte für einzelne Städte oder  
Bezirke zu ernennen, die den militärischen Stellen als politische  
Berater zur Seite stehen.

Sämtliche Behörden werden ersucht und alle Organisationen,  
Verbände und andere Stellen werden aufgefordert, dem Reichs-  
kommissar und seinen Unterbevollmächtigten jede nötige Unterstützung  
zu gewähren.“

In diesen sogenannten erweiterten Vollmachten waren  
von Bedeutung nur die Bestimmungen, die zu Entscheidungen  
über militärische Operationen mein **E i n v e r n e h m e n**  
zur Voraussetzung machten und die eine **E n t s c h e i d u n g**  
darüber vorsahen, in Schutzhaft genommene Personen frei-  
zulassen oder festzuhalten. Daß darüber die militärischen  
Stellen besonders erfreut gewesen wären, kann man nicht  
behaupten, und die neuen Vollmachten führten in vielen  
Fällen zu neuen Reibungsflächen, zu neuen Zuständigkeits-  
streitigkeiten. Aber an der ersten und wichtigsten Vollmacht  
— Mitwirkung bei Entscheidung über militärische Opera-  
tionen — konnte und wollte ich nicht rütteln lassen. Ich habe  
nie beabsichtigt oder versucht, beim Befehlshaber eine Art  
**W i e n e r K r i e g s r a t** — Kugel am Bein — zu spielen.  
Aber im Hinblick auf die politische Gesamtlage und die vielen  
politischen Unbegreiflichkeiten des Militärs war das zivile  
Augenmaß und die zivile Umgangsform bitter notwendig  
geworden.

Ich habe dann den allergrößten Wert darauf gelegt, die  
von der Reichsregierung zugestandene Fristverlängerung  
strikte innezuhalten, um im voraus alle die Beschuldigungen  
zu entkräften, mit denen nach den bisherigen Erfahrungen  
zu rechnen war. Auch der Befehlshaber erließ unter dem  
31. März einen Befehl an die Truppe, dessen Grundton zwar  
erkennen ließ, daß die technischen Vorbereitungen zum Ein-  
marsch schon bis ins kleinste getroffen waren, der aber doch



noch einmal die Truppe ausdrücklich auf die Fristverlängerung für die Waffenabgabe aufmerksam machte. Der Befehl lautete:

Münster, den 31. März 1920.

Das Bielefelder Abkommen — das Ultimatum der Regierung und die letzten Beschlüsse der Regierung geben Veranlassung, zu dem Befehl Ic Nr. 2933 vom 22. 3. 20 eine berichtigende Ergänzung zu geben.

Die Regierung hält das Bielefelder Abkommen für eine geeignete Basis für eine Beruhigung der auf dem Boden der Verfassung stehenden Teile der Arbeiterschaft des Industriegebietes.

Wenn auch das Abkommen von der feindlichen Heeresleitung nur an ganz wenigen Stellen befolgt ist, so will die Regierung doch kein Mittel unversucht lassen, die Lösung der schwierigen Frage auf politisch-diplomatischem Wege zu erreichen. An dieser Absicht ändert auch das Ultimatum nichts.

Für die Truppe ergibt sich hieraus:

- a) Die Waffenabgabe muß erst am 3. 4. durchgeführt sein. Sie hat nach dem Bielefelder Abkommen Ziffer 9 und 12 zu erfolgen.
- b) Ab 3. 4. darf es keine Aktionsausschüsse, sondern nur noch Ordnungsausschüsse geben.
- c) Es gibt in den Gemeinden zur Verstärkung der ordentlichen Polizei Ortswehren in Stärke von 3 auf 1000 Einwohner, die sich aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, zusammensetzen.
- d) Die Wehren zu c) sind Polizeiorgane und unterstehen nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. 1. 20 in ihrer Verwendung dem örtlichen Militärbefehlshaber, sobald Militär eingerückt ist.

In Abänderung des Befehls Ic Nr. 2933 vom 22. 3., wonach in jedem Bewaffneten ein Feind zu sehen ist, muß also gesagt werden, daß die Ortswehren zu Recht Waffen haben und nicht als Feind anzusehen sind, falls sie nicht die Truppe angreifen.

Die Führer der Ortswehren sind aufgefordert, bei Herannahen der Truppe sich mit ihr in Verbindung zu setzen und die Verwendung der Wehr zu erfragen.

Der Befehlshaber: Fthr. von Watter, Generalleutnant.

Von meiner Seite wurden die Regierungspräsidenten ersucht, die Gemeindeverwaltungen und Kreisbehörden anzuweisen, den Bezirksregierungen bis zum 2. April mittags 12 Uhr drahtlich Bericht darüber zu erstatten,

1) ob die verfassungsmäßigen Behörden nach den gesetzlichen Vorschriften wieder ihres Amtes walten können, und

2) ob und in welchem Umfange eine Abgabe von Waffen

und der Munition, sowie die Rückgabe der requirierten und erbeuteten Heeresgeräte erfolgt sei.

Bis zum 3. April vormittags 11 Uhr sollten das Wehrkreis-kommando und ich im Besitze der Mitteilung sein. Eine Voranzeige über die Waffenabgabe erbat ich bis zum 2. April abends 7 Uhr.

An die Reichsregierung richtete ich die telegraphische Bitte, die Entente zu bewegen, den Einmarsch von Truppen in die sogenannte neutrale Zone zu gestatten und begründete diese Bitte mit dem Hinweis darauf, daß die unruhigsten Orte, die von marodierenden Banden gefährlich bedroht seien, in der 50-km-Zone lägen und eine Wiederherstellung geordneter Zustände ohne den Einsatz von Truppen unmöglich sei. Der Geschäftsträger Dr. Mayer in Paris ist dann auch sofort von der Reichsregierung von meinem Telegramm unterrichtet und von ihr ersucht worden, die Aufrechterhaltung der von der Entente gegebenen Zustimmung herbeizuführen.

Daß die Dinge diesen Verlauf nehmen würden, konnte niemand mehr überraschen. Schon auf der Bielefelder Konferenz war von den Ministern und mir mit aller Deutlichkeit erklärt worden, daß die Regierung vom Einmarsch der Truppen nur dann Abstand nehmen würde, wenn die Bevölkerung gewillt und in der Lage sei, die Wiederherstellung der Ordnung selbst herbeizuführen. Als am 25. März, also 2 Tage nach den Abmachungen in Bielefeld, die Hagener Kampfzentrale einsah, daß die Vereinbarungen „infolge der Quertreibereien der Linksspartakisten in Mülheim“ außerordentlich schwierig wurden, da bat im Auftrage der Kampfzentrale J o s e f E r n s t , der übrigens zum Vertrauensmann des Reichskommissars von den drei sozialistischen Parteien bezeichnet worden war, den ihm angetragenen Posten aber nie angetreten hat, den Vormarsch der Reichswehr vorerst nicht zu gestatten. Damals glaubte er garantieren zu können, daß die Hagener in 1 bis 2 Tagen die Gelegenheit gütlich aus der Welt schaffen

würden. Jetzt, am 1. April, wurden Dorsten und Dinslaken noch mit spartakistischer Artillerie beschossen, wurde bei Olfen versucht, die Kanalüberführung zu sprengen, stießen 200 bewaffnete Arbeitertruppen auf die von der Reichswehr besetzte Zeche de Wendel bei Hamm vor, beschlagnahmte der Vollzugsausschuß in Dortmund bei der Deutschen Bank einen Betrag von dreiviertel Millionen Mark. Jetzt, am 1. April, trieben in den meisten Städten des Ruhrreviers plündernde und erpressende Banden ihr Unwesen. Fast in jedem Kreise fungierte ein „Abschnittskommandant“ aus eigenen Gnaden, der, um sich wenigstens einige Tage am Ruder zu halten, den Mitgliedern seines „Armee-Abschnitts“ durch die „Intendanturen“ „Requisitionsscheine“ ausstellen ließ, die dann zur Brandschätzung von Lebensmittelgeschäften, Schuhläden, Warenhäusern, Zigarrenläden usw. benutzt wurden. Das Requirieren hatten die „Rotgardisten“, wie sich zeigte, im Kriege gründlich gelernt, und auch sonst ließ das Gebaren der Abschnittskommandanten in der Nachäffung militärischer Gebräuche nichts zu wünschen übrig. Während in den ersten Tagen der Kämpfe auch eine beachtenswerte militärische Disziplin zu beobachten war, die zu den (übrigens unwahren) Behauptungen Veranlassung gab, daß russische Offiziere in großer Zahl als Instruktoren in der Roten Armee tätig seien, war von dieser Disziplin zuletzt nichts mehr zu spüren. Was blieb, das war die Großmannsucht eitler Phrasen und die Skrupellosigkeit notorischer Verbrecher.

So sah es in den ersten Tagen des April aus, als die Hagener erneut darum baten, die Dinge ohne Einsehen der Reichswehr wieder in Ordnung zu bringen.

Es soll anerkannt werden, daß die Hagener Arbeiterschaft sich die redlichste Mühe gegeben hat, nach den Bielefelder Konferenzen die Bewegung zu beenden, die Waffenabgabe durchzuführen und die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Das ist im Hagener Bezirk und im Wuppertal auch nicht ohne Erfolg geblieben. Zwar be-

richtete der Landrat von A r n s b e r g in einem Telegramm vom 3. April, daß „rote Trupps“ in seinem Kreise Lebensmittel erpreßten und die Bevölkerung bedrohten und daß militärischer Schutz durch die Besetzung der Grenzlinie seines Kreises dringend erforderlich sei. Es ist jedoch nicht erwiesen, daß diese Trupps aus dem Hagener Gebiet kamen, denn am gleichen Tage konnte Oberbürgermeister C u n o berichten, daß eine zur Verstärkung der Polizei gebildete Arbeiterwehr 400 zurückflutende Teilnehmer des Arbeiterheeres entwaffnet und der Formation Maschinengewehre, Autos und Pferde abgenommen habe.

Der Hagener Bezirk, das Wuppertal und das Bergische Land waren alte Domänen der sozialistischen Arbeiterbewegung, und wenn sich die Arbeiterschaft dieses Bezirks auch von jeher durch einen gewissen Radikalismus auszeichnete, so bewahrte sie andererseits doch ihre Tradition, hielt sie gute Disziplin. Das zeigte sich auch in den heißesten Tagen der Märzkämpfe. Überall wurde die Parole der Führer im allgemeinen befolgt, und als die Hagener Kampfzentrale aufrief, den Terrorismus der Mülheimer und Duisburger Arbeitertruppen mit Waffengewalt zu brechen, da stellten sich sofort 1500 Mann der Arbeiterwehr aus Hagen, Elberfeld und Barmen zur Verfügung, um die Waffenabgabe der Duisburger zu erzwingen.

Diese verhältnismäßig günstige Lage im Hagener und Elberfelder Bezirk beeinflusste die Haltung der Hagener Arbeiterführer in der Weise, daß sie d e n A u s s c h n i t t des Aufstandsbildes, der ihren Bezirk umfaßte, a l s d a s B i l d s e l b s t a n s a h e n. So erklärt es sich, daß sie die widersprechendsten Bitten und Vorschläge an die Provinzbehörde gelangen ließen. Während E r n s t im Telegramm vom 28. März selbst der Auffassung war, daß zur Niederzwingung der Unruhen in M ü l h e i m, O b e r h a u s e n und H a m b o r n zuverlässiges Militär eingesetzt werden müsse, dagegen die Kreise Hagen, Schwelm, Altena, Iserlohn, Lüdenscheid, Schwerte, Unna, Witten, Remscheid und Lennep für so ge-



sichert hielt, daß sie den Terror der Linksradikalen selbst brechen würden, vertrat D e t t i n g h a u s noch am 3. April die Meinung, daß es unbedingt erforderlich sei, die Truppen in die rückwärtigen Linien zurückzunehmen, **da sonst die Arbeiterschaft die angedrohten Maßnahmen, Sprengung der Schachthanlagen usw., ausführen würde!** —

Die in den Berichten und Vorschlägen der Hagener hervortretenden örtlichen Gesichtspunkte konnten bei den Maßnahmen der Behörden natürlich nur insoweit berücksichtigt werden, als sie mit dem Plane einer s y s t e m a t i s c h e n E n t w a f f n u n g und Befriedung des Gebiets in Einklang zu bringen waren. Selbstverständlich hatte insbesondere der Militärbefehlshaber kein Interesse daran, die ihm zur Verfügung stehenden Truppen durch die Entsendung in solche Orte und Bezirke zu zersplittern und dadurch zu schwächen, die nach den Erfahrungen der letzten Wochen imstande waren, die Voraussetzungen der Bielefelder Vereinbarungen aus eigener Kraft zu erfüllen. Es mußte vielmehr darauf gehalten werden, die Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung zunächst in denjenigen Bezirken zu konzentrieren, in denen auch nach dem 2. April die „Rote Armee“ noch fortbestand, die Waffen nicht abgegeben waren und die verfassungsmäßigen Behörden in der Ausübung ihres Amtes noch behindert wurden.

Eine Vollversammlung der Vollzugsräte für das Industriegebiet erklärte am 1. April — angeblich in Übereinstimmung mit den Kampfleitern der „Roten Armee“ —, daß sie für die **sofortige Durchführung der Bielefelder Vereinbarungen** unter Innehaltung der in Münster festgelegten Fristen sorgen würde. Es stellte sich jedoch sofort heraus, daß die örtlichen Vollzugsräte, der Essener Zentralrat und auch die bisherigen Kampfleiter nicht mehr über das Maß von Autorität verfügten, um diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Kaum hatte der Essener Vollzugsrat seinen Beschluß publiziert, als in Zehntausenden von Exemplaren ein Flugblatt „An die Soldaten der Roten Armee“ verbreitet wurde,

das nicht gerade freundlich von den Vollzugsräten sprach. An die Soldaten der „Roten Armee“ wurde folgende Aufforderung gerichtet:

Soldaten! Jagt das politisierende Bonzengesindel aller Schattierungen mit Kolbenschlägen auseinander! Duldet keine Konferenz mehr, denn auf Konferenzen wird Euer Todesurteil unterschrieben. Ihr als die Helden des revolutionären Proletariats habt zu bestimmen, nicht aber das Bonzentum! Schlagt die Flaumacher tot! Eure Devise sei das Wort Schillers: Lieber den Tod, als in der Knechtschaft leben! Schlagt, kämpft, siegt! —

Und die Soldaten nahmen diese Aufforderung sehr bald allzu wörtlich. Dem Essener Vollzugsrat wurde mit bereitgehaltenen Flinten auseinandergesetzt, daß die Soldaten an einer Beendigung des Kampfes kein Interesse hätten, und als das der Vollzugsrat nicht einsehen wollte, wurde er derart bedroht, daß er es vorzog, Essen zu verlassen und in dem sicheren Barmen seinen Sitz aufzuschlagen.

Auch der Gelsenkirchener Aktionsauschuß wurde am 2. April von roten Truppen abgesetzt. Hier waren schon am 1. April zwei große Konfektionsgeschäfte geplündert und für 300 000 Mark Waren geraubt. Auch eine Reihe von Schuhwarengeschäften waren von den Räubereien betroffen. In Buer erpreßten die roten Truppen Geld, Lebensmittel und Kleidungsstücke und auf Beschwerden erklärte auch hier der Vollzugsrat, daß er auf die Truppen keinen Einfluß mehr habe. So war es nur zu natürlich, daß nunmehr fast sämtliche Stadtverwaltungen im Norden und Westen des Ruhrgebiets die dringlichsten Vorstellungen erhoben, durch die Entsendung von Militär dem Terror der Arbeitertrupps entgegenzutreten. Ein angesehener Führer einer der Weimarer Koalitionsparteien berichtete in einem Privatbrief an Ernst Mehlich über die Stimmung in seiner Stadt, die so verzweifelt geworden sei, daß man zur Selbsthilfe greifen und dabei jedes Mittel anwenden würde, wenn die Berliner Zentralstellen nicht bald Hilfe brächten. Für diesen Fall sei aber auch mit einer Los-trennung des Westens von Berlin zu rechnen.

Fast wäre die Stimmung in dieser Stadt — Dortmund — durch einen neuen Zwischenfall noch weiter verschärft worden.

An der Besprechung in Münster wollten sich auch M e i n - b e r g und D ü w e l l aus Essen beteiligen. Beim Passieren der mit Militär besetzten Linien wurden Meinberg, Düwell und seine Frau festgenommen. Die Truppe „frohlodte“ — wie man mir sagte — über den guten Gang, aber in Dortmund und Essen dachten selbst bürgerliche Kreise über diese neue Unbegreiflichkeit der Truppe sehr viel nüchterner. Noch stand Meinberg bei einem nicht geringen Teile der Dortmunder Arbeiter in hohem Ansehen und auch Düwell hatte in Essen einigen Einfluß. Eine Festhaltung der beiden, die mindestens im guten Glauben waren, auf der Fahrt nach Münster den Schutz von Parlamentären zu genießen, hätte in Dortmund und Essen, vermutlich sogar darüber hinaus, zu Repressalien geführt und die allgemeine Lage nur verschlimmert. Die Festgenommenen wurden auf meine Vorstellungen beim Befehlshaber dann auch nach Münster freigelassen. Als Meinberg in meiner Amtsstelle mit mir über die Möglichkeiten seiner Rückbeförderung nach Dortmund sprach, sammelten sich vor dem Hause etwa hundert Personen, die in allerlei Verwünschungen ihre Absicht verrieten, ihr Mütchen an dem einen jetzt Wehrlosen zu fühlen. Unter sicherer militärischer Bedeckung habe ich ihn darum durch Gassen und Gärten aus Münster hinausgeleitet und bis an die Linien der Arbeitertruppen in Sicherheit bringen lassen.

Daß dieses Zwischenspiel und sein Ausgang gewisse Unterführer Watters nicht befriedigte, bedarf kaum der Erwähnung. Waren ihnen „Verhandlungen“ überhaupt schon zuwider, so war ihnen jetzt die Freude ganz besonders verdorben dadurch, daß die festgenommenen Bolschewisten-Häuptlinge wieder ausgeliefert werden mußten. Der General glaubte deswegen, mit mir vereinbaren zu müssen, daß Verhandlungen oder Besprechungen mit den Führern der Gegenseite hinter den militärischen Linien nicht mehr stattfinden sollten. Daran war ja ohnehin nicht mehr gedacht, aber zur Beruhi-

gung der Truppe, bei denen nun die Unterhändler der Gegenseite nicht mehr als „Spione“ erscheinen konnten, ging die Vereinbarung als besondere Bekanntmachung hinaus.

Von Verhandlungen mit der „Gegenseite“ konnte nach Münster selbstverständlich nicht mehr die Rede sein. Die Regierung hatte alle Möglichkeiten einer friedlichen Einwirkung erschöpft, die Unbelehrbaren der Gegenseite wollten keine friedliche Lösung.

Die Beamten Duisburgs waren bereits in einen Streik getreten, weil sie es nicht über sich gewinnen konnten, die Eingriffe des syndikalistischen Vollzugsrats, der unter der Leitung eines früheren Gelben stand, in die städtische Verwaltung zu stützen. —

## Einmarsch der Reichswehr

Am 3. April berichteten die Regierungspräsidenten nach den ihnen erteilten Weisungen über die Erfüllung der Bielefelder Bedingungen folgendes:

„Regierungspräsident Arnshberg: Behörden arbeiten im allgemeinen ungehindert. Waffenabgabe im allgemeinen im Gange. Nachricht fehlt noch von Landräten in Göttingen, Hörde, Schwelm, sowie Stadt Dortmund. Letztere soll Anerkennung der Bedingungen verweigert haben.

Abgegebene Waffen: Kreis Gelsenkirchen: 3 M.-G.'s, 226 Gewehre, 68 Seitengewehre, 83 Handgranaten, 1859 Inf.-Patronen, 700 M.-G.-Patronen, 2 Kraftwagen, 1 Feldschrappnell.

Stadt Gelsenkirchen: 5 M.-G.'s, 1 M.-W., 350 Gewehre und Munition.

Stadt Lüdenscheid: 1 M.-W., 122 Gewehre, 22 184 Inf.-Patronen. 2 Kisten M.-G.-Gurte.

Kreis Hagen: 55 Gewehre, 2 schwere M.-G., 4000 M.-G.-Patronen, 1000 Inf.-Patronen, 20 Handgranaten, 1 Schrapnell.

Stadt Hamm an Reichswehr: 1264 Gewehre, 100 Revolver, 1 schw. M.-G., 8059 Schuß Munition, 3 Handgranaten, 3 Seitengewehre.

Witten: Bis heute mittag nichts.

Kreis Bochum: nichts.

Herne: gestern Rathaus gestürmt von roten Truppen.

Kreis Hamm: Behörden noch behindert, Waffen nicht abgegeben.

Urteil des Regierungspräsidenten: Abgabe der Waffen gänzlich ungenügend.

Regierungspräsident Düsseldorf meldet: Es ist zu übersehen, daß keine Entspannung eingetreten ist. Waffenabgabe vollkommen ungenügend und so, daß Waffen nicht zu erfassen sind.



#### Regierungspräsident Münster:

Die Waffen sind nur dort abgegeben worden, wo das Militär die Waffenabnahme in die Hand genommen hat. In allen anderen Städten und Gemeinden, mit einziger Ausnahme von Bottrop, ist eine Waffenabgabe nicht gemeldet. Ebenso sind keine Meldungen darüber eingegangen, ob die Vollzugsausschüsse ihre Tätigkeit eingestellt haben."

Nach der Haltung der wilden Banden, die noch in vielen Orten ihr Unwesen trieben, konnte dieses negative Ergebnis nicht mehr überraschen. In einem Aufruf an die Bevölkerung des Industriegebiets setzte ich noch einmal die Sachlage auseinander und teilte mit, daß nunmehr, nachdem alle anderen Möglichkeiten erschöpft seien, im ausdrücklichen Einverständnis mit den Zivilstellen der Militärbefehlshaber den Einmarsch der Truppen angeordnet habe!

In einem großen Teil der Presse wurden gerade in jenen Tagen Darstellungen über die Art und die Durchführung des Bielefelder Abkommens und der Münsterischen Besprechung gegeben, die eine gröbliche Irreführung der Öffentlichkeit bedeuteten.

Die kommunistische Presse versuchte die Regierung auf alle Abmachungen vorbehaltlos festzulegen, um sie des Wortbruchs bezichtigen zu können, und die Rechtspresse bemühte sich um den Nachweis, daß die Regierung sich in schwächlicher Nachgiebigkeit unter das Joch der Linksradikalen begeben und in schlotternder Angst vor allerlei Drohungen darauf verzichtet habe, mit Waffengewalt gegen die Aufrührer von links einzuschreiten. Einige Rechtsblätter genierten sich damals auch nicht, ihren Lesern allen Ernstes vorzureden, daß am 1. April 1920 Deutschland einen gemäßigten Bolschewismus verbrieft und besiegelt bekommen habe. Ohne jeden Kommentar brachten selbst Zentrumsblätter die Auslassungen von militärischer Seite, daß das Bielefelder Abkommen, an dem die Zentrumsabgeordneten Rloft, Imbusch und Minister Giesberts mitgewirkt hatten, ein Hohn auf die Verfassung sei und eine Auslieferung der Staatsgewalt an den Links-

radikalismus bedeute. Obgleich ich in einer Pressekonferenz in Münster in einem ausführlichen Bericht die Situation geschildert und die Stellungnahme der Regierung ebenso ausführlich begründet hatte, ließ sich die Rechtspresse nicht hindern, in der unwahrhaftigsten Weise die Regierung anzugreifen und sie der Schwäche und Nachgiebigkeit zu bezichtigen. In diesen Angriffen spielte der Hinweis eine besondere Rolle, daß schon Ende März im Osten und Westen Truppen zum Einsatz bereitgestanden hätten. Darüber brauchten die Regierungen und ich nicht belehrt zu werden. Gewiß: in der Gegend von Hamm standen Bayern und Württemberger und in und um Wesel die Truppen des General R a b i s c h , das Düsseldorfser Regiment und das Mülheimer Freikorps! Aber zwischen Hamm und Wesel standen Ende März auch noch Zehntausende bis an die Zähne bewaffnete, mit Dynamit versehene Arbeitertruppen! Und zwischen Hamm und Wesel befanden sich mehr wie 200 Schachtanlagen und andere Werke der Urproduktion, die ich unter allen Umständen davor bewahren wollte, zum Schauplatz von Artilleriekämpfen und Dynamitsprengungen zu werden. Die Zusätze des Befehlshabers zu dem Ultimatum der Regierung waren einzig und allein die Ursache der weiteren Verzögerung. Sie hatten die Massen wieder zusammengeschweißt und ihre Erbitterung bis zur Verzweiflung getrieben, und nun mußte „die Feder wieder gut machen, was das Schwert verdorben“. —

Eine Konferenz der Zentrumspartei, die am 11. April in Essen tagte und zu den Ruhr-Unruhen Stellung nahm, forderte von der Regierung eine Politik der Kraft, **einen Willen, der auch unter Einsatz der eigenen Person** und der Parteivorteile den Staatsgedanken vor der hereinbrechenden Anarchie zu schützen bereit sei. Der Exponent der Regierung im Ruhrgebiet war ich in jenen Tagen. Abgesehen von dem Ultimatum, mit dem ich nicht einverstanden war, hat die Regierung keine Maßnahme getroffen, um deren Anordnung ich sie nicht gebeten hätte. Ich durfte darum die Zentrumsresolution auch auf

mich beziehen. Sie überraschte mich insofern, als ich mir bis dahin eingebildet hatte, meine Person, meinen Namen, meine Ehre, kurzum alles zur Rettung des Staatsgedankens vor der hereinbrechenden Anarchie eingesetzt zu haben.

Daß die Zeitungshege, in deren Mittelpunkt ich so oft stand, nicht ohne jede Folgen blieb, ist im Hinblick auf die Nervosität der damaligen Zeit nicht weiter verwunderlich. Denn was wurde mir nicht alles vorgeworfen! Daß ich der Hemmschuh des Generals von Watter war, der eine kräftige Aktion gegen die Verschwörer unter allen Umständen verhindern wollte, war noch das gelindeste. Aber man kannte auch schon Einzelheiten meiner unheilvollen Tätigkeit! Einmal hatte ich ein Sperrfeuer, das den Truppen der „Roten Armee“ den Rückzug abschneiden sollte, telephonisch abbestellt (!), das andere Mal den „Roten“ den Aufmarschplan der Reichswehr verraten und dergleichen mehr. Fast an jedem Tage erfolgten Verdächtigungen und Beschimpfungen der übelsten Art, aber auch von Drohungen blieb ich nicht verschont. Einmal schien es so, als ob ihnen auch die Tat folgen sollte.

An einem der letzten Tage des März wurde vormittags in meiner Amtsstelle wiederholt telephonisch angefragt, wo sich meine Wohnung befände, die in der Grevener Straße dem Generalkommando und meiner Amtsstelle gegenüberlag. Durch die Auskunft meines Bureaupersonals, das die Grevener Straße angab, fühlten sich die Fragesteller offenbar irreführt, denn nun suchten sie, wie ich bald erfahren sollte, durch persönliche Beobachtung meine Wohnung zu erkunden. Als ich mittags mit Mehlich und dem Hauptmann Lorenz das Restaurant Röber aufsuchte, wurden wir von zwei nicht gerade vertrauenerweckenden Männern verfolgt. Sie hesteten sich auch abends zunächst wieder an unsere Fersen, bis es uns gelang, auf Nebenwegen ein Hotel in der Nähe des Bahnhofs zu erreichen. Kaum hatten wir in einem separaten Zimmer uns zum Abendessen niedergelassen, als im Türrahmen unsere Verfolger er-

schienen, nun aber sofort die Flucht ergriffen, als die Anwesenheit Mehlichs und des Hauptmanns Lorenz der Ausführung ihres Planes entgegenstand. Denn daß die beiden Kerle nicht gekommen waren, um mir einen „guten Abend“ zu wünschen, war uns allen klar. Um weiteren Versuchen zu Attentatlichkeiten einstweilen zu begegnen, schien es mir geraten, einige Nächte außerhalb der Grevenener Straße zu verbringen.

Selbstverständlich haben alle Verleumdungen und Drohungen mich nicht einen Augenblick in meinen Entschlüssen wankend gemacht. Hätte ich in jenen Tagen den Ratschlägen der Scharfmacher Beachtung geschenkt, dann wäre weiteres Blutvergießen, eine Gefährdung der Wirtschaft des Ruhrgebiets und die Abkehr der gesamten Arbeiterschaft von der Koalitionsregierung die unausbleibliche Folge gewesen. Nicht die Regierungstaktik und nicht die Verhandlungen in Bielefeld und Münster haben dem Linksradikalismus im Ruhrgebiet in den Märztagen 1920 den Aufschwung gegeben, sondern einzig und allein der Rapp-putsch und die unklare Haltung des Militärs! — Es ist nicht wahr, daß die Kommunisten auch ohne den Rapp-putsch zum Aufstand getrieben hätten. Selbst wenn man als erwiesen betrachtet, daß derartige Pläne bestanden haben, Pläne, wie sie beim Eisenbahnerstreik und bei der sogenannten „direkten Aktion“ bereits hervorgetreten waren, so hätten die polizeilichen und militärischen Kräfte des Industriegebiets wie schon im Januar und Februar völlig gereicht, um jeden Versuch eines kommunistischen Aufstandes schon im Keime zu ersticken.

Ebenso unwahrhaftig wie die rechtsradikale Presse verhielt sich die Presse der Kommunisten und Syndikalisten. Sie behauptete w a h r h e i t s w i d r i g, daß die Regierung mit dem Einmarsch die Bielefelder Vereinbarungen durchbrochen habe. Vom 31. März bis 3. April hatten die Truppen auf der ganzen Linie jede Vorwärtsbewegung eingestellt. Wo sie an einzelnen Stellen, wie bei Belsum, Recklinghausen und



Dinslaken kämpfend vorgestoßen waren, da hatten Angriffe der bewaffneten Arbeitermassen den Anlaß dazu gegeben. Peter Graßmann vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund hatte in der Karwoche Gelegenheit, sich ebenfalls davon zu überzeugen, daß die Reichswehr vom Tage der Münsterischen Besprechung an bis zum Ablauf der letzten Fristen sich durchaus defensiv verhalten hat. Es gaben denn auch selbst „unabhängige“ Blätter, wie die „Volksstimme“ in Hagen und die „Volkstribüne“ in Elberfeld zu, daß sich anarchistische Elemente einer friedlichen Lösung entgegenstimmten und daß die Wideripenstigen — Gelbe und Streikbrecher — für die Öffentlichkeit eine große Gefahr bedeuteten!

Nun war die Truppe im Marsch, und nun zeigte sich der volle Erfolg des Bielefelder Abkommens und der Münsterischen Besprechung: die militärische Besetzung von Duisburg, Mülheim, Gelsenkirchen, Buer, Herne und Dortmund war bereits bis zum 6. April kampflos erfolgt. Am 7. April wurden Bochum und Essen besetzt. Die Reihen der „Roten Armee“ waren gelichtet, nur vereinzelt kam es zu kleinen Zusammenstößen.

Die erste Stelle, der ich von diesen Erfolgen Mitteilung machte, war die deutsche Gesandtschaft im Haag. Ich wollte die Wirtschaftsstelle der Gesandtschaft veranlassen, auf die holländische Regierung und die holländischen Wirtschaftskreise im Interesse einer Beschleunigung der in Aussicht gestellten Lebensmittelsendungen einzuwirken. Der Regierungspräsident in Arnberg hatte schon Ende März durch die Stockung in den Mehlaufuhren die Brotration bedeutend herabgesetzt. Am Ende der zweiten Aprilwoche war überhaupt kein Mehl mehr vorhanden, so daß nicht einmal die Bergarbeiter und die Truppen beliefert werden konnten. Kartoffellieferungen waren an vielen Orten des Bezirks ganz eingestellt. Vom 2. April an war Essen ohne Milch geblieben. Jetzt kehrten allmählich gesicherte Verhältnisse zurück, und die holländischen Lebensmittelsendungen konnten nunmehr ohne Gefährdung ihren Bestimmungsort erreichen. Daß sie jetzt ungesäumt

auf den Weg gebracht wurden, ist nicht zuletzt das Verdienst Otto Hues, den ich gebeten hatte, seinen ganzen persönlichen Einfluß im Haag im Interesse einer schnellen Lebensmittelbelieferung des Ruhrreviers auszuüben.

\*

Nach den mir erteilten Vollmachten waren den verschiedenen operierenden Gruppen Berater beigegeben, die Land und Leute kannten und die Verbindung des Militärs mit der Bevölkerung herzustellen versuchten. Für die Gruppe Epp wurden ernannt Borgschulze-Hamm und Eulenbach-Dortmund, für die Gruppe Wesel Ernst Müller-Duisburg. Örtlichen Militärbefehlshabern wurden beigegeben in Essen der Abgeordnete Obermeyer, in Hohenlimburg der Stadtverordnete Grünroß, in Iserlohn der Abgeordnete Bräuker, in Gelsenkirchen der Stadtverordnete Karl Müller, in Recklinghausen Stadt und Land die Herren Schmidt und Lönebohm und in Osnabrück der Abgeordnete Buhert. Die Beigeordneten waren verpflichtet, den militärischen Stellen über alle örtlichen Verhältnisse Auskunft zu erteilen und die örtlichen Militärbefehlshaber in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen zu beraten. Sie waren ferner gehalten, zu prüfen, ob Personen, die in Schubhaft oder sonst in eine nicht gerichtlich bestätigte Haft genommen waren, festgehalten oder vorbehaltlich des gerichtlichen Verfahrens entlassen werden sollten. Das Zusammenarbeiten der Beigeordneten mit den Truppenführern war nicht durchweg befriedigend. Einige Offiziere waren zuvorkommend, erteilten Auskünfte und ließen sich auch gern beraten. Das waren ausschließlich die Führer, die über eine gute disziplinierte Truppe verfügten. Die anderen empfanden die Beizeordnung eines Zivilisten als lästig und verweigerten ihm die Anerkennung. Wenn sie auf Beschwerde der Wehrkreis-kommandeur später auch formell verfügte, so blieb in solchen Fällen die Zusammenarbeit doch sehr unfruchtbar.

Die Aufführung der Truppen beim Einmarsch war ebenfalls keine einheitliche. Eine tadellose Haltung wurde von den Württembergern des General Haas gemeldet. Wo hier Unstimmigkeiten vorkamen, wurde durch die höheren Vorgesetzten sofort Remedur veranlaßt. So wurde z. B. ungefümt dagegen eingeschritten, als beim Einrücken der Truppe in Dortmund ein Kraftfahrzeug mit einer schwarzweißroten Fahne versehen wurde. Und als einige Mannschaften kleine Zettel antisemitischen Inhalts anklebten, wurde auch dieser Unfug sofort verboten. Durch einen ausführlichen Befehl wurde endlich angeordnet, daß Massenverhaftungen nicht mehr vorgenommen werden sollten, wie das am ersten Tage — zweifellos auf Grund von allerlei Denunziationen — geschehen war. Im großen ganzen konnte aber festgestellt werden, daß sich die Gruppe Haas einwandfrei verhielt und zu Klagen von besonderer Bedeutung keine Veranlassung gab. Vom Betriebsrat der Zeche „Glück auf“ bei Dortmund, dessen Mitglieder auf dem Boden der Verfassung standen, wurde mir eine Entschließung eingesandt, in der das Einrücken der Reichsmehrtruppen ausdrücklich begrüßt wurde, und als nach einigen Tagen die Abteilung Haas weiterücken mußte, wurde der Abzug der Truppe in mehreren Entschließungen von Vereinigungen aller Art auf das lebhafteste bedauert.

## Inter arma silent leges!

Leider läßt sich daselbe nicht von allen anderen Truppenkörpern sagen. Beim Einmarsch in die Ortschaft Fröndenberg wurden Kaiserhochs ausgebracht, in die Führer und Teile der Mannschaften einstimmten. Überhaupt fühlten sich in mehreren Fällen Mannschaften und Offiziere ganz noch im alten kaiserlichen Deutschland. In Buer und Bottrop wurden gefangene Arbeiter aufgefordert, „Heil dir im Siegerkranz“ zu singen und mißhandelt, wenn sie sich weigerten. Beim Aufenthalt der Gruppe Epp in Ramen wurden gerade diejenigen Arbeiterführer in Schutzhaft ge-

nommen, die am meisten und am erfolgreichsten für die Erfüllung der Bielefelder Vereinbarungen über Ramen hinaus bei der Arbeiterschaft eingetreten waren. Auf einen telefonischen Einspruch, den ich unter Hinweis auf meine Vollmachten beim Obersten E p p einlegte, erwiderte Epp, daß er nur Weisungen des Befehlshabers entgegenzunehmen habe und meinem Einspruch nicht stattgeben würde. Diese Antwort war vielversprechend für die Haltung der Gruppe Epp der Bevölkerung gegenüber und aus dem Grunde hielt ich mich für verpflichtet, nun erst recht beim Befehlshaber die Freilassung der Inhaftierten zu betreiben. Es bedurfte aller Anstrengungen, auch der Ankündigung, daß ich von der Reichsregierung die Abberufung Epps verlangen würde, um das bis zu der von mir in Aussicht genommenen Frist zu erreichen.

Diese Haltung der Truppe gegenüber den Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft war um so unverständlicher, als die in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiter alles taten, um der Reichswehr bei der Durchführung ihrer schwierigen Aufgabe behilflich zu sein. Die sozialdemokratische Presse des Ruhrbezirktes war bemüht, Bevölkerung und Reichswehr näher zu bringen und alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die ein verständnisvolles Zusammenarbeiten hindern konnten. Die Essener Arbeiter-Zeitung, die unter der Spartakistenherrschaft vorübergehend verboten worden war, veröffentlichte am Tage vor der Besetzung Essens einen Artikel, der folgende Mahnung an die Arbeiter enthielt:

An die organisierte Arbeiterschaft richten wir die dringende Bitte, den Reichsmehrtruppen gegenüber eine taktvolle und korrekte Haltung einzunehmen und in keiner Weise durch Provokationen Gefahren heraufzubeschwören, die Schwierigkeiten für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Essen bedeuten würden. Wenn die Bevölkerung und das Militär sich der ernststen Situation bewußt sind und wenn insbesondere die militärischen Stellen



gewissenhaft, aber ohne irgend welche terroristischen Maßnahmen ihre Ordnungsaufgaben erfüllen, dann sind wir gewiß, daß bald wieder Ruhe und Ordnung in der Stadt Essen gewährleistet ist.

Das ist nur eine Stimme aus der sozialdemokratischen Presse des Ruhrgebietes. Aber sie enthält den Kern all der Mahnungen, die von der gesamten Presse des Bezirkes in jenen Tagen an die Bevölkerung gerichtet wurden, um der Truppe eine verständnisvolle und würdige Aufnahme zu sichern. Leider hat die Truppe nicht überall diese Bemühungen gelohnt. Wenige Tage später sah sich daselbe sozialdemokratische Blatt veranlaßt, zu fordern, jetzt, wo alles geschehen müsse, um die gemeinen Verbrechen während der Revolutionstage zu sühnen, auch schnell und wirksam gegen die Meuchelmörder vorzugehen, die den Soldatenrock der Republik mit dem Blut unschuldiger Arbeiter besleckt haben. Denn wie von der Gruppe Epp, so wurden auch von anderen Formationen die gleichen Klagen laut, so daß ich mich mehrfach gezwungen sah, den Militärbefehlshaber in nachdrücklicher Form um energische Maßnahmen gegen die Ausschreitungen der beschuldigten Mannschaften zu ersuchen. Nicht alle der ins Ruhrgebiet entsandten Truppenteile entsprachen den Erwartungen, die in einem Aufruf an die Truppen der Reichswehrminister G e l l e r und der Chef der Heeresleitung v o n S e e d t Ausdruck gegeben hatten:

Es gilt, dem Volke zu zeigen, daß die Reichswehr treu hinter der Verfassung steht und daß sie das Vertrauen des ganzen Volkes verdient. Dazu gehört vor allem Wahrung schärfster Manneszucht, Vermeidung aller unnötigen Härten und jeglicher Übergriffe und Provokationen. Nur eine Truppe, die bei aller Bestimmtheit doch sachlich und ruhig und bescheiden auftritt und sich streng an die Gesetze hält, ist befähigt, behilflich zu sein, irregeleitete deutsche Volksmitglieder wieder auf den Weg der Ordnung und Verfassung zurückzuführen. Nur sie wird sich selbst Ver-

trauen erwerben und der Staatsgewalt Achtung und Vertrauen verschaffen können.

Wären diese Weisungen Richtschnur für die Truppe geblieben, dann wäre alles gut gewesen. Aber für mehrere jüngere Offiziere gab es schon eigentlich gar keine Regierung und Verfassung mehr. Für mehrere Abteilungen der Truppe gab es auch keine „irregeleiteten deutschen Volksmitglieder“, sondern nur noch Bolschewisten. Massenverhaftungen auf Grund einseitiger Denunziationen, willkürliche Erschießungen, Mißhandlung Gefangener wurden fast an jedem Tage gemeldet. Selbstverständlich waren nicht alle Meldungen begründet. In der Erregung sahen sich manche Vorfälle grausamer an, als die nähere Prüfung bestätigte. Aber was die von mir im Einvernehmen mit der Reichsregierung und dem Wehrkreiskommando ernannten politischen Berater der einzelnen militärischen Gruppen berichteten, war übergenug für die Feststellung, daß die Mahnung des Wehrministers und des Chefs der Heeresleitung nur sehr vereinzelt befolgt wurde. **Schon in den ersten Tagen nach dem Einmarsch berichtete der Essener Berater, daß im Rathaus Essen zwei Verhaftete ohne Aburteilung erschossen seien, in Bottrop 14, in Mülheim 8.** An der Erschießung in Mülheim war auch die aus Essen vertriebene „grüne Polizei“ beteiligt. Ähnliche Übergriffe wurden aus Haltern, Recklinghausen, Herne und Sodingen gemeldet, so daß man annehmen darf, daß die ohne Vernehmung Erschossenen in die Hunderte gehen.

In einem Massengrab in Beldum bei Hamm liegen 98 erschossene Arbeiter begraben. Während von den militärischen Stellen angegeben wurde, daß die Gefallenen in einem Sperrfeuer umgekommen seien, berichtet der Beigeordnete **B o r g s c h u l z e** auf Grund seiner Ermittlungen, daß mindestens ein großer Teil der Getöteten ebenfalls willkürlichen Erschießungen zum Opfer gefallen sei. Nach einem weiteren Bericht des gleichen Beigeordneten sind in Hamm zwei verwundete Arbeiter auf einen Stuhl gesetzt und dann erschossen worden!

Mit noch größerer Willkür erfolgten die Verhaftungen. Einzelne Soldaten veranstalteten Hausfuchungen und verfügten Festnahmen auf eigene Faust. Die Angabe, daß es sich um einen Spartakisten und Teilnehmer der Roten Armee handele, genügte, um den ruhigsten Arbeiter und Bürger in Schutzhaft oder gar vor das Kriegsgericht zu bringen. In Delde, einer außerhalb des Ruhrgebiets gelegenen ruhigen kleinen Stadt, hatte ein Münchener Zeitfreiwilliger der Brigade Epp 5 Leute ohne jeden Grund festgenommen. Auf die Beschwerde meiner Amtsstelle erklärte die Schützenbrigade Epp, daß die Festnahme ohne Auftrag und ohne Berechtigung durch den Studenten Polysius aus München erfolgt sei, der dafür zwangsweise wieder nach München abgehoben wurde. Ende April betrug die Anzahl der Festgenommenen weit über tausend. Die Zitabelle in Wesel vermochte sie nicht mehr zu fassen, so daß auch dem Sennelager viele Hunderte zugeführt wurden. Hunderte hatten, wie die Feststellungen der Berater und später angestellte Prüfungen ergaben, absolut nichts verbochen. Wohl gelang es den Beigeordneten, in Hunderten von Fällen die Freilassung zu erwirken, aber niemand merkte den Abgang, da immer neue Verhaftete zuströmten.

Auch über die Mißhandlung wehrloser Gefangener rissen die Klagen nicht ab, so daß sich nun auch der Befehlshaber auf energische Vorstellungen aller zivilen Stellen genötigt sah, gegen die Mißstände einzuschreiten. In einem Befehl vom 12. April gab er folgendes bekannt:

„Es sind in den letzten Tagen eine Anzahl Klagen über gesetzwidriges Verhalten von Truppenangehörigen eingegangen, die zum Teil nicht stichhaltig waren, zum Teil aber als ganz einwandfrei festgestellte Ausschreitungen Einzelner bewiesen sind. Die Fälle sind an Zahl gering. Die Schuldigen werden zur Rechenschaft gezogen. Die Angelegenheit ist jedoch hiermit nicht erledigt, sondern sie zwingt mich, jedem einzelnen Truppenführer mit allem Nachdruck folgendes ans Herz zu legen:

Es ist menschlich durchaus verständlich, daß die Truppen seelisch aufs Äußerste erregt sind, daß Hunderte ihrer Kameraden in rücksichtslosster Weise bei der Ausübung ihrer Pflicht von Aufrührern

niedergeschossen und schwer verwundet sind, es steht fest, daß eine ganze Anzahl eine sehr schwere Todesstunde durch die Grausamkeiten ihrer Beiniger gehabt haben.

Es muß sich jedoch jeder Soldat fest vornehmen, seine Stimmung im Zaume zu halten und nicht Gleiches mit Gleichem vergelten zu wollen. Es ist unmöglich, daß die Regierungstruppe sich das Kampfverfahren von Aufrührern und Verbrechern zu eigen macht. Jede Handlung, die ein Soldat unternimmt, wird von der Bevölkerung anders bewertet, als die eines Nichtsoldaten. Der Soldat muß sich unbedingt an Recht und Gesetzmäßigkeit halten. Ich weiß, daß hiermit von dem Einzelnen oft schier Unmenschliches verlangt wird. Es muß aber geleistet werden. Die heute im Industriegebiet eingesetzte Truppe trägt den Ruf und die Zukunft der Armee in der Hand. Das muß sich jeder Einzelne immer wieder vor Augen halten. Dies muß jeder Führer seinen Leuten immer wieder einprägen.

Im Einzelnen bestimme ich:

- a) Vorläufige Festnahmen erfolgen von jeder Militärperson selbständig bei Ergreifung auf frischer Tat und im Gefecht.

Handelt es sich um Festnahmen bei Festigung der Ordnung in einem Ort auf Grund von Anzeigen, so erfolgt die Festnahme nur auf schriftlichen Befehl des ortszuständigen Offiziers nach Prüfung der Unterlagen und der Anhörung der Gemeindebehörde. Es muß vermieden werden, daß Festnahmen auf Grund einseitiger Denunziationen erfolgen.

- b) Die Durchführung der Festnahme erfolgt durch ein besonders bestimmtes Patrouillenkommando. Es muß sichergestellt sein, daß nicht einzelne Militärpersonen auf eigene Faust Festnahmen durchführen.
- c) Der Festgenommene steht, und wenn es der schwerste Verbrecher ist, unter dem Schutz der Regierungsgewalt. Wenn Aufrührerbanden fast immer anders verfahren, so darf der Soldat dies nicht. Einem Festgenommenen darf kein Haar gekrümmt werden. Er wird die gerechte Strafe durch seinen Richter zu seiner Zeit erhalten.“

Leider ist es auch nach diesem Befehl den Truppenführern nicht gelungen, die Ehre der Truppe reinzuhalten. Selbst wenn man von den in meiner Amtsstelle weiterhin einlaufenden Meldungen über Mißhandlungen, Verhaftungen und Tötungen einen beträchtlichen Prozentsatz an Übertreibungen und Entstellungen in Abzug brachte, so blieb doch ein allzu großer peinlicher Rest, der nur durch die Erbitterung und das Rachegefühl auf der einen und durch die Disziplinlosigkeit der Truppe auf der anderen Seite zu erklären war. Es ist schwer zu sagen, welcher Seite die größten Grausamkeiten zur Last



zu legen sind. Die Tötung von verwundeten Soldaten in Wetter, die Niedermeglung von Polizeibeamten in Dortmund, die Viehische Abschlachtung der grünen Polizei in Essen, die Ermordung des Bergwerkdirektors Sebold der Zeche Lohberg durch Angehörige der Arbeitertruppen waren scheußliche Verbrechen, die durch nichts verteidigt, durch nichts beschönigt werden können. Aber was jetzt von den Reichsmehrtruppen an wehrlosen, irregeleiteten deutschen Volksmitgliedern gesündigt wurde, läßt sich ebensowenig rechtfertigen. Mit der Wiederherstellung der Ordnung und der gesetzmäßigen Zustände hatten ihre Ausschreitungen nichts mehr zu tun. *Inter arma silent leges!* Dies schlimme Wort sollte leider auch in diesem Bürgerkriege oder erst recht in ihm Geltung bekommen. Vom westlichen Kriegsschauplatz des Weltkrieges ist oft von Vorkommnissen berichtet worden, die erkennen ließen, daß trotz aller Kriegsschrecken Ritterlichkeit und Menschlichkeit selbst nach 4 Jahren Weltkrieg noch nicht ausgestorben waren. Hier aber, im blutigen Ringen zwischen Volksgenossen, schien nur kalter Rachedurst und unmenschliche Grausamkeit zur Entladung zu drängen.

Daß auch politisch diese Ausschreitungen einzelner Truppenverbände gerade in dem Augenblick so unzumutbar wie möglich waren, kümmerte die beteiligten Offiziere und Mannschaften selbstverständlich nicht. In Frankreich konnte man die Nachrichten über Ausschreitungen der Truppen gut gebrauchen, um der Welt gegenüber die *Besezung von Frankfurt* begründen zu können. Einige Ungeschicklichkeiten ausländischen Korrespondenten gegenüber vervollständigten das ungünstige Bild, das in jenen Tagen in der Auslandspresse über die republikanische Reichsmehr erschien. So wurde der Korrespondent des „*Manchester Guardian*“ in der unglaublichsten Weise kurz nach dem Einrücken der Regierungstruppen in Essen von ein paar jüngeren Offizieren beschimpft und bedroht, bis er nach längeren Irrfahrten von dem Militärbefehlshaber Essens, dem Obersten von *Baumbach*, endlich freigelassen

wurde. Im Ausland erregte auch die Erschießung eines angeblichen amerikanischen Journalisten, Paul R. Demott, einiges Aufsehen. Demott war in Wesel zum Tode verurteilt, weil er mit den bekanntesten Führern der „Roten Armee“ im Besitz von Waffen getroffen war und weil Aufzeichnungen in seinen Papieren ihn der bolschewistischen Propaganda verdächtig gemacht hatten. Das Todesurteil fand keine Bestätigung, trotzdem wurde Demott erschossen, angeblich weil er bei einem wiederholten Gang zur Latrine einen Fluchtversuch unternommen hatte!

Die französische Regierung hatte den Einmarsch der Reichswehr in die 50-Kilometer-Zone inzwischen zum Anlaß benützt, um Frankfurt und Darmstadt zu besetzen. Die Besetzung war nicht im Einvernehmen mit den Alliierten erfolgt und entsprang darum wohl mehr dem Wunsche, durch eine Militarisierung der Mainlinie den Norden und Süden Deutschlands zu trennen, als der Sorge, die Sicherheit der alliierten Truppen im Rheinlande nicht gefährden zu lassen. Die Haltung der Regierungen in Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die sich in Stuttgart am 10. April zu einem entschlossenen Protest gegen die Besetzung zusammengefunden hatten, zeigte indessen, daß jeder Versuch, Süddeutschland mit den Mitteln der Besetzung vom Reiche zu trennen, an der Entschlossenheit der süddeutschen Staaten scheitern würde. Den Standpunkt der rheinischen Städte zur Besetzung Frankfurts brachte in knapper, würdiger Form ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in Essen zum Ausdruck, den die Stadtverordnetenversammlung einstimmig gefaßt hatte:

„Erst als Plünderungen und Gewalttätigkeiten gegen die große Masse der arbeitswilligen Bevölkerung und gegen Einzelpersonen den Ruhrkohlenbezirk an den Rand des Abgrundes brachten, hat die Reichsregierung auf dringendste behördliche und private Notrufe den neutralen Teil des Bezirks mit Reichswehr belegt, so auch die Stadt Essen, in der die Verhältnisse unerträglich geworden waren. Wir bekunden vor aller Welt, daß der Reichsleitung kein anderer Ausweg mehr blieb, wollte sie uns nicht elend zugrunde gehen lassen. Mit heißem Mitempfinden grüßen wir die Volksgenossen in den ungeteiligten Städten, die daraufhin von Frankreich besetzt worden sind.

Wir erheben feierlichen Einspruch gegen das Vorgehen der Franzosen, daß jedem Recht und auch jedem menschlichen Empfinden Hohn spricht, auf das auch der Besiegte Anspruch hat, zumal nach Abschluß des Friedens.

Oberbürgermeister Dr. L u t h e r.

Zu den Sorgen, die der Regierung aus der Besetzung Frankfurt und Darmstadt erwuchsen, kamen täglich neue innerpolitischer Art. Was Kundige befürchtet hatten, daß beim Einmarsch der Truppe von undisziplinierten Mannschaften Rache genommen werden würde für all die Grausamkeiten, die die Rotgardisten an Soldaten, Polizisten und Bürgern verübt hatten, trat in einem erschreckenden Maße mit jedem Tage deutlicher hervor. Was mußten die Truppen des Herrn von Aulock oder Robbachs von der gerechten Notwehr fleißiger Arbeiter gegen militärische Eidbrecher? Für sie war jeder Arbeiter, der gegen Rapp aufgestanden war, ein Bolschewist, den zu quälen und zu „erledigen“ so manchem als vaterländische Tat erschien. Aber bei den meisten Soldaten spielten diese mehr verstandesmäßigen Überlegungen keine Rolle. Sie erblickten in den Arbeitern in erster Linie die Mörder ihrer Kameraden von Wetter. Ihnen galt der Kampf.

Die vielen Standgerichtsurteile, die auch bei sehr geringen Vergehen zu einem „schuldig“ gelangten, erregten selbst in den Kreisen Besorgnis, die an sich ein strenges Vorgehen gegen die Aufrührer für geboten hielten. In diesen Kreisen glaubte man durch eine andere Zusammensetzung der Standgerichte die Gewähr für Vermeidung einer Rache-Justiz schaffen zu können. Oberbürgermeister Jarres = Duisburg machte deswegen in einer Eingabe an mich den Vorschlag, die Standgerichte so zusammenzusetzen, daß den Vorsitz ein älterer Offizier bekleide und daß als Beisitzer ein vom Landgerichtspräsidenten vorgeschlagener Richter und eine Vertrauensperson der Gewerkschaften fungiere. Auch Dr. Jarres begründete diesen Vorschlag mit dem Hinweis darauf, daß ein starkes Mißtrauen gegen die Rechtsprechung der Standgerichte bestehe, das nur durch eine zweckmäßige Zusammensetzung beseitigt werden könne.

Vorher schon war auch der Reichsregierung von der Häufung der Standgerichtsurteile Mitteilung gemacht. Allein im Redlinghauser Bezirk wurden von dem dortigen Standgericht in wenigen Tagen 33 Todesurteile gefällt, von denen der Militärbefehlshaber 4 vollstrecken ließ. Die militärische Dienststelle in Redlinghausen, die diese Ziffern in der Presse bekannt gab, fügte der Anzeige hinzu, „daß die doppelte Anzahl von Personen angesichts der der Truppe und der friedlichen Bevölkerung zugefügten Verluste ihr Leben gerechterweise im Standgericht hätte beenden müssen“. In diesen Auslassungen offenbarte sich ungefähr die geistige und seelische Atmosphäre, in der sich die militärischen Dienststellen damals durchweg befanden.

Diese Einstellung selbst und ihre ungehemmte Betätigung war für die Regierung politisch nicht zu ertragen. In der deutschen Öffentlichkeit sagte man sich mit Recht, daß die eigentlich Schuldigen an den Unruhen straffrei ausgingen, während im Ruhrgebiet keine Gewähr gegeben war, daß durch das Verfahren der Standgerichte nicht auch Unschuldige zum Tode verurteilt wurden, ohne daß eine Gelegenheit zur ruhigen Nachprüfung dieser zumeist ab irato gefällten Urteile gegeben war. Die Reichsregierung erließ deswegen eine Verordnung, in der es hieß:

#### § 1.

„Soweit nach den zur Zeit geltenden Vorschriften die Einsetzung von Standgerichten in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg und Münster zugelassen ist, werden die hierauf bezüglichen Bestimmungen aufgehoben.

#### § 2.

Diese Verordnung tritt sofort mit der ordentlichen Verkündung, spätestens mit dem 4. April 1920 in Kraft.

Berlin, 3. April 1920.

Der Reichspräsident: Ebert

Der Reichskanzler: Müller

Der Reichswehrminister: Dr. Geßler.“



Die meisten Unterführer der Truppe waren über diese Verordnung sehr ungehalten. Fast allen Beigeordneten wurde erklärt, daß mit der Aufhebung der Standgerichte die Aufgabe der Truppe sehr erschwert sei. In diesem Sinne wurde auch die rechtsgerichtete Presse bearbeitet, die auch in diesem Falle wieder in der einseitigsten Weise gegen die Regierung Stellung nahm. So meldete z. B. die „Kölnische Zeitung“ unter dem 11. April, daß der Oberst v o n B a u m b a c h , der Militärbefehlshaber von E s s e n , von der Regierung die Wiedereinsetzung der Standgerichte gefordert (!) habe, da er andernfalls abziehen und das Ruhrgebiet sich selbst überlassen müsse! Ich kann mir kaum denken, daß der Oberst v o n B a u m b a c h , der mir als ein ruhiger Mann von allen, die ihn näher kannten, geschildert wurde, eine derartige Erklärung der Presse inspiriert hat. Sie entsprach aber vollständig der Stimmung, die in jenen Tagen im Offizierskorps herrschte. In der Öffentlichkeit wurden die Dinge so dargestellt, als ob mit der Aufhebung der Standgerichte nunmehr Todesurteile überhaupt nicht mehr gefällt werden könnten. Es ist überaus bezeichnend für die geistige Verfassung der damaligen Zeit, daß die Regierung sich dazu verstehen mußte, diese irrige Auffassung durch den Hinweis darauf zu berichtigen, daß die Todesstrafe auch weiterhin durch die ordentlichen Gerichte und die außerordentlichen Kriegsgerichte verhängt werden konnte, freilich nur soweit sie nach den geltenden Strafbestimmungen angedroht war.

## Flucht ins besetzte Gebiet

Die Aufrechterhaltung der Standgerichte war jetzt um so weniger gerechtfertigt, als es nach dem Einmarsch der Truppe zu eigentlichen Kampfhandlungen gar nicht mehr kam. Wo sich noch kleinere Trupps zeigten, konnten sie gefahr- und mühelos entwaffnet werden. Gleich nach dem Einmarsch der Truppe begann die Flucht der Reste der „Roten Armee“. Sie zogen durch den Hagener Bezirk und das Wuppertal

in der Absicht, bei Remscheid auf besetztes Gebiet einzutreten. Schon am 7. April wurden etwa 2000 Personen gezählt, die teils geschlossen, teils in kleineren Gruppen Remscheid zustrebten. Am 8. April waren schon mehrere Tausend Rotgardisten in Köln angekommen und bildeten nun in dieser Stadt eine schwere Bedrohung der öffentlichen Sicherheit. Die Stadt Köln half — ohne verpflichtet zu sein — so gut wie möglich, um den Flüchtlingen Unterkunft und Verpflegung zu verschaffen. Aber da weder eine dauernde Arbeit noch eine dauernde Wohnung nachgewiesen werden konnte, war der Zustand für längere Zeit unhaltbar, und darum bat der Oberbürgermeister Dr. A d e n a u e r in einem Telegramm, den schleunigsten Rücktransport der Flüchtlinge in die Heimat zu veranlassen. Der Militärbefehlshaber und ich wandten uns mit einem Aufruf an die Flüchtlinge, in dem versprochen wurde, daß jeder, der aus ehrlicher Überzeugung seine Absicht, auf ungesetzlichem Wege etwas zu erreichen, aufgeben und sich wieder zu seiner bisherigen Arbeitsstelle begeben wolle, von der Truppe und der Polizei in keiner Weise gehindert werden sollte. Davon wurde auch dem Oberbürgermeister A d e n a u e r Mitteilung gemacht und hinzugefügt, daß die in den Bielefelder Vereinbarungen gegebenen Versprechen der Reichsregierung auf Straffreiheit aufrechterhalten würden. Der Oberbürgermeister wurde gebeten, das den Flüchtlingen und den Besatzungsbehörden mitzuteilen. Der Polizeipräsident von Köln setzte sich auf Ersuchen des Kölner Regierungspräsidenten mit Wehrtreiskommando und Reichskommissar in Verbindung, um zunächst die 2000 im Lager zu Köln-Dellbrück untergebrachten Flüchtlinge abzuschieben.

Unser gemeinschaftlicher Aufruf hatte zunächst nur geringen Erfolg. Zu groß war das Mißtrauen, das die Arbeiter den Erklärungen des Militärs entgegen brachten. Ich erhielt in jenen Tagen zahlreiche Zuschriften, die mich dringend baten, auch meinerseits den Versprechungen des Militärs keinen Glauben zu schenken. Die Arbeiter würden nicht so dumm

sein, auf den Leim derartiger Versprechungen zu gehen. Es sei unbeschreiblich, wie die Reichswehr mit Leuten umspringe, die nur der Teilnahme an der Bewegung verdächtig seien. Der rote Terror sei lange nicht so schlimm gewesen, wie der, der jetzt von der Reichswehr in vielen Orten geübt würde. Auf Mahnungen der Arbeitervertreter, daß für die Reichswehr doch das Bielefelder Abkommen bestimmend sei, werde von Offizieren, u. a. von dem Oberleutnant Aulock, erklärt, daß für die Truppe das Abkommen überhaupt nicht existiere. Darlegungen dieser Art enthielten Duzende von Briefen, die ich damals empfang. Es war eine trostlose Stimmung in der verfassungstreuen Arbeiterschaft. Wie in den letzten Märztagen verfassungstreue Kreise des Bürgertums infolge der angeblichen Passivität der Regierung mit dem Gedanken einer Loslösung des Westens vom Reich spielten, so war jetzt in den Zuschriften der Arbeiter recht oft davon die Rede, daß besser als eine deutsche Militärdiktatur und die Fortdauer des „weißen Schreckens“ die Errichtung einer Rheinischen Republik sei, die von den Segnungen des deutschen Militarismus verschont bliebe.

Man kann nicht sagen, daß diese bitteren Betrachtungen über die Glaubwürdigkeit der Bekanntmachungen des Militärs vollständig unberechtigt gewesen wären. Viele Nachrichten des Wehrkreiskommandos enthielten so starke Übertreibungen, daß in der Bevölkerung bis weit in die Kreise der Rechtsparteien hinein der Eindruck entstand, als ob mit diesen Nachrichten die vielen Unbegreiflichkeiten der Truppe begründet und entschuldigt werden sollten. So hieß es im Nachrichtenblatt des Wehrkreiskommandos vom 10. April, daß in Düsseldorf die zurückflutenden Rotgardisten 2000 Anmeldebescheine entwendet hätten, um sie zu einer falschen Personenstandsanmeldung zu benutzen. Dazu erklärte mir unmittelbar darauf der für Düsseldorf bestimmte Beigeordnete Karl Thielemann, der sich durch seine Ruhe und Geschicklichkeit um die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in

Düsseldorf im Verlauf des ganzen Jahres die größten Verdienste erworben hatte, daß an der Behauptung kein wahres Wort sei! Dasselbe Nachrichtenblatt hatte in derselben Nummer weiter behauptet, daß sich in der Gegend von Schwelm, Barmen, Elberfeld wieder rote Truppen sammelten und daß in diesem Abschnitt von der „Roten Armee“ äußerster Widerstand geleistet werden sollte. Die Stärke der ansässigen Arbeitertruppen in Elberfeld und Barmen betrage 6000 Mann, die sich jedoch bei einem Angriff der Reichswehr auf ca. 16 000 erhöhen würde. Dazu kämen noch die zurückflutenden „Rotgardisten“ aus dem anderen Industriegebiet, so daß man mit einer Gesamtzahl von 35 000 zu rechnen habe!

Das alles stand, wie gesagt, in dem amtlichen Nachrichtenblatt des Wehrkreiskommandos und nahm von da aus seinen Weg in einen Teil der Presse. Wenn in den Antworten der Linkspresse auf diese Tatarennachrichten von einer „gewissenlosen Heze“ gesprochen wurde, so ist damit nicht zu viel gesagt. Der Oberbürgermeister von Elberfeld dementierte in Telegrammen an den Reichskanzler und an mich die unwahren Mitteilungen, konnte damit aber den üblen Eindruck nicht mehr verwischen, den die Behauptungen des Wehrkreiskommandos auch bei den Flüchtlingen gemacht hatten. Diese wurden immer mißtrauischer und ließen sich später nur durch persönliche Einwirkung vertrauenswürdiger Mittelspersonen zum Abtransport und zur Rückkehr in die alten Arbeitsstellen bewegen.

Mit Zustimmung der Reichsregierung hatte in der Zeit vom 13. bis zum 17. April eine Kommission von Parlamentariern der Mehrheitsparteien, die Herren Erkelenz (Demokrat), Gilsing (Zentrum) und Sädler (Sozialdemokrat), das Ruhrgebiet besucht und eingehende Besprechungen über die Lage angestellt in Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Remscheid und Hagen. An den Besprechungen waren beteiligt die Regierung in Düsseldorf, die Oberbürgermeister der genannten Städte, die Führer der Mehrheitsparteien, die Gewerk-



schaften aller Richtungen und Berufe und die Ordnungsausschüsse. Die Besprechung drehte sich u. a. auch um die Regelung der Flüchtlingsfrage. Nach den Berichten der Konferenzteilnehmer gewann die Kommission den Eindruck, daß diese Frage der dringendsten Regelung bedürfe, da scheinbar eine Stadt die Flüchtlinge zur anderen schiebe. Die Kommission forderte deswegen Sicherheiten dafür, daß die Flüchtlinge nicht auf dem Heimweg durch Reichswehr verhaftet würden, wie es anscheinend immer noch geschehe. Ich habe mich bemüht, auf den General von Watter in diesem Sinne einzuwirken. Die Schwierigkeiten sind dann auch geringer geworden, insbesondere durch eine Anweisung an den Polizeipräsidenten in Köln, die Vernehmung der Flüchtlinge und die Feststellung ihrer Personalien schon in Köln vorzunehmen. Am 18. April wurden in Köln noch 900 Mann verpflegt und in den folgenden Wochen gelang es allmählich, alle Flüchtlinge zurückzuleiten. Allerdings sind Watter und ich von der Truppe oft hintergangen worden. Zurückgekehrte Flüchtlinge, die nach den Bielefelder Abmachungen hätten unbehelligt bleiben müssen, wurden noch nach ihrer Rückkehr gefangen genommen und verurteilt. Verschiedene Großbetriebe weigerten sich, die Heimkehrer wieder einzustellen, so daß auch hier alles aufgeboten werden mußte, um Maßregelungen abzumehren und Arbeitseinstellungen der Betriebe zu verhindern.

Einen empörenden Übergriff, der sich nach allen Begleitumständen als ein glattes Verbrechen charakterisierte, leisteten sich an zwei Bottroper Flüchtlingen Angehörige des sog. Sturmbataillons der Marinebrigade Löwenfeld. Die Bergleute Richard Belledun und Josef Meinta waren Mitglieder im Vollzugsrat Bottrop und an den Kämpfen beteiligt. Als die Reichswehr einrückte, flüchteten beide in das besetzte Gebiet und kehrten erst zurück, als am 7. Mai die Brigade Löwenfeld abgezogen war. Am 17. und 18. Mai, also zehn Tage nach dem Abzug der Truppe, sind die beiden Heimkehrer von Angehörigen der Marinebrigade

verhaftet, zunächst nach Paderborn transportiert und dann auf dem Wege von Paderborn nach dem Sennelager, angeblich wegen Fluchtversuch, erschossen worden! Diese Missetat war eine weitere Auflehnung gegen den militärischen Führer nicht nur, sondern auch gegen die Regierung. Wird sie ihre Sühne finden?

Die parlamentarische Kommission stellte weiter ausdrücklich fest, daß die Pressenachrichten über Neubildung einer „Roten Armee“, die vom Wehrkreiskommando veranlaßt und der Presse zugeleitet waren, falsch seien. Weiter kam die Kommission zu dem Ergebnis — nachdem sie zunächst festgestellt hatte, daß von keiner Seite der Wunsch geäußert sei, den General von Watter auf seinem Posten zu belassen —, daß die Entfernung des Generals in weiten Kreisen der von ihr besuchten Orte eine wesentliche Beruhigung herbeiführen würde. Diese Feststellungen der Kommission überraschten mich nicht. Insbesondere erschienen mir die auf die Abberufung des Generals von Watter gerichteten Stellen des Berichts nur zu selbstverständlich nach all den Ausschreitungen, die die Truppe im Ruhrgebiet begangen hatte. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß der General diese Ausschreitungen ebenso verurteilte, wie alle, denen eine dauernde Befriedung des Ruhrgebiets am Herzen lag. Aber daß er Abteilungen, wie die der Herren Aulock, Kobach und Löwenfeld heranzog, die soldatisch vielleicht Qualitäten aufzuweisen hatten, politisch aber keine Erleichterung, sondern neue Belastungen brachten, daß er den Major Schulz wieder verwandte, der sich nicht scheute, ein Flugblatt, das die Landesabteilung Duisburg der Reichszentrale für Heimatdienst zur Beruhigung der Arbeiterschaft herausgegeben hatte, zu beschlagnahmen, — das alles zeugte von einer derart unheilvollen politischen Blindheit, daß der Mann nach dem Urteil aller Stellen auf dem Posten nicht bleiben konnte. Alles, was der General vom 13. März getan, erschien jetzt wie eine einzige Kette von Mißgriffen, und

in ihr der größte Knoten die Entsendung von Lichtschlag. Beim zweiten war er Knecht. Das Fiasko Lichtschlags erheischte die Hilfe Epps, Roßbachs, Mulocks und Löwenfelds.

Ich habe nie von Herrn von Watter erwartet oder gewünscht, daß er mich gegen ungerechtfertigte Angriffe der von militärischen Kreisen inspirierten Zeitungen in Schutz nehmen sollte, aber was längere Zeit das Nachrichtenblatt der Reichswehrbrigade 31 in der Kritik der Regierungsmaßnahmen sich leistete, das wäre ganz unmöglich gewesen, wenn der General so fest zur Regierung gestanden hätte, wie das in der schweren Zeit der Ruhrunruhen unbedingt erforderlich war. Eine nachträgliche gelinde Mißbilligung der vielen Entgleisungen seiner Offiziere war im Effekt doch nur eine Ermunterung. Als der Reichspräsident ihm in den letzten Apriltagen sein Abschiedsgesuch bewilligte, konnte er es nicht unterlassen, in einem Rundschreiben an die Behörden zu sagen: „Ich habe mich zu diesem Schritt (dem Rücktritt) gezwungen gesehen, da ich die Überzeugung gewann, daß auf dem neuerdings mir a u f g e z w u n g e n e n (!) Wege das von mir erstrebte Ziel, Ruhe und Ordnung in dem mir anvertrauten Bereich wieder herzustellen, nicht zu e r r e i c h e n ist.“

Auch in diesen Auslassungen offenbart sich das ganze Unvermögen des Militärs, einen so komplizierten Bezirk wie das Industriegebiet zu begreifen und zu verwalten. Die unmittelbar folgenden Ereignisse, vor allem die Entwaffnung der Bezirke südlich der Ruhr — in der Hauptsache durch Hundertschaften der Schutzpolizei ausgeführt —, haben gezeigt, daß mit Energie, Ruhe und Takt diese schwierigen Aufgaben durchzuführen waren, o h n e d a ß S t a n d g e r i c h t e e i n g e s e t z t z u w e r d e n b r a u c h t e n.

Der Bericht der parlamentarischen Kommission war für mich insofern noch von besonderer Genugtuung, als er die schnelle Einrichtung einer staatlichen Sicherheitspolizei im Industriegebiet forderte und dieser Polizei die Aufgabe zwies, die Waffenabgabe in die Wege zu leiten. Das war das

Ziel, dem ich ein Jahr lang zugesteuert hatte. Die Preußische Staatsregierung ist der Aufforderung der Kommission ungefäumt nachgekommen, und die Entwaffnung nicht allein des Ruhrbezirks, sondern der preußischen Provinzen überhaupt war ihre Aufgabe, die sie ohne blutige Kämpfe und ohne Standgerichte gelöst hat.

Und endlich ist das Ziel, Ruhe und Ordnung im Industrie-revier herzustellen, mit politischen Mitteln, also in Anwendung von der Methode des Generals von Watter, in dem Umfange erreicht worden, daß, als nach drei Jahren französische Truppen das Ruhrgebiet besetzten, um Kohlen durch den Machtanspruch ihres Befehlshabers fördern und abtransportieren zu lassen, die Bergarbeiter und Eisenbahner als die Avantgarde im Kampfe des rheinisch-westfälischen Volkes gegen die französische Gewaltpolitik aufmarschierten. Mit den Methoden der Unterführer des Generals von Watter wäre dieser Erfolg nicht erreicht worden! —

## Der letzte Akt

Kurz vor seinem Rücktritt hatte Watter auf dringende Vorstellungen meines Vertreters Anweisung gegeben, die Unzahl der Verhafteten auch schon um deswillen zu verringern, weil nach mehrwöchiger Haft oder Gefangenschaft Hunderte noch nicht einmal vernommen worden waren. Die Art, in der der General diese Anweisung erteilte, war wiederum charakteristisch für die Handhabung der Rechtspflege durch den Gerichtsherrn: So summarisch, wie in den meisten Fällen die Verhaftungen vorgenommen waren, erfolgte jetzt auch eine Massenentlassung. Der General verfügte:

Alle Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, die sich noch in Haft bzw. Gefangenschaft befinden und sich als Mitglieder der M. S. P. ausweisen können, sind nach Feststellung ihrer Person und der Vergehen, die ihnen zum Vorwurf gemacht werden, sofort



frei zu lassen, sofern nicht ihre Beteiligung an einem gemeinen Verbrechen festgestellt oder angenommen wird.

Diese Verfügung setzte die Zahl der Inhaftierten um ein Beträchtliches herab. Trotzdem blieb der empörende Mißstand in einem großen Umfange bestehen, daß ohne richterlichen Haftbefehl und ohne daß nach mehreren Wochen Haft eine Vernehmung erfolgt wäre, viele Hunderte von Leuten gegenständig festgehalten wurden. Ich habe in Münster und Berlin immer wieder auf eine Abstellung dieser Mängel gedrängt. Auch der Oberpräsident Dr. Würmeling war nach der Übernahme des Amtes des Regierungskommissars unablässig tätig, aber die Bemühungen, eine Besserung herbeizuführen, waren von nur geringem Erfolg, weil bei den vielen außerordentlichen Kriegsgerichten auch die Zuständigkeitsfragen eine große, zeitraubende Rolle spielten. Die größten Hindernisse, die sich der Intervention des Regierungskommissars entgegenstellten, waren die Mängel in den Tatberichten, die eine gewissenhafte Prüfung unmöglich machten. Die Baracken in der Senne, die Zitadelle in Wesel blieben lange überfüllt, und wenn die Behandlung nach der Einlieferung auch eine verhältnismäßig anständige war, so hatte die enge Zusammenlegung von Alten und Jungen, Gesunden und Kranken doch die ärgsten gesundheitlichen Nachteile im Gefolge. Das waren Zustände, die sich in einem Rechts- und Kulturstaat nicht wiederholen dürfen. Der Krieg, auch ein Bürgerkrieg, entschuldigt nicht alles.

Die außerordentlich harten Kriegsgerichtsurteile taten ein übriges, um die Erbitterung gegen die Reichswehr und alles, was mit ihr in Verbindung stand, aufs neue zu schüren. Einmal wurde mir vorgetragen, daß mehrere Bergleute aus Sterkrade, Mitglieder einer von der Stadtverwaltung gebildeten Sicherheitswehr, wegen verbotenen Waffentragens — im Interesse der Stadt! — zu zwei und vier Monaten und zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden waren. Ein Arbeiter der Kruppschen Sicherheitswehr, der eigens zu dem Zweck beurlaubt worden war,

in der Wehr Dienst zu tun, wurde nach den mir gemachten Mitteilungen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt — wegen verbotenen Waffentragens! Die Gerichte stellten sich auf den Standpunkt, daß diejenigen, die nach dem 25. März noch im Besitz von Waffen waren, nicht mehr zur Bekämpfung der Rapp-Truppen unter den Waffen standen, sondern selbst verfassungswidrige Ziele verfolgten. Nur nach und nach gelang es, durch eine Nachprüfung der Urteile und Begnadigung der Verurteilten die größten Härten zu mildern. Aber lange noch zitterte die Erregung in der Arbeiterschaft nach, die es nicht verstand, daß über „irregeleitete Volksmitglieder“ drakonische Strafen niederhagelten, während die eigentlichen Schuldigen, die Putschisten in Berlin, dem strafenden Arm der Gerechtigkeit unerreichbar blieben.

Auch die Organisation des Gerichtsverfahrens zeigte die allergrößten Mängel. Mehrere der außerordentlichen Kriegsgerichte, die schon am 15. März durch die Verordnung des Militärbefehlshabers gebildet waren, wurden erst am 10. April besetzt und traten erst mit diesem Tage in Tätigkeit. Das war um so weniger zu verstehen, als schon die Januar-Unruhen in Hamborn die Einrichtung von außerordentlichen Kriegsgerichten als notwendig erwiesen hatten. Von einer Vorsee, im Notfall die Gerichte sofort zu besetzen und in Tätigkeit zu bringen, war nichts zu spüren, wie meiner Amtsstelle selbst von Gerichtspersonen bestätigt worden ist.

Bei der großen Zahl von willkürlichen, durch nichts begründeten Verhaftungen war es kein Wunder, daß eingehende Tatberichte über die Festgenommenen fehlten, und wo Berichte vorlagen, waren sie oft völlig unzureichend, weil sie weiter nichts enthielten als die Mitteilung, daß der Beschuldigte an einem bestimmten Tage und in einem bestimmten Orte festgenommen sei. Erst nach 4 Wochen Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte wurden die Vorschläge erörtert, die auf die Errichtung von Sammelstellen hinausliefen, deren Aufgabe sein sollte, Tatberichte über die Festgenommenen zu sammeln und auf die außerordentlichen

Kriegsgerichte zu verteilen. Jedenfalls haben auch die Mängel in der Organisation dazu beigetragen, Hunderte von Festgenommenen ungerechtfertigt wochenlang festzuhalten. Die Beigeordneten Martm ö l l e r und M ü l l e r = Duisburg und der Verbandssekretär B u s e haben sich um die Beratung der Gefangenen ein besonderes Verdienst erworben. Während Müller die Gefangenen in der Zitadelle Wesel betreute, versuchte Buse im Zusammenarbeiten mit dem Kommandanten des Sennelagers das Los der Inhaftierten nach Möglichkeit zu erleichtern. Unrecht konnten auch sie nicht ungeschehen machen, aber Härten mildern. Täglich lichteten sich die Reihen der Inhaftierten, aber nur langsam verglomm der Zorn, den die militärischen Übergriffe erzeugt hatten.

\*

Der Einmarsch der Reichswehr in die Gebiete nördlich der Ruhr hatte zwar die „Rote Armee“ zur Auflösung gebracht, den ordnungsmäßigen Gang des Behördenapparates wieder hergestellt, den Plünderungen, Brandschätzungen und Erpressungen ein Ziel gesetzt. Die Flucht vor der Reichswehr in die Kreise südlich der Ruhr und in das besetzte Gebiet beeinträchtigte jedoch die Durchführung einer Aufgabe, die als eine der wichtigsten erscheinen mußte, wenn nicht von neuem blutige Unruhen entstehen sollten: die W a f f e n = a b g a b e ! — Die vielen Flüchtlinge, die seit den Ostertagen zunächst in kleineren Trupps, dann aber in einem breiten Strom sich in die Gebiete südlich der Ruhr ergossen, führten nicht nur selbst ihre Waffen mit, sondern versuchten verschiedene Male beim Durchzug durch den Hagener Bezirk weitere Waffen an sich zu bringen. So wurden in S c h w e i m alle bereits abgegebenen Gewehre von Flüchtlingen aufs neue entwendet. In H a g e n gelang es einmal dem energischen Dazwischentreten des Abgeordneten L u d w i g , nicht nur das Rathaus vor einer Durchsuchung nach Waffen zu schützen, sondern die aus dem Redlinghausener Gebiet kommenden Flüchtlinge selbst zur Waffenabgabe zu veran-

lassen. Vor dem Übertritt in das besetzte Gebiet wurden in Rücksicht auf die Vorschriften der Besatzungsbehörden die Waffen in den Grenzorten des Bergischen Landes abgegeben, wo sie aber auch nicht überall mit der notwendigen Sorgfalt aufbewahrt wurden, sondern lange noch von Hand zu Hand, von Ort zu Ort wanderten.

Nach dem Rücktransport der im besetzten Gebiet vorübergehend untergebrachten Flüchtlinge gelang es auch nicht immer, sie in die alten Arbeitsstellen oder, wenn diese bereits besetzt waren, auf neue Plätze zu bringen. Darum wogten noch längere Zeit in den Gebieten südlich der Ruhr Hunderte von Flüchtlingen auf und ab. Plünderungen und Erpressungen waren jetzt auch hier an der Tagesordnung, so daß nun auch ein Teil derjenigen Kreise, die aus politischen Gründen bis dahin einen Einmarsch der Truppe in das Gebiet nicht für zweckmäßig gehalten hatten, sich nunmehr zu der Erklärung veranlaßt sah, daß auch nach seiner Meinung eine Wiederherstellung geordneter Zustände nur durch eine systematische Entwaffnung der Bevölkerung möglich sei. Der Oberbürgermeister Cuno aus Hagen, der nicht zuletzt im Hinblick auf die Ausschreitungen der Truppe sich gegen den Einmarsch des Militärs gewandt hatte, sah sich jetzt zu der Erklärung gezwungen, daß er durch den Zustrom und die Haltung der Flüchtlinge die Verantwortung für die Ruhe und Sicherheit seiner Stadt nicht mehr übernehmen könne.

Eine künstliche Anfachung erfuhr der Zuzug der Flüchtlinge noch dadurch, daß der aus E s s e n geflüchtete sogenannte „Zentralrat“ sich in B a r m e n niedergelassen hatte und durch Bekanntmachungen, Konferenzen und Versammlungen usw. nach außen hin den Eindruck erweckte, als ob er sich auf eine Weiterführung oder Wiederaufnahme des Kampfes vorbereite. Wie ein verbannter Monarch, der im Exil in der Erinnerung an seine frühere Macht von Armeen träumt, die seine Phantasien aus der Erde stampfen, so betäubten sich die Stern, Eppstein und Genossen mit der Selbsttäuschung, daß



sie in der Liquidation des Ruhrkampfes noch eine Glanzrolle zu spielen berufen seien! Eine schnelle Abwicklung des sogenannten Zentralrats wäre den Interessen der Arbeiter dienlicher gewesen. Jetzt gaben seine geschwollenen Aufrufe den Scharfmachern aus allen Lagern einen bequemen Vorwand, um die Forderung auf Entsendung von Truppen zu begründen, obgleich es nahezu jeder wissen konnte, daß der Zentralrat eben nur in seinen Aufrufen existierte und weder einen materiellen, noch den geringsten moralischen Einfluß auf die Weiterentwicklung der Dinge besaß. Die Hagener, deren Kampfzentrale gegenüber der Zentralrat als Konkurrenzunternehmen eingesetzt war, wollten von ihm nichts wissen, und in seinem früheren Wirkungsbereich in und um Essen hatte er jede Möglichkeit einer Betätigung verloren. Er starb langsam, Tag für Tag. . . .

Unter diesen Umständen wäre von der Bevölkerung ein lebhafter Widerspruch gegen die Entsendung von Militär wohl kaum mehr zu erwarten gewesen. Die Deputationen, die bei mir persönlich in B e r l i n und bei meinem Vertreter in M ü n s t e r in der Frage vorstellig wurden, waren keiner einheitlichen Willensmeinung. Die einen drängten, die anderen bremsten. Noch bis in den Mai hinein gab es Kreise, die von der Entsendung einer bewaffneten Macht nichts wissen wollten und der Meinung waren, daß die allmählich eintretende Beruhigung auch den letzten Flüchtling veranlassen würden, seine Waffen abzugeben und an seine Arbeitsstelle zurückzukehren. Ich habe, wie in den der Ruhraktion vorausgegangenen Wochen, auch in diesen Fällen von den Befundungen und Wünschen der Deputation gerne Kenntnis genommen, aber dabei immer zu erkennen gegeben, daß die Regierung unter keinen Umständen gerade auf die Entwaffnung des Bezirkes verzichten könne, in dem nach allen Erfahrungen der letzten Wochen mit der Waffenabgabe der Flüchtlinge eine ungeheure Anzahl von Waffen lagern müsse.

Eine vorzugsweise Verwendung der Truppe bei dieser Razzia wollte ich vermeiden. Die Truppe hatte ursprünglich

Befehl, sich nördlich der Ruhr zu halten. Das hat aber einzelne Mannschaften nicht gehindert, in Kraftwagen bis weit in das Gebiet südlich der Ruhr hinein vorzustößen, um Verhaftungen von Arbeitern vorzunehmen, die der Truppe von Zivilpersonen denunziert worden waren. Trotz der Mahnungen wohlmeinender Truppenführer, trotz des Befehls des Generals hatte sich die Disziplin nicht im geringsten gebessert, so daß man beim Einmarsch der Truppe mit denselben Grausamkeiten hätte rechnen müssen, wie sie sich in Peltum und Dülmen, in Essen und Bottrop und Mülheim gezeigt hatten. Als ich am 29. April in der Verfassungebenden Preußischen Landesversammlung erklärte, daß die Staatsregierung nicht erst warten würde, bis das Wuppertal von größeren Ausschreitungen heimgesucht sei, sondern angesichts der Plünderungen der Flüchtlinge und der ungenügenden Waffenabgabe ungesäumt die bewaffnete Macht einsetzen würde, da ist diese Bemerkung dahin gedeutet worden, als ob sie mir gegen meinen Willen abgepreßt sei. Diese Deutung war falsch. Der Termin zum Beginn der Razzia ergab sich von selbst. Bis Anfang Mai sollten so viele Hundertschaften der Sicherheitspolizei marschbereit stehen, daß die notwendige Entwaffnung des Bezirks ohne Risiko ihrer Sicherheit und mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt war auch mit einem Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung zu rechnen. Die Wahlen zum Deutschen Reichstag waren auf den 6. Juni festgesetzt. Eine wirkliche Versammlungsfreiheit, d. h. der ungestörte Verlauf von Versammlungen war nur zu erwarten, wenn es innerhalb kurzer Zeit gelang, die im unrechtmäßigen Besitz befindlichen Waffen in die Hände des Militärs oder der Polizei zu bringen. Als die Razzia einsetzte, ist sie ohne größere Schwierigkeiten durchgeführt worden.

Damit war die große Pendelschwingung, die der K a p p - P u t s c h den Massen des Ruhrgebietes gegeben hatte, zum Stillstand gekommen. Wieviele Todesopfer sie gefordert hat,

ist wohl kaum genau festzustellen. Aber wenn man bedenkt, daß in einem einzigen Gefecht bei Dinslaken 200 Rotgardisten gefallen sind, in Belfum rund 100 begraben liegen, und wenn man die Anzahl der Toten, die die Kämpfe in Essen gefordert haben, auf 200 veranschlagt, die in Dortmund Gefallenen auf 70, den Verlust der Truppe *H a s e n c l e v e r* auf 30 beziffert, dann ist es kaum übertrieben, wenn man die Zahl der Getöteten mit rund 1000 angibt. Hunderte von Verwundeten beklagen eine dauernde schwere Beeinträchtigung ihrer Gesundheit, und in die Millionen geht der Verlust, den die Bevölkerung des Gebietes an ihrer Habe, die Wirtschaft im Produktionsprozeß erlitten hat. Und doch empfinde ich trotz allem eine stille Genugtuung bei dieser traurigen Bilanz: Die Schächte und Werksanlagen standen nach dem Kampfe unverfehrt! Und als noch im April mein Vertreter mir über die Wirtschaftslage im Bezirk Bericht erstattete, konnte er unter anderem melden: „Aus allen hier eingehenden Mitteilungen geht hervor, daß besonders die Zahl der Übersichten von Tag zu Tag größer wird.“ Die Arbeit eines Jahres war also doch nicht ganz vergeblich gewesen. —

\*

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 13. April 1920 hat der Sprecher der Zentrumspartei, der Abgeordnete *T r i m b o r n*, das Institut der Reichskommissare besprochen und der Auffassung seiner politischen Freunde dahin Ausdruck gegeben, daß die Bevölkerung diesem Institut keine besondere Liebe entgegenbrächte und es lieber sähe, „wenn die Zivilbehörden ruhig ihres Amtes walteten“. Nach diesen Darlegungen hat Herr *Trimborn* den Reichskanzler *M ü l l e r*, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Reichskommissare, insbesondere der in Westfalen, abberufen werden und ob nicht möglichst bald der regelmäßige Geschäftsgang der zivilen Behörden wieder hergestellt werden sollte. Ob Herr *Trimborn* (mit dem ich persönlich übrigens sehr gut stand und dessen Ausführungen mich keineswegs persönlich treffen sollten) wirklich der Stimmung der Bevölkerung des

Industriegebietes Ausdruck gab, als er der Abberufung des Kommissars in Westfalen das Wort redete, darf bezweifelt werden. Auch ich habe die Stimmung der Bevölkerung damals kennen gelernt, von einer besonderen Liebe für die Zivilbehörden jedoch nichts erfahren. Trotzdem hatte Herr Trimborn in der Sache recht. Es ist in diesen Blättern wiederholt die schwierige Stellung des Reichskommissars den örtlichen Behörden gegenüber hervorgehoben worden. Der Reichskommissar mußte mit den provinziellen Zivilbehörden, mit dem Oberpräsidenten und den Regierungspräsidenten zusammenstoßen, wenn er seiner Entsendung gerecht werden wollte. Aus den gleichen Gründen mußte er auch fast täglich die Rechtsphäre der Zentralinstanzen verlegen. Es hat wohl niemanden gegeben, der diesen unerfreulichen Zustand härter empfunden hätte, als ich. Kaum ein Monat meiner Amtszeit ist vorübergegangen, in dem ich nicht unter Hinweis auf die Differenzen mit den Ressort- und Instanzenpartikularisten der Reichs- und der Preussischen Staatsregierung den Wunsch unterbreitet hätte, mich von dem Posten zu entbinden. Ich habe nichts dazu getan, daß die Minister Baue r und Noske, Hirsch und Heine mich immer wieder aufgefordert haben, das Amt so lange weiterzuführen, bis eine deutlich sichtbare Beruhigung des Gebietes eingetreten sei. Mit dieser Aufforderung folgten die Herren nicht etwa ihrer privaten Ansicht, sondern nicht zuletzt den Vorstellungen, die aus dem Ruhrgebiet selbst an die Reichs- und Staatsregierung gelangten. Ob die Vertreter der ordentlichen Behörden damals in der Lage gewesen wären, die Unruhen beizulegen, möchte ich aus naheliegenden Gründen nicht beurteilen. Ich darf aber hervorheben, daß meines Wissens vor meiner Bestellung die Herren Oberpräsident Prinz Ratibor, Regierungspräsident Graf Meerfeld, Regierungspräsident Baf e und Regierungspräsident Kruse niemand gehindert hat, die Entbehrlichkeit eines besonderen Kommissars der Regierung zu beweisen. Im Gegenteil haben damals der Oberpräsident der Rheinprovinz und der Regierungspräsident



in Düsseldorf anerkannt, daß es durchaus erwünscht sei, zur Beilegung des großen Bergarbeiterstreiks einen bevollmächtigten Vertreter der Regierung zu entsenden. Um die Mitte des Jahres 1919 wurden meine Vollmachten räumlich sogar noch erweitert. Von beiden Regierungen wurde damals die Ausdehnung meiner Befugnisse auf den Befehlsbereich des 18. Armeekorps (Hessen-Nassau und kleinere Bezirke angrenzender Provinzen) beschlossen. In der Hauptsache gaben Unruhen in der Siegerländer Eisenindustrie den Anlaß dazu. Forderungen wirtschaftlichen Charakters, die von den Arbeitern der großen Montan- und Eisenwerke den Unternehmern unterbreitet, von diesen aber durch nur sehr geringe Zugeständnisse beantwortet worden waren, trugen mehrfach große Erregung in die Bevölkerung des Siegener Kreises, so daß auch über diesen Bezirk der Ausnahmezustand verhängt wurde. Es gelang jedoch jedesmal, die Differenzen durch die Schlichtertätigkeit meiner Amtsstelle beizulegen und dadurch von der Durchführung schärferer militärischer Maßnahmen abzusehen.

Eine interessante „Sondermission“ führte mich Anfang August 1919 nach Frankfurt a. M.

Ende Juli 1919 gaben die Zustände im Frankfurter Polizeiwesen zu lebhaften Bedenken Anlaß. Unter der Führung eines ehemaligen Matrosen *Stiehlmann* hatte sich in den ersten Wochen nach der Revolution eine Matrosenwehr gebildet, die sich nach und nach polizeiliche Befugnisse übertrug. Neben der Matrosenwehr gab es noch eine starke Hilfspolizei, die dem Polizeipräsidenten unterstand. Der kommissarische Polizeipräsident *Harries* war nach Auffassung aller vorgelegten Behörden nicht imstande, sich durchzusetzen und insbesondere den Stellen mit der notwendigen Entschiedenheit entgegenzutreten, die unbefugt in seine Funktionen eingriffen. Dazu gehörte vor allem eine sogenannte „Präsidialkommission“, deren Ansprüche auf Mitwirkung bei der Polizeiverwaltung einen geordneten Betrieb nahezu

unmöglich machten. Im Laufe der Zeit wurden so schwere Beschuldigungen gegen Stickelmann erhoben, daß eine Beseitigung seiner Wehr den Regierungen eine unabweisbare Notwendigkeit erschien. Es war kaum anzunehmen, daß der Polizeipräsident der Durchführung dieser Aufgabe gewachsen sein würde. Eine weitere Duldung des Treibens Stickelmanns und seiner Leute aber konnte niemand verantworten. Anfang August habe ich deswegen in Bad Nauheim mit dem Oberpräsidenten Schwander, dem stellvertretenden Regierungspräsidenten Coßmann und dem Oberbürgermeister Voigt sowie mit Vertretern des Generalkommandos Erörterungen darüber gepflogen, wie den unerträglichen Zuständen in Frankfurt abzuhelpen sei. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß nur die Umbildung der Polizei in eine straffe staatliche Sicherheitspolizei geeignet sei, den Mißständen auf die Dauer ein Ende zu bereiten. Für das erste Vorgehen zur Beseitigung der Stickelmannschen Wehr wurde die Entsendung von Militär ins Auge gefaßt, eine Maßnahme, die jedoch nur dann zur Ausführung gelangen sollte, wenn die Franzosen ihre Zustimmung geben würden. Daran war bei den Beziehungen, die der Führer der Matrosenwehr mit dem französischen Kommandanten Hauptmann Pomerede unterhielt, kaum zu denken. Die militärische Aktion erwies sich in den nun folgenden Monaten auch nicht mehr als besonders dringlich. Im November 1919 trat der kommissarische Polizeipräsident Harries zurück und an die Spitze der Frankfurter Polizeiverwaltung trat F r i z E h r l e r , der heutige Wiesbadener Regierungspräsident. Obgleich die Frankfurter Sozialdemokratische Partei sich scharf gegen die angebliche „Militarisierung“ der Polizei wiederholt ausgesprochen hatte, gelang es durch die Errichtung der staatlichen Sicherheitspolizei nun doch recht bald, die Verhältnisse in Frankfurt zur Klärung zu bringen. Stickelmanns Matrosenwehr wurde aufgelöst, die Hilfspolizei zum großen Teil in die Sicherheitspolizei übernommen und die Präsidialkommission aufgehoben. —

Den Beschwerden über meine wirklichen und vermeintlichen Kompetenzüberschreitungen ist insbesondere Minister Heine immer nachdrücklichst entgegengetreten. Der Minister war der Meinung, daß es sich auch beim besten Willen nicht vermeiden lassen würde, daß hin und wieder Überschreitungen der Befugnisse des Staatskommissars in einzelnen Fällen vorkämen und daß eine feste Kompetenzabgrenzung sich eben nur in ruhigen Zeiten durchführen ließe. Er wollte sich nicht dazu verstehen, unter den außerordentlichen Umständen, die es erforderlich gemacht hatten, mir die außerordentlichen Befugnisse zu erteilen, diese Vollmachten nachträglich einzuschränken. Ich hätte den Beamten sehen mögen, der unter den gleichen Verhältnissen und mit der gleichen Aufgabe betraut, in Erfüllung eben dieser Aufgabe *keinen* Kompetenzstreit gehabt hätte. Wer nicht nur der Briefträger zwischen Bevölkerung und Zentralbehörde sein wollte, sondern bestrebt war, unter eigener Verantwortung Maßnahmen durchzuführen, die in ihrer letzten Auswirkung — rein verwaltungstechnisch betrachtet — zur *Entlastung* der Zentralbehörden dienten, der hatte nur die Wahl, sich die Beschwerden der Bevölkerung über Unterlassungen oder der ordentlichen Behördenvertretung über Überschreitungen seiner Befugnisse zuzuziehen.

Diese Zeilen sollen keine nachträgliche Rechtfertigung meines Amtes und meiner „Übergriffe“ sein. Sie wollen helfen, in ähnlichen Situationen der Zukunft das Richtige zu treffen. Und da stimme ich noch einmal ausdrücklich dem Abgeordneten *Trimborn* zu, daß ohne zwingendste Veranlassung die ordentlichen Behörden nicht ausgeschaltet werden dürfen. Bei der Auswahl in der Besetzung der wichtigsten Außenposten der Verwaltung muß eben von vornherein darauf Bedacht genommen werden, nur solche Persönlichkeiten mit diesen Ämtern zu betrauen, die auch außergewöhnlichen Ereignissen und Anforderungen gewachsen sind.

Der Reichskanzler Müller konnte bereits in derselben Sitzung der Nationalversammlung dem Abgeordneten Trimborn antworten, daß das Reichskabinett schon allgemein verfügt habe, in Unruhezeiten in den einzelnen Bezirken des Reiches die vollziehende Gewalt an den höchsten Zivilbeamten zu übergeben. Danach sollte bei Unruhen in Preußen, die eine ganze Provinz erfassen, der Oberpräsident Inhaber der vollziehenden Gewalt werden. Aus dieser Anordnung der Reichsregierung sind von der Preussischen Regierung kurze Zeit darauf auch die entsprechenden Folgerungen gezogen worden. In einer am 3. Mai abgehaltenen Chefbesprechung, an der Reichsminister und preussische Minister teilnahmen, wurde der Oberbefehl über die Entwaffnungsoperation südlich der Ruhr dem Oberpräsidenten von Westfalen, Dr. Würmeling, übertragen und ferner bestimmt, daß auch die Geschäfte des Regierungskommissars für die Gebietsteile nördlich der Ruhr auf ihn übergehen sollten.

Im Herbst des Jahres 1923 ist die Reichsregierung durch die Übertragung der vollziehenden Gewalt an die Militärbefehlshaber von ihrem Beschluß abgewichen. Ich möchte wünschen, daß in künftigen Fällen die Praxis des Frühjahrs 1920, die Übertragung an die Oberpräsidenten, wieder zur Geltung kommt.

Mit dem Beschluß vom 3. Mai war die Einrichtung des Reichs- und Staatskommissars, soweit sie mit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Zusammenarbeiten mit den Militärbehörden befaßt war, gegenstandslos geworden.

\*

An den Lohnbewegungen der Bergarbeiter waren fast in allen Fällen auch die Angehörigen mehrerer anderer Berufe, Heizer, Maschinisten, Metallarbeiter, technische und kaufmännische Angestellte usw. beteiligt. Zur Schlichtung von Differenzen, die sie bzw. ihre Organisationen mit den Betriebsverwaltungen hatten, wurde meine Amtsstelle angerufen, die sich dem Rufe nicht immer durch den Hinweis entziehen



konnte, daß ja doch die örtlichen Schlichtungsausschüsse in erster Linie berufen seien, bei Arbeitsstreitigkeiten zu vermitteln. Nach ganz kurzer Zeit folgten auch diejenigen Berufe, die mit dem Bergbau in keinem oder nur losem Zusammenhang standen und bald gab es überhaupt keinen Erwerbszweig mehr, dessen Angehörigen sich nicht bei drohenden Streitigkeiten an den Reichskommissar zur Vermittlung oder Entscheidung wandten. Müller und Bäcker, Bierbrauer und Gastwirtsgehilfen, Binnenschiffer und Straßenbahner, Transportarbeiter und Handlungsgehilfen, Glasarbeiter und Buchdrucker, Metallarbeiter und Elektriker, Gas- und Wasserwerksarbeiter, — sie alle wandten sich an den Reichskommissar, besonders dann, wenn infolge ergebnisloser Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen Streiks oder Aussperrungen drohten. Es kamen dann nicht nur die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Organisationen, sondern auch die Arbeitgeber und ihre Interessenverbände bedienten sich fast ebenso häufig der Vermittlung des Reichskommissars. Durch diese Tätigkeit hatte sich das Kommissariat ein so großes Maß an Vertrauen erworben, daß in dem einen Jahre seiner Wirksamkeit rund 300 Schlichtungsfälle erledigt werden konnten. Der Reichskommissar galt allgemein als die Behörde, die durch Einigung oder Schiedsspruch schließlich allen Lohnstreitigkeiten ein Ende zu machen berufen sei. Es ist zweifelhaft, ob die Reichs- und Staatsregierung, die im April 1919 meine Entsendung verfügte, sich unter dieser Tätigkeit die Maßnahmen oder eine der Maßnahmen gedacht haben, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erforderlich seien. Immerhin stellte sich sehr bald heraus, daß gerade die Schlichtertätigkeit die dankbarste und fruchtbarste zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung überhaupt war. Die Verhütung von Streiks und Aussperrungen war das sicherste Mittel in der wirtschaftlich und politisch so bewegten Zeit, Ansammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen zu vermeiden. Die Aufbesserung der Lohn- und Altkordsätze, durch die Ver-

mittlertätigkeit einer Reichsstelle herbeigeführt, stärkte das Vertrauen der Arbeiterschaft in die sozialpolitische Einsicht der Behörden, während die Zurückweisung übertriebener Forderungen den Arbeitgebern die Überzeugung verschaffte, daß die besondere Lage einzelner Industriezweige bei den Entscheidungen meiner Amtsstelle jede nur vertretbare Berücksichtigung fand. Wenn gegen Ende des Jahres 1919 nicht nur vom Bergbau, sondern von den meisten industriellen Unternehmungen des Ruhrreviers festgestellt werden konnte, daß in der Streikbewegung durch Herabminderung der Streikfälle und der Streikziffern eine deutlich wahrnehmbare Beruhigung eingetreten war, dann durfte sich diesen Erfolg nicht in letzter Linie die Schlichtertätigkeit des Reichskommissars zuschreiben.

Diese Erwägungen führten in der gemeinschaftlichen Sitzung der Reichs- und preußischen Ministerien vom 3. Mai dazu, die Einrichtung in dem bezeichneten Umfange und auf das wirtschaftliche und soziale Tätigkeitsgebiet begrenzt als Schlichterstelle des Reichsarbeitsministers beizubehalten. Für die Erfüllung dieser Aufgabe war nun M ü n s t e r nicht mehr der geeignete Amtssitz. Die Übersiedlung nach D o r t m u n d, das als der Mittelpunkt des Ruhrreviers angesehen werden konnte, erfolgte nach der Abwicklung der noch anhängigen Sachen, die mit den früheren politischen Aufgaben des Kommissars in Verbindung standen. Mehlich wurde der Leiter der Stelle.

Was Ernst M e h l i c h durch seinen Fleiß und durch seine Geschicklichkeit aus der Einrichtung dann gemacht hat, ist aus Anlaß seines tragischen Todes von allen Seiten rühmend hervorgehoben worden. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, hierbei zu erwähnen, daß in der Beschwerde eines hohen Verwaltungsbeamten an das Ministerium des Innern über Zuständigkeitsüberschreitungen des Reichskommissars moniert wurde, daß ich eine so „wenig geeignete Persönlich-

feit“, wie Mehlich, mit meiner Vertretung betraut habe. Die Entwicklung der Ruhrschlichterstelle hat auch diese irrige Auffassung gründlich korrigiert.

Es ist mir wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß ich zu Mitarbeitern nur Männer meines politischen Glaubensbekenntnisses herangezogen hätte. Er ist insofern berechtigt, als ich in der Tat außer Mehlich abwechselnd Mitglieder des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes und den Abgeordneten Woldt um ihre Mitwirkung im Kommissariat gebeten hatte, — alles Männer, die der Sozialdemokratischen Partei angehörten. Über die Dauer meines Kommissoriums waren keine Bestimmungen getroffen, ich rechnete ursprünglich mit einer Arbeit von vier Wochen. Daß ich zur Hilfeleistung für diese Zeit Männer heranzog, deren Fähigkeiten und Charakterveranlagung mir bekannt waren, wird niemandem sonderlich auffallen. Die späteren Verlängerungen meines Auftrags waren ebenfalls kurz befristet. Nie ist mir der Gedanke gekommen, aus dem Amt, wie ich es führte, eine Dauereinrichtung zu machen. So erklärt es sich, daß Mitglieder anderer Parteien oder Gewerkschaften an der Einrichtung nicht beteiligt waren. Meinen Freunden Mehlich und Woldt konnte ich zumuten, in kritischen Wochen für längere Zeit auf Familie, Muße und Bequemlichkeit zu verzichten. Das Amt forderte besonders in den letzten Wochen eine Selbstverleugnung, zu der im bürokratischen Betrieb wohl kaum jemand bereit gewesen wäre. In der engen Kameradschaft alter Kampfgenossen erschien sie selbstverständlich, wurde die Arbeit geleistet.

Und unser Lohn bestand in dem Bewußtsein, in des neuen Staates schwerster Zeit mitgeholfen zu haben an der Festigung seiner wirtschaftlichen Grundmauern. Dieses Gefühl hat uns zuversichtlich, doch nicht überheblich gestimmt. Denn schließlich danken wir alles, was wir an Verbesserungen erreichten, der Intelligenz und Disziplin der organisierten Arbeiter, die trotz aller Lockungen und Verheißungen am Ende die Sieger blieben.

## Massen und Führer

Als im Februar 1919 die Leiter der Stadtverwaltungen Hagen und Essen bei den Zentralstellen in Berlin die Entsendung eines bevollmächtigten Vertreters der Regierungen erbat, der die Aufgabe haben sollte, mit Vertretern der Arbeiterschaft bei auftauchenden wirtschaftlichen und politischen Streitigkeiten zu verhandeln, da lag zunächst nichts näher, als einen im Ruhrgebiet ansässigen Vertrauensmann der Arbeiterschaft mit dieser Mission zu beauftragen. Die Reichsregierung hat diesen Gedanken jedoch nicht erwogen und ohne jede Erörterung mich mit der Aufgabe betraut. Das hatte den Nachteil, daß es übelwollenden Kritikern nun nicht allzu schwer fiel, bei der Besprechung nicht gerade angenehmer Maßnahmen des Reichskommissars den „M a n n a u s B e r l i n“ nach Strich und Faden gehörig abzufanzeln. Aus Berlin war ich nun gerade nicht. Selbst Westfale und beruflich wie politisch mit dem Ruhrrevier eng verbunden, hatte ich bei früheren Streikbewegungen der „Kumpel“ mit in ihren Reihen gestanden, in ihren Versammlungen gesprochen, ihren Beratungen beigewohnt. Aber ich hatte doch nicht den unmittelbaren Kontakt mit den Massen des südlichen Westfalens und des Niederrheins, wie etwa Hue und Sachse oder Imbusch und Steger. Doch schon in den ersten Tagen meiner Tätigkeit konnte ich mich davon überzeugen, daß dieses Manko nicht allzu schwer wog. „Gegen das Bonzentum der Gewerkschaften“ war der Tenor aller Versammlungsreden der Syndikalisten und Kommunisten. Die Bonzen sollten verantwortlich dafür sein, daß die Sozialisierung des Bergbaus bei der Revolution nicht flugs mit durchgeführt worden war. Wie nach dem militärischen Zusammenbruch die politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse die Republik proklamiert hatte, so hätten die „Bonzen“ der Gewerkschaften den Bergbau enteignen müssen.



Daß sie es nicht getan, erschien den Massen als Verrat an der Arbeiterklasse, als der sprechendste Beweis ihrer Abhängigkeit vom Grubenkapital.

Freilich nicht sofort. Das Abkommen vom 14. November 1918 wurde zunächst mit Genugtuung begrüßt. Dann aber erhoben sich die Sozialisierungs-Apostel. Sie höhnten die Gewerkschaftsführer, daß sie für das Vinsengericht eines neuen Lohnabkommens das Erstgeburtsrecht der Bergarbeiter am Eigentum der Bergbetriebe verraten hätten. Sozialisierung war gleichbedeutend mit Beteiligung am Gewinn, Sozialisierung war höherer Lohn und kürzere Arbeitszeit. Sozialisierung war gleichbedeutend mit genossenschaftlichem Betrieb des Kohlenbergbaus, Sozialisierung war Absetzung der Werksdirektoren und anderer Werksbeamter. Sozialisierung war der Funke, der die Massen entzündete. Ihr Glaube war unerschütterlich: Wenn es möglich war, die Fürsten zu verjagen und das Volk zum Souverän auszurufen, dann mußte die Enteignung des Grubenkapitals ein Kinderspiel dagegen sein. Eine Gelegenheit war versäumt — durch die Schuld der „Bonzen“. Jetzt sollten sie ihren Verrat nicht weiter treiben. Die Massen wollten ihr Geschick selbst in die Hand nehmen und jeden zermalmen, der sich ihnen entgegenstellen würde.

In diese Bijnchose, in dieses Machtbewußtsein der Massen paßten die Mahnungen und Belehrungen der gewerkschaftlichen Führer schlecht hinein. Wer in jenen Tagen versuchte, den Massen die Grenzen der Gewerkschaftsmacht und der Durchführbarkeit des Massenwillens aufzuzwingen, war der Bremsen, der Bonze, der Verräter.

Um so üppiger gediehen auf diesem Stimmungsboden die „Führer“, die, ungetrübt von Sachkenntnis und unbelastet von jeder Verantwortung, heute mit sicherem Instinkt die Situation erfaßten und morgen schon als die kühnsten Interpreten des Massenwillens an der Spitze standen.

Einer der interessantesten dieser „Führer“ war der Dortmunder Kommunist A d o l f M e i n b e r g. Für einen kauf-

männischen Beruf vorbereitet, war er im Kriege Soldat und beim Ausbruch der Revolution Mitglied eines Soldatenrats. Man hat mir gesagt, daß er vor dem Kriege mit Heiligenbildern gehandelt habe. Von Heiligen und Gläubigen hatte er, wenn nicht noch anderes, jedenfalls die pathetische Sprache und die Eindringlichkeit des Vortrags. Seine Bibel war „Das Kapital“ von Marx. Aber wie so viele Fromme hatte er seine Bibel nie gelesen, sondern nur einige Sprüche aus ihr auswendig gelernt. Mit der Inbrunst eines Gläubigen, die Kritiklosen wie Überzeugungstreue erscheinen konnte, redete er auf die Massen ein. Sachlichkeit war ihm ein Fremdwort, das er nicht verstand. Es gab für ihn nur gute und böse Menschen. Seine Hörer waren die Guten, und er war ihr Prophet. Jeder Unternehmer selbstverständlich ein Vampir, böse von Jugend auf. Das war zwar nicht ganz marxistisch gedacht, aber wer prüfte die Meinbergischen Gedankenmünzen auf ihre Echtheit nach?

Solange er sich darauf beschränken durfte, diese Gedanken und Meinungen seinen Gläubigen zu suggerieren, blieb er der Held. Wenn er vor den Massen stand und ihnen den nahen Sieg ihrer Idee prophezeite, dann peitschten ihn die brausenden Zustimmungskundgebungen zu immer größerer Ekstase an. Und immer hemmungsloser flossen die Verheißungen aus seinem Munde. Aber dann wurde er „Oberbürgermeister“ von Dortmund, und nun stießen sich auch bei ihm die Sachen hart im Raum. Die Sozialisierungspläne waren schon bedenklich verblaßt, mit der Sechsstundenschicht war in Dortmund nicht viel zu erobern. Die Räterepublik hatte ebenfalls ihre Zauberkraft verloren. Dafür aber mußte er die Herabsetzung der Brottration bekannt machen und für seine „Ordnungspolizei“ die Löhnung schaffen, um wenigstens diese Garde bei guter Laune zu halten. Denn sonst war niemand in Dortmund noch gut gelaunt. Das Hungergespenst schlich schon durch die Straßen, und Meinbergs Bibelsprüche machten kein Kind mehr satt.

Das alles hatte ihn wohl zur Besprechung nach Münster getrieben. Er wollte den Anschluß nicht versäumen; einmal — das mußte er — würde er Abschied nehmen müssen vom Dortmunder Stadthaus. Aber bis dahin — jeder Tag drängte! — mußte auch er Kartoffeln und Mehl und Milch für seine Stadt bekommen.

In Münster sah ich ihn, als die blasse Todesangst ihm die Toga des Demagogen von der Schulter gezogen. Das war kein Abstieg mehr, das war der Sturz. Er blieb zwar am Leben, und auch noch einige Tage auf dem Throne des Räte-Diktators. Und doch war er gestorben: er hatte den Glauben an sich und an den Sieg der von ihm berauschten Masse verloren. Ein erloschener Komet. —

Der Lehrer Carl Stemmer, der als Kommandant eines Frontabschnitts der Arbeitertruppen in den ersten Tagen der Kapp-Unruhen eine nicht geringe Popularität besaß, hatte nichts von der Rhetorik und der Demagogie Meinbergs. Nach der Revolution kam er zu den Unabhängigen, deren Hochburg Hagen war. Eine komplizierte Natur. Gefühl und Verstand lagen bei ihm zu oft im Streit, dann war er heute Himmelsstürmer und morgen Skeptiker. Fühlte er aber keine Hemmungen, bejahte der Verstand, wenn das Gefühl ihn drängte, dann war er geschlossen, fertig, aus einem Guß. Dann wirkte er, der glühende Idealist, nicht durch Worte und Gesten, sondern durch das Beispiel. Als durch die Massen die Parole lief, „gegen Kapp“, als sich die Bewegung im Hagener Bezirk zu dem festen Willen formte, alles, auch das Leben einzusetzen gegen die militärischen Verschwörer, da blieb der Lehrer in Bommern nicht zu Hause. Jetzt beseelte ihn nur der eine Gedanke, mit den Massen zu kämpfen und zu siegen. „Und sehet ihr nicht das Leben ein, — wie kann euch das Leben gewonnen sein!“ Das war für ihn so schlüssig, daß es kein Zaudern gab. Seine militärischen Erfahrungen und Kenntnisse kamen ihm derart zu statten, daß, als ihn das Vertrauen seiner Kameraden mit an die Spitze der Hagener Bewegung berief,

er die militärische Führung eines wichtigen Abschnittes übernehmen konnte.

Seine Truppen hatten Erfolg. In wenigen Tagen waren aus dem Ruhrrevier alle Soldaten vertrieben, die Polizei entwaffnet. Wenn Hasenclever und Lange, Lichtschlag und Schulz wirklich mit Lüttwiz im Bunde standen, dann war durch ihre Niederlagen dieses Bündnis im Westen Deutschlands gegenstandslos geworden. Lüttwiz selbst hatte ja auch schon nach fünf Tagen seiner Wehrminister-Herrlichkeit Berlin wieder verlassen müssen. Also Sieg auf der ganzen Linie!

In dieser Situation kam Stemmer auf die Bielefelder Konferenz. Er sprach nicht viel. Aber der Glanz seiner Augen verriet, daß er bei der Sache war, wie nur einer. Und als am Abend von allen Seiten der Wunsch geäußert wurde, den soeben abgeschlossenen Waffenstillstand an den Fronten effektiv zu machen, da machte er sich stark, selbst in die Linien zu eilen und die Waffenruhe anzuordnen. Furcht kannte er noch nicht. Und doch war er in seinem Innern wieder gespalten. Das Kampfziel, um das die Hagener auszogen, die Vertreibung der Rapp-Truppen, war ja erreicht. Wofür kämpfte man noch?

Den leidenschaftlichen, todesmutigen Abschnittsführer machte sein Erfolg zu einem ebenso leidenschaftlichen Verfechter der Abrüstung. Mit den Ausschreitungen unkontrollierbarer Banden wollte er nichts gemein haben. Aber die Masse warf sich nicht so schnell herum, wie ihn sein Verstand zur Umkehr gedrängt hatte. Das verstrickte ihn wieder in die alten Zweifel, dämpfte seinen Tatendrang, lockerte schließlich auch das Verhältnis zu seiner Partei. Wie gekommen, so verglommen.

Später ist der Zerrissene ganz aus der Bahn geworfen. Dunkle Geschichten, die Zweifel in die Lauterkeit seiner Absichten setzen können, haben ihn vertrieben. Ob er schon einen Rektor gefunden hat, den er, wie Ulrik Brendel in Ibsens „Rosmersholm“ um ein paar alte abgelegte Ideale angehen kann?



Konrad Ludwig war kein Neuling in der Arbeiterbewegung mehr, als die Ereignisse der Jahre 1919 und 1920 den Westen erschütterten und auch seinen Wirkungsbereich erfaßten. Schon der Weltkrieg hatte gerade an ihn, der berufen war, in schwerster Zeit und in einem schwierigen Bezirk die Organisation der Partei zusammenzuhalten, hohe Anforderungen gestellt. Bei der Parteispaltung trat er auf die Seite der Unabhängigen. Die Tradition seines Bezirkes und sein eigener Sturm und Drang ließen ihm keine Wahl. Aber auch in der neuen Partei blieb er, der er war: der Mann, der mit seiner ganzen Persönlichkeit zu seiner Sache steht, der aber nie die Wirklichkeit übersieht und nicht gern mit den dürrn Stangen von Doktrinen im luftleeren Raum herumstochert. Dem Redner Ludwig leistete sein Stimmorgan ausgezeichnete Dienste. Wenn er in einer Versammlung sprach, dann dröhnte der Saal wie Trommelschlag einer schmetternden Reveille. Das entsprach der ganzen Persönlichkeit des Mannes, der aufrütteln und wecken und selbst lieber Treiber als Führer sein wollte. Das Hosianna der Massen hat ihn nie berauscht, ihr Kreuziget nie geschreckt.

Der Rapp-putsch sollte die Hagener Arbeiter auf dem Posten finden. Während die Berliner Spartatisten sich aufs neue ihre Ohnmacht bescheinigten und willig den Rapp-Verschwörern das Feld überlassen wollten, rüsteten die sozialistischen Arbeiter zur Abwehr. Die Hagener wollten dabei sein. Ludwig rief sie, und sie kamen. In Wetter, Herdecke und Aplerbeck setzten sie dem Vormarsch Lichtschlags ein Ziel. Dann schwoh der Heerhaufen, Unbekannte und Unberufene schlossen sich ihm an. Die Arbeitsruhe begünstigte den Zustrom. Die ersten Ausschreitungen wurden gemeldet. Ludwig sah mit eigenen Augen, wie gierig einzelne Arbeiterhaufen sich auf die Körper der gefallenen Pferde warfen, um bei der Teilung dieser Beute ein Stück Fleisch zu erobern. Sah, wie die verwundeten Soldaten in Wetter von einer besinnungslosen Masse zu Tode getreten wurden. Das nutzlose Gemetzel in Dortmund wurde bekannt. Da wurde es

Zeit, die Massen wieder auf die Arbeitsplätze zu bringen. Wie die Reichsregierung aus Stuttgart die Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrief, war Ludwig mit seinem Freunde Ernst im Hagerer Bezirk im gleichen Sinne tätig. Mit Erfolg. In Hagen ist nicht eine Fensterscheibe zer schlagen worden.

Als Ende April sich die Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung mit den Ruhrunruhen beschäftigte, erklärte der Sprecher der Demokratischen Partei, Dr. J o r d a n : „Ich freue mich, daß der Abgeordnete Ludwig die ganze Zeit hindurch ehrlich dem Oberbürgermeister von Hagen zur Seite gestanden hat, für Ruhe und Sicherheit zu sorgen.“ —

In normalen Zeiten stand bei den Bergarbeitern Deutschlands der in Hörde geborene O t t o H u e in höchstem Ansehen. Seine Popularität beschränkte sich nicht auf die Kreise seiner eigenen Gewerkschaft, — auch bei den „Christlichen“ und den Hirsch-Dunderschen hörte man gern auf seinen Rat, schätzte man sein reiches Wissen. Keiner verstand es so gut, wie er, im Verkehr mit den „Kumpeln“ den richtigen Ton zu treffen. Keiner verfügte so wie er über das Geschick, bei Verhandlungen mit dem Bergbaulichen Verein oder anderen Arbeitgeberorganisationen verschwiegene Tatsachen in das rechte Licht zu rücken, Übertreibungen auf das zutreffende Maß zu reduzieren. Oft war Stinnes sein Kontrahent, und dann war es von höchstem Interesse, die Beweisführung der beiden Männer zu verfolgen. Scharfe Worte verschmähten beide nicht, und manchmal flogen auch spöttische Bemerkungen hinüber und herüber. Einmal sollte ich auf Aufforderung der beiden entscheiden, wer von ihnen der größere „Schliffenfänger“ (d. i. Durchtriebener, Fuchs) sei. Ich habe mich der Auskunft enthalten, um nicht am anderen unrecht zu begehen.

Trotz seiner überragenden Persönlichkeit und seiner Popularität blieb Otto Hue in dem ganzen Unruhe-Jahre doch im Hintergrunde. Er ging keinem Kampfe aus dem Wege, und doch lag es ihm nicht, sich mit halbreifen Burschen, die

sich ein paar radikal-geschwollene Phrasen angelesen hatten, über Sozialisierung des Bergbaues auseinanderzusetzen. Diese Burschen beherrschten mit ihren Phrasen wochenlang die Versammlungen des Reviers. Den Bergbau kannten sie kaum, von den Zusammenhängen der deutschen Wirtschaft mit der internationalen Politik verstanden sie noch weniger. Wozu auch? Ihr Sprüchlein von der „Sozialisierung“ genügte ja, um gegen die „Bonzen“ und die „Spießer“ wettern zu können und — Anhänger zu finden. Diese Erscheinungen konnten manchen trübe stimmen, konnten an den Erfolgen einer jahrzehntelangen Aufklärungsarbeit zweifeln lassen. Hue ließ sich nicht beirren, er glaubte an den Sieg der Vernunft — trotz Spartakus und Kapp.

Und er arbeitete für diesen Sieg. Er war keinen Augenblick die gekränkte Leberwurst. Die Kläffereien der Sozialisierungssphrasen drangen nicht an ihn heran. Wo es fehlte, griff er ein. Da war ihm kein Weg zu weit, keine Mühe zu groß. Er fand den Mut, der Agitation zur Einführung der Sechsstundenschicht entgegenzutreten. Aber während die spartakistischen Zentralräte im Essener „Kaiserhof“ und später in Barmen vergeblich erwogen, berieten und resolvierten, wie dem hungernden Ruhrrevier Lebensmittel zugeführt werden könnten, da reiste Hue nach Holland und benützte alle seine persönlichen Verbindungen, um die ins Stocken geratenen Sendungen zum schnellsten Abrollen zu bringen. Dieser e i n e Hue hat für die Bergarbeiter seiner Heimat in einer Woche Kapp-Revolte mehr getan, a l s d e r g e s a m t e Essener Zentralrat während seiner ganzen Lebensdauer.

Hue und Johann Giesberts waren lange Zeit Antipoden. Die christlichen Gewerkschaften waren gegen die freien ins Leben gerufen worden, und Giesberts stand lange Jahre in Rheinland-Westfalen an ihrer Spitze. Die ostentative Betonung ihres christlichen und nationalen Charakters empfand gerade Hue als unschicklich und anmaßend. Er und

Giesberts vertraten Bergbaukreise im Reichstag (Bochum und Essen); das brachte zwar gemeinsame Aufgaben, aber gelegentlich auch Gegensätze, die die beiden Kämpfernaturen dann in aller Schärfe zum Austrag brachten. So standen sie sich oft als Gegner gegenüber.

Das Unruhejahr sah die beiden jedoch Schulter an Schulter. Giesberts, der Reichspostminister geworden war, betrachteten die christlichen Gewerkschaften als ihren Vertrauensmann im Kabinett. Was im Ruhrgebiet vorging, berührte ihn doppelt: als Rheinländer kannte er die große Bedeutung seiner engeren Heimat für die deutsche Wirtschaft, und als Regierungsmitglied wurde ihm durch die Noten der Entente mit jedem Tage deutlicher vor Augen geführt, daß die Erfüllung der Friedensbedingungen nicht zuletzt abhängig war von der ungestörten Funktion der Ruhrwirtschaft. So kam es, daß er immer auf den Plan trat, wenn im Ruhrrevier wichtige Entscheidungen zu treffen waren. Als in der Frage der praktischen Durchführung der Sechsstundenschicht die Gewerkschaften aus naheliegenden Gründen zögerten, eine klare, unzweideutige Stellungnahme zu formulieren, da trat Giesberts vor. Während ich in Essen in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Verbandsvertreter mit dem Bergbaulichen Verein das „unannehmbar“ der Regierungen auseinandersetzte, erklärte er in Berlin in einer Rede, daß die deutsche Volkswirtschaft die mit der Einführung der Sechsstundenschicht verbundene Herabminderung der Produktion nicht ertragen könne und die Reichsregierung darum fest entschlossen sei, den Versuchen auf gewaltsame Erzwingung mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Auch in der Frage der Übersichten, deren Propaganda damals auch nicht gerade populär war, hat Giesberts eifrig mitgeholfen, die Bedenken seiner gewerkschaftlichen und politischen Freunde gegen die obligatorische Einführung zu zerstreuen.

Und endlich danke ich ihm eine treue Waffenbrüderschaft in und um Bielefeld. Es ist schon gesagt worden, wie seltsam



sich ein Teil der Zentrumspreſſe in jenen Tagen verhielt. Die Plünderungen der Rotgardisten in Dülmen, Haltern, Coesfeld usw. hatten die Bauern des Münsterlandes in eine durchaus verständliche Aufregung verſetzt. Daß auf ihre Hilferufe nicht ſofort Militär kam, daran war nur der Reichskommiſſar ſchuld, der mit ſeinen „roten Freunden“ lieber verhandelte, als gegen ſie handelte!! So ungefähr ſagten's ja die Soldaten auch, wenn auch mit anderen Worten, und in den Fraktionen des Zentrums fand dieſe Leſart ebenfalls Eingang und — Zuſtimmung. Da war es wieder Giesberts, der mutig der Wahrheit die Ehre gab und ſeine und ſeiner Freunde Mitwirkung am Bielefelder Abkommen in den Fraktionen und in der Öffentlichkeit rechtfertigte. Heute dürfte auch wohl im Zentrum keine Meinungsverſchiedenheit mehr darüber beſtehen, wem die Geſchichte im Streit von damals recht gegeben.

In Bielefeld wirkte Giesberts durch die Knappheit und Wucht ſeiner Erklärungen. „Wir haben mit Rapp nicht verhandelt, wir werden auch mit Kampffzentralen der Arbeiter nicht verhandeln!“ — „Die Regierung kann ſich unmöglich von Verhandlungskommiſſionen vorſchreiben laſſen, mit welchen Männern ſie arbeiten und wen ſie entlaſſen ſoll.“ — Das alles hatte auch ich ſchon zu wiederholten Malen geſagt. Giesberts unterſtrich es mit der Autorität des Kabinettsmitgliedes und mit der Überzeugungstreue des Mannes, bei dem Verhandlungen zur Verhinderung von Blutvergießen nicht zu Schachergeſchäften herabſinken dürfen. An ihm brach ſich die Maſſenſtimmung jener Tage, aber auch das Vorurteil der Männer, in deren engem Kreiſe ſich auch der Sinn verengert hatte.

Die Maſſenſtimmung wurde in jenen Zeiten oft zum Maſſenſturm, ja, zum Maſſenwahnsinn. Wie anders wären die Gemegel in Wetter, Dortmund und Eſſen zu erklären? Und doch: wo ein ſtärker, zielbewußter Wille ſich ihm entgegenſtellte, da brach er ſich, ebbte er ab. Freilich, mit der Stärke einer „gepanzerten Faust“, mit bloßem Kraftmeier-

tum war wenig getan. Und der Beamte, der versucht hätte, mit Paragraphen des Strafgesetzbuches oder anderer Gesetze die Bewegung zu beschwören, hätte elend Schiffbruch erleiden müssen. Aber wer es verstand, aus dem Chaos die Kräfte herauszufinden, die trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten schließlich doch dem einen Ziele, dem der Wiederaufrichtung Deutschlands zustrebten, der war Sieger, an dem zerfielen die Wogen.

In Duisburg hatten schon im Januar 1919 bei Lebensmittelunruhen wüste Haufen den Oberbürgermeister Dr. Jarres beschimpft und mißhandelt. Einem wilden Zuge sollte er eine rote Fahne vorantragen. Jarres beugte sich nicht, er drohte nicht — Wahnsinnigen soll man nicht widersprechen. Aber er kehrte wieder auf seinen Platz zurück, von dem man ihn vertreiben wollte. Standen schon vordem alle ruhigen Kreise Duisburgs auf seiner Seite, so imponierte diese Haltung auch dem Mob. Und Jarres flectete nicht an seiner Amtsstube. Es gab keine größere politische oder Lohnbewegung, die seine Stadt berührte, — er war mit dabei, sie in ruhige Bahnen zu lenken. Das war in Duisburg nicht immer leicht. Eine besonders wilde Gruppe von Syndikalistern aus dem besetzten Gebiet kam nach Duisburg, zündete ein politisches Feuerchen an, verschwand dann wieder und entzog sich so dem polizeilichen Zugriff. Die besonders radikalen Arbeiter des Hamborner Bezirks taten ein Übriges, um die Bewegung der Duisburger Arbeiter in ständigem Fluß zu halten. Jarres ließ sich nicht beirren. Seine enge Fühlung mit den Arbeiterorganisationen ermöglichte ihm eine ununterbrochene unmittelbare Einwirkung auf die Arbeiterschaft. Dann sprach er mit ihren Vertretern wie mit alten Kameraden, schlicht, ohne Phrasen, ohne Versprechungen. Aber jeder empfand die Wärme des Tones und vertraute seiner Führung.

Ein Umstand kam ihm weiter zu Hilfe. Wenn in Duisburg schärfer zugefaßt werden mußte — davor blieb auch

diese Stadt nicht gefeiert — dann war es der Befehlshaber des Abschnittes Wesel, General Rabisch, der die Aufsicht über die militärischen Maßnahmen führte. Rabisch war neben dem Generalleutnant von Bergmann der verständigste, menschlichste höhere Offizier, den ich während meiner Amtszeit in Westfalen kennen gelernt habe. Zwischen ihm und den Zivilbehörden gab es nie eine Differenz, und wo begründete Beschwerden über die Dienstführung örtlicher Befehlshaber vorlagen, da erfuhren sie durch ihn die schnellste Abstellung. Von seiner Seite hatte Jarres keine „Plöhllichkeiten“ zu befürchten. Das mag manchem heute als nicht eben viel erscheinen. Damals hatte es seine Bedeutung. —

Den Oberbürgermeister Jarres hatten die auf der Bielefelder Konferenz vertretenen Stadtverwaltungen mit in die engere Kommission entsandt. Hier vertrat er mit dem Oberbürgermeister Cuno aus Hagen die rheinisch-westfälischen Stadtverwalter, gegen die sich bei allen Bewegungen des Unruhejahres in der Regel die ersten Stöße richteten. Davon war auch Cuno nicht verschont geblieben, obgleich die spezifischen Bergbaufragen seine Stadt nicht unmittelbar berührten. Aber die Lebensmittelnot war eine allgemeine Erscheinung, die um so härter wirkte, je geringer das Einkommen der Familien war. Und auch im Hagener Bezirk hatte die durch die Kohlennot verursachte Arbeitslosigkeit die wirtschaftliche Lage sehr verschlechtert und sie für die Propaganda der Radikalen empfänglich gemacht. Auch Cuno stand in der Masse, deren Stimmung von Tag zu Tag düsterer wurde. Er erkannte auch die staatspolitischen Gefahren, die in einer Fortdauer des Hungerzustandes lagen. Die Lebensmittelversorgung zu bessern, war darum seine vornehmste Aufgabe. Die Überlegenheit eines „schweigenden Stodsfischs — in Butter gesotten“ — allen Agitationsreden gegenüber war ihm nur zu gut bekannt.

Dann kam der Rapp-putsch, der Alarm in seinem Bezirk, das Gemekel in Wetter. Um Blutvergießen zu vermeiden

und eine ruhige Zukunftsentwicklung nicht zu gefährden, stellte er sich als ehrlicher Mittler zur Verfügung. Er eilte nach Herdecke — zu spät. Er bahnte sich mit der weißen Parlamentärsflagge mutig einen Weg durch die Straßen Dortmunds, in denen Gewehr- und Maschinengewehrfeuer knatterte. Daß die Todesopfer in Dortmund nicht auf Hunderte gestiegen sind, ist seinem entschlossenen Eingreifen zu verdanken. In einer Dortmunder Stadtverordneten-Versammlung hat einige Wochen später ein Stadtverordneter Auskunft vom Magistrat verlangt über die Tätigkeit, die Cuno in den Rapptagen entwickelt hat. Ich darf heute antworten: Der Hagener Oberbürgermeister hat in jenen Tagen auch die Interessen Dortmunds tausendmal wirkungsvoller vertreten, als der Interpellant, von dessen Bemühungen um Dortmunds Wohl in jenen Tagen die Nachwelt wohl kaum je etwas erfahren wird.

Cuno fehlte es eben nicht an der Zivilcourage, die in jenen Zeiten ein so seltener Artikel war. Gerade und offen wie er selbst, waren auch seine Meinungsäußerungen gerade und ungeschminkt. Wie er auf der Bielefelder Konferenz nicht hinter dem Berg hielt, als es galt, das Verschulden Watters an den Unruhen festzustellen, so scheute er sich auch nicht, im Wehrkreiskommando selbst den Befehlshaber auf neue Fehler, auf neue politische Torheiten aufmerksam zu machen. Er fühlte die Absicht vergeltungslüsterner Offiziere, beim Einmarsch der Truppe keinen Unterschied zu machen zwischen den kämpfenden Banden der sogenannten Roten Armee und den Arbeitermassen, die sich zum Schutz der Verfassung erhoben hatten. Diese Erkenntnis hat ihn wach gehalten und angespornt, alles zu tun, um die Rachepläne wild gewordener Freikorpsbanden nicht zur Ausführung bringen zu lassen.

Damals hat man das dem Oberbürgermeister Cuno durch wüste Angriffe und Verdächtigungen gedankt. Aber als er vor einigen Monaten seine Hagener Wirkungsstätte verließ, da zögerten auch seine Angreifer des Jahres 1920 nicht, den



Scheidenden als ganzen Mann und lautersten Charakter zu grüßen. Und zu seinem guten Gewissen, das ihn in den dunklen Tagen der Kapp-Unruhen führte, darf er die erhebende Gewißheit nehmen:

Die Zeit ist nicht mehr fern, in der nicht blutige Schlachtensiege als die größten Ruhmestaten der Menschheit gelten werden, sondern die Aufbauarbeit der Herzen und der Hirne.





# Inhalts-Verzeichnis

---

	Seite
Vorwort . . . . .	5
Die ersten Kämpfe . . . . .	10
Der Generalstreik . . . . .	20
Zusammenbruch . . . . .	34
Nach dem Streik . . . . .	46
Der Hunger ist der Feind! . . . . .	65
Bevölkerung und Truppe . . . . .	81
Sicherheits- und Einwohnerwehren . . . . .	101
Eisenbahnerstreik . . . . .	110
Kohlennot und Ueberschichten . . . . .	117
General v. Watter und der Rapp-putsch . . . . .	131
Die Bewaffnung der Arbeiter . . . . .	145
Der Bergbau schafft . . . . .	158
Zwischenspiel . . . . .	162
Abzug der Truppe . . . . .	165
Das Bielefelder Abkommen . . . . .	170
Teilung der Fronten . . . . .	181
Vor dem Einmarsch . . . . .	190
Einmarsch der Reichswehr . . . . .	200
Inter arma silent leges! . . . . .	207
Flucht ins besetzte Gebiet . . . . .	217
Der letzte Akt . . . . .	224
Massen und Führer . . . . .	240

---









HECKMAN  
BINDERY INC.



SEPT 96

Bound-To-Please® N. MANCHESTER,  
INDIANA 46962



39353001035417